Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. März 1979
Jg. 7 Nr. 12

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Laotische Regierung kündigt einseitig Abkommen mit China

z.ulg. Am 7. März hat die laotische Regierung alle Abkommen mit der Volksrepublik China einseitig gekündigt und die chinesischen Spezialisten, die den Bau einer Fernstraße in Nordlaos unterstützten, ausgewiesen. Statt die Straße zu bauen, hätten die Spezialisten Schützengräben ausgehoben, um einen chinesischen Angriff vorzubereiten. Bezeichnenderweise hatten die sowjetischen und vietnamesischen Hegemonisten solche „Nachrichten" schon tagelang in die Welt gesetzt, bevor sie Laos zur Übernahme ihrer Lügen und zum Vertragsbruch pressen konnten. In Wirklichkeit bedrohen ausschließlich sie die Unabhängigkeit von Laos. Nach dem „Freundschaftsvertrag", den die vietnamesischen Revisionisten Laos aufgezwungen haben, stehen 50000 Mann vietnamesische Truppen im Land, das doppelte der laotischen Armee.

UdSSR: Leitlinien des neuen Fünfjahrplanes

UdSSR: Leitlinien des neuen Fünfjahrplanes

z.nop. „Im neuen Planjahrfünft stehen große Aufgaben vor den Arbeitern der Metallindustrie", hat Kossygin Anfang März auf einer sog. Wählerversammlung erklärt. Der elfte Fünfjahrplan, der zur Zeit erarbeitet wird, räumt der Schwerindustrie und der Produktion von Investitionsgütern absoluten Vorrang ein; im Maschinenbau sind weiterhin Steigerungsraten von 15% vorgesehen. Dies wird erneut auf Kosten der Landwirtschaft gehen, die sich heute schon in einem desolaten Zustand befindet. Um ihre Expansion in aller Welt voranzutreiben zu können, müssen die Sozialimperialisten ihre Produktionsanlagen umwälzen und die Ausbeutung intensivieren. „Wir sehen den Weg zur Lösung der meisten Probleme dieser Art in der Erhöhung der Effektivität und Qualität der Arbeit", stellte Breschnew einen Tag nach Kossygin die „großen Aufgaben der Arbeiter" klar.

VR China: Akkumulation nicht auf Kosten der Bauern

z.krk. Im Februar sind in der VR China die Steuern für ländliche Kollektive gesenkt worden: gar keine Steuern zahlen industrielle und Handelsunternehmungen der Volkskommunen mit niedrigem Gewinn, und keine Landwirtschaftssteuer, wenn die pro-Kopf-Getreideproduktion unter einem bestimmten Minimum ist. Bereits im Dezember 1978 hatte das ZK der KP Chinas dem Staatsrat empfohlen, die staatlichen Aufkaufpreise für Nahrungsgetreide ab 1979 um 20% zu erhöhen, und um 50% zusätzlich für Getreide, das über das Soll an den Staat verkauft wird. Gleichzeitig werden im Laufe der Jahre 1979–80 die Preise für in der Landwirtschaft gebräuchliche Industriegüter um 10–15% gesenkt. Diese Maßnahmen verkleinern die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und Industrieprodukten. Die große Industrie soll nicht auf Kosten der Bauern aufgebaut werden.

Kanada für USA demnächst totale Freihandelszone

z.juh. Die US-Imperialisten sind dabei, in Geheimverhandlungen mit dem kanadischen Finanzkapital durchzusetzen, daß 80% des zweiseitigen Handels zollfrei werden und die restlichen Zölle um ein Drittel gesenkt werden. Der geplante Vertrag soll den US-Imperialisten den kanadischen Markt gegen die europäische und japanische imperialistische Konkurrenz (beide steigerten ihren Export nach Kanada 1977-78 um rund 10%) sichern. In der Autoindustrie haben die US-Imperialisten bereits 1965 die Beseitigung der Zölle erreicht; sie beherrschen derzeit 50% der kanadischen industriellen Produktion. Außerdem verstärken die USA die Plünderung kanadischer Rohstoffe, z.B. sichern sie sich über ein 1,5 Mrd.-Dollar-Projekt auf 20,5 Jahre ab 1983 die Lieferung von Erdgas.

US-Automobilarbeiter: vor wichtigen Lohnkämpfen

VW-Kapitalisten steigern Marktanteile in USA / Übernahme von Triumph für verschärfte Rationalisierung in der BRD

z.brp. Noch Anfang des Jahres rechneten die drei größten Automobilkonzerne der Welt, General Motors, Ford und Chrysler, damit, die Anteile der imperialistischen Konkurrenz auf dem USA-Automarkt von 17,5% in 1978 auf 16,8% für 1979 zurückzuschlagen und ihre eigene Produktion beträchtlich zu steigern. Für März haben nun die Ford-, Chrysler- und AMC-Kapitalisten Kurzarbeit für über 33000 Automobilarbeiter angeordnet: Ford wird zwei seiner Werke und Chrysler von seinen fünf Werken vier mindestens für eine Woche schließen, AMC hat bereits im vergangenen Jahr nur jede zweite Woche arbeiten lassen. Die Produktion dieser drei Konzerne wird bis zu 30,3% gegenüber dem Vorjahresmonat gedrosselt. Nur General Motors will die Produktion im März um 2,7% auf 540000 Auto-Einheiten steigern. Die US-Automobilkonzerne können ihre teuren, großen Autos nicht mehr

Die US-Automobilkonzerne können ihre teuren, großen Autos nicht mehr

in gewohntem Umfang auf dem Innenmarkt verkaufen, die seit zehn Jahren andauernden Lohnsenkungen haben die Reproduktionsbasis der amerikanischen Arbeiterklasse so weit geschmälert, daß die amerikanische Arbeiterklasse im Unterhalt relativ billige Autos kaufen muß, bei stetig wachsender Verschuldung. Klein- und Mittelklassewagen mit einer guten Technik werden bisher nicht von den US-Monopolen gebaut. Der Volkswagenkonzern hat sich deshalb mit Aufnahme der Produktion in den USA von einem Jahr gute Chancen ausgerechnet, seinen Marktanteil in den USA zu vergrößern. Er ist eingestiegen mit einer relativ billigen Produktion bei äußerst intensiver Ausbeutung der VW-Arbeiter. Die VW-Kapitalisten zahlten nur 5,5 US-Dollar Lohn, der Durchschnittslohn der Automobilarbeiter liegt bei 8,1 $. Die VW-Kapitalisten nutzen die relative Überproduktion der Konkurrenten Ford, Chrysler und AMC und verkauften in den ersten beiden Monaten 1979 bereits 50000 Autos in den USA gegenüber 32000 im Vorjahr. Über eine Preiserhöhung von 2,9% konnten sie noch einen gehörigen Extraprofit sichern.

Die US-Automobilkapitalisten wälzen den Produktionsapparat um, für die weitere Automation durch computergesteuerte Bandanlagen, und die Produktionsumstellung auf Klein- und Mittelklassewagen planen die drei größten von ihnen bis 1985 50 Mrd. US-Dollar Investitionen. Sie wollen den Grad der Ausbeutung der US-Automobilarbeiter auf noch höheres Niveau treiben und so weltweit einen neuen Standard in der intensiven Vernutzung der Arbeitskraft setzen.

Für die Bewegung des Weltlohnstandards ist jetzt wirklich wichtig, ob die US-Automobilarbeiter der Intensivierung der Arbeit Schranken setzen können und einen Erfolg im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen erreichen können. Im September beginnen in den USA die nur alle drei Jahre stattfindenden Tarifverhandlungen für die Automobilarbeiter. Die Arbeiter haben jetzt ihre Gewerkschaftsführung, von der der größte Teil die Carter'sche 7%-Lohnleitlinie gutheißt, gezwungen, mit den Streikvorbereitungen bei General Motors zu beginnen.

ter'sche 7%-Lohnleitlinie gutheißt, gezwungen, mit den Streikvorbereitungen bei General Motors zu beginnen.

Die Arbeiter des VW-Werks Stanton/Pennsylvania haben in der vergangenen Woche für Streik gestimmt, wenn die VW-Kapitalisten nicht ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen zustimmen. Bereits in drei Streiks haben sie ihre Forderungen gegen die VW-Kapitalisten durchgesetzt: Im ersten Streik, kurz nach Aufnahme der VW-Produktion in den USA, haben sie die Anerkennung ihrer Gewerkschaft UAW erkämpft, danach die Wiedereinstellung der entlassenen Streikführer durchgesetzt, im Sommer erstreikten sie die Erhöhung der Löhne von 5,5 US-Dollar auf den gewerkschaftlichen Tariflohn von 7 Dollar. Die Absicht der VW-Kapitalisten, durch eine über dem Durchschnitt liegende Ausbeutung der US-Automobilarbeiter die Ausbeutung der VW-Arbeiter in Westdeutschland zu steigern, ist durch diese Streiks im ersten Ansatz durchkreuzt worden.

Die VW-Kapitalisten sind sich nicht sicher, ob es ihnen gelingen wird, die Kämpfe der US-VW-Arbeiter gegen die intensive Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu verhindern und zu schlagen. VW-Vorstandsvorsitzender Schmücker hat deshalb auf Anlage des akkumulierten VW-Kapitals in der Computerindustrie gedrängt. Mit der in der vorigen Woche erworbenen 55prozentigen Beteiligung am zweitgrößten westdeutschen Kleincomputerhersteller, den Triumph-Adler-Werken, haben sich die Kapitalisten die direkte Verbindung zur Computerindustrie geschaffen. Die Triumph-Werke sind Tochtergesellschaften der amerikanischen Litton Industries und verfügen in den USA über ein eigenes Vertriebsnetz. Somit haben die VW-Kapitalisten auch noch ein „zweites Bein" in den USA. Entscheidend am Einkauf in die Triumph-Werke aber ist: Die VW-Kapitalisten verfügen damit über die erforderlichen Techniken, um über eine erneute Rationalisierungswelle in den westdeutschen VW-Betrieben die Arbeit zu intensivieren. Bis 1983 wollen die VW-Kapitalisten mit 3 Mrd. DM weite Bereiche der Produktion durch den Einsatz von „Industrierobotern" „vollautomatisieren". Natürlich kann die Produktion nicht ohne Einsaugung menschlicher Arbeitskraft funktionieren; „vollautomatische Industrieroboter" bedeutet für die Arbeiter, daß sie pausenlos und rund um die Uhr Muskeln, Herz, Hirn und Nerven verausgaben sollen in der Mehrwertproduktion, daß sie vollends zum Anhängsel an die Maschine werden sollen. Die neue „Roboterschweißstraße" an der im Frühjahr die VW-Arbeiter im Werk Hannover arbeiten sollen, verringert beispielsweise die Bearbeitungszeit von bisher 40 Minuten auf 15 Minuten, d.h. steigert die Intensität um mindestens 300 Prozent. Die VW-Kapitalisten nennen dieses Rationalisierungsprogramm: „Verbilligung der Produktion, Steigerung des Exports". Sie betreiben die Verbilligung der Ware Arbeitskraft durch Verschärfung der Akkordzeiten, Intensivierung der Arbeit, Lohnsenkungen durch Abgruppierungen.

duktion nicht ohne Einsaugung gen.

Das Volk von Kampuchea stellt sich auf den langanhaltenden Volksbefreiungskrieg ein



In größte Schwierigkeiten bringt der langanhaltende Befreiungskampf des Demokratischen Kampuchea die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren. Die Besatzungstruppen müssen aus der Luft versorgt werden – der Großteil der Ernte ist in Händes des Volkes. Der Nachschub des Demokratischen Kampuchea funktioniert. (Bild des Demokratischen Kampuchea vom Kampf gegen die erste vietnamesische Offensive Januar bis März 1978).

Baum will Arbeitskraft kassieren statt Lohn zahlen

ÖTV, DPG und GdED bereiten Aktionen am 22.3. in Stuttgart vor

z.anl. Baums Angebot von 3,5% mehr Lohn und Gehalt und 75 DM mehr Urlaubsgeld, probehalber als 3,7%-Angebot ausgegeben, war den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst zu dürr. Für die Forderung nach 250 DM mehr Urlaubsgeld, die allen, die von der Arbeit leben, schon was nützen, und deren Durchsetzung für die Auszubildenden die Möglichkeit bedeutet, im Urlaub wegzufahren, gibt es eine starke Einheit. Mindestens 100 DM mehr Lohn wären annehmbar zusammen mit dem Urlaubsgeld. Auf keinen Fall annehmbar wäre ein Abschluß unter dem der Metallindustrie, Urlaubsgeld natürlich auch extra.

Daß Baum am 14.3. kein neues Angebot gemacht hat, ändert die Lage. Bis zum 1. März stand fest, was für die Arbeitskraft gezahlt werden mußte. Bis dahin konnte jeder abschätzen, wieviel mehr Arbeitskraft der Dienstherr herausschinden konnte. Seit dem 1. März steht außer der Schinderei nichts mehr fest. Wieviel verausgabte Arbeitskraft die Arbeiter und Angestellten später, nachdem sie sie längst hergegeben haben, in Geld ersetzt bekommen, ist nicht entschieden, solange kein neuer Tarif da ist. Bis dahin kreditieren sie den bürgerlichen Staat bedingungslos. Schon früher haben sie sich durch Langsamarbeiten davor geschützt, einfach ausgenommen zu werden.

Daß große Abteilungen der jugendlichen Arbeiter von den erwachsenen unterstützt werden, liegt nicht an der angeblich solidaritätsstiftenden Wirkung der Prozentforderung, sondern an den gleichgerichteten Interessen im Kampf für politische Forderungen der Arbeiterbewegung, für deren Durchsetzung ein ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag grundlegend ist. Die Postlehrlinge im Fernmeldehandwerk führen ihre Aktionen gegen Herabgruppierung durch Nichtübernahme auf vorhandene Planstellen fort, in Hessen haben sie die Übernahme durchgesetzt. Die Postbelegschaften haben sie sofort unterstützt, denn viele können noch nicht einmal Urlaub nehmen wegen der wachsenden Überarbeit, vor allem in Nacht- und Schichtarbeit, und ihr Interesse, die Arbeitskraft vor unnatürlichem Verschleiß zu schützen, stößt hart zusammen mit dem Interesse der Deutschen Bundespost, noch mehr unbezahlte Arbeitskraft aus 10000 Beschäftigten weniger noch dieses Jahr herauszuschlagen.

Für den 22.3. planen die Gewerkschaften der Post, Bahn und ÖTV eine Demonstration und Kundgebung der Auszubildenden zu den Tarifverhandlungen in Stuttgart. Der Leiter der Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Vomberg, hat das Angebot der Bundesbahn für die Auszubildenden, 3,5% mehr Lohn bzw. 50 DM mehr für die über 18-jährigen und 40 DM Urlaubsgeld, zurückgewiesen mit der Erklärung, die Forderungen für erwachsene und jugendliche Arbeiter seien als Einheit zu sehen.

Viele Krankenpflegeschüler haben die Forderungen: Kein Abschluß unter Metall, 250 DM Urlaubsgeld, 12 Monate Laufzeit, Rückführung der Bemessungsgrundlage auf 75% von Kr3 bekräftigt. Die gewählten Vertreter der Hamburger Krankenpflegeschüler erheben die Forderung: Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler! und wollen sich für ihre Verankerung in der Vorbereitung des 1. Mai einsetzen. Auch das können alle Belegschaften in den Krankenhäusern und darüber hinaus im eigenen Interesse unterstützen.

Britische Krankenschwestern im Lohnkampf



London. Die Gewerkschaft COHSE hat ihre 130000 Mitglieder, die Krankenschwestern oder Pfleger sind, zur Bestreikung aller Überstunden und zu halbstündigen Warnstreiks gegen das Angebot von 9% plus ein Pfund aufgerufen. Bild: 600 Krankenschwestern am 5.3. vor dem Gesundheitsministerium. (s. S. 7)

VEBA AG steigt bei British Petroleum ein

Das westdeutsche Kapital als Triumphator / Größere jährliche Öllieferungen garantiert

z.ere. Die bisher größte Transaktion zweier Monopole der Mineralölwirtschaft wurde Mitte März vollzogen. Versehen mit einigen „Auflagen und Beschränkungen", wie es lakonisch hieß, konnte Lambsdorff den Unternehmensvertrag zwischen der Veba AG, der größten Börsengesellschaft Europas, und der BP, einem der bedeutendsten Erdölkonzerne „genehmigen". Der Vertrag, von dem die westdeutsche Bourgeoisie als einem „Jahrhundert-Deal" nur so schwärmt, sieht die Übertragung von Raffinerie- und Handelsaktivitäten sowie eine Schachtelbeteiligung an der Veba-eigenen Gelsenberg AG vor. Dabei handelt es sich um die Raffineriebeteiligungen Ingolstadt und Speyer sowie den Handelsbereich Stinnes-Strohmeyer, Fanal, wie um die Übertragung der 25prozentigen Ruhrgas-Beteiligung von Veba auf BP. Bei den zu übertragenden Raffinerie- und Handelsbeteiligungen der Veba geht es den Kapitalisten um Kapazitäten, die sich für sie als „dauerhaft unrentabel herausgestellt haben".

Über die Veba-Gelsenberg Libyan Branch und die Sopetral S. A. (Algerien) versuchten die BRD-Imperialisten Anfang der 70er Jahre, ihren Zugriff auf Rohöl und Erdgas zu verstärken. Weitere Niederlassungen der Gelsenberg AG in Großbritannien, den Niederlanden und in Norwegen sichern ihnen den Zugang zu den Ölvorkommen in der Nordsee. Diese Basis ist dem westdeutschen Imperialismus zu schmal. Mehr als 90% des Rohölbedarfs für die westdeutsche Industrie stammt aus dem Ausland und muß über „fremde" Mineralölgesellschaften eingekauft werden. „Daraus leitet sich das erste und entscheidendste Ziel der Energiepolitik ab, nämlich, die benötigte Energie jederzeit in ausreichender Menge verfügbar zu machen", bemerkt dazu das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Die imperialistische Konkurrenz um Zugang und Zugriff auf die Energieressourcen nimmt beständig an Schärfe zu. „Künftigen Stürmen optimal gewachsen sein", die „Abhängigkeit vom Öl verringern, den Zugang zum Rohöl verstärken", so umreißt der Veba-Vorstandsvorsitzende von Benningsen die Expansionspolitik der Finanzbourgeoisie. Mit ihrem Einkauf in die British Petroleum Co Ltd. Holding Gesellschaft mit rund 160 Tochtergesellschaften schafft sich die westdeutsche Kapitalistenklasse den wichtigen Zugang zu den internationalen „Rohöl- und Erdgasbeschaffungsmärkten". Die BP ist mit rund 40% an den entdeckten Erdölvorkommen des Mittleren Ostens beteiligt und besitzt neben eigenen Ölleitungen weit über 100 eigene Schiffe. Der langfristige Öllieferungsvertrag, mit dem die Veba von der BP bis zum Jahr 2000 jährlich 3 Milliarden Jahrestonnen Rohöl erhalten soll und noch dem sie ab 1985 jährlich 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Algerien erhält, bietet der Bourgeoisie außerdem die Möglichkeit, in dem lukrativen Geschäft des Weiterverkaufs an Dritte eine „bedeutende Rolle zu spielen".

Die durch den „Vermögenstausch mit BP hereinkommenden" 800 Mio. DM dienen im wesentlichen der verbesserten „Position in der Ölbeschaffung", beispielsweise für den Kauf weiterer Ölfelder in der Nordsee. Besonderes Interesse haben die BRD-Imperialisten an dem vor der nordschottischen Küste gelegenen Ölfeld „Beatrice", das mit 160 Mrd. Barrel veranschlagt wird. Die mehrheitlich der Veba gehörende Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft (Deminex) bemüht sich bereits um eine 15prozentige Beteiligung an diesem Vorkommen.

Bedeutend für die BRD-Imperialisten sind ebenfalls die Erfahrungen der BP mit der Erdgasverflüssigung aus eigenen Anlagen. Grundlegende Umwälzungen der veralteten Produktionsanlagen, zur Diskussion steht der Neubau der Raffinerie Gelsenberg-Schoeven, sollen die Konkurrenzbedingungen gegenüber den beiden Supermächten verbessern. Der Trend ist unverkennbar: Die BRD-Imperialisten robben sich an die Quellen heran, sofern sie Zwischenhändler in Kauf nehmen müssen, ziehen sie kleine Mächte vor, jetzt haben sie ein Startloch gegraben für die Integration des westeuropäischen Energiemarktes, dessen Beherrschung sie anstreben.

Die erste derartige Konstruktion scheiterte an der relativen Schwäche des deutschen Imperialismus gegenüber den europäischen und US-Imperialisten. Die 1904 gegründete Deutsche Petroleum AG war vor dem 1. Weltkrieg an einer großen Reihe Auslandsunternehmungen, insbesondere an der Steaua Romana AG (Deutsche Bank) in Bukarest maßgebend beteiligt. Damit bemächtigten sich die deutschen Imperialisten zeitweise der rumänischen und galizischen Erdölfelder. Die Auslandsunternehmen der DPAG wurden nach dem Krieg von der Deutschen Bank aufgelöst: d.h. das gesamte Kapital wurde auf die Deutsche Bank übertragen, um die bei der DPAG vorhandenen großen Barmittel „der deutschen Volkswirtschaft" zuzuführen. Diese Kapitalmasse bewirkte in den Jahren 1925/26 eine neuerliche Konzentration der deutschen Mineralölwirtschaft. Die aus der Fusion verschiedener Gesellschaften hervorgegangene ÖLEX arrangierte sich in den zwanziger Jahren mit der Anglo Iranian Oil Comp., der heutigen BP, die mit einer Mehrheitsbeteiligung der englischen Regierung das reiche iranische Ölfeld ausbeutete. Der Wucht dieses gewaltigen britischen Monopols war das in der ÖLEX konzentrierte deutsche Kapital nicht gewachsen. Die DPAG zog sich bis 1931 aus dieser Liason allmählich wieder zurück. Der neuerliche Vorstoß auf dem Schlachtfeld der Energiemärkte ist langfristig durch die Konstruktion der Veba, die 1,4 Mrd. DM repräsentiert, vorbereitet. Die Veba hält das größte westdeutsche Stromerzeugungs- und -verteilungsunternehmen und sichert 25% der Stromerzeugung sowie über 10% des gesamten Rohöleinsatzes westdeutscher Raffinerien. Mit diesem Griff zur Hegemonie über den europäischen Energiemarkt glauben die BRD-Imperialisten, die Konkurrenzbedingungen gegenüber den Supermächten bedeutend verändert zu haben. Schon aber sieht der ehemalige Wirtschaftsminister Schiller die Gefahren heraufziehen, die von „jenen Kräften in der OPEC ausgehen, die aus Furcht vor inflationsbedingten Einnahmeverlusten für Exportminderung und Preissteigerungen eintreten". Der Hund läuft an kurzer Leine.

z.haw. **16,587 Mrd. DM haben die Volksmassen 1976 für Strom zahlen müssen.** Geliefert wurden ihnen dafür 101,775 Mrd. kWh elektrische Energie. Im gleichen Jahr haben die Kapitalisten 13,604 Mrd. DM für die Lieferung von 142,593 Mrd. kWh gezahlt. Im Durchschnitt ergibt das 6,76 Pfg/kWh weniger im Preis als die Volksmassen zahlen mußten, aufgrund sog. Sonderabnahmetarife. 1976 lag der Sondertarif für die Bourgeois bei durchschnittlich 9,54 Pfg/kWh. Peine-Salzgitter z.B. bezahlt mit z.Z. 5,1 Pfg/kWh weit unter diesem Durchschnitt. Mit insgesamt 4,06 Mrd. DM haben die Volksmassen 1976 die Strompreise für die Kapitalisten subventionieren müssen. (Die nicht unerheblichen Profite, die die Energiewirtschaftskapitalisten machen, sind in dieser Berechnung noch gar nicht berücksichtigt.) Diese Summe ergibt sich aus dem Durchschnittspreis von 12,35 Pfg/kWh für

Jahr	Sondertarif für Kapitalisten (I)	(II)	Tarif Haushalte / kleine Gewerbe (I)	(II)
1970	98,544	6,88	66,108	12,36
1971	106,143	7,08	73,033	12;32
1972	116,147	7,41	82,199	12,82
1973	129,720	7,54	87,687	13,24
1974	134,156	8,13	91,561	14,29
1975	129,590	9,40	96,369	15,93
1976	142,593	9,54	101,775	16,30
1977	148,028	9,61*	104,726	16,54*

I Gesamtabgabe in Mrd. kWh
II Durchschnittlicher Preis in Pf/kWh
* eigene Schätzung
Quelle: BWM III

die Letztverbraucher insgesamt, mit dem Verbrauch der Haushalte multipliziert (101,775 Mrd. kWh) = 12,521 Mrd. DM und diese Summe von dem tatsächlich bezahlten Preis (16,587 DM) abgezogen. Die Subventionierung wird aufgebracht durch entsprechend hohe Preise bei den sog. Tarifabnehmern (Haushalte und Kleingewerbe). 1976 mußten sie für die kWh 16,30 Pfg zahlen. Auch dies ist nur ein Durchschnittswert, in Braunschweig beträgt der Preis für eine kWh z.Z. 28 Pfg. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und des sog. Kohlepfennigs 1978 haben neben der „regulären" Strompreiserhöhung nochmals eine Verteuerung des Stroms mit sich gebracht. In Wuppertal ist der sog. „billige" Nachtstrom von 1971-1978 um 68,8% gestiegen.

DM) abgezogen. Die Subventionierung wird aufgebracht durch entsprechend hohe Preise bei den sog. Tarifabnehmern (Haushalte und Kleingewerbe). 1976 mußten sie für die kWh 16,30 Pfg zahlen. Auch dies ist nur ein Durchschnittswert, in Braunschweig beträgt der Preis für eine kWh z.Z. 28 Pfg. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und des sog. Kohlepfennigs 1978 haben neben der „regulären" Strompreiserhöhung nochmals eine Verteuerung des Stroms mit sich gebracht. In Wuppertal ist der sog. „billige" Nachtstrom von 1971-1978 um 68,8% gestiegen.

Beherrscht werden die Aufsichtsräte der 674 Energieversorgungsbetriebe von der Finanzbourgeoisie und den imperialistischen Monopolen. In ihrem Interesse werden die Strompreise für die Kapitalisten niedriggehalten, und die Volksmassen mit Hilfe des Staatsapparates zur Kasse gebeten. Der größte Betreiber von Kraftwerksanlagen ist der Staat selber. Rund 2/3 der Anteile an der Gesamtversorgung sind in Besitz des Staates, der Länder, Landkreise und Gemeinden. Der größte Teil der Energieversorgungsbetriebe sind gemischtwirtschaftliche Betriebe, d.h. dem Staat gehören weniger als 95% der Anteile, den Kapitalisten weniger als 75% der Anteile. Diese Betriebe liefern 69,0% des gesamten Stromverbrauchs. Die Betriebe mit mehr als 95% Beteiligung des Staates liefern 28,2% des Gesamtverbrauches, die Betriebe in privatem Besitz 2,8%.

Frankreich: Stahlarbeiter gegen Ausbeutung und Erpressung mit der Arbeitslosigkeit

z.jon.Paris. Vor vier Monaten hat die französische Regierung ihren Stahlplan bekanntgegeben, vor einem Monat haben die Verhandlungen mit den Gewerkschaften darüber begonnen. Der Stahlplan sieht die Entlassung von 27000 Arbeitern und Angestellten vor und Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung in den übrigbleibenden Werken. Sofort nach Bekanntwerden des Plans haben die Stahlarbeiter in Lothringen und Nordfrankreich begonnen, ihn mit mächtigen Aktionen gegen den bürgerlichen Staat und

deshalb ihre Kämpfe gegen Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung und – mehr und mehr – für Lohnerhöhungen von 300 bis 400 F für alle gleich unter das Zeichen „Solidarität mit Longwy".

Aber wie ist der Stand der Verhandlungen in der Stahlindustrie selbst? Können die Stahlarbeiter den Stahl-

schäftigten sollen 5000 entlassen werden. Die meisten werden entweder frühverrentet oder mit einer Prämie abgespeist, oder sie werden auf begrenzte Dauer auf Staatskosten in eine „Usinor-Umschulungsabteilung" gesteckt, bevor sie neuen Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung gestellt werden. Die Revisionisten und Reformisten in den Gewerkschaftsführungen haben gerade diesen Maßnahmen zur

nen neuen Vertrag über das Arbeitslosengeld ausgearbeitet, mit dem die Abschaffung des Arbeitslosengeldes von 90% besiegelt wird. Die Bourgeoisie konnte so mit jedem „Zugeständnis" eine weitere Masche im Netz „sozialer Maßnahmen" knüpfen, mit dem sie den Kampf der Stahlarbeiter zu ersticken und den Stahlplan durchzusetzen hofft. Mit ihren Kämpfen gerade gegen diese Verhandlungen stehen die

Frankreich: Stahlarbeiter gegen Ausbeutung und Erpressung mit der Arbeitslosigkeit

z.jon.Paris. Vor vier Monaten hat die französische Regierung ihren Stahlplan bekanntgegeben, vor einem Monat haben die Verhandlungen mit den Gewerkschaften darüber begonnen. Der Stahlplan sieht die Entlassung von 27000 Arbeitern und Angestellten vor und Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung in den übrigbleibenden Werken. Sofort nach Bekanntwerden des Plans haben die Stahlarbeiter in Lothringen und Nordfrankreich begonnen, ihn mit mächtigen Aktionen gegen den bürgerlichen Staat und die Kapitalisten zu bekämpfen: Streiks; Besetzung von Finanzämtern, Unterpräfekturen, Banken, Versicherungsgesellschaften, Fernsehsendern; Zerstörung von Akten, mit denen Plünderung, Ausbeutung und Unterdrückung organisiert wird. Der Kampf der Stahlarbeiter in Longwy und Denain hat den Kämpfen der Arbeiterklasse in ganz Frankreich Auftrieb gegeben. Denn mit der Durchsetzung des Stahlplans will die französische Bourgeoisie die Ausbeutung der ganzen Arbeiterklasse verschärfen: Vergrößerung und bessere Reglementierung der zur Verfügung stehenden ausbeutbaren Arbeitermassen und Senkung des Lohns unter dem Druck dieser Reservearmee. Werftarbeiter in Nantes, Berliet-Arbeiter in Lyon und St. Etienne, die Techniker der Fernsehgesellschaft SFP, die Akkordarbeiter in den Postverteilerzentren, die Schichtarbeiter der E-Werke, die Lehrer, sie alle stellen deshalb ihre Kämpfe gegen Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung und – mehr und mehr – für Lohnerhöhungen von 300 bis 400 F für alle gleich unter das Zeichen „Solidarität mit Longwy".

Aber wie ist der Stand der Verhandlungen in der Stahlindustrie selbst? Können die Stahlarbeiter den Stahlplan zurückschlagen? Folgender Vorgang ist typisch: Während des ganzen ersten Tages der Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführungen und der Konzernleitung des Stahlmonopols Usinor liefern die Usinor-Arbeiter in Denain der Bereitschaftspolizei einen schweren Kampf. Am Abend muß die Bereitschaftspolizei abziehen. Etchegaray, Vorsitzender von Usinor, der morgens getönt hatte, kein Jota würde am Stahlplan geändert, versichert am Abend, keine der geplanten Maßnahmen würde vor Abschluß der Verhandlungen durchgeführt. Ein Sieg, wie die Gewerkschaftsführungen versichern? Eine Falle! Die Verhandlungen sollen schon am 27.3. abgeschlossen werden. Bis dahin sollen die Gewerkschaften in den „Sozialplan" für die Massenentlassungen eingespannt werden. Drei Tage später gibt Etchegaray die Entlassungspläne für Usinor Denain bekannt: Von 6500 Beschäftigten sollen 5000 entlassen werden. Die meisten werden entweder frühverrentet oder mit einer Prämie abgespeist, oder sie werden auf begrenzte Dauer auf Staatskosten in eine „Usinor-Umschulungsabteilung" gesteckt, bevor sie neuen Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung gestellt werden. Die Revisionisten und Reformisten in den Gewerkschaftsführungen haben gerade diesen Maßnahmen zur Aussonderung der weitgehend verbrauchten Arbeitskräfte durch Frühverrentung und der Neuabrichtung des verwertbaren Arbeitermaterials unter dem direkten Kommando der Kapitalisten zugestimmt. Parallel dazu haben sie mit den Kapitalistenverbänden einen neuen Vertrag über das Arbeitslosengeld ausgearbeitet, mit dem die Abschaffung des Arbeitslosengeldes von 90% besiegelt wird. Die Bourgeoisie konnte so mit jedem „Zugeständnis" eine weitere Masche im Netz „sozialer Maßnahmen" knüpfen, mit dem sie den Kampf der Stahlarbeiter zu ersticken und den Stahlplan durchzusetzen hofft. Mit ihren Kämpfen gerade gegen diese Verhandlungen stehen die Stahlarbeiter an vorderster Front gegen die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit. Sie lehnen die „Umschulung" unter dem Kommando der Kapitalisten ab und werfen die Frage nach der politischen Kontrolle der Versicherungen und der Arbeitsämter auf.



Demonstration der Stahlarbeiter in Denain

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 12: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Dokumentation zu den „ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen"

z.hev. Am 23. oder 24. März soll möglicherweise ein Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten geschlossen werden. Nach dem „Rahmen für den Frieden im Nahen Osten, vereinbart in Camp David" vom 17. September 1978 hatten sich die Verhandlungen trotz hektischer Reisetätigkeit verschiedener US-Sonderbotschafter und Minister, darunter auch des Außenministers Vance im Dezember 1978, total festgefahren, und es bedurfte erst der iranischen Revolution, um die USA erneut in große Betriebsamkeit zu versetzen.

Camp David hatte im wesentlichen zum Ergebnis: „Die anerkannte Grundlage für eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen Israel und seinen Nachbarn ist die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in allen ihren Teilen". Diese Resolution ist vom 22. November 1967. Im Sechs-Tage-Krieg (5.-10.6.67) hatte Israel die Westbank (Westjordanien), Golanhöhen, Gaza und Sinai besetzt. In der Resolution 242 heißt es:

„Der Sicherheitsrat drückt seine anhaltende Besorgnis aus in Anbetracht der ernsten Lage im Nahen Osten und betont die Ablehnung des Erwerbs von Gebieten durch Waffengewalt sowie die Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, *in dem jeder Staat in Sicherheit leben kann*" (Hervorhebungen d. Red.). Der „dauerhafte Frieden" sollte die Anwendung der folgenden Grundsätze einschließen:

„1.a) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des letzten Konflikts besetzten Gebieten;
b) Verzicht auf jedes Kriegsziel und Beendigung des Zustands, Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit *aller Staaten* und ihres Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder von Gewaltakten zu leben;

2. Desgleichen unterstreicht er die Notwendigkeit,
a) Die Freiheit der Schiffahrt in den internationalen Gewässern zu gewährleisten;
b) das *Flüchtlingsproblem* gerecht zu lösen;
c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit *jedes Staates* durch geeignete Maßnahmen, einschließlich der Errichtung von entmilitarisierten Zonen, zu gewährleisten."

tarisierten Zonen, zu gewährleisten."

Diese Resolution, deren Kern die Anerkennung und Garantie des Besatzerstaates Israel ist, wurde von der PLO niemals akzeptiert. In ihrem Programm, dem „Palästinensischen Nationalvertrag" von 1968 heißt es in Artikel 19: „Die Teilung Palästinas 1947 und die Gründung Israels ist von Grund auf null und nichtig, wieviel Zeit seither auch immer vergangen sein mag, weil dies im Gegensatz zum Willen des palästinensischen Volkes und seines natürlichen Rechts auf sein Vaterland geschah ..." Das Programm charakterisiert den Zionismus als rassistisch, expansionistisch und kolonialistisch und als „eine Bastion und ein Sprungbrett des Imperialismus im Herzen des arabischen Vaterlands und macht die Hoffnungen der Arabischen Nation auf Befreiung, Einheit und Fortschritt zunichte."

Die Ablehnung der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates wurde seitdem auf vielen arabischen Konferenzen immer wieder bekräftigt, an ihr schieden und scheiden sich die Kräfte, die die Existenz Israels als Staat anerkennen oder ablehnen. Während die US-Imperialisten nie einen Hehl daraus gemacht haben, daß Israel ihr Brückenkopf gegen die arabischen Staaten ist, haben die Sozialimperialisten ihre eigene schmutzige Rolle eher im dunkeln gelassen, aber ihre Einmischung in arabische Angelegenheiten nie aufgegeben. Ihre Position nach dem Treffen von Camp David hat Breschnew am 5. Oktober 1978 anläßlich des Besuchs des syrischen Staatspräsidenten Hafez al-Assad in Moskau verdeutlicht:

„Ich möchte betonen, daß, objektiv gesehen, die Tür immer noch offen ist für eine gerechte Lösung des Nahostproblems. Dies ist der Weg über die Genfer Konferenz, die speziell für die Lösung des grundlegenden Problems der Herbeiführung einer umfassenden Friedensregelung in jener Region geschaffen worden ist. Solch eine Regelung muß jedoch bedeuten, daß Israel sich aus allen arabischen Gebieten zurückzieht, die es 1967 besetzte; daß die Araber Palästinas die Möglichkeit erhalten, ihren eigenen Staat zu gründen, und *daß für die Sicherheit aller Staaten jener Region ohne Ausnahme* die striktesten internationalen Garantien gegeben werden ... Wenn Washington, wie es scheint, die Genfer Konferenz und die Tatsache, daß sie zwei Ko-Vorsitzende – die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten – mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten hat, vergessen möchte, so erinnern wir uns daran sehr gut und werden entsprechend handeln." Also unbedingte Garantie der Existenz Israels und die massive Drohung, „entsprechend zu handeln", wenn die Sowjetunion bei einem Nahosthandel leer ausgehen sollte; praktisch eine Kampfansage an die palästinensische Revolution, die arabischen Staaten, aber auch an den Rivalen um die Weltherrschaft, die USA.

Die arabischen Staaten haben auf ih-

Die arabischen Staaten haben auf ihrer 9. Gipfelkonferenz vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad unmißverständlich klargelegt, daß sie nicht daran denken, den Kampf auf den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten zu beschränken:

„Der Kampf um die Wiederherstellung der arabischen Rechte in Palästina und in den besetzten arabischen Gebieten ist eine panarabische Verantwortung, und alle Araber sollten an ihm teilnehmen, jeder von seiner Position aus und durch die ihm zur Verfügung stehenden militärischen, wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Mittel. Der Konflikt mit dem zionistischen Feind geht über den Kampf der Länder, deren Gebiete im Jahre 1967 besetzt wurden, hinaus und umfaßt die arabische Nation als Ganzes."

Mit Wohlwollen verfolgte Carter die Aktivitäten der Zionisten, die durch weitere Gründungen von Siedlungen in den besetzten Gebieten den Preis für einen Frieden mit Ägypten immer höher schrauben wollten, um so Ägypten aus dem arabischen Lager herauszubrechen und in eine Allianz mit den US-Imperialisten hineinzuzwingen. Ägypten sollte seit Camp David auf seine Forderung nach Selbstbestimmung durch das palästinensische Volk verzichten, alle Garantien für den Abzug der Israelis aus den besetzten Gebieten aufgeben (Festlegung eines Zeitplanes, Bestimmung des Zeitpunktes der Aufnahme fester diplomatischer Beziehungen in Abhängigkeit von der Räumung der 1967 besetzten Gebiete) und sich zu Öllieferungen an Israel verpflichten. Welches Ergebnis Carter durch höchstpersönliches Erscheinen in Kairo und Jerusalem schließlich erpreßte, ist in den Einzelheiten noch nicht bekannt. Daß es Erpressung war, ist sicher und schimmert selbst zwischen den Zeilen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 16.3. durch: „Sadat hat sich gegen die von Israel angebotene Übernahme eines der beiden Luftstützpunkte auf Sinai durch die amerikanische Luftwaffe ausgesprochen. Washington hat daraufhin in dieser Sache nicht insistiert. Ägypten wird in den kommenden drei Jahren im wesentlichen Ersatz für seine veralteten sowjetischen Infanterie- und panzerbrechenden Waffen erhalten, dagegen keine modernen amerikanischen Jagdbomber der Typen F15 und F16. Die von Saudi-Arabien finanzierte Lieferung von 50 Maschinen des Typs F5 an Kairo soll geschehen. Israel wird mit der zusätzlichen Waffenhilfe im wesentlichen die in der letzten, von Weizmann in Washington vorgelegten Liste enthaltenen Lieferungen erhalten". Außerdem werden die USA Israel den Zugriff auf ihre strategischen Ölreserven gestatten und Israels Ölversorgung garantieren, nach dem Verlust der Öllieferungen aus dem Iran quasi die Sicherstellung der Versorgung des US-Brückenkopfes im arabischen Lager. Dazu dient auch der Bau weiterer Militär-Flughäfen in Israel, während Ägypten die bisher von Israel genutzten Militärflughäfen auf dem Sinai nur zivil nutzen darf. „Wir sind durch seit

zivil nutzen darf. „Wir sind durch seit

langem bestehende Freundschaften sowie durch tiefgreifende moralische Verpflichtungen, die fest in unseren Werten als Volk verwurzelt sind, mit den Staaten und Völkern dieser Region verbunden", meinte Carter am 18.9.78 vor dem US-Kongreß.

Angesichts der bisher bekanntgewordenen Ergebnisse ging dem ZDF-Reporter am 15. März immerhin ein Licht auf: „Das klingt alles eher so, als wollte man in den Krieg ziehen und nicht in den Frieden."



Z. A. N. U.

Zimbabwe African National Union

An Genossen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Maputo, 14.3.1979

Revolutionäre Grüße

Laß mich als Präsident der ZANU im Namen meines Zentralkomitees, des Oberkommandos, des Generalstabes, der ZANLA-Streitkräfte und der breiten, kämpfenden Massen Zimbabwes diesen Aufruf zur verstärkten Unterstützung im revolutionären Geist des proletarischen Internationalismus über dich, Genosse Sekretär, an das Zentrale Komitee des KBW, die Arbeiterklasse und das Volk von Westdeutschland richten.

Wir sind ermutigt und erfreut darüber, daß unser jüngster Aufruf unter der Losung „Unterstützt den gerechten Krieg gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg" zu solch einem großen Erfolg in ganz Westdeutschland geführt hat. Wir unterstützen entschieden eure beiden Forderungen „Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung" und „Die Bundesregierung muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO" akzeptieren.

Wir freuen uns darüber, daß die Arbeiterklasse und das Volk von Westdeutschland die von euch geführte Kampagne so solidarisch beantwortet haben, und es euch so ermöglichen, uns eine Druckausrüstung im Wert von 500000 bis 600000 DM zu schicken. Bis jetzt sind 200000 DM gesammelt worden. Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß diese große Summe in so kurzer Zeit zusammengetragen worden ist.

Wir rufen euch und über euch die Arbeiter, Angestellten, Bauern, Schüler und Studenten auf, von jetzt an bis zum 1. Mai ihre Anstrengungen zu verdoppeln, dem Zeitpunkt, an dem die Kampagne abgeschlossen werden soll. Es ist angemessen, diese Kampagne am Kampftag der internationalen Arbeiterklasse abzuschließen. Wir sind der festen Überzeugung, daß ihr euer Ziel übertreffen werdet.

Die Druckausrüstung wird einen großen Schritt vorwärts in unserem Kampf gegen das Kolonialregime in Zimbabwe bedeuten. Sie wird uns eine neue Möglichkeit und mehr Geschosse geben, um den Feind zu bekämpfen. Wir werden unsere Propaganda- und Informationskampagne verstärken, und unsere Fähigkeit wird wachsen, durch die Produktion von Büchern, Broschüren und anderen Druckerzeugnissen unseren ideologischen und Erziehungsaufgaben gerecht zu werden. Der Feind ist angeschlagen und nachdem er den Krieg auf dem Land bereits verloren hat, verstärkt er gegenwärtig seinen Propagandakrieg. Wir müssen ihn auch auf diesem Gebiet schlagen und unschädlich machen.

Wir hoffen, daß die Ausrüstung bis zum Chimurengatag hier sein kann. Durch eure Anwendung des proletarischen Internationalismus werden wir beständig daran erinnert, daß unser Kampf zur Befreiung unseres Landes nicht nur unser Krieg ist. Er ist ein Krieg, den alle Arbeiter und Bauern, Studenten und Schüler gemeinsam führen können und müssen. Denn was haben wir in diesem großen Kampf zu verlieren als das imperialistische Joch und die kapitalistischen Ketten, die uns der Sklaverei und der Ausbeutung unterwerfen?

Die ZANU greift an in diesem Jahr des „Sturms des Volkes", um die feindlichen Kräfte auf immer und ewig zu vernichten. Wir sind stolz, sehr stolz auf eure unerschütterliche Unterstützung.

Der Sieg ist sicher!
Lang lebe der proletarische Internationalismus!
Pamberi ne chimurenga!
Lang lebe die Solidarität zwischen der ZANU und dem KBW!

Robert Mugabe
(Präsident der ZANU)

(Präsident der ZANU)

Bei Stimmenthaltung der USA, Großbritanniens und Frankreichs hat jetzt der UNO-Sicherheitsrat die vom rhodesischen Kolonialregime geplanten Wahlen für null und nichtig erklärt, die Aggressionsakte des Kolonialregimes gegen Sambia und Angola aufs schärfste verurteilt und alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich streng an die Resolutionen und Entschließungen des Sicherheitsrates zu halten. Die Resolution war durch die Sicherheitsratsmitglieder der Dritten Welt eingebracht worden. Der Kampf des Volkes von Zimbabwe wird erneut als gerechtfertigt und richtig gewürdigt. Dagegen verweigert die Bundesrepublik immer noch der Patriotischen Front die Anerkennung, verfolgt Sammlungen für den gerechten Krieg des Volkes von Zimbabwe und hält weiterhin mehr als 120000 DM Sammelgelder unter Beschlagnahme. Umso dringlicher für die Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin, dem Aufruf Präsident Mugabes zu folgen.

Kampuchea-Kriegsberichterstatter – fassungslos, aber nicht sprachlos

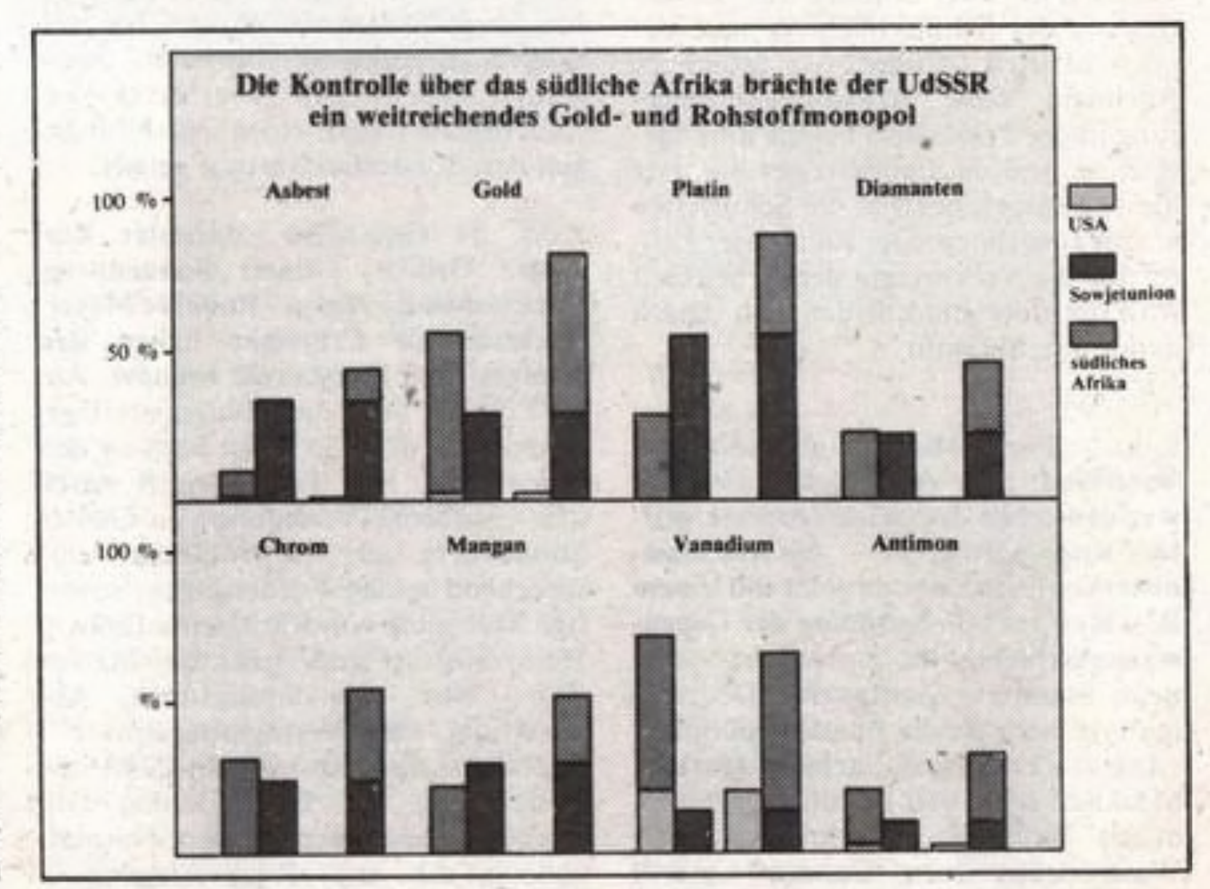
z.rua. Noch im Januar hatte Christel Pilz, Kriegsberichterstatterin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, ungläubig vermeldet, Pol Pot habe das Volk Kampucheas zum langandauernden Volkskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren aufgerufen und sich zur Führung des Krieges in die Wälder Kampucheas begeben. Ihre Konkurrenz zur sozialimperialistischen Supermacht fordert von der westlichen Journaille die Beobachtung des Kriegsgeschehens auf der Suche nach Infiltrationsmöglichkeiten. Angesichts der Erfolge des kampucheanischen Volkes gegen die vietnamesischen Invasoren bleibt ihnen die Schadenfreude gegen Vietnam im Halse stecken, und die Furcht vor dem Sieg des kampucheanischen Volkes überwiegt.

US-News and World Report, 19.2.:
In Kambodscha selbst geht der Kampf weiter ... Die Pol-Pot-Truppen haben sich regruppiert und stören die vietnamesischen Versorgungs- und Nachschublinien. Hanois Streitkräfte haben ebensoviel Ärger mit diesen „Kämpfen-und-Verschwinden"-Angriffen der zähen Guerilla-Einheiten wie die amerikanischen Truppen sie während ihres Krieges mit Nordvietnam hatten ...

International Herald Tribune, 5.3.:
Für Kambodscha hat die vietnamesische Eroberung einen neuen Schritt zur Zerstörung eines Volkes gebracht, das schon durch einen fünfjährigen Krieg, der 1975 endete, zerrissen wurde, nur um von den Massenmorden und Bevölkerungsumsiedlungen der Kriegssieger und heutigen Guerillas, der von Pol Pot geführten Roten Khmer, gefolgt zu werden. In Westkambodscha, wo die Versorgungslinien Vietnams am weitesten und ihre Kontrolle dürftig bis nicht-existent ist, wurden ... Hinrichtungen zur Durchsetzung der Kontrolle-durch-Terror-Taktik Pol Pots wiederaufgenommen ... An vielen Plätzen, die sie wieder besetzt haben, üben sie Rache an Personen, die sie der Kollaboration mit Vietnam beschuldigen ... Bürgermeister wurden ermordet, Marktplätze in vermutlich von Vietnam kontrollierten Gebieten werden angegriffen, höhere Beamte reisen nicht ins Landesinnere, und Dörfer werden genommen, verloren und wiedergenommen.

International Herald Tribune, 9.3.:
Beobachter berichten, daß in Kambodscha die militärischen Probleme Vietnams mit Kräften anhalten, die dem gestürzten Pol-Pot-Regime loyal geblieben sind und die vietnamesischen Truppen aus dem Hinterhalt angreifen und Straßen verminen. Die Beobachter sagen, daß paradoxerweise der stärkste Widerstand gegen die vietnamesische Okkupation nicht in den Regionen ist, die am weitesten von Vietnam entfernt sind, sondern in den südöstlichen Grenzprovinzen Kambodschas, entlang der vietnamesischen Grenze.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.:
Überraschend haben die Roten Khmer in Kambodscha in den letzten Tagen an Boden gewonnen. Dies sei nicht nur durch den Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha zu erklären. Offenkundig zeigen sich große Teile der Bevölkerung trotz der grausamen Erfahrungen unter dem Pol-Pot-Regime mit den Roten Khmer solidarisch, wenn es sich um die Frage der nationalen Existenz handelt.



Das Kräfteverhältnis der Supermächte bei acht strategischen Rohstoffen. Das linke Säulenpaar vergleicht jeweils die zusammengezählte Produktion der *USA und Südafrika* (links) mit der UdSSR (rechts); das rechte Säulenpaar die USA mit dem kumulierten Potential der *UdSSR und Südafrika*. Die Rohstoffbasis der US-Imperialisten schrumpfte erheblich, während die Sozialimperialisten Gold und andere Rohstoffe weltweit *monopolisieren* könnten, gelänge es ihnen, sich an die Stelle der anderen Supermacht im südlichen Afrika zu setzen. Das ist die Grundlage des sowjetischen „Antiimperialismus".

z.sst. **Gegen den wachsenden gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lehrer zur Durchsetzung des Normalarbeitstages schreibt die FAZ am 16.3.:** „Mit ihrer Forderung nach einer 40-Stunden-Woche unterstellen die Lehrer, daß ihr Beruf zu denen mit einer gesetzlich fixierten Arbeitszeit gehöre... Ist es nicht viel eher ein Beruf mit einer unbestimmten Arbeitszeit?" – Um Kampfmaßnahmen für die gesetzliche Durchsetzung der 40-Stunden-Woche zu beschließen, hat der GEW Bezirksverband Frankfurt am 7.3. einen Arbeitszeitkongreß mit 400 Teilnehmern durchgeführt, es sprachen auch Vertreter der DPG und der ÖTV. Im Aufruf hatte sich der Bezirksverband Frankfurt gegen Mehrarbeit und Lohnsenkung durch Nichteinstellung und Teilzeitbeschäftigung ausgesprochen. Als Schritt zur Durchsetzung der 40-Stunden-Woche forderten die Teilnehmer: „Ab 1.9.79 für alle Lehrer mindestens eine Pflichtstunde weniger! Kein Lehrer über 25 Pflichtstunden!" Die Teilnehmer des Kongresses unterstützten die Kämpfe der Eltern und Schüler „gegen die verstärkte Auslese und für eine Verbesserung der personellen und materiellen Situation" sowie den Kampf für die Einstellung der Fernmeldehandwerker. Der Bezirksvorstand wurde aufgefordert, im März eine Delegiertenkonferenz zur Einleitung weiterer Kampfschritte zu beschließen. „Schließlich fordern wir die Landesvertreterversammlung im April auf, den Landesvorstand mit der Einleitung von Streikmaßnahmen zu beauftragen, falls unsere Forderung zum 1.9. nicht durchgesetzt ist. Am 1. Mai werden wir unsere Forderungen auf der Demonstration des DGB vertreten und fordern deshalb alle Kollegen zur Beteiligung auf." Die GEW Schulgruppe der Ernst-Reuter Schule II hat bereits beschlossen, daß Personalversammlungen und Konferenzen künftig während der Schulzeit stattfinden.

z.lib. **Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth bereitet die Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer vor.** Ein Entwurf über die „Unterrichtsverpflichtung der beamteten Lehrer" sieht vor, die bisher gültige Ermäßigung der wöchentlichen Pflicht-

schlossen, daß Personalversammlungen und Konferenzen künftig während der Schulzeit stattfinden.

z.lib. **Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth bereitet die Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer vor.** Ein Entwurf über die „Unterrichtsverpflichtung der beamteten Lehrer" sieht vor, die bisher gültige Ermäßigung der wöchentlichen Pflicht-
stundenzahl für Tätigkeiten wie die Betreuung der Schülerbücherei, Lernmittelsammlungen etc. zu kürzen und legt weiter fest: „Die Arbeitstage sind die Schultage und die die Urlaubstage übersteigenden Ferientage." Dieser noch „vertrauliche" Entwurf, gerade zu der Zeit veröffentlicht, da die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Kampf um mehr Lohn stehen, die Lehrer die 40-Stundenwoche fordern und Aktionen zur Verkürzung der Arbeitszeit durchführen, verfolgt einen doppelten Zweck. Er soll – mit Hinweis auf viele Stundenermäßigungen – die Lehrer innerhalb des Öffentlichen Dienstes und von der Arbeiterklasse und den Volksmassen isolieren. 5980 Lehrerstellen werden damit angeblich eingespart. Das würde heißen, daß jeder der 80000 Lehrer in Baden-Württemberg zwei Stunden Deputatsnachlaß hätte; Tatsache ist, daß dies höchstens für ein Drittel der Kollegen zutrifft. Außerdem sind auf Anweisung des Kultusministeriums die Stundennachlässe an den Schulen längst auf das jetzt gesetzlich angestrebte Maß gekürzt. (z.B. zwei Stunden für die Betreuung der Schülerbücherei statt der noch offiziell gültigen vier Stunden). Nachdem diese Arbeitszeitverlängerung in der Praxis also bereits durchgesetzt ist, will die Landesregierung jetzt die Arbeitszeit noch in die Schulferien hinein ausdehnen. Der Kampf der Lehrer für die Verkürzung der Arbeitszeit wird darüber entscheiden, ob Späth damit durchkommt.

z.diz. **„Für Volk, Grundgesetz und Vaterland", so etwa stellen sich die westdeutschen Imperialisten eine griffige Kriegsparole vor – die Kultusministerkonferenz hat da jetzt mit einem Beschluß zur „Behandlung der Gegenwartsgeschichte im Unterricht" eine neue Standarte gepflanzt:** „Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik". „Die ... Thüringer, Sachsen, Märker, Mecklenburger und Pommern gehören neben Schlesien, Ostpreußen und Westpreußen zum Ganzen unseres Volkes"; womit Gebietsansprüche über die DDR und Polen bis nach Rußland angemeldet wären. „Nach Nowgorod!" war der Schlachtruf der feudalen deutschen Ostkolonisatoren, daran kann angeknüpft werden; und besonderes Augenmerk auf Westberlin als befestigten Vorposten in Feindesland: „Die deutsche Siedlungsgeschichte des Mittelalters ... und die kulturelle Stellung Berlins seit dem 18. Jahrhundert sind besonders geeignet, den geschichtlichen Zusammenhang der Deutschen in Ost und West aufzuzeigen". Das ideologische Salz soll wie eh das Grundgesetz abgeben: „Der Wertmaßstab des Grundgesetz bedeutet u.a., daß die Lebensverhältnisse in der DDR unter der Frage zu sehen sind, in welchem Umfang die Menschenrechte für die Bevölkerung gewährleistet sind oder ihr vorenthalten werden". Durch die Berufsverbote- und Jugendsünden-Kampagnen, denken sie, haben sie die Lehrer in der Tasche: Erst haben wir uns „reumütig" gezeigt, jetzt seid ihr dran ...

z.höm. **Am 7. Februar hat die ÖTV den neuen Sozialtarifvertrag für das Feuerwehr-, Werkschutz- und Wachpersonal bei den Besatzerstreitkräften mit dem Finanzministerium abgeschlossen.** Am 1.7. soll er in Kraft treten. Der Vertrag sieht die Kürzung der monatlichen Arbeitszeit inklusive Arbeitsbereitschaft von bisher 300 auf 274 Stunden (ÖTV-Forderung: 264 Stunden) bei vollem Lohnausgleich vor. Ab 1.7.1980 nochmalige Verkürzung auf 262 Stunden bei Feuerwehr- und Werkschutzpersonal, 256 Stunden bei Wachpersonal. Weiter sind in dem Vertrag als „Pauschale für unregelmässige Arbeitszeit" 130 DM monatliche Zulage festgelegt worden. Der Überstundenzuschlag ist auf 35 % des Tarifgehaltes festgesetzt worden. Die Flanke, die Beschäftigten in beliebiger Handhabe in Nacht- und Schichtdienst zu pressen, ist den Besatzern offen geblieben. Weiter ist im neuen Tarifvertrag für über 40 Jahre alte Feuerwehrleute „Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung bei Berufsuntauglichkeit" festgehalten, wo den Besatzern noch offen bleibt, zwischen die unter und die über 40-jährigen Feuerwehrleute einen Spaltkeil zu treiben. Der Tarifvertrag ist nur auf Grundlage verschiedener Warnstreikaktionen der Feuerwehrleute in ganz Westdeutschland zustandegekommen, die ÖTV hatte zum eintägigen Warnstreik im Januar aufgerufen. So sind die Grundlagen gut, die jetzt noch offen gebliebenen Flanken in den nächsten Kämpfen zu schließen.

offen bleibt, zwischen die unter und die über 40-jährigen Feuerwehrleute einen Spaltkeil zu treiben. Der Tarifvertrag ist nur auf Grundlage verschiedener Warnstreikaktionen der Feuerwehrleute in ganz Westdeutschland zustandegekommen, die ÖTV hatte zum eintägigen Warnstreik im Januar aufgerufen. So sind die Grundlagen gut, die jetzt noch offen gebliebenen Flanken in den nächsten Kämpfen zu schließen.

z.gis. **Am 14.3.79 haben zwischen der IG Chemie und dem Chemiekapitalistenverband Verhandlungen über den Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss stattgefunden.** Er ist seit September 77 in Kraft und sichert den Kapitalisten *tariflich* die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft für 90 % des Lehrlingslohns im ersten Lehrjahr. Gekündigt hat die IG Chemie den Vertrag nicht, aber die Bezahlung von 100 % des Lehrlingslohns des 1. Lehrjahres gefordert. Die Chemiekapitalisten haben abgelehnt. Hauptanwender des Vertrages sind bisher Bayer und BASF. Die BASF-Kapitalisten beuten inzwischen 200 Jugendliche in solchen „Fördermaßnahmen" aus, bei Bayer waren es 1977 30 und seit 1978 nochmal 60 Jugendliche. Dem „Eingliederungsplan" der Merck-Kapitalisten für den Bereich anorganische und organische chemische Produktionsbetriebe kann man entnehmen, für was und wie die Jugendlichen „in das Berufsleben eingegliedert" werden: durch schlichte Vernutzung ihrer Arbeitskraft in Tätigkeiten wie „bereitstellen von Rohstoffen, absaugen, destillieren, filtrieren, reinigen, trocknen" usw. Die Merck-Vertrauensleute haben einen Beschluß gegen den Sondertarifvertrag gefaßt.

z.bil. **31 Gefangene, darunter Karl Heinz Dellwo, Günter Sonnenberg, Rechtsanwalt Haag, Ronald Meyer, Rechtsanwalt Croissant haben den Hunger- und Durststreik beendet.** Am 26.2. waren sie in den Hungerstreik getreten, seit dem 5. März auch in den Durststreik. Ihre Forderungen waren u.a. „sofortige Verlegung von Günter Sonnenberg aus Hohenasberg, entsprechend seinen Forderungen, sofortige Verlegung von Karl Heinz Dellwo, Heinz Stürmer und Heinz Herrlitz aus dem Celler Vernichtungstrakt. Abschaffung aller Vernichtungstrakte". Nachdem das Justizministerium die Zusicherung der Eingliederung von Günter Sonnenberg in den Normalvollzug, d.h. u.a. Rückverlegung in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim gegeben hat, ist der Streik beendet worden. Den neuen Celler Vernichtungstrakt beschreiben die Gefangenen wie folgt: hermetisch vom übrigen Gefängnis abgeriegelt, fernsehüberwacht, vollelektronisch bestückt, gelb gestrichene Zellen, grelles Neonlicht, nicht zu öffnende Fenster aus Panzerglas, Luftzufuhr durch Klimaanlage, Sichtblenden offen oder verdeckt als meterhohe Bretterzäune vor den Fenstern, Blechklo, Blechwaschbecken, Blechspiegel, „Sicherheitsmöbel", Spezialfußböden, luftdicht abgeschlossene Zellentüren, geräuschabgeschirmt, Betonschläuche für den Hofgang, die den Unterschied zwischen Zelle und Hof aufheben. Günter Sonnenberg wird seit drei Jahren trotz seiner Haftunfähigkeit auf Grund schwerer Gehirnverletzung weiter in Haft gehalten. Ende Januar wurde ihm der Hofgang mit Siegfried Haag und Ronald Meyer entzogen, er wurde in Isolierhaft verbracht. Hiergegen waren die Forderungen der 31 Gefangenen, verbunden mit dem Hunger- und Durststreik, gerichtet.

24000 DM zahlt der Bauer Steuer und Abgaben
Nein, soviel braucht er mindestens zum Leben

r.nee. Das Einkommen der kleinen und mittleren Bauern ist *erarbeitetes* Einkommen. Einen wachsenden Teil der Früchte dieser Arbeit reißt der kapitalistische Staat in Gestalt von Steuern und vielfältigen anderen Abgaben an sich. Die bürgerlichen Politiker sprechen jetzt in den Landtagswahlkämpfen viel von Gerechtigkeit und von Unterstützung der Wirtschaftsführung der kleinen Bauern. Das sind Wahlkampfsprüche. Die Kommunistische Volkszeitung hat schon mehrfach berichtet, daß von den bürgerlichen Parteien in Wirklichkeit das Gegenteil *getan* wird. Es ist schon ein offenes Geheimnis, daß das Kriterium der einzelbetrieblichen Förderung die kapitalistische Expansionsfähigkeit eines Betriebes ist; genau das macht ja all die Förderprogramme zu Programmen des Bauernlegens.

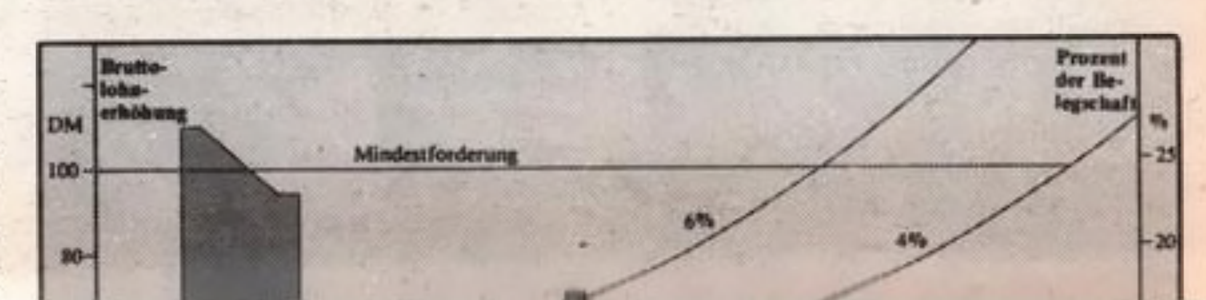
Beschleunigt wird der kleinbäuerliche Ruin durch die Steuer- und Abgabepolitik des kapitalistischen Staates. Wir haben die Steuern und Abgaben eines Bauernhofes mit einer Nutzfläche von 80 ha (700 Schweine) addiert und sind dabei auf einen Gesamtbetrag von 24364 DM gekommen. Dies entspricht ungefähr dem durchschnittlichen *Brutto*jahreseinkommen eines Arbeiters. Die Zusammensetzung der Steuern und Abgaben ist bei diesem Hof folgende: 2200 DM Grundsteuer A, 2200 DM für den Buchführungsverband, 792 DM an die Alterskasse, 2736 DM an die landwirtschaftliche Krankenkasse, 1500 DM für die Central-Marketing, 2100 DM für den Viehseuchenfonds, 3100 DM an den Wasser- und Bodenverband, 1500 DM an die Berufsgenossenschaften, 496 DM an den Bauernverband, 450 DM für den Kapitaldienst der Flurbereinigung, 450 DM für die Betriebshaftpflichtversicherung, 4000 DM für die Feuerversicherung, 2000 DM für den Wassergeldanschluß, 150 DM für die Müllabfuhr.

In dieser Auflistung ist die Einkommensteuer noch gar nicht enthalten. Kleine Bauernwirtschaften zahlen bislang noch oft eine Pauschale. Nämlich, wenn der land- und forstwirtschaftliche Einheitswert (so wird das Vermögen des Bauern vom Finanzamt ermittelt) unter 100000 DM liegt, wenn der Umsatz jährlich nicht mehr als 260000 DM beträgt und wenn der Gewinn unter 15000 DM jährlich liegt. Wenn die bürgerlichen Politiker von Gerechtigkeit sprechen, meinen sie, daß dieser Zustand *ungerecht* sei. Die Pläne, hier „Gerechtigkeit" einzuführen, sind auch schon lange in Ausarbeitung. Ausweitung der Buchführungspflicht ist dabei ein zentraler Hebel. Die einzelbetriebliche Förderung wurde z.B. von vornherein daran geknüpft, daß der Betrieb buchführungspflichtig ist bzw. sich der Buchführungspflicht unterwirft. Darüber werden dann die *höheren* Steuern ermittelt. Die Ausweitung der Besteuerung hat tatsächlich nicht allein den Zweck, daß die Kapitalisten vermittels ihres Staates sich mit mehr Geldern aus der Arbeit der kleinen und mittleren Bauern bereichern können, sondern sie ist zugleich integraler Bestandteil der politischen Linie der Bourgeoisie gegenüber den Bauern: Unterstützung der expansionsfähigen Agrar*kapitalisten*, Vernichtung der „unrentablen" Wirtschaften.

Der KBW propagiert in den Landtagswahlkämpfen die Forderung nach 1500 DM monatlich steuerfrei. Was mindestens zum Leben benötigt wird, muß steuerfrei sein. Um die kleinen und mittleren Bauern gegen den ausbeutenden Zugriff des kapitalistischen Staates zusammenzuschließen, muß diese Forderung auch dort aufgestellt werden. Viele Bauernwirtschaften erzielen aufgrund der gewaltigen Abgaben und der ruinösen Erzeugerpreisentwicklung tatsächlich ein Einkommen pro Familienarbeitskraft, daß weit unter 1500 DM monatlich liegt. (Vgl. hierzu Seite 8 dieser Ausgabe der KVZ.) Das oben gegebene Beispiel von den Abgabenlasten eines Hofes zeigt: Damit auch 1500 monatlich wirklich bleiben, muß der Kampf auch gegen die Abgabenlasten gerichtet werden, die keine Steuern im engeren Sinne sind, vor allem auch gegen die Grundsteuern für die kleinen und mittleren Bauern. 1500 DM monatlich müssen dem Bauern mindestens verbleiben, und zwar *vor Abzug sämtlicher* Abgaben, die der kapitalistische Staat in immer wachsendem Umfang von ihm zu erpressen versucht. Diese Forderung kann die Vernichtung von immer mehr kleinen und mittleren Bauern*wirtschaften* nicht verhindern, vielleicht verlangsamen. Denn sie vollzieht sich aufgrund der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. Aber diese Forderung kann verhindern, daß mit dem Ruin der Bauernwirtschaften häufig auch einer der Bauern selbst verbunden ist.

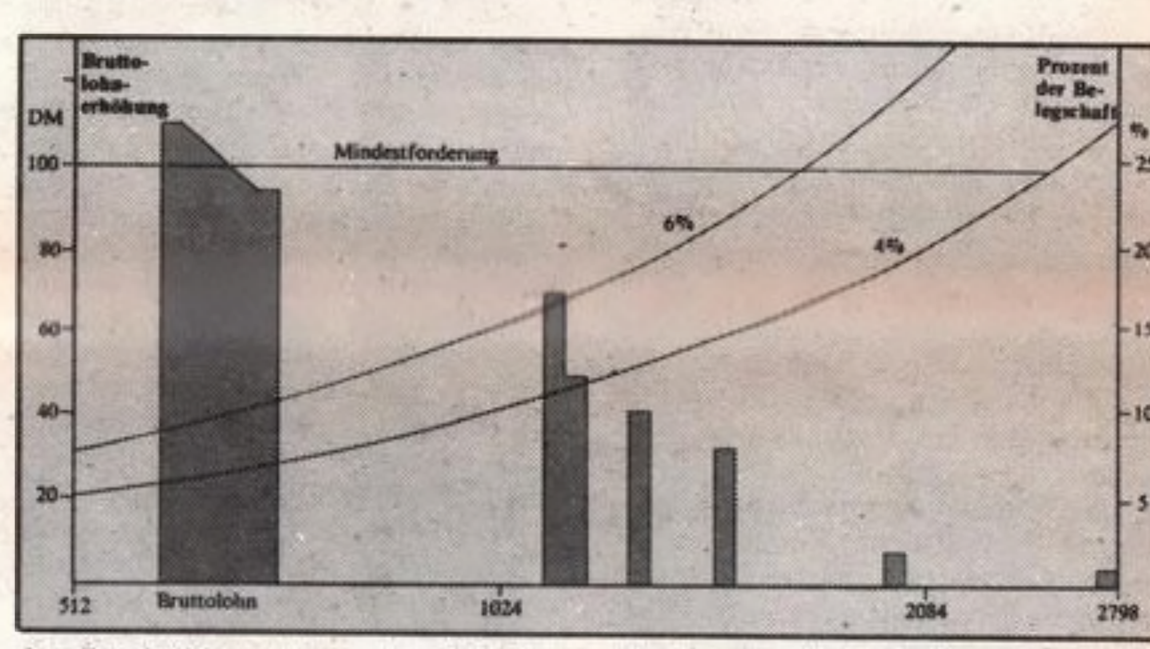
Fachgruppen der HBV begrüßen 100 DM mehr und Demonstration zum 1. Mai

r.als. Die letzten Verhandlungen zu den neuen Manteltarifverträgen im niedersächsischen Einzelhandel sind ergebnislos abgebrochen worden und auf den 10.4. vertagt worden. Gegenüber der Forderung nach 6 Wochen Urlaub haben die Kapitalisten ganze 2 Tage bis



Fachgruppen der HBV begrüßen 100 DM mehr
und Demonstration zum 1. Mai

r.als. Die letzten Verhandlungen zu den neuen Manteltarifverträgen im niedersächsischen Einzelhandel sind ergebnislos abgebrochen worden und auf den 10.4. vertagt worden. Gegenüber der Forderung nach 6 Wochen Urlaub haben die Kapitalisten ganze 2 Tage bis 1981 angeboten. In Bremen ist Ende vorletzter Woche mit 2 Tagen abgeschlossen worden.



Es gibt in der HBV die Ansicht, daß der Kampf um einen neuen Manteltarif nicht mit dem Lohnkampf verbunden werden dürfe, weil die Kapitalisten dann das eine gegen das andere ausspielen („verrechnen") werden. Genau diese Taktik würde es aber den Kapitalisten vielmehr erleichtern, sich mit dem Vorhaben niedriger Abschlüsse durchzusetzen. Diese Taktik ist weder klug noch listig, sie verzichtet einfach darauf, alle Triebkräfte für den erfolgreichen Lohnkampf zu mobilisieren.

Wir haben in dem Schaubild die Lohnverteilung der Horten-Lebensmittelabteilung in Braunschweig dargestellt und die Wirkung verschiedener Abschlüsse eingezeichnet. Gegenüber einer Lohnverteilung von VW oder Siemens fällt auf die scharfe Trennung der verschiedenen Entlohnungsklassen zwischen den 50 % Teilzeitbeschäftigten, den insgesamt 39 % Verkäufern im 5., 6. und 7. Berufsjahr, den 8 % Erstverkäufern, den 2 Substituten und dem Abteilungsleiter. Man kann gut sehen, daß ein Abschluß von 6 oder 4 % die Spaltung weiter vertiefen würde, ein Abschluß aber von 100 DM mindestens für jeden dem entgegenwirken würde und darauf eine Einheit unter den Beschäftigten bis zu den Substituten hin möglich ist. Bei Löhnen zwischen 600 und 700 DM bei Teilzeitbeschäftigten und 1100 bis 1200 DM bei den vollzeitbeschäftigten Verkäufern ist allein ein Abschluß von mindestens 100 DM für jeden in der Lage zu verhindern, daß große Teile der Beschäftigten weiter ins Elend getrieben werden.

Die Lohntarife sind zum 31.4. gekündigt . Forderungen der HBV gibt es bisher noch nicht dazu, doch „soll es dieses Jahr um Festgeld gehen", hört man von den Sozialdemokraten. Sogar der Landesleiter Dieter Steinborn, in den vergangenen Jahren erbitterter Gegner von Festgeldforderungen, habe sich schon für einen Festbetrag ausgesprochen. Möglich ist, daß die Gewerkschaftsführung hohe Festgeldforderungen aufstellen will oder unterschiedliche Festbeträge für die einzelnen Berufsjahre. Das schafft gute Bedingungen, eine Forderung von 100 DM mindestens durchzusetzen. So wurde diese Forderung auf einer Sitzung von Betriebsräten der verschiedenen Fachgruppen der HBV in Braunschweig begrüßt und gleichzeitig festgelegt, Vorbereitungen zu treffen, daß die HBV dieses Jahr am 1. Mai eine Demonstration durchführt, wobei diesen Festlegungen auch der Einzelhandelssekretär F. Pansy zustimmte.

Bei der Karstadt-Betriebsversammlung für die Lager Benzstraße und Cellerstraße in Braunschweig fand den meisten Beifall der Beitrag eines Beschäftigten, der eine Resolution vorschlug für 100 DM mindestens, 1500 DM Steuerfreibetrag und für das Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit. Zwar konnte der Betriebsratsvorsitzende eine Abstimmung verhindern, doch mußte er zugestehen, daß der Beifall der Belegschaft ein „Votum für die Erklärung" sei.

z.hek. **Siemens-Jubiläum: 80 Jahre Ausbeutung in Finnland.** Nur während der beiden Weltkriege sei die Profitproduktion unterbrochen gewesen; „danach wurde sie stärker als früher fortgesetzt." – Siemens Osakeythiö beutet knapp über 1 000 Beschäftigte aus, ist damit größter ausländischer Ausbeuter und erzielte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 344 Mio Finnmark (rund 172 Mio DM) – Anlaß, unter dem Motto „Auf internationale Weise international" ein Freßgelage aufzuziehen. Wie wahr. Auf etwa 172 000 DM Umsatz pro Beschäftigten haben sie die Mehrwertauspressung gegen die finnische Belegschaft gesteigert. 147 979 DM lassen sich aus Siemens-Geschäftsbericht für „Ausland" errechnen. Um 24 021 DM (16,2%) liegt Siemens in Finnland über diesem Standard in Sachen Ausbeutung. Wie die erzielten Extraprofite genutzt werden: „Wir verfügen über Know-how und Technologie des Siemens-Konzerns, die auf das derzeitige Niveau nur durch einen erheblichen *internationalen Einsatz* gebracht werden konnten" (finnischer Betriebsführer); und „die saldierten Wirtschaftsergebnisse" (meint Profit) von 25 ausländischen Kapitalen in Finnland waren höher als die „der 200 größten Unternehmen Finnlands zusammen." (Zitate aus „siemens-mitteilungen 2-3/79)

z.wim. **Über seine Vertretung in Pietermaritzburg in Südafrika hat der westdeutsche LKW-Konzern Magirus-Deutz Verträge geschlossen, die Kolonialarmee Südafrikas mit einem schweren geländegängigen LKW auszurüsten.** Gegenwärtig wird auf dem Versuchsgelände von Magirus bei Ulm ein 7-Tonner Prototyp mit Allradantrieb „Schwalbe" getestet. Seine besondere Gebrauchsfähigkeit für die Zwecke der Kolonialarmee erhält dieser LKW durch einen Drehkranz auf dem Dach, der mit einem schweren Maschinengewehr bewehrt ist. Mehrfach wurden die BRD-Imperialisten in der UNO und der OAU wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Kolonialregimes verurteilt. Südafrika ist der größte Handelspartner der BRD-Imperialisten in Afrika. 1978 wurde

Kurzarbeit: „Mittel zur Arbeitsplatzsicherung“

Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung, lehren die Erfahrungen der Arbeiter

z.jüf. Für 10000 Arbeiter hat die Grundig-AG in diesem Jahr bis Mitte des Jahres Kurzarbeit angemeldet. Im Werk 10 in Fürth, in dem die Kopfräder für die Laufwerke der Video-Recorder mitgefertigt werden, wird im März nur an 2 Tagen gearbeitet, im April soll voraussichtlich nur 5 Tage gearbeitet werden. Für die Arbeiterinnen bedeutet dies eine Lohnsenkung von ca. 400 DM, wenn sie in Lohngruppe 6 in der Qualitätskontrolle arbeiten, für Arbeiterinnen in der Fertigung von rund 300 DM im Monat. Das Kurzarbeitergeld, das in etwa 68% des Bruttoverdienstes beträgt, wird aus den Versicherungskassen der Arbeiter bestritten und wirkt somit direkt als Lohnzuschuß für die Grundig-Kapitalisten. „Kurzarbeit ist das einzige Mittel, um Arbeitsplätze zu sichern“, läßt Max Grundig in seiner Hauspostille schreiben. Daß die Kurzarbeit ein Mittel ist, um die Ausbeutung weiter zu verschärfen, die Gesamtlohnsumme zu senken, und sich die Umstellung der Produktion zahlen zu lassen, sind die Erfahrungen der Grundig-Arbeiter.

Für 173265 Arbeiter hatten die Kapitalisten 1975 in Bayern Kurzarbeit angemeldet. Die Arbeitsämter hatten für diese Arbeiter rund 490 Mio. DM an Kurzarbeitergeld ausgezahlt. 721 Mio. hätten die Kapitalisten damals eigentlich an Lohn zahlen müssen.

Während der Kurzarbeit Anfang 1975 haben die Grundig-Kapitalisten z.B. in der Lackiererei im Werk 9 die Produktion umgestellt. Standen zuvor in der Halle 90 Spritzkabinen, an denen die Arbeiter als Handlackierer in den Lohngruppen 6 bis 8 arbeiteten, so wurden ca. 35 dieser Spritzkabinen durch Lackierautomaten ersetzt. An einem Lackierautomaten arbeiten pro Schicht in der Regel 6 Arbeiter, einer davon Maschinenführer in Lohngruppe 6, die 5 anderen als Maschinenarbeiter in der Lohngruppe 5. Wir haben überschlagsmäßig ausgerechnet, um wieviel die Grundig-Kapitalisten durch diese Maßnahmen die Lohnsumme gesenkt haben. Dabei haben wir zu Grunde gelegt eine Akkordleistung von 138% Schichtzulage für Dreischichtbetrieb und Schmutzzulage, sowie den für 1978 gültigen Tarif.

Zahl der Arbeiter	Funktion	Lohngruppe	Jahreslohnsum.
Lohnsumme pro Jahr bei Lackierautomaten			
10	Maschinenführer	VI	276000
50	Masch.arbeiter	V	1200000
Lohnsumme pro Jahr bei Handlackierern			
60	Handlackierer	VI-VIII	1728000

Die Differenz ergibt, daß allein über diese Maßnahme die Grundig-Kapitalisten die auszuzahlende Lohnsumme um 252000 DM im Jahr gesenkt haben. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die 60 Handlackierer nicht ausreichen würden, um die gleichen Stückzahlen, wie sie von 60 Arbeitern an Automaten gefahren werden zu lackieren, zumal die Arbeiter an den Automaten die Teile zusätzlich kontrollieren und verpacken müssen.

An den Automaten selber wurde die Arbeit zunehmend intensiviert. Hatten z.B. die Fernseherrückwände vor einem Jahr eine Vorgabezeit von 50, so wurde diese Zeit jetzt auf 35 herabgedrückt. In Zahlen: Um auf den vollen Akkord zu kommen, müssen die Arbeiter an den Lackierautomaten jetzt 297 Stück in der Stunde lackieren und verpacken anstatt zuvor 235 Stück, eine Steigerung um 26%. So erhöhte sich die Zahl der in Bayern produzierten Farbfernsehgeräte von 1975 586704 auf 1976 697308. Die Zahl der bei Grundig, der diesen Produktionszweig in Bayern beherrscht, in Westdeutschland beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurde im gleichen Zeitraum von 23490 auf 22496 gesenkt. Das Ergebnis für den Vorstand faßte Max Grundig so zusammen: „Obwohl Grundig in dieser Rezessionsphase eine harte Bewährungsprobe zu bestehen hatte und zudem in einigen Ländern situationsbedingte Verluste (gemeint sind die Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse gegen die imperialistische Ausplünderung – der Verf.) entstanden, konnten wir ... insgesamt betrachtet das Geschäftsjahr 75/76 erfolgreich abschließen.

Was dem Grundig Max recht ist, ist den MAN-Kapitalisten billig. Sie haben während der Kurzarbeit 1975 im Motorenbau im Werk Nürnberg den Maschinenpark ausgewechselt. An den Maschinen wurden die Zeiten neu gestoppt, so daß die Zahl der am Tag produzierten Motoren von 80 auf 130 stieg. Geplante Abgruppierungen konnten die Arbeiter verhindern.

Grundig versucht jetzt mit Chauvinismus die Arbeiter für sein Programm der Expansion durch Steigerung der Ausbeutung zu gewinnen: „Mit neuen Ideen sollte der Herausforderung der Japaner begegnet und verlorengegangene Marktanteile zurückgeholt werden können. Mithelfen können alle: Wenn jeder an seinem Arbeitsplatz gute, immer noch bessere Arbeit leistet...“

Noch drei Monate bevor er Kurzarbeit anmeldete, ließ er im Werk 9 eine dritte Schicht einführen und Samstagsarbeit gegen die Arbeiter durchsetzen, so daß ordentlich auf Lager produziert wurde für die Zeit der Kurzarbeit. Kein Wunder, daß die Werksleiter auf den Betriebsversammlungen für solche Aufforderungen nur Pfiffe ernten.

Teilzeitarbeit und „Flexiweek“ in den USA

Einführung der 6-Tage-Woche, Ausdehnung des Arbeitstages, Senkung des Lohnniveaus

Teilzeitarbeit und „Flexiweek“ in den USA

Einführung der 6-Tage-Woche, Ausdehnung des Arbeitstages, Senkung des Lohnniveaus

z.gug. Nach einem Bericht der „American Management Association“ haben die US-Imperialisten die Anwendung der gleitenden Arbeitszeit in den Jahren 1973-1977 verdoppelt. Hand in Hand mit der Einführung der gleitenden Arbeitszeit geht die Ausweitung der Teilzeitarbeit. Vor allem in den unproduktiven Dienstleistungsbereichen, in denen nach US-Schätzungen bis 1980 70% aller Beschäftigten tätig sein werden, werden sie von den US-Kapitalisten angewandt, um Kapital für die kapitalistische Produktion freizusetzen.

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie

	Gesamt	Überstunden
1968	40,7	3,6
1969	40,6	3,6
1970	39,8	3,0
1971	39,9	2,9
1972	40,6	3,5
1973	40,7	3,8
1974	40,0	3,2
1975	39,4	2,6
1976	40,1	3,1
1977	40,3	3,4
1978	40,4	3,6

Quelle: Economic Indicators, Council of Economic Advisers, Washington, verschiedene Jahrgänge

Als mehr „individuelle Freiheit“ propagieren die US-Imperialisten gleitende Arbeitszeit und Teilzeitarbeit, was in Wirklichkeit Ausdehnung des Arbeitstages, der Arbeitswoche und Lohnsenkung ist. Die Kongreßabgeordnete Bella Abzug verstieg sich sogar dahin, dies als einen „Schritt in Richtung Chancengleichheit für die Frauen“ auszugeben.

Die Wirklichkeit: Die Datenkontrollbank mit ihren Zweigniederlassungen in Minnesota war die erste US-Gesellschaft, die 1972 gleitende Arbeitszeit zusammen mit Teilzeitarbeit einführte. In ihrer Buchbinderei im Schwarzenghetto von St. Paul's arbeiten 140 Arbeiter, die meisten sind Schwarze und davon wiederum die Hälfte Frauen. Die Arbeiter können ihren Arbeitstag von 5 „Kernstunden“ selbst festlegen. Es gibt eine Morgen- und eine Nachmittagsschicht. Fast alle Arbeiter der Morgenschicht sind entweder Sozialhilfeempfänger oder waren es gerade, fast alle Arbeiter der Nachmittagsschicht sind Schüler, die nach Schulende arbeiten müssen. Der Stundenlohn ist elend niedrig und beträgt 2,71 Dollar die Stunde. Zulagen gibt es nicht.

Die wachsende Arbeitslosigkeit und ihre zunehmende Dauer, die Kürzungen der Sozialhilfen durch die Carter-Regierung, lassen den amerikanischen Massen oft keine andere Wahl, als Arbeiten unter solchen Bedingungen anzunehmen. Betroffen sind hauptsächlich der schwarze Teil der Bevölkerung, die nationale Minderheiten und Frauen.

Eine Studie der Harris-Institute von Anfang dieses Jahres gibt an, daß ¾ aller US-Haushalte verschuldet sind, wovon die Hälfte sich in echten Zahlungsschwierigkeiten befinden. 73% aller Autos z.B., die in den letzten 5 Jahren gekauft wurden, mußten die Massen auf Kredit kaufen. Diese Lage sei auch der Boden, glauben die US-Kapitalisten, die 6-Tage-Woche einzuführen unter dem Schlagwort „Flexiweek“.

in 1000 Personen über 16 J.	Zahl der Beschäftigten*	Teilzeitarbeiter	Zahl der Arbeitslosen
1972	86542	2408	4840
1973	88741	2311	4304
1974	91011	2709	5076
1975	92613	3490	7830
1976	94773	3272	7288
1977	97401	3297	6855 +
1978	100420	3216	6097

* ohne Soldaten

\+ Das Sinken der Arbeitslosenzahl 1977, bei den sowieso mit Vorsicht zu genießenden bürgerlichen Statistiken, hängt hier unmittelbar mit Carters Arbeitsbeschaffungsprogrammen 1977 zusammen.

„Die Flexiweek ist ein Schema, in dem Arbeitswochen mit vier Arbeitstagen und mit sechs Arbeitstagen abwechseln. Der Beschäftigte arbeitet 32 und 48 Wochenstunden alternierend. Der Haupteffekt ist, daß die Beschäftigten fortfahren, durchschnittlich 40 Wochenstunden zu arbeiten mit 8-Stunden-Arbeitstagen, während ihre Firma an sechs Tagen geöffnet bleibt. Um diesen Plan zu vervollständigen, könnten die Arbeitskräfte in zwei Gruppen geteilt werden. Gruppe A würde eine 6-Tage-Woche arbeiten, während Gruppe B vier Tage arbeitet ... Die ‚Flexiwoche‘ würde, wenn sie von einem großen Teil der amerikanischen Geschäftswelt angewendet würde, den Samstag in einen regulären Arbeitstag verwandeln“. (Aufsatz von Mitgliedern der technologischen Fakultät in Georgia, in „Business Horizons“, April 1978)

Angewendet hat dieses „Schema“ zum Beispiel die Teledyne Corp. in Fort Collins, Colorado, die dort Water Pic Geräte herstellen läßt. Da 90% dieser Geräte in der Vorweihnachtszeit verkauft werden, wollen die Teledyne Kapitalisten insbesondere in dieser Zeit die Arbeitsdauer ausdehnen. So führten sie die „flexiweek“ ein. Die 1100 Arbeiter konnten fortan ihre Arbeitszeit „wählen“, soweit sie wenigstens 50 Stunden in den Wochen vor Weihnachten arbeiteten und höchstens 30 Stunden in den übrigen Wochen. Die Alternative für den, der solche „Wahl“ ablehnte, war Entlassung. Überstundenzuschläge sparen sich die Kapitalisten auf diese Weise ein, weil angeblich der Arbeiter nicht mehr Arbeitskraft verausgabt, sondern eben nur „flexibel“ arbeite.

Arbeitslose Jugendliche in New York City stehen an vor dem Büro für Zeitarbeiten. Die Arbeitslosigkeit unter den schwarzen Arbeitern ist von 1968 bis heute von 6,7% auf 12,3% gestiegen, die der schwarzen Jugendlichen liegt nochmals um 12% höher.

---

der Handelsverkehr der BRD mit Südafrika noch um 7,5% gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Die Lieferung kriegsmäßig ausgerüsteter LKWs ist eine Kriegserklärung gegen den Befreiungskampf der Völker Azanias und Namibias und richtet sich insbesondere gegen die SWAPO. Nachdem Anfang Februar 150 SWAPO-Soldaten den Militärstützpunkt Nkongo im Norden Namibias überfielen, will die Botha-Regierung der SWAPO das Recht absprechen, zum Zeitpunkt der von den UN angesetzten Wahlen militärische Stützpunkte in Namibia zu unterhalten.

z.klr. **Der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Friedel Neuber, hat im Anschluß an seinen Jahresbericht die Erhöhung der Garantiegrenze bei der Einlösung von Eurocheques von bislang 300 auf 500 DM gefordert.** Kurz zuvor hatte er in goldblitzenden Worten über das Geschäft der Banken mit den dauernden Lohnsenkungen berichtet: Die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen hätten mit einer Steigerung des Kreditvolumens um 10,7% auf 44,2 Mrd. DM 1978 den bisher größten absoluten Zuwachs im Kreditgeschäft zu verzeichnen. Aber, die Spareinlagen seien leider nur schwach gewachsen. Am liebsten wäre es dem Profithai, wenn die Massen das Geld, was sie leihen müssen, direkt wieder zur Bank bringen, weil damit läßt sich ein doppeltes Geschäft machen. Um die Attraktivität des Eurocheque-Verfahrens, also des bei den Banken gesammelten Geldvolumens, zu erhöhen, soll die Summe, die mit dem Eurocheque abgehoben werden kann, auf 500 DM angehoben werden. – 1977 wurden in Westdeutschland insgesamt 11 Millionen Checkkarten für das Eurocheque-Verfahren ausgegeben und 161 Millionen Eurocheques ausgestellt, 23 Millionen davon im Ausland. 1978 waren es bereits 400 Millionen Checks im Gesamtwert von 80 Milliarden DM. – Dem Eurocheque-Verfahren sind weitere 39 Staaten angeschlossen. Für die jährliche Ausgabe der Checkkarte muß der Kontoinhaber 5 DM Gebühr bezahlen. Löst er den Eurocheque bei der fremden Sparkasse oder Bank in Westdeutschland ein, muß er 2 DM Bearbeitungsgebühr zahlen, bei Banken im Ausland 2,50 DM.

z.utb. **Zum 1. Januar 1980 sollen die Prüfungen für den Führerschein für Krafträder verschärft werden.** Die Klasse V wird ganz aufgehoben. Für Klasse IV wird die theoretische Prüfung verschärft und sie wird „fahrschulpflichtig“. Das heißt, daß Unterricht genommen werden muß. Schon allein die Grundgebühr für die Fahrschule beträgt 120 DM. Bisher war es möglich, allein zu lernen und dann zum TÜV zu gehen für 16.30 DM. Gleichzeitig wird die Prüfungsdauer im Praktischen von 10 auf 30 Min. erhöht. Für 10 Min. Prüfung hat der Staat bisher schon 21,25 DM kassiert, für die 30 Min. sollen dann 44,80 DM gezahlt werden. Geht man aus von Klasse III, in der für 30 Min. Prüfungsdauer 8 Fahrstunden Pflicht sind, und überträgt das auf die Klasse I, sieht man nochmals deutlich, welchen Griff in die Taschen der Jugendlichen der bürgerliche Staat vorhat, denn Klasse I wurde bisher mit 1-3 Fahrstunden gemacht, wobei eine Pflichtstunde für das Motorrad 28,30 DM kostet. Einhergehend mit den bisherigen Verschärfungen wird die Klasse IV erweitert: Der erlaubte Hubraum ab 16 Jahren wird von 50 ccm auf 80 ccm erhöht. Herkules und Zündapp haben bereits 80 ccm Maschinen entwickelt. In Japan z.B. laufen diese Maschinen schon des längeren, so von Yamaha. Entwicklung von 80 ccm Maschinen bei gleichzeitiger Ausweitung des inneren Marktes für diese Maschinen, soll die BRD-Motorradkapitalisten gegenüber den japanischen konkurrenzfähig machen.

Britische Stahlgewerkschaft lehnt neues Angebot ab

z.hef.London. Die Führung der Stahlarbeitergewerkschaft Iron and Steel Trades Confederation konnte ihre erklärte Absicht, dem neuen Angebot der British-Steel-Kapitalisten zuzustimmen, in der letzten Woche nicht verwirklichen. Die in den Betrieben gewählten Mitglieder der Verhandlungskommission lehnten die Annahme ab. British Steel nennt das Angebot „9% wert.“ Tatsächlich werden 5% auf den Grundlohn sowie 3% im Rahmen eines „Produktivitätsabkommens“ angeboten, eine Urlaubserhöhung rechnen die Kapitalisten mit 1% ein. Unter den Stahlarbeitern nimmt der Widerstand gegen die Produktivitätsabkommen und die mit ihnen verbundene Intensivierung der Arbeit zu. Am letzten Mittwoch traten 243 Hochofenarbeiter im Stahlwerk Ravencraig in Schottland in den Streik. Sie kämpfen gegen eine weitere Steigerung der Produktion, die die Kapitalisten mit Hilfe eines „arbeitsmessenden Prämiensystems“ gegen die Belegschaft durchsetzen wollen. – Die Verhandlungskommission beschloß jedoch keine Streikaktionen zur Durchsetzung der Forderung von 12%. Stattdessen wurden die Kapitalisten aufgefordert, sich an der Schlichtung zu beteiligen. Dazu erklärte British Steel sich am Freitag bereit. Am selben Tag gaben die Kapitalisten die endgültige Schließung des Werks Bilston mit 2300 Entlassungen bekannt.

Stahl-Plan zum Kampf um den Weltmarkt verabschiedet

Weltmarkt verabschiedet

z.ulg.Rom. Auf fast 11 Mio. Tonnen, knapp die Hälfte der Produktion, haben die italienischen Imperialisten im letzten Jahr ihre Stahlexporte gesteigert und mit einem Exportüberschuß von über 5,45 Mio. t hinter Japan den zweiten Platz beim Kampf um den Weltstahlmarkt erobert. Der größte Teil wird auf den Märkten der westdeutschen, französischen und US-Konkurrenten abgesetzt, doch große Mengen gehen auch in einige Länder der Dritten Welt, vor allem nach Libyen und Iran. Um die eroberte Marktstellung zu halten und vor allem dabei höheren Profit zu machen, hat die Andreotti-Regierung in der vorletzten Woche nach rasch den „Branchenplan“ Stahl verabschiedet. Mit etwa 600 Mrd. Lire (2 Mrd. DM) aus der Steuer soll das Staatsmonopol Finsider wieder in die „Gewinnzone“ manövriert werden. 100 Mrd. sind allein für eine durchgreifende Rationalisierung des Werks Bagnoli bei Neapel vorgesehen. Vor allem soll die Produktion von Spezialstählen gefördert werden, bei denen die italienischen Imperialisten hinter den wichtigsten Konkurrenten zurückliegen. Den privaten Stahlkapitalisten reicht der Plan noch nicht aus. „Wir schwätzen, während die anderen handeln“, beschwert sich scheinheilig die Fiat-eigene Teksid. Gemeinsamer Rohstoffankauf zwecks Drückung der Erzpreise sei z.B. vonnöten.

Revisionistische Tarifpolitik Angebot an die Kapitalisten

z.ulg.Rom. Am letzten Wochenende hat in Rimini die Delegiertenkonferenz der italienischen Chemiearbeitergewerkschaft FULC die Forderungen für den bevorstehenden Tarifkampf verabschiedet. Vor allem in der Provinz Mailand, wo allein 40% der 330000 italienischen Chemiearbeiter konzentriert sind, hatten die Belegschaften zuvor den Vorschlag der Gewerkschaftsführung heftig angegriffen, weil er der Lohnsenkung direkt in die Hände arbeitet. Trotzdem haben Revisionisten und Reformisten ihren Entwurf fast unverändert durchsetzen können. Nicht nur, daß der Sockel von 20000 Lire (45 DM) für die nächsten drei Jahre auch zusammen mit den Inflationszuschlägen kaum ausreichen wird, um den Reallohn zu halten. Zugleich soll die Spreizung der Lohngruppen von jetzt 100 ÷ 179 auf 100 ÷ 250 gedehnt werden, so daß die Gesamtforderung für die jetzige unterste Lohngruppe gerade 23000, für die oberste dagegen fast 52000 Lire ausmacht. Speziell für neueingestellte Arbeiter soll eine neue Niedriglohngruppe eingeführt werden. Mit der geplanten Einführung von „halben Schichtmannschaften“ würde der Zusammenschluß der Schichtarbeiter gewaltig erschwert werden. Darüber kann auch eine „Arbeitszeitverkürzung“ für Kontischichtarbeiter von ganzen 20 Minuten auf 37 Stunden, 20 Minuten wöchentlich nicht hinwegtrösten: das sind nicht mal drei Arbeitstage im Jahr.

Religiöses aus dem Pflasterstrand:

z.anm. In einem Artikel aus der Nr.47 des Pflasterstrands, die den Titel trägt „Durchs wilde Kurdistan“, zieht Joschka Fischer, Alt-Sponti, ein Resumé auf die Weltlage und stellt fest: „Unsere Revolution gibt es einfach nicht, weder hier noch in Vietnam, Persien oder China, es gab und gibt sie lediglich in uns.“

So wird die iranische Revolution, ein Kampf gegen Imperialismus, folgendermaßen interpretiert: „In Persien versuchen die Leute sich einer Entwicklung zu entziehen, an deren Anfang sie stehen, wir dagegen versuchen dasselbe von dem Höhepunkt dieser Entwicklung aus. Und von dem Höhepunkt dieser Entwicklung aus, tritt mehr und mehr wieder etwas wesentliches in unserem Leben in den Vordergrund, das auch in der persischen Revolution eine elementare Bedeutung besitzt. Ich meine die Religion und das Heilige.“

Ausgehend von dieser Analyse, wird vorangeschritten in der Anwendung auf die Lage im allgemeinen und im besonderen in Westdeutschland: „Ich glaube mittlerweile, daß den Menschen durch die Staaten nicht nur die Arbeit und ihre Gewalt genommen wurde, sondern auch ihre Religion. Eine Religion, die ich allerdings kaum in einer Kirche oder Sekte finden werde, genausowenig wie meine Arbeit oder meine Gewalt in irgendeinem Sozialismus/Kommunismus. Freiheit, dieser Traum verbindet sich für mich genau mit der Wiederaneignung meiner Arbeit, meiner Gewalt, und meiner Religion. Aber es ist ein Traum, ein Traum ... Zurückblickend muß ich sagen, daß für mich Marx und seine proletarische Revolution über Jahre hinweg als Religionsersatz gedient hat, der meinem Leben, egal welchen Sinn gegeben hat. Es war allerdings ein schlechter Religionsersatz, da er eine biblische Wahrheit nicht beherzigt hat: dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott was Gottes ist. In der neuen Linken haben wir über Jahre hinweg auf den Kaiser gesetzt, den proletarischen, und befanden uns damit von der herrschenden Religiosität der Diesseitigkeit in unserem Lande nicht soweit enfernt, wie wir mit unserem Radikalismus immer gemeint haben.“

„Teilen lernen“

z.roh. Die 3. Internationale unter dem Vorsitz Willy Brandts hat Schützenhilfe für ihr Programm des verstärkten Kapitalexports zum Zwecke der Plünderung der Völker der Dritten Welt erhalten. Die katholische Missionsorganisation Miserior hat ihre diesjährige Fastenaktion unter das Motto „Anders leben – teilen lernen“ gestellt. Den Zweck der Aktion hat die Deutsche Bischofskonferenz folgendermaßen festgelegt: „So wie wir selbst geben, wollen wir auch teilhaben an der Lebenskraft und der sozialen Dynamik

„Teilen lernen“

z.roh. Die 3. Internationale unter dem Vorsitz Willy Brandts hat Schützenhilfe für ihr Programm des verstärkten Kapitalexports zum Zwecke der Plünderung der Völker der Dritten Welt erhalten. Die katholische Missionsorganisation Miserior hat ihre diesjährige Fastenaktion unter das Motto „Anders leben – teilen lernen“ gestellt. Den Zweck der Aktion hat die Deutsche Bischofskonferenz folgendermaßen festgelegt: „So wie wir selbst geben, wollen wir auch teilhaben an der Lebenskraft und der sozialen Dynamik
der Kirche unter den Völkern der 3.Welt.“ Dies entspricht voll und ganz den Zielen der Imperialisten, denn sie tun sowieso schon das ihrige, um die Lebenskraft der Völker der Dritten Welt auszusaugen, auch wenn sie das eine oder andere spenden weil ihnen die Teilhabe der Kirche an der „sozialen Dynamik“ dieser Völker bei der Unterdrückung nützlich ist. Da die Massen aufgrund der dauernden Lohnsenkungen sowieso ihre Reproduktion einschränken müssen, sieht sich die Bischofskonferenz genötigt, genauere Verhaltensmaßregeln herauszugeben, um Geld einzutreiben. Den Pfaffen genügt die Propaganda für das Fasten an den kirchlichen Feiertagen längst nicht mehr, weil die Bourgeoisie größeres vor hat. Doch sie geben die Richtung an: „Der katholische Christ begnügt sich an diesem Tag mit einer einmaligen Sättigung und verzichtet auf Fleischspeisen“. Der Weg, bis daß dies allgemeine Lebensbedingung der Massen wird, soll folgendermaßen aussehen: „Das eigentliche Fasten bleibt an allen Werktagen der Fastenzeit angeraten.“ Wer nicht so einschneidend Fasten kann, sollte sich wenigstens bewußt einschränken im Essen, Trinken und Rauchen“. Schließlich ist es sowieso gut, sich langsam ans Hungern zu gewöhnen, um „die Haltung jenes Konsumverzichts einzuüben, ohne den die Menschheit ihre Zukunft nicht bestehen wird“. Selbst wenn die Massen unter solchen Lebensbedingungen kein Geld mehr für Miserior locker machen, stört das die Pfaffen natürlich wenig, wo es doch gottgefällig ist, und die Imperialisten sowieso am besten wissen, wo man die den Massen abgepreßten Lohngelder als Kapital hinexportiert.

Eingliederung Behinderter in den Ausbeutungsprozeß

Berufliche Rehabilitation in Werkstätten für Behinderte

r.diw. In den letzten Jahren hat sich der Staat Fragen der sogenannten beruflichen Rehabilitation zugewandt und auf seine Fahnen die „Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben“ geschrieben. Ein Instrument hierfür sind die Werkstätten für Behinderte (WfB). Sie dienen unter der Bedingung der Abspaltung und Schaffung eines gesonderten Arbeitsmarktes für Behinderte direkt der übelsten Ausbeutung eines Teils der Arbeiterklasse, der durch Behinderungen unterschiedlicher Art nicht in der Lage ist, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen.

„Leistungsfähigkeit“ solle entwickelt werden, tönt der Staat; zudem solle ermöglicht werden, ein dem „Leistungsvermögen angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen“. Dabei sollen die WfBs allen offenstehen, die in der Lage sind, „ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeit zu erbringen“ (Soz. Pol. Informat. 10/75). Umschulungsmaßnahmen und ABM-Maßnahmen kommen einem in den Sinn, Mittel zur Lohnsenkung. Die WfBs sind ein besonderer Auswuchs davon, und der Staat hat großes vor. Waren 1976 schon 30000 in den WfBs beschäftigt, so erwartet man bis 1980 einen Bedarf von 120000 Plätzen. Ausgangspunkt für diese Zahlen ist das Aktionsprogramm der Regierung von 1971, das davon ausgeht, daß etwa 1% der Lohnabhängigen jährlich vom kapitalistischen Produktionsprozeß ausgeschieden werden. Eine gute Gelegenheit für den Staat, sich die Abhängigkeit dieser Behinderten zu Nutze zu machen. Wesentlich ist hierbei, daß die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungspflicht für Behinderte beim Kapitalisten (§ 4,1 SchwbG) dadurch unterhöhlt wurde, daß die vom Kapitalisten zu zahlende Ausgleichsabgabe für nicht beschäftigte Behinderte mit der Auftragssumme der an die WfB gegebenen Aufträge verrechnet werden kann (§53). Außerdem kann der Kapitalist einen Behinderten auf mehr als einen Arbeitsplatz anrechnen (§ 7, 6/7). Was folgt, ist die *Fesselung* der Arbeiter an die WfB, die *Spaltung* von der übrigen Arbeiterklasse. Des weiteren liegen den WfBs folgende Strukturen zugrunde: Behinderte, die vorher schon berufstätig waren, werden von der Eingangsstufe, in der sie sich orientieren sollen (wöchentlich 5 DM Lohn in Form eines Gutscheines, einzulösen nur in der Kantine) direkt an den Arbeitsplatz gestellt. Das „Arbeitstraining“ erhalten nur die, die vorher noch nicht gearbeitet haben (DM 60 monatl.), das nur bezogen auf die Bedürfnisse der WfB. Vornehmlich sollen das in Niedersachsen Sonderschulabgänger sein (Landesplan Niedersachsen 1985)! Das Gerede von der „Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben“ erweist sich als eine schmierige Lüge. Was hier von der Bourgeoisie aufgebaut wird, ist ein Heer von *neben* der Arbeiterklasse stehenden Arbeitern, die besonders scharf der Ausbeutung unterworfen sind. Wie steht es mit der Ermöglichung, ein „angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen?“ Theoretisch kann ein Arbeiter in der WfB Göttingen monatlich 230 DM verdienen. Durchschnittlich verdient er zwischen 120 und 150 DM (Angaben des Leiters der WfB Göttingen, Grüber). Wonach wird dieser „Lohn“ berechnet? Zugrundegelegt wird ein Grundlohn von 1 DM täglich bei 5 Arbeitstagen. Bewertet wird weiter nicht nur wieviel und wie gut der Arbeiter schuftet, sondern, ob er sich dem Diktat der Ausbeutung unterwirft.

Bei der Kategorie „Leistung“ (Grundlage ist die Industrie bzw. Handwerksnorm) kann er zwischen 1 Punkt gleich 10% der Arbeitsleistung und 10 Punkten erreichen (1 Punkt gleich 1 DM). Die anderen 6 Kategorien umfassen „Einstellung zur Arbeit“ (ohne jegliches Interesse – interessiert, auch bei unangenehmer Arbeit), „Ausdauer und Konzentration“, „Selbständigkeit“, „Gruppenfähigkeit“, „Einhaltung der Arbeitszeit“ und „Sorgfalt, Sauberkeit und Ordnung“. Hier kann der Arbeiter maximal je 5 Punkte erreichen. Diese Dressur, die nur auf der Grundlage der besonderen Abhängigkeit der Behinderten, auf der Grundlage ihrer Abspaltung von der übrigen Arbeiterklasse, des fehlenden Arbeitsvertrages, sowie der fehlenden gewerkschaftlichen Rechte funktionieren kann, ist für die Kapitalisten besonders profitabel. Angenommen, ein Arbeiter in der WfB verdient monatlich 145 DM, dann ergibt das bei der Einhaltung der 5 Tagewoche und 8 Stunden täglicher Arbeit einen Stundenlohn von 0,96 DM. Demgegenüber verdient ein Hilfsarbeiter der Lohngruppe 3 (Metall) 7,43 DM. Macht einen Differenzbetrag von 6,47 DM, die der Kapitalist spart! „Lohn nach Leistung“ begründet die Bourgeoisie diesen Raub menschlicher Arbeitskraft und erklärt die niedrige Leistung der Arbeiter – der Umsatz eines Arbeiters der WfB Göttingen lag 1975 etwa bei 2400 DM, im Gegensatz zu durchschnittlich 74250 DM eines Arbeiters der Göttinger Industrie (Information der Industrie- und Handelskammer) – mit der Behinderung der Arbeiter. Das ist eine Verfälschung der Tatsache, daß in der WfB mit alten Maschinen, gearbeitet werden muß, deren Produktivität unter denen der Industrie liegen.

Der Lohn der Behinderten entspricht ihrer total entrechteten Lage. Diese Lage wird benutzt, um sie maximal ausbeuten zu können. Nutznießer sind große Firmen, die den WfB alte Maschinen zur Verfügung stellen und die ihnen noch gehören. Bosch macht das z.B. in Göttingen: die Boschkapitalisten liefern Maschinen, die ihnen gehören und an die betriebseigene Stromversorgung angeschlossen sind. Es entstehen keine Extrakosten, die an die WfB gingen. Bosch liefert Aufträge. Bosch streicht den Profit ein. Die WfB ist teilweise eine Abteilung von Bosch. So sieht es also mit der Ermöglichung, „ein angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen“ aus. Die Kapitalisten haben ein neben der Arbeiterklasse stehendes, völlig rechtloses Heer von Arbeitskräften geschaffen, sie unterwerfen dieses Heer der Zwangsarbeit. Sie können es als Spaltkeil gegen die um einen höchstmöglichen Lohn kämpfende Arbeiterklasse einsetzen, sie senken den Lohn derer, die vorher berufstätig waren, durch den kapitalistischen Produktionsprozeß frühzeitig verschlissen wurden und nun gezwungen sind, in der WfBzu schuften. Die sogenannte berufliche Rehabilitation ist nichts anderes als die totale Unterwerfung dieses Teils der Arbeiterklasse unter die Diktatur der Profitschinderei. Die Arbeiter in der WfB können nur durch gewerkschaftlichen Kampf eine Lohnerhöhung erzwingen.

Köchinnen gegen Lohnsenkung und Verwendung minderwertiger Nahrungsmittel

r.guk. Vergangenes Jahr war die schrittweise Einführung der Tiefkühlkost auch im letzten städtischen Kindertagesheim in Hamburg abgeschlossen. Die Hauswirtschaftsleiterinnen sollten nicht mehr konventionell kochen, sondern nur noch Beutel aus dem Kühlschrank holen, aufwärmen und in die Essensbehälter füllen. Eine Arbeit für Hilfskräfte, fand der Dienstherr und versuchte, die Hauswirtschaftsleiterinnen abzugruppieren. Dies war ohnehin der Grund, die teurere Tiefkühlkost einzukaufen: den Köchinnen den Lohn zu senken durch Rückgruppierung und Stellenstreichung. Durchsetzen konnte der Dienstherr sich mit seinen Absichten nicht. Es entwickelte sich sofort ein zäher und hartnäckiger Kampf gegen ihn. Kollegen und Betriebsrat haben jeden Antrag auf Abgruppierung zurückgewiesen. Durchsetzen konnte der Dienstherr Personalkürzungen, es wurden Kollegen in andere Heime versetzt, da die Zubereitung der Tiefkühlkost nicht so arbeitsintensiv ist wie bei konventioneller Kost. 80% Tiefkühlkost hatte die Behörde anfangs durchsetzen wollen, mit diesem Plan ist sie völlig gescheitert. Die Hauswirtschaftsleiterinnen haben sich geweigert, die Kinder so abzuspeisen. Sie haben weiterhin Mischkost verwendet, also auch selbst gekocht, die Nahrung verfeinert und viel frische Sachen beigegeben. Durch den Einkauf der Mischkost, preisgünstiger als bei den Tiefkühlkapitalisten Oetker, Appetito und Bressler-Menu, konnten Gelder für Obst ausgegeben werden, die die Kinder nachmittags extra bekamen.

Den Plan 80% Tiefkühlkost konnte der Dienstherr nicht durchsetzen, der Anteil wurde auf 55% gesenkt. So hoffte er, wenigstens für seine fehlgeschlagenen Abgruppierungsabsichten durch billigeren Nahrungsmitteleinkauf entschädigt zu werden. So sind die Beträge für eine Mahlzeit für das Jahr 79 schon um 5 bis 10 Pfg. gekürzt worden.

Haben die Hauswirtschaftsleiterinnen bisher immer Mischkost verwendet, so wird ihre Zeit für eine Essenszubereitung noch nach Tiefkühlkost berechnet, d.h., sie haben zu wenig Zeit. Entweder sie müssen sich abhetzen, um die Mahlzeiten schmackhaft zubereiten zu können, oder sie schieben Überstunden. In vielen Heimen wurde „freiwillige“ Mehrarbeit geleistet. Die Hauswirtschaftsleiterinnen sind jetzt nicht mehr bereit, diesen Zustand auf ihre Knochen gehen zu lassen. Sie haben sich zusammengeschlossen und fordern, unterstützt vom Betriebsrat, vom Dienstherrn eine nochmalige Senkung des Anteils von Tiefkühlkost auf 48% bei Erhöhung der selbstgemachten Kost, verbunden mit der Forderung nach mehr Zeit für die Essenszubereitung, also Einstellung von mehr Personal und Erhöhung ihrer Lohngruppe von Vc auf Vb. Diese Forderungen werden von den Kollegen unterstützt. Auf fast jeder Betriebsversammlung gibt es Streit mit der Geschäftsleitung über das Essen. Die Kollegen sind gegen die Tiefkühlkost, viele klagen über Blähungen, man wird schnell satt und bekommt schnell wieder Hunger. Durch das Kochen, Einfrieren und Wiederaufwärmen werden Vitamine und Mineralien zerstört. Das führt gerade bei Kindern zu Mangelerscheinungen und behindert ihre gesunde Entwicklung. Die Behörde streitet eine falsche Ernährung natürlich glattwegs ab, sie hat kein Interesse an der Gesundheit der Kinder, und wenn sie noch so viel davon redet. Die Arbeiterklasse hat dieses Interese und wird darin von den Kollegen der Kindertagesheime voll unterstützt.

Arbeiter an die WfB, die Spaltung von der übrigen Arbeiterklasse. Des weiteren liegen den WfBs folgende Strukturen zugrunde: Behinderte, die vorher schon berufstätig waren, werden von der Eingangsstufe, in der sie sich orientieren sollen (wöchentlich 5 DM Lohn in Form eines Gutscheines, einzulösen nur in der Kantine) direkt an den Arbeitsplatz gestellt. Das „Arbeitstraining“ erhalten nur die, die vorher noch nicht gearbeitet haben (DM 60 monatl.), das nur bezogen auf die Bedürfnisse der WfB. Vornehmlich sollen das in Niedersachsen Sonderschulabgänger sein (Landesplan Niedersachsen

„Lohn nach Leistung“ begründet die Bourgeoisie diesen Raub menschlicher Arbeitskraft und erklärt die niedrige Leistung der Arbeiter – der Umsatz eines Arbeiters der WfB Göttingen lag 1975 etwa bei 2400 DM, im Gegensatz zu durchschnittlich 74250 DM eines Arbeiters der Göttinger Industrie (Information der Industrie- und Handelskammer) – mit der Behinderung der Arbeiter. Das ist eine Verfälschung der Tatsache, daß in der WfB mit alten Maschinen, gearbeitet werden muß, deren Produktivität unter denen der Industrie liegen.

Der Lohn der Behinderten ent-

der so abzuspeisen. Sie haben weiterhin Mischkost verwendet, also auch selbst gekocht, die Nahrung verfeinert und viel frische Sachen beigegeben. Durch den Einkauf der Mischkost, preisgünstiger als bei den Tiefkühlkapitalisten Oetker, Appetito und Bressler-Menu, konnten Gelder für Obst ausgegeben werden, die die Kinder nachmittags extra bekamen.

Den Plan 80% Tiefkühlkost konnte der Dienstherr nicht durchsetzen, der Anteil wurde auf 55% gesenkt. So hoffte er, wenigstens für seine fehlgeschlagenen Abgruppierungsabsichten durch billigeren Nahrungsmittelein-

schäftsleitung über das Essen. Die Kollegen sind gegen die Tiefkühlkost, viele klagen über Blähungen, man wird schnell satt und bekommt schnell wieder Hunger. Durch das Kochen, Einfrieren und Wiederaufwärmen werden Vitamine und Mineralien zerstört. Das führt gerade bei Kindern zu Mangelerscheinungen und behindert ihre gesunde Entwicklung. Die Behörde streitet eine falsche Ernährung natürlich glattwegs ab, sie hat kein Interesse an der Gesundheit der Kinder, und wenn sie noch so viel davon redet. Die Arbeiterklasse hat dieses Interese und wird darin von den Kollegen der Kindertagesheime voll unterstützt.

IG Drupa: Gewerkschaftseinheiten für Festgeld und 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich

z.stc. „So meine ich, daß wir mit unserer Forderung von 6,5 % durchaus im Rahmen dessen sind, was die Druckindustrie sehr leicht und sehr gut verkraften kann“, hat Ferlemann vom Hauptvorstand eingeschätzt. Wenn er damit meint, daß die Kapitalisten zahlen können, so hat er sicher recht. Über eine Milliarde DM, das sind 20 % der Gesamtlohn- und Gehaltssumme, haben die Kapitalisten 1978 investiert, um mit der technischen Umwälzung der Produktion die Mehrwertabpressung immens zu verschärfen. Einhergegangen ist damit die ständige Konzentration des Kapitals und damit der wachsende Zwang für die Kapitalisten, durch Kapital- und Warenexport ihre Profite weiter zu steigern. 7 % mehr haben sie exportiert, aber 14 % mehr Druckerzeugnisse sind importiert worden. Den Spieß wollen sie umdrehen, und gerade deshalb wollen sie nicht zahlen. Diese Tatsache aber ist es auch, die sie anfällig macht für Produktionsstillstand, erzwungen durch Streik für mehr Lohn, Normalarbeitstag und 35-Stundenwoche. Während die Vorstandssozialdemokraten jetzt jammern, daß die IG Druck und Papier nach Stahl und Metall mit ihren Forderungen isoliert sei, daher die Verhandlungen zum Manteltarif auf Herbst verschoben werden müßten, wird in den Gewerkschaftseinheiten die Taktik für erfolgreiche Durchsetzung der richtigen Forderungen beraten. Einstimmiger Beschluß der Mitgliederversammlung München: die 35-Stundenwoche, 6 Wochen Urlaub und Beseitigung jeglicher Akkordarbeit in der Druckindustrie durchzusetzen. Sie „fordert den Hauptvorstand und die Tarifkommission auf, die Verträge zum Lohn, zum Manteltarif und seinen Anhängen gemeinsam und gleichzeitig durchzusetzen.“

1976 war der 1. Mai geprägt durch die machtvolle Unterstützung der Druckarbeiter, die damals im Streik für mindestens 140 DM standen. An diese Erfahrungen wird jetzt angeknüpft. „Der Ortsverein Stuttgart wird seine ganze Kraft dafür einsetzen, diese Aktion zu einer machtvollen Demonstration der Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf um wirtschaftliche und politische Forderungen zu machen“, beschloß die Mitgliederversammlung. In Münster wurden für die 1. Mai Demonstration als Forderungen vorgeschlagen: 35-Stundenwoche, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Verbot der Überstunden. Der Landesbezirksvorsitzende Kersjes mußte feststellen, daß man im Kampf gegen das „menschenunwürdige System der Ausbeutung“ letztlich auch an das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit herangehen müsse. In einem einstimmigen Beschluß der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes der IG Druck und Papier Passau fordern die Druckarbeiter, daß sich die Mitglieder an einer 1. Mai-Demonstration „unter folgenden Forderungen beteiligen: 35-Stunden-Woche an 5 Werktagen bei vollem Lohnausgleich! Der Kampf darum steht bei uns unmittelbar an. Damit die Arbeitszeitverkürzung wirklich etwas austrägt, ... ist es richtig, ein Verbot der Überstunden zu fordern.“ 10 Arbeiter wollen ein Flugblatt und Transparente dazu erstellen.

Postler-Aktion im Westberliner Wahlkampf



30 Beschäftigte des Fernmeldeamtes 3 in Westberlin stellten den Regierenden Bürgermeister Stobbe bei einem Wahlkampfauftritt mit einer Unterschriftensammlung gegen den Stellenstopp des Bundespostministeriums. Der Bezirksvorstand der DPG berät über eine Kundgebung am 21. März vor der Landespostdirektion.

Das Geschäft mit den Leiharbeitern

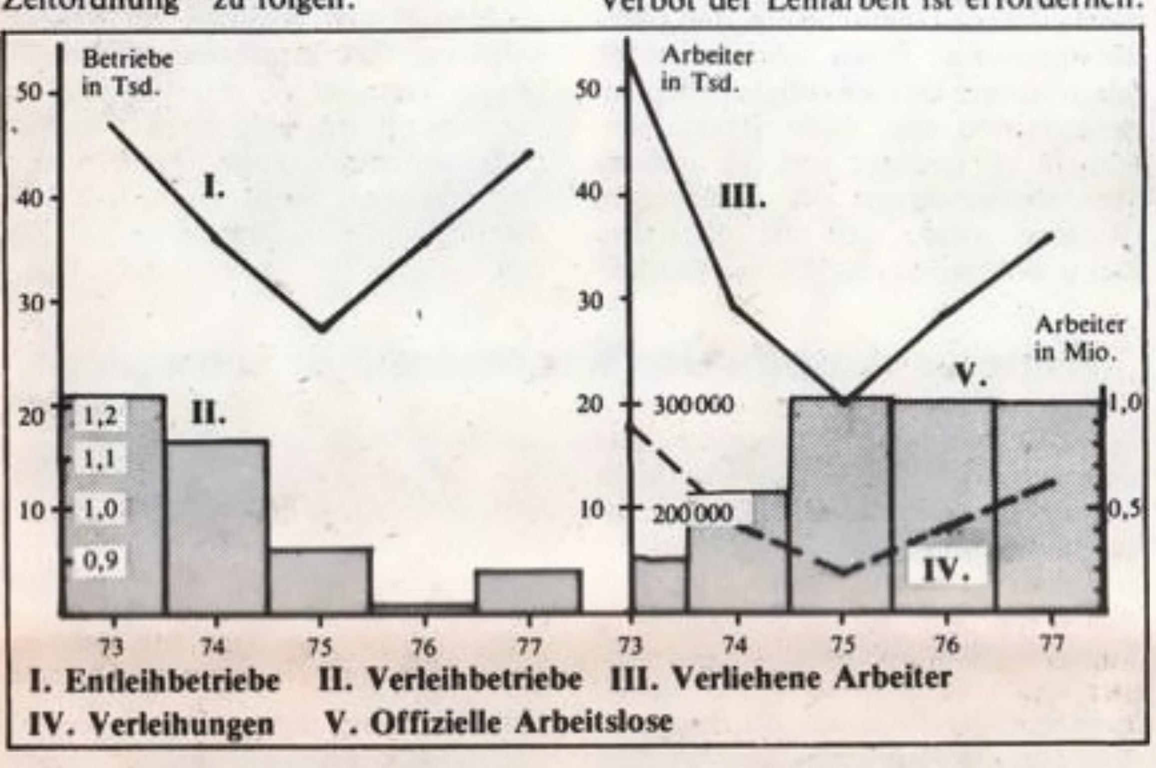
z.rof. Mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) hat der Bundestag 1972 die gesetzliche Grundlage für das Geschäft mit den Leiharbeitern geschaffen. Bei leergefegtem Arbeitsmarkt gierten die Kapitalisten nach disponibler Arbeitskraft, und die Verleiher erboten sich, unerschlossene Reserven des Arbeitsmarktes zu mobilisieren, beispielsweise Hausfrauen und Studenten. Unter den heutigen scharfen Konkurrenzbedingungen versuchen die Kapitalisten, durch eilige Terminerfüllung Vorteile zu erringen. Massen von Leiharbeitern saugen sie ein, um Industrieanlagen zu montieren, fällige Reparaturen ausführen zu lassen. Ist der Auftrag abgeschlossen, werden die Leiharbeiter sofort wieder abgestoßen. So steigt seit 1975 kontinuierlich die Zahl der Leiharbeiter.

Der Verleiher „Heinzelmann" preist in einem Brief an die Kapitalisten die Leiharbeiter als „Übergangslösung" an, die „Engpässe" überwindet und zwar „immer nur solange, wie sie gebraucht wird". Im 1. Halbjahr 1976 waren z.B. von 28979 beendeten Arbeitsverträgen zwischen Verleihern und Leiharbeitern über 60% über eine Dauer von unter einem Monat abgeschlossen. Vollständige Rechtlosigkeit der Leiharbeiter herrscht. Der Leiharbeiter bei „Heinzelmann" muß einen Arbeitsvertrag unterschreiben, in dem er sich verpflichtet, der „Anweisung des Kunden hinsichtlich Arbeit- und Zeitordnung" zu folgen.

Haupteinsatzgebiet von Leiharbeitern sind Büro- und Verwaltungstätigkeiten, sodann Schlosser- und Montagearbeit. Hilfsarbeitertätigkeit und Arbeit auf dem Bau nehmen die folgenden Plätze ein.

Die Rechtlosigkeit gegenüber dem Entleiher findet ihre Entsprechung dem Verleiher gegenüber. Die Verleiher nutzen den ständigen Wechsel von Ausbeuter zu Ausbeuter, die vollständige Zersplitterung ihrer „Belegschaft" die ökonomische Lage ihrer Leiharbeiter, um ihrerseits erkämpfte Rechte der Arbeiterbewegung außer Kraft zu setzen. So verpflichtet sich der zukünftige „Heinzelmann" zum Einsatz in „außerhalb vom Firmensitz gelegenen Kundenbetrieben" tätig zu werden. Ebenso ist man zu Überstunden und Nachtarbeit verpflichtet. Der Lohn ist ständig bedroht, kann von Einsatz zu Einsatz geändert werden: „Der Arbeitgeber ist zur Änderung der Lohnbedingungen im Falle eines Baustellenwechsels nur dann berechtigt, wenn er dies dem Arbeitnehmer vorher, spätestens aber mit der Zuweisung auf die neue Baustelle mitgeteilt hat".

Vernutzer und Verleiher der Leiharbeiter fürchten den Zusammenschluß der Leiharbeiter mit den Belegschaften der Betriebe, in denen sie tätig sind. Ein Leiharbeiter darf nicht länger als drei Monate an einem Stück in einem Betrieb tätig sein. Die Arbeiterklasse ist dagegen, daß Teile von ihr vollständig rechtlos gehalten werden können. Verbot der Leiharbeit ist erforderlich.



I. Entleihbetriebe II. Verleihbetriebe III. Verliehene Arbeiter IV. Verleihungen V. Offizielle Arbeitslose

Streik der britischen Krankenhausbeschäftigten

Die Belegschaften bekämpfen das Kostendämpfungsprogramm der Regierung

z.rül.London. Die Beschäftigten des britischen staatlichen Gesundheitsdienstes (NHS) führen ihren Kampf gegen die Lohnsenkungsabsichten der Regierung in einer schwierigen Lage weiter. Die Gemeindearbeiter haben das Angebot der Regierung – siehe KVZ Nr. 11/79 – angenommen. Drei Gewerkschaften der Krankenhausbeschäftigten, die zusammen weniger als die Hälfte der Beschäftigten im Gesundheitswesen organisieren, haben ebenfalls angenommen. Die Regierung bietet 9 % mehr Lohn und 1 Pfund die Woche Vorauszahlung, bis die Ergebnisse einer Vergleichbarkeitsstudie über die Löhne im öffentlichen Dienst vorliegen. Diese Gewerkschaften drohen damit, die NUPE, die größte Gewerkschaft im Gesundheitswesen, in der gemeinsamen Verhandlungskommission zu überstimmen. Die NUPE-Mitglieder haben das Angebot abgelehnt. Der TUC-Vorstand drängt die NUPE-Führung auf Annahme. Dennoch streiken die Mitglieder der NUPE weiter, so daß fast ein Viertel aller Krankenhäuser im Land, ca. 600, sowie fast alle Ambulanzdienste nur mit Notbesetzung arbeiten. In Schottland haben in der letzten Woche die Belegschaften von vier großen Krankenhäusern einen einwöchigen Streik begonnen. Auf der anderen Seite hat die größte Ortsorganisation der NUPE in Edinburg-Süd (3000 Mitglieder) auf einer Versammlung von 800 Mitgliedern den Abbruch des Streiks und aller anderen Kampfmaßnahmen beschlossen, weil die bisherigen Kampfaktionen nach ihrer Meinung keine ausreichenden Fortschritte gezeigt haben.

Die Krankenschwestern einer anderen Gewerkschaft, die ebenfalls das Angebot der Regierung abgelehnt haben, organisieren einen Überstundenboykott und halbstündige Streiks. Sie drohen, diese Aktionen auszuweiten, wenn die Regierung in den nächsten Tagen kein höheres Angebot vorlegt.

Gesundheitsminister Ennals hat jetzt die Krankenhausleitungen aufgefordert, Vertragsarbeiter und „Freiwillige" gegen weitere Aktionen der NUPE und der Krankenschwestern einzusetzen. Die Reaktion der bürgerlichen Presse darauf war eher vorsichtig: es könne sein, daß dies zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzungen führe, und niemand könne deswegen vorhersagen, wie es in der nächsten Zeit weitergehe.

25 % mehr Dienstaufsichtsstellen hat die Regierung seit 1974 geschaffen. Über die Hälfte aller Krankenschwestern sind heute Teilzeitarbeiterinnen. Vor neun Monaten konnte die Belegschaft eines Londoner Kinderkrankenhauses nur mit Streikdrohung verhindern, daß die Krankenhausleitung das gesamte Reinigungspersonal entließ und von einer privaten Reinigungsfirma zu entsprechend niedrigeren Löhnen übernehmen ließ. Als das Queen-Elizabeth-Krankenhaus in London um ein neues Gebäude vergrößert wurde, verhinderte die Belegschaft acht Wochen lang jede Arbeitsaufnahme in dem neuen Gebäude, bis die Krankenhausleitung dafür endlich neue Reinigungskräfte einstellte.

Am gleichen Krankenhaus arbeiten jetzt alle Krankenschwestern im Schichtdienst: Eine Woche Frühschicht, eine Woche Spätschicht, dann acht Tage lang zwölfstündige Nachtdienste, dann fünf freie Tage, dann zwei Tage Frühschicht, zwei Tage Spätschicht, eine Nachtschicht, dann wieder eine Woche Frühschicht usw. Freie Stellen werden nicht besetzt, sondern mit Vertragsarbeitern, z.B. „Agenturschwestern" kurzfristig gestopft. Diese „Agenturschwestern" sind fast immer Krankenschwestern aus anderen Krankenhäusern, die eine zweite Schicht als „Agenturschwester" arbeiten.

1974 hat die britische Regierung eine systematische Untersuchung aller Arbeitsgebiete der Beschäftigten im Gesundheitswesen eingeleitet, um, wie es der damalige Sekretär für Sozialdienste, Keith Joseph, formulierte, „zu sichern, daß ihre Fähigkeiten den größtmöglichen Nutzen für die Patienten erbringen." Gesetzliche Grundlage dafür war das von der Gesundheitsministerin Barbara Castle eingebrachte und 1973 beschlossene „Gesetz über die Reorganisation des Nationalen Gesundheitsdienstes".

Nach Verabschiedung dieses Gesetzes hat die Regierung sogleich die Aufsichtsbehörden in vierzehn regionalen und 72 gebietlichen Gesundheitsbehörden zusammengefaßt, die direkt dem Gesundheitsministerium unterstehen. 306 Krankenhäuser (12,33% des Bestandes 1967) wurden bis 1977 geschlossen, die Zahl der Betten in der gleichen Zeit um 63039 (11,83%) verringert. Die Kranken wie die Beschäftigten wurden in große Krankenhäuser gepfercht, die die Regierung systematisch verrotten ließ. Die Ausgaben für die Instandsetzung, die Erhaltung und den Ausbau der Krankenhäuser wurden von 585 Mio Pfund 1972/73 auf 359 Mio. Pfund gesenkt. Die durchschnittliche Behandlungszeit in den Krankenhäusern hatte die Regierung bereits 1973 auf zehn Tage gesenkt, mit allen Folgen für die Behandlung der Patienten wie die Arbeitshetze der Belegschaften. Die Zahl der Betten je 1000 Einwohner sank auf 8,4 im Jahr 1976. Die Zahl der Patienten, die auf eine Behandlung und teilweise auf wichtige Operationen jahrelang warten müssen, stieg gleichzeitig auf 699000 an (1976) gegenüber 614000 im Jahr 1969.

Die Folgen dieses Programms für die Volksmassen kann man an der durchschnittlichen Lebenserwartung der 60-jährigen Arbeiter ablesen: sie liegt mit 74,7 Jahren an der unteren Grenze in der EG (BRD zum Vergleich: 76,2). Für die Finanzbourgeoisie schlug sich der Erfolg des Programms in sich füllenden Kassen nieder: die Überschüsse des Nationalen Versicherungsfonds, in die die Sozialbeiträge der Lohnabhängigen und die entsprechenden Zahlungen der Kapitalisten einfließen und aus dem z.B. die Ausgaben für den Gesundheitsdienst finanziert werden, stiegen von 1,59 Mrd. Pfund (1968/69) auf 3,24 Mrd. Pfund (1976/77). In diesen Jahren akkumulierte dieser Fonds insgesamt einen Überschuß von 17,6 Mrd. Pfund (ca. 67 Mrd. DM), der sich für die Kapitalisten entweder direkt oder über Regierungskredite in billiges Geldkapital verwandelt.

Gesundheitsminister Ennals versucht jetzt, die Folgen dieses Programms den Krankenhausbeschäftigten aufzuladen: „Der gesamte Gesundheitsdienst hat gelitten", erklärte er, „abgesehen von unseren Patienten und denen, die behandelt werden." Die Arbeiterklasse und die Lohnabhängigen aber unterstützen die Krankenhausbelegschaften: die Krankenschwestern, von denen einige jetzt eine Unterschriftensammlung durchführen, rechnen bis Ende März mit zehn Millionen Unterschriften zur Unterstützung ihrer Forderungen.

„Schiffssicherheit" – Sicherheit der Profite

r.wel. „Nach fünf Fragen bereits Kapitän", „Entwicklungsländer gefährden den Seeschiffsverkehr", mit diesen

Mann Besatzung vorgeschlagen wird (gegenüber heute 25 Mann). Es handelt sich bei dieser Studie um einen gut aus-

könne sein, daß dies zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzungen führe, und niemand könne deswegen vorhersagen, wie es in der nächsten Zeit weitergehe.

und 72 gebietlichen Gesundheitsbehörden zusammengefaßt, die direkt dem Gesundheitsministerium unterstehen. 306 Krankenhäuser (12,33% des Bestandes 1967) wurden bis 1977 geschlossen, die Zahl der Betten in der

legschaften: die Krankenschwestern, von denen einige jetzt eine Unterschriftensammlung durchführen, rechnen bis Ende März mit zehn Millionen Unterschriften zur Unterstützung ihrer Forderungen.

„Schiffssicherheit" – Sicherheit der Profite

r.wel. „Nach fünf Fragen bereits Kapitän", „Entwicklungsländer gefährden den Seeschiffsverkehr", mit diesen Überschriften führen die westdeutschen Imperialisten eine weitangelegte Kampagne gegen die Länder der 3. Welt, die den Kampf für den Aufbau einer eigenen Handelsflotte führen. Nach den Angaben der Imperialisten führe der fehlende Sicherheitsstandard auf diesen Schiffen zu einer Gefährdung des gesamten Seeschiffverkehrs, was man an den häufigen Schiffsunglücken unter billiger Flagge sehen würde. Die Imperialisten schieben die Schiffsunglücke den Ländern der 3. Welt in die Schuhe, obwohl sie über 61% der Billigflaggentonnage verfügen.

Demgegenüber preist der Verband Deutscher Reeder (VDR) den Sicherheitsstandard der deutschen Seeschifffahrt als den höchsten in der Welt. Was von dem Sicherheitsstandard der Imperialisten zu halten ist, wird am Beispiel der am 12. Dezember untergegangen „München" deutlich. Dieses Schiff galt als eines der sichersten überhaupt. Die „München" war mit 24000 t Eisen in Leichtern beladen. Wegen des spezifischen Gewichts des Eisens durften die Leichter nur ein Siebtel gefüllt werden, was die Gefahr des Verrutschens beinhaltet. Die Schiffsleitung hatte auch keinen Einblick in die Leichter, was eine Kontrolle nicht ermöglichte. Ein Stauberater für die Leichter wurde aus Kostengründen vor etwa einem Jahr abgeschafft. Dazu kam noch, das die „München" eine feste Reiseroute hatte, wo die Reisezeit auf eine Stunde genau vorgeschrieben war, von der der Kapitän nicht abweichen darf, will er seinen Job nicht verlieren. Was für die Imperialisten unter Sicherheit zu verstehen ist, sieht man an diesem Beispiel, nämlich nichts weiter als die sicherste Methode ihren Profit zu realisieren, koste es auch Menschenleben.

Um diesen hohen „Sicherheitsstandard" weiter auszubauen, bemüht sich der VDR schon seit 1972, wo er eine Studie „das zukünftige Schiff und seine Besatzung" herausgegeben hat, der in ein Zukunftsschiff mit einer 12 Mann Besatzung vorgeschlagen wird (gegenüber heute 25 Mann). Es handelt sich bei dieser Studie um einen gut ausgedachten Rationalisierungsplan, durch den 60% der Arbeitsplätze in der Seeschiffahrt wegrationalisiert werden. Dieses Forschungsprojekt mit der 12 Mann integrierten Besatzung wird von der Howaldswerke – Deutsche Werft AG durchgeführt und zu zweidrittel durch die Bundesregierung getragen. Dieses Projekt soll 1981 auslaufen. Dem Reederkapitalisten geht es aber nicht schnell genug. Sie haben jetzt ein Schiff mit einer 18 Mann Besatzung vorgeschlagen, auf dem früher 25 Mann waren. Nach den Vorstellungen des VDR soll durch weitere Automatisierung, Verbesserung der technischen Ausrüstung, Veränderung der Bordorganisation und durch Ausführung eines Teils der Arbeiten durch Landarbeiter die Gesamtarbeitszeit um 1319 Arbeitsstunden gekürzt werden, was nach ihrer Ansicht die Reduzierung der Besatzung um 7 Mann rechtfertige. Von sich aus bietet der VDR der verbleibenden Besatzung einen Tag mehr Urlaub an. Was sich hinter dem Zugeständnis der Reederkapitalisten verbirgt, ist, daß durch diese Reduzierung die Intensität der Arbeit an Bord unwahrscheinlich gesteigert wird. Die Reederkapitalisten wissen sehr genau, daß ihr Projekt am Widerstand der Seeleute gescheitert ist, die aus eigener Erfahrung wissen, daß die an Bord anfallende Arbeit bei den heutigen Besatzungsstärken kaum zu schaffen ist.

Die Reaktion der ÖTV auf den Vorschlag des VDR bestand in einem ungeheuren herumlavieren, „es müßten noch einige Fragen geklärt werden" und „so könne man der 18 Mann Besatzung nicht zustimmen". Konkrete Forderungen erhob die ÖTV bislang nicht. Aufgabe der Seeleute ist es, in dieser Situation eine Forderung nach ausreichender Besetzung aller Seeschiffe zu stellen, um die Realisierung der 40-Stundenwoche zu erreichen. Desweiteren müssen die Grundheuern so angehoben werden, daß ein Zwang, Überstunden zu machen, entfällt. Nur so kann der Kampf der Seeleute gegen die Rationalisierung geführt werden.

Wasserstoff aus Kohlegas – neue Forschungsprojekte zur Verbesserung der Energieausgangsbasis

z.klr. In der Februarnummer der „Ruhrkohle" berichtet die Ruhrkohle AG über ein Forschungsprojekt „Gewinnung von hochreinem Wasserstoff aus Kokereigas", das die nordrhein-westfälische Landesregierung mit 2,5 Mio. DM fördert. Aus den jährlich produzierten und bisher größteils in die Luft geblasenen 13 Mrd. m³ Kokereigas ließen sich 7 Mrd. m³ Wasserstoff gewinnen, genug zur Produktion von 3 Mio. Tonnen Ammoniak oder 45 Mio. Tonnen schwerem Heizöl, 80% entschwefelt, oder 7 Mio. Jahrestonnen Eisenschwamm, bei einer Roheisenproduktion von 28,9 Mio. Tonnen 1977. „Mit Wasserstoff könnte man auch Hausheizungen und Heizkraftwerke für ganze Siedlungen befeuern" (Neue Ruhr-Zeitung, 24.2.79).

Um das dazu nötige Kapital zusammenzuraffen, hat NRW-Wirtschaftsminister Riemer bei der Inbetriebnahme der Kohlevergasungsanlage Hückelhoven die Einführung eines Gaspfennigs vorgeschlagen.

Zur Sicherung seiner Energiebasis hat der deutsche Imperialismus vor und während des 2. Weltkrieges Wasserstoff, der für die Kohlehydrierung benötigt wird, aus Kokereigas hergestellt. Rund 6 kg hochprozentiger Wasserstoff ergeben zusammen mit 100 kg Kohle 70 kg Öle und Kohlenwasserstoffgase. Für die Schaffung einer Energieausgangsbasis für die Expansion des BRD-Imperialismus ist daher die billige Herstellung von Wasserstoff aus Kohle eine entscheidende Aufgabe.

Technisch wird der Wasserstoff aus Kohlegas gewonnen. Dieses Gas besteht aus einem Gemisch von Methan, Wasserstoff, Kohlenmon- und Kohlendioxid sowie aus Schwefelverbindungen. Der Anteil des Wasserstoffes liegt bei 30 - 40% je nach Art der Kohle.

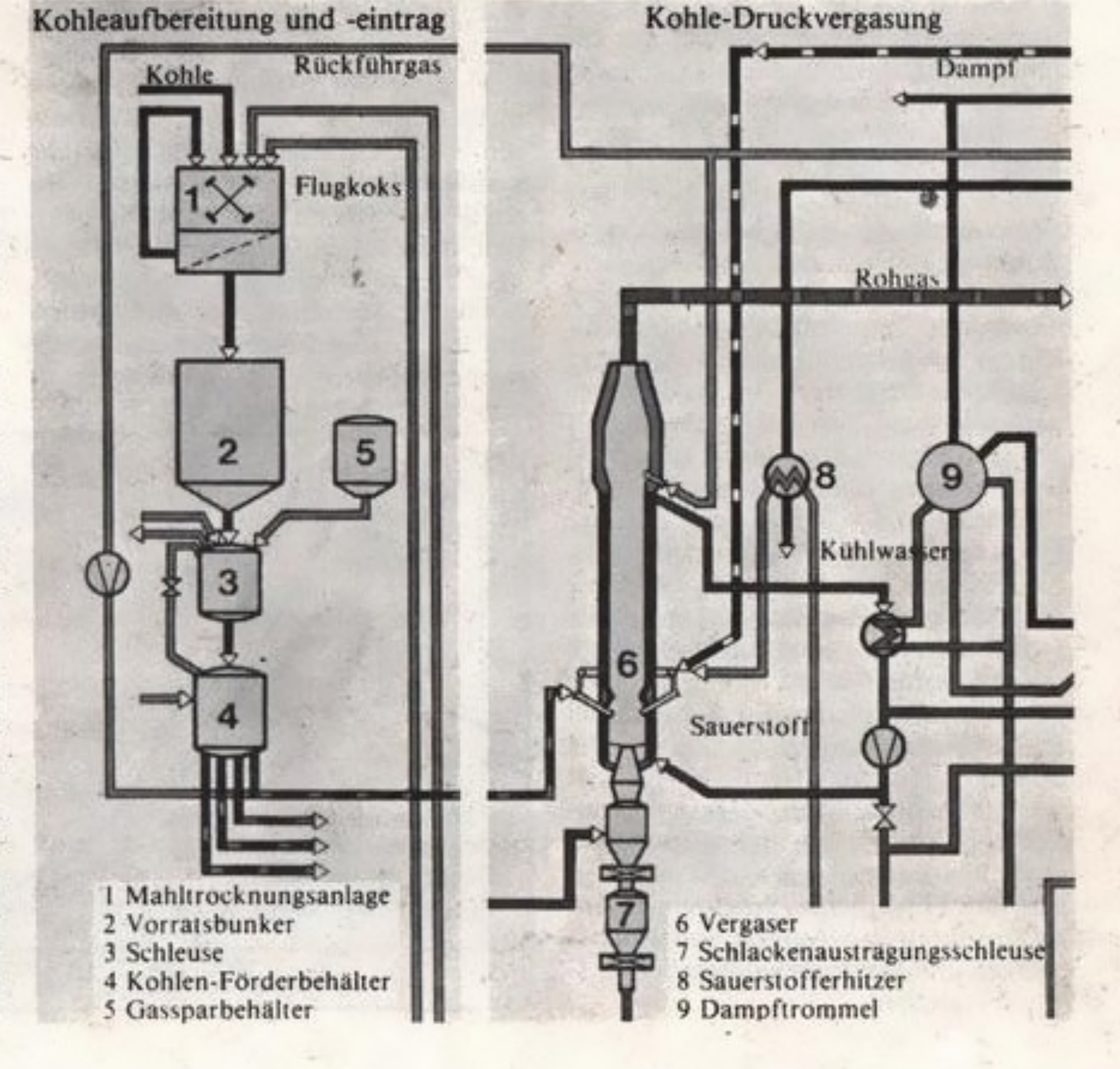
Durch weitere Zerlegung des Methans, der einfachsten Kohlenwasserstoffverbindung, kann die Ausbeute an Wasserstoff weiter erhöht werden.

Zur Filtrierung des Wasserstoffs aus diesem Gasgemisch entwickelt die Ruhrkohle AG gegenwärtig ein absorptives Trennverfahren auf der Basis von Kohlenstoff-Molekularsieben. Dadurch kann eine Reinheit von mehr als 99% erzielt werden.

Die Bundesregierung beteiligt sich zu 75% am Betrieb der Vergasungsanlage der Saarbergwerke AG, deren Gesamtkosten sich auf ca. 43 Mio. DM belaufen. Sie arbeitet auf Basis der Saarberg / Otto-Kohle-Druckvergasung und liefert ein bereits für die Eisen-Reduktion in den Hütten und für die Wasserstoffherstellung für Hydrierprozesse ausreichend reines und konzentriertes Gasgemisch.

Im Rahmen des Projektes „Prototypanlage nukleare Prozeßwärme" fördert die Bundesregierung die Ausnutzung der Prozeßwärme von Hochtemperaturreaktoren zur Vergasung der Kohle.

Verfahrensablauf der Kohle-Druckvergasung nach dem Saarberg/Otto-Prozeß



1 Mahltrocknungsanlage
2 Vorratsbunker
3 Schleuse
4 Kohlen-Förderbehälter
5 Gassparbehälter
6 Vergaser
7 Schlackenaustragungsschleuse
8 Sauerstofferhitzer
9 Dampftrommel

Die DAG profiliert sich als Spaltergewerkschaft

z.brb. Bedeutet die Forderung der DAG zum Tarifkampf im Öffentlichen Dienst nach 6% Lohnerhöhung und einer Urlaubsgelderhöhung von 15% der „Monatsvergütung" schon eine Spaltung der Front der Beschäftigten gegenüber dem frechen Angebot der Bundesregierung, so ist sie kürzlich mit einem neuen Manöver aufgetreten. Vor Journalisten in Hannover offenbarte der Leiter des DAG-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen, Erwin Dunst, eine „Trendwende im tarifpolitischen Verteilungskampf": „bessere Arbeitsbedingungen" seien „wichtiger als hochprozentige Gehaltszuschläge". Daß von der Arbeiterklasse immer stärker Forderungen erhoben werden gegen den Verschleiß der Arbeitskraft durch Nacht- und Schicht- und Akkordarbeit, gegen die Arbeitshetze, versucht die DAG gegen den Lohnkampf zu wenden, ein übles Manöver – ist doch der Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag eine wichtige Bedingung, um Nacht-, Schicht-, Bereitschaftsdienste bekämpfen zu können, weil die Beschäftigten dann nicht auf die Zulagen dafür angewiesen sind. Aber was kümmert das die DAG, geht sie doch vom Prinzip der leistungsgerechten Bezahlung aus und steht ihr ein leitender Angestellter sowieso näher als die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen. Eindeutig hat Herrmann Brandt, Vorsitzender der DAG auf dem Bundeskongreß 1975 noch einmal festgestellt: „Die Gehaltspolitik der DAG basiert auf dem Leistungsprinzip. Die tarifvertragliche Arbeitsbewertung muß gewährleisten,
– daß die Aufgliederung der Angestelltentätigkeiten in Gehaltsgruppen nach Maßgabe der Arbeitsanforderungen erfolgt;
– daß die Beschreibung der Arbeitsanforderungen eine einwandfreie Eingruppierung ermöglicht; und
– daß die Gehaltsdifferenzierung dem Grundsatz der Äquivalenz von Lohn und Leistung entspricht."

Ausdrücklich lehnt die DAG einheitliche Tarifverträge mit Festgeldforderungen für Arbeiter und Angestellte ab, wegen der „Nivellierungsgefahr". Wer in einer unteren Lohn- oder Gehaltsgruppe liegt, leistet offenkundig nicht so viel wie ein höher verdienender und hat daher auch keinen Anspruch auf gleiche Lohnerhöhung. Gegenüber diesen Spaltungsmanövern führen die Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten seit Jahren einen Kampf um Festgeldbeträge, weil sie die Spaltung einschränken und eine gemeinsame Kampffront gegen den staatlichen Dienstherrn ermöglichen. Der Grundsatz der DAG für die Tarifauseinandersetzungen dagegen ist, „in erster Linie solche Forderungen zu erheben, deren Verwirklichung nicht nur möglich erscheint, sondern auch dazu beiträgt, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern".
die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern".

1949 hat sich die DAG als Standesgewerkschaft gegründet und seitdem das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aller Lohnabhängigen abgelehnt. 1976 hat die ÖTV auf dem 8. Gewerkschaftstag die Tarifgemeinschaft mit der DAG aufgekündigt wegen der Ablehnung einheitlicher Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte seitens der DAG. Stattdessen verhandelt die DAG jetzt in Tarifgemeinschaft mit Standesorganisationen wie dem Marburger Bund und der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD), dem der Beamtenbund und christliche Gewerkschaften angehören. Ihre Zusammenarbeit hat sie auch ausgedehnt auf die Union Leitender Angestellter. Der Vorsitzende der GGVöD hat diesen Zusammenschluß, dem auch der Richterbund und der Bundeswehrverband angehören, passend als Anti-DGB-Kartell bezeichnet. Daß eine Gewerkschaft, die die Dienstaufsicht direkt organisiert bzw. in Tarifgemeinschaft mit ihr verhandelt, nicht die Interessen der einfachen Lohnabhängigen durchsetzen will und kann, liegt auf der Hand. Lehnt die DAG den politischen Streik gegen vom Bundestag beschlossene Gesetze grundsätzlich ab, so ist auf ihr Betreiben jetzt ein Tarifvertrag mit der Nordelbischen Kirche zustande gekommen, der eine Antistreikklausel in den Tarifkämpfen beinhaltet. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wie die Arbeiterklasse insgesamt können ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat nur durchsetzen durch den Aufbau von kampfstarken und klassenbewußten Einheitsgewerkschaften.

Rohstoffsicherung, Lohnleitlinien, Energiepreiserhöhung

Energieprogramme der US- und EG-Imperialisten

z.pel. Die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft sollen sich auf ihrer Sitzung in der letzten Woche auf gemeinsame Maßnahmen angesichts der angeblich drohenden Verknappung der Energievorräte geeinigt haben. Im Einzelnen wurde bisher die Absicht bekannt, die Rohöleinfuhren auf 500 Mio. t zu beschränken und insgesamt 5% weniger Energie zu verbrauchen. In den Vereinigten Staaten wird für die nächste Woche eine Erklärung Carters zur Politik der US-Imperialisten angesichts der „bedrohlichen Lage im Energiesektor" erwartet. Hüben wie drüben werden zwei Gründe für diese Lage angeführt: der Ausfall der iranischen Ölexporte bzw. ihre Reduzierung und die schreiende Unvernunft der Volksmassen, bei denen jeder Appell zur Sparsamkeit wirkungslos verpuffe.

„Nur wenn die Benzinpreise zu teuer werden, um es weiter verschwenden zu können, wird das Volk die Verschwendung beenden", tönt das Wirtschaftsmagazin „Fortune" und bereitet den Boden für das zu erwartende „Schweiß- und Tränenprogramm", mit dem der amerikanische Präsident versuchen will, die Profite der amerikanischen Finanzbourgeoisie zu sichern. Denn tatsächlich kann von Ölknappheit keine Rede sein. Bei 21 Mio. Barrel pro Tag liegt gegenwärtig der amerikanische Ölverbrauch. Die US-Imperialisten, selbst zweitgrößter Weltölproduzent mit 70 Mio. Barrel an Vorräten und riesigen unausgebeuteten Vorkommen, importieren gegenwärtig etwa acht Mio., also 38% ihres Bedarfs. Aus dem Iran kommen davon etwa 400000 Barrel. Leicht könnten sie das ausgleichen. Was ihnen nicht schmeckt, ist die von verschiedenen ölexportierenden Staaten vorgenommene Ölpreiserhöhung und die Erwartung, daß die Ende März stattfindende OPEC-Konferenz diese Erhöhung einheitlich festschreibt. Die Erhöhung der Ölpreise behindert die Ökonomisierung ihres konstanten Kapitals und gefährdet somit ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten.

Jetzt haben 23 Ölgesellschaften der amerikanischen Regierung vorgeschlagen, den Ölausfall durch Erhöhung der inländischen Produktion auszugleichen und bis zum Jahre 1981 den Anteil des Importöls entscheidend zu reduzieren, wenn der Präsident die Preiskontrolle für Inlandöl aufhebe. Bis jetzt hatten v.a. die Kapitalisten in der verarbeitenden Industrie wegen der Verteuerung ihrer Energiekosten sich quergelegt. Noch im letzten Herbst hatte Carter versucht, über die Verdoppelung der Kohleproduktion zu erheblich gesenkten Produktionskosten – das heißt mit Lohnsenkung zu gesteigerter Schichtleistung – die Energiekosten für das industrielle Kapital zu senken. Die Bergarbeiter haben diesen schmutzigen Plan vereitelt. Nun *wird* Carter die Beseitigung der Preiskontrollen verkünden. Setzt er sich durch, wird das – zusammen mit der
kontrollen verkünden. Setzt er sich durch, wird das – zusammen mit der
schon beschlossenen schrittweisen Beseitigung der Preiskontrollen bei Gas – die Preise erheblich in die Höhe treiben und für Teile des Volkes zu ganz und gar unerträglichen Belastungen führen.

Mit der von Energieminister Schlesinger angekündigten Schließung der Tankstellen an Wochenenden, der Reduzierung von Zimmertemperaturen in allen Behörden, den schon gedruckten Benzinrationierungsmarken sollen die Massen für die widerstandslose Hinnahme der Preiserhöhungen sturmreif geschossen werden. Der Mann ist ja vom Fach. Den Kapitalisten in der verarbeitenden Industrie soll die Preiserhöhung so schmackhaft gemacht werden: Steuer auf schweres Öl und Finanzierung der Entwicklung von Kohleverflüssigung und Kernenergie aus dieser Summe; Aufhebung der geplanten Standards zur Reduzierung des Bleigehalts im Benzin; Fertigstellung weiterer 126 Kernkraftwerke zu den schon bestehenden 67. Und vor allem: Durchsetzung der Lohnleitlinie von 7 % gegen die amerikanische Arbeiterklasse.

Die Teamstergewerkschaft hat für die LKW-Fahrer 33 % Lohnerhöhung auf drei Jahre gefordert. Ein Abschluß in diesem Bereich wird auf den Tarifkampf vor allem der Automobilarbeiter Auswirkungen haben und kann das Energieprogramm gefährden.

„Rationelle Energienutzung" lautet der Schlachtruf, mit dem die EG-Imperialisten in den Konkurrenzkampf ziehen. Zu 90% von Öleinfuhren abhängig und bei Uran Großkunde des US-Imperialismus, versuchen sie, ihre strategische Basis über die Kohle aufzubauen, entwickeln sie die Kernenergie und setzen auf die Plünderung noch ungenutzter Energiequellen der Länder der Dritten Welt. Grundlage bleibt die Erhöhung der Produktivität der Arbeit, v.a. in der Energieproduktion selbst. Die in den letzten Monaten von der EG-Kommission verabschiedeten Programme über die kontrollierte Kernfusion, Beihilfen zugunsten des Steinkohlebergbaus, Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle sowie den Plutoniumkreislauf und seine Sicherheit, als auch der Anstieg der Investitionen im Kohlebergbau sind Bestandteile dieses Plans.

Seit einigen Tagen ist die Produktion der ersten Tonnen angereicherten Urans in der bisher größten europäischen Anlage Eurodif in Frankreich angelaufen. Vierzig Reaktoren sollen von dort mit Uran versorgt werden. Um dieses ehrgeizige Programm abzusichern und die für die Konkurrenz mit den Supermächten unerläßlichen Rohstoffe zu ergattern, schleimen sich die
den Supermächten unerläßlichen Rohstoffe zu ergattern, schleimen sich die
westeuropäischen Imperialisten bei der Dritten Welt an. Der EG-Kommissionar Brunner empfiehlt diesen „zur Vermeidung der schon von uns gemachten Fehler" eine enge Zusammenarbeit „bei der Erfassung und Entwicklung ihrer Energiequellen". (Le courrier 1/2, 1979) Finanzielle Hilfe, bei alleiniger Bestimmung der Imperialisten über die Verwendung, im Tausch gegen billige Rohstoffe – mit diesem Plan werden die EG-Imperialisten schwerlich landen können. Daß Giscard von den „traditionellen Beziehungen" zu Mexiko spricht und Brunner Venezuela hofiert, wohingegen Schlesinger droht, „daß jegliche Unterbrechung des Ölflusses am Persischen Golf bedeute, daß die Freie Welt, wie wir sie seit 1945 kennen, vorüber ist" (Wall Street Journal, 13.3.), kennzeichnet die strategisch schwächere Position der EG. Ihre Gier nach Rohstoffen und ihre ungerechten Vorschläge werden so jedoch nur höchst notdürftig bemäntelt.

„Energiesparprogramm" in Dänemark

z.bag.Aarhus. Mit Wirkung vom 15.3. hat die dänische Regierung sogenannte Energiesparmaßnahmen eingeführt. Verschärfte Geschwindigkeitsbeschränkungen (von 110 auf 100 km/h auf Autobahnen, von 90 auf 80 km/h auf Landstraßen), Senkung der Raumtemperaturen in öffentlichen Gebäuden auf 20°, obligatorische Regulierung aller Ölheizungen, Einschränkung von Straßenbeleuchtung und Lichtreklamen nach 23 Uhr. Der Widerstand gegen diese Zwangsmaßnahmen soll hart bestraft werden: bis zu 2000 Kronen Bußgeld z.B. bei Überschreitung der Geschwindigkeit. Die dänische Regierung antwortet damit, wie es heißt, auf die neue „Ölkrise" und folgt einem Beschluß der Internationalen Energieagentur, den Ölverbrauch um 5% zu senken. Die Argumente sind so fadenscheinig, daß selbst die bürgerliche Presse schreiben muß: durch weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen wird eher mehr Benzin verbraucht als gespart, und die anderen Maßnahmen eignen sich gerade zum Ölsparen nicht, weil die dänischen Elektrizitätswerke zur Energieproduktion nur 30% Erdöl einsetzen und besonders nachts fast ausschließlich Kohle verbrauchen.

Das dänische Finanzkapital, seit dem Beitritt zur EG zunehmend unter Konkurrenzdruck, verlangt immer energischer billige Energie. Die jetzt eingeführten Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen sollen der Industrie Energie sichern, vor allem aber ideologisch den Boden bereiten für die Einführung der Kernenergie in Dänemark. Im Regierungsprogramm der sozialdemokratisch-konservativen Koalition vom August 1978 heißt es bereits klar: „Ein Teil der Energiepolitik der Regierung ist der Einsatz von Kernkraft". Das Energieforschungsprogramm vom Januar dieses Jahres enthält als weitaus größten Posten Versuche zur Urangewinnung. Und gerade hat Anker Jörgensen auch auf der EG-Ministerkonferenz die Einführung von Kernenergie in Dänemark zugesagt. Damit wird er Ärger kriegen. Schon im August 1978 demonstrierten 35000 gegen diese Pläne.

Weiterer Ausbau der Kernenergie in Schweden

z.coi.Stockholm. Die schwedische Regierung hat jetzt ihr Energieprogramm für die 80er Jahre dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt. Offizielles Ziel dieses Programms ist „die Verminderung der Erdölabhängigkeit". Als entscheidende Schritte dazu sind vorgesehen die Erhöhung der Anzahl der Kernkraftwerke auf 12, Beschneidung des Ölverbrauchs der Massen durch z.B. Erhöhung der Heizölsteuer von bisher 62 SKr./cbm auf 102 SKr./cbm, was 600 Mio. SKr. in die Staatskasse bringen soll, sowie Zuschüsse an die Kapitalisten (2,8 Mrd. SKr.) und Hauseigner (300 Mio. SKr.) für „energiesparende Maßnahmen". Um die Abhängigkeit von den größeren Imperialisten zu vermindern, soll die staatliche Ölgesellschaft „Svenska Petroleum" zur Ölprospektierung und -gewinnung (z.B. in Norwegen) aufgebaut und Lieferverträge direkt mit den erdölproduzierenden Ländern abge-
baut und Lieferverträge direkt mit den erdölproduzierenden Ländern abge-
schlossen werden.

Eine Mehrheit im Reichstag ist nach Ministerpräsident Ullsten gesichert. Damit könne verhindert werden, daß die Kernenergiefrage im September Wahlthema werde wie 1976. Die damals gewählte Koalitionsregierung Fälldin mußte den weiteren Ausbau der Kernkraftwerke stoppen. Seitdem sind sechs Kraftwerke in Betrieb, die 21% der Elektrizität liefern, ist die Inbetriebnahme von sechs fertigen Kraftwerken ausgesetzt und der Bau von zweien unterbrochen. 1978 ist diese Koalitionsregierung an der Inbetriebnahme von Kraftwerk 7 und 8 geplatzt. Die Minderheitsregierung Ullsten hat aber gerade damit Schwierigkeiten wegen der ungeklärten Abfallbeseitigung. Fälldin hat mit der Forderung nach Volksabstimmung geantwortet; die Unterschriftensammlung dafür ist eingeleitet.
Unterschriftensammlung dafür ist eingeleitet.

Klassengegensatz in der Landwirtschaft erneut verschärft

Ergebnisse des Agrarberichts 1979

z.gör. Zwecks Überprüfung ihrer Landwirtschaftspolitik läßt sich die Bourgeoisie seit dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 jährlich von der Bundesregierung einen Agrarbericht präsentieren. Der jüngste Agrarbericht (vom Februar 1979) zeigt, daß sich der Ruin der kleinen und mittleren Bauern fortgesetzt hat, die Expansion des agrarischen Großkapitals erneut erfolgreich gefördert worden ist.

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe habe sich verlangsamt, heißt es in dem Bericht: -1,8 % gegenüber einer durchschnittlichen Abnahmerate von -3,3 % in den 10 Vorjahren. Aber die Zahl verbirgt ganz Gegensätzliches. 2,5 % der kleinen Betriebe unter 20 ha sind vernichtet worden, die Zahl der großen Wirtschaften über 50 ha hat hingegen um 3 % zugenommen. Am schnellsten sind wiederum die Zu- und Nebenerwerbsbauern ruiniert worden. – Es gibt dabei große regionale Gegensätze. Die Einkommensrelation zwischen ärmster und reichster Landwirtschaftsregion liegt in der BRD bei 1 : 4,08, höher z.B. als in Italien und Frankreich.

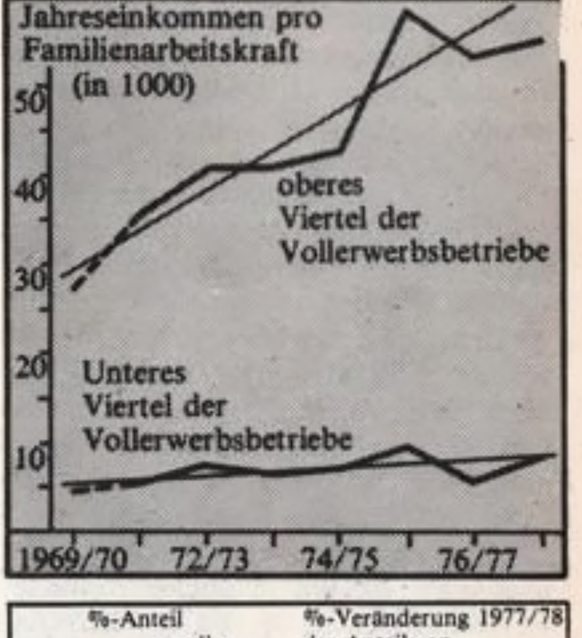
Der Bericht spricht sodann von einer „Verbesserung des Reineinkommens"; durchschnittlicher Zuwachs: 10,3 %. Auch dahinter verbirgt sich ganz Gegensätzliches. Das Schaubild über die Verteilung der Einkommen pro Familienarbeitskraft zeigt deutlich, daß eine Masse von Bauern mit sehr niedrigem Einkommen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Agrarkapitalisten gegenübersteht. Die Zunahme in den höheren Einkommensschichten entspricht keineswegs der Abnahme bei den unteren; die Differenz besteht aus vernichteten Bauernexistenzen. Das nebenstehende Schaubild zeigt, daß sich der Gegensatz zwischen hohen und niedrigen Einkommen 1977/78 und im Trend weiter verschärft hat. Während 25 % der Vollerwerbsbetriebe mit den niedrigsten Einkommen in den letzten 10 Jahren Jahreseinkommen von 5 - 10000 DM haben, hat es sich bei den 25 % der Betriebe mit den höchsten Einkommen *durchschnittlich* auf 50 - 60000 DM verdoppelt (selbst diese Durchschnittszahl verschleiert noch die wirklich hohen Einkommen aus Profit, vgl. Schaubild 1).

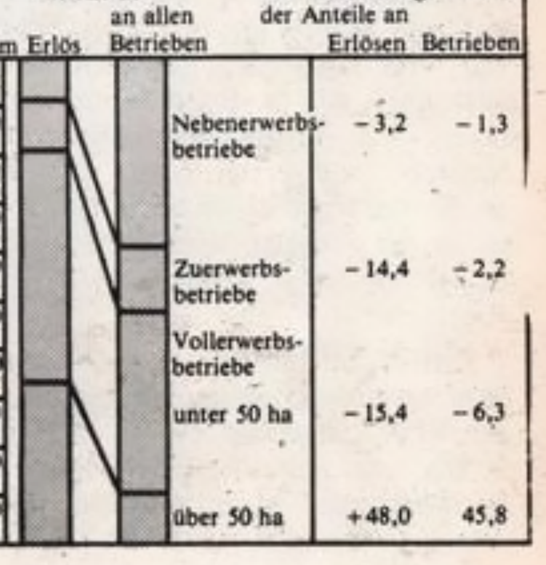
Verteilung der Einkommen pro Familienarbeitskraft

Anzahl; 1000; 500; Durchschnittseinkommen der Vollerwerbsbetriebe (nach Größe in ha): unter 30 | 30 bis 50 | über 50; 1977/78; 1976/77; –5, 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120 in 1000 DM

Die einkommensmäßige Entwicklung hat die produktionsmäßige Entwicklung zur Grundlage. Reicht bei den kleineren und mittleren Bauern das Geld nicht für den Lebensunterhalt, reicht es erst recht nicht für die notwendigen Investitionen (die ja aus dem sog. Reineinkommen finanziert werden müssen). Also müssen diese Bauernwirtschaften den Agrarkapitalisten weichen. Am letzten Schaubild erkennt man, daß deren große Betriebe mit mehr als 50 ha zwar nur weniger als 10 % aller Betriebe ausmachen, aber ein Drittel aller Verkaufserlöse erzielen. Gerade im letzten Jahr konnten diese Betriebe ihren Anteil an den Marktumsätzen auf Kosten der übrigen außerordentlich ausdehnen (+48 %).

Genau diese Entwicklung, deren Kehrseite der Ruin der kleinen Bauern ist, fördert die Bundesregierung. Ausdrücklich heißt es im Agrarbericht: „Die einzelbetriebliche Investitionsförderung bleibt wie bisher schwerpunktmäßig auf entwicklungsfähige Betriebe ausgerichtet". Grund also für die Prognose der Bundesregierung, daß „im laufenden Wirtschaftsjahr 1978/79 ein deutlich geringerer Einkommensanstieg zu erwarten ist."





Schweizer Landwirtschaftsgesetz für die Agrarkapitalisten

„Steuerung der Betriebsstruktur" heißt Konzentration des Grundeigentums

z.anb. Den schweizerischen Nationalrat hat über 1 ½ Jahre lang eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes beschäftigt, deren Ziel die „Steuerung der Fleisch- und Eierproduktion" sein soll. Eine Kommission des Nationalrats hatte die nicht einfache Aufgabe, dieses Programm zur weiteren Konzentration von Grund und Boden und zur Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion den vom Ruin bedrohten kleinen und mittleren Bauern, vor allem in den Bergregionen der Schweiz, als „Förderprogramm" anzudienen.

Eingedenk des EG-Standards in der Ruinierung der selbständigen Produzenten hatte die schweizerische Finanzbourgeoisie Mitte 1977 Importkontingentierungen verfügt, vor allem bei Futtermitteln, um den Marktanteil der inländischen Monopole und damit ihren Zugriff auf die Einnahmen der Bauern und die Löhne der Arbeiter sicherzustellen. Diese Kontingentierung nahmen sie nun als Vorwand, um in den wichtigsten Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion der Schweiz die Erzeugerpreise weiter zu drücken und die „Betriebsstruktur zu steuern".

Das geänderte Landwirtschaftsgesetz gebärdet sich als Maßnahme „gegen die Massentierhaltung", „Überbestände bei der Vieh- und Geflügelhaltung" sollen abgebaut werden „zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe". Wobei man nicht vergessen hat, sich auf die „Tierliebe" der Massen zu beziehen, die schon immer gegen solch häßliche Einrichtungen wie Geflügel-



„Bauern im Zorn verteidigen das Land"

farmen mit Tausenden von eingepferchten Legehennen angetreten seien. Es soll eine „Höchstgrenze" für den Tierbestand festgelegt werden und der Bau von Stallungen sowie anderer Erweiterungs- oder Umbaumaßnahmen in bestehenden Betrieben der Genehmigungspflicht unterliegen.

nehmigungspflicht unterliegen.

Bei genauer Untersuchung entpuppt sich die „Förderung der kleinen und mittleren Betriebe" als hinterhältiger Schachzug, um den Widerstand der vom Ruin bedrohten kleinen Bauern niederzuhalten und sie mit chauvinistischem Geschrei für den Profit der schweizerischen Großagrarier zu mobilisieren. Der „Abbau von Überbeständen" soll z.B. ab 12000 Hühner erfolgen. In der Debatte der Nationalratskommission hatte ein Abgeordneter Schwierigkeiten, dem gedanklich zu folgen. Er verwies darauf, daß sowieso die Futtermittelhersteller bereits die „Struktur" der landwirtschaftlichen Betriebe steuerten, nämlich durch die nackte Tatsache der Preise für ihre Produkte; Geflügelmastfutter ist allein seit 1976 um 100% teurer geworden. Tausende Legehennen hat folglich nur der Großbauer und Landwirtschaftskapitalist. Er erhält, sobald er seine „Bereitschaft" erklärt, seine „Überbestände" zu reduzieren, umfangreiche staatliche Subventionen, um seinen Betrieb durchzurationalisieren. *Durchführen* braucht er die Reduktion des Tierbestandes de facto überhaupt nicht, er hat eine „Übergangsfrist" von 15 Jahren!

Um sogleich an die Wurzel des Übels zu gehen – und letzteres sei der „Eierberg" in der Schweiz, ausgelöst durch billige Importeier aus der EG, die „keinerlei Restriktionen unterliegen" – wird die Zucht und Brut von Legehennen vollends monopolisiert. Da es ohnehin nur sehr wenige „Vermehrerorganisationen" gebe, sei anzuraten, diese wenigen durch einen „Stützungsbetrag" pro ausgebrütetem Küken zu bewegen, sich einer umfassenden staatlichen Produktionsplanung unterzuordnen. „Kükenproduktion außerhalb dieser Organisation soll damit nicht mehr konkurrenzfähig sein."

Mit anderen Worten: Für die kleinen Bauern soll es unmöglich werden, überhaupt noch Geflügel zu halten. Es ist ein ähnlicher Vorgang, wenn den kleinen Bauern untersagt wird, Saatgut zu züchten. Immer ist der Zweck, sie von den Mitteln für die landwirtschaftliche Produktion zu trennen, sie den Wucherpreisen der Agrarkonzerne auszuliefern, so daß die Kosten für die landwirtschaftliche Produktion sich stets diametral entgegengesetzt zu den ständig sinkenden Erzeugerpreisen entwickeln.

wickeln.

Gerade die kleinen Bauern, die durch die Milchkontingentierung auf 29 Mio. kg von der Ruinierung bedroht wurden, haben versucht, auf Geflügelhaltung und Schweinemast umzustellen. Auch das kam in der Kommission zur Sprache. Man konstatierte es mit leidvoller Miene – und stimmte einmütig für das Änderungsgesetz.

Die Agrarproduktion der Schweiz stagniert auf dem Niveau von 1971. Der Umfang der Nahrungsmittelimporte hat sich seither verdoppelt. Kein Beinbruch für die schweizerische Finanzbourgeoisie, denn die legendäre „Stabilität" des Schweizer Franken hat ihnen Importe zu Schleuderpreisen beschert: 1978 war das Volumen der Importe um 11% höher als im Vorjahr, bezahlt wurden dafür insgesamt 12,4% weniger.

Von 2,6 Mio. Lohnabhängigen sind noch 8,2% in der Landwirtschaft tätig, im EG-Vergleich allemal noch zu viel. Der Nestlé-Konzern, eines der weltgrößten Nahrungsmittelmonopole, beutet in 94 Betrieben rund um den Erdball Arbeiter aus und macht einen jährlichen Umsatz von über 1 Mrd. $. Die Milch der Schweizer Bauern wird in diesen Produktionsstätten ohnehin nicht verarbeitet, weitaus einträglicher ist die Produktion von Milchpulver aus 50% Chemiestoffen, das vorwiegend in der Dritten Welt verkauft wird.

Die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, die die letzten Hindernisse bei der *Durchsetzung* des Ruins der kleinen Milchbauern beseitigen soll, trifft zusammen mit einer für die Bourgeois unerfreulichen Entwicklung: über den schweizerischen Bauernverband haben die kleinen Bauern ihre Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie eine Aufstockung der Basismilchmenge um ½ Mio. t ab 1. Mai 1979 sowie eine sofortige Erhöhung des Milchgrundpreises um 5% verlangen.

Strauß auf dem Bayerischen Bauerntag

z.zik. Erstmals seit 1969 hat der Bayerische Bauernverband wieder einen Bauerntag durchgeführt. „Ging es im Jahre 1969 um den Kampf gegen den Mansholt-Plan, so geht es jetzt... um den Grundkurs der künftigen europäischen Agrarpolitik und damit letztlich um die Zukunft unserer Landwirtschaft überhaupt"(Sühler, Präsident des Bayerischen Bauernverbands (BBV) auf dem Bauerntag).

Ging es 1969 auf dem Bauerntag und 1970 mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft" darum, in Reaktion auf die Kämpfe der Bauern in Bayern und im Hinblick auf die Entfaltung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung Instrumente zur Spaltung und Isolierung dieser Kämpfe zu finden, so treten die bürgerlichen Politiker in der erneuten Phase des Aufschwungs der Massenbewegung gegen die Bauern auf. „Ein bayerischer Bauerntag, das ist immer mehr gewesen als nur eine berufsständische Versammlung ... Bis hinein in die Städte und die industriellen Ballungsräume, bis in die Millionenstadt München spüren wir und sind stolz darauf, daß unser Bayern ein Bauernland war und allem wirtschaftlichem und sozialen Wandel zum Trotz noch immer ist", so beginnt Strauß seine Rede auf dem

so beginnt Strauß seine Rede auf dem

Bauerntag. Das einzig Richtige daran ist, daß der Anteil der Bauern an der Bevölkerung in Bayern aufgrund des heftigen Widerstandes der kleinen Bauern gegen ihre Ruinierung relativ höher ist als in den anderen Bundesländern. Längst ist die industrielle Produktionsweise die entscheidende Produktionsweise, und die Bauern unterliegen in der Konkurrenz mit der industriellen Produktion. Strauß wedelt mit der Erhaltung „eines breit gestreuten Bodeneigentums", während er seinen Minister Eisenmann das Legen forcieren läßt. „Ohne Bauern keine Zukunft – darum Fairneß für die Landwirtschaft" war das Motto des Bauerntags. Fairneß gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber ihrer angeblichen Bevorzugung durch die Bundesregierung, die „für 1979 von einem Anstieg der Arbeitnehmerverdienste von 6 1/2 % (ausgeht) ... während man der Landwirtschaft bestenfalls ein Einfrieren der Erzeugerpreise zumutet", oder wie es Sühler ausdrückt: „Die Bauern kämpfen schließlich nicht für die 35-Stundenwoche ...". – Intensives Betreiben der Isolierung der Bauern von der Arbeiterbewegung haben die bürgerlichen Politiker nötig: Im Allgäu, in Franken und in Oberbayern führen die kleinen und mittleren Bauern zähe und von der Arbeiterbewegung geförderte Kämpfe gegen die Politik der Staatsregierung.

gierung.

Österreich: Weinbauern fordern Mindestpreise und Steuersenkung

z.pek. Wien. Am 4. März haben 2000 niederösterreichische Weinbauern eine Protestveranstaltung gegen die ständige Senkung ihrer Erzeugerpreise und die Weinbaugesetze der österreichischen Bundesregierung durchgeführt. Der Abnahmepreis für einen Liter Wein wurde von den Handelskapitalisten seit 1975 von 10,18 S auf zuletzt 6,53 S gedrückt. Mit der gesetzlichen Beschränkung der Anbaufläche beschleunigt der Staatsapparat das Bauernlegen. Dagegen haben die Weinbauern in einer Resolution an die Bundesregierung die Festsetzung von Mindestpreisen sowie die Senkung der Mehrwertsteuer auf landwirtschaftliche Produkte von 18 auf 8% gefordert. Die christlich-reaktionäre Österreichische Volkspartei (ÖVP) versucht, die Kraft der Bewegung für einen schlichten Betrug zu mißbrauchen. Unter dem Slogan der „Exportförderung auf dem EG-Markt" gibt ihr Vorsitzender Taus vor, die Forderungen der Weinbauern zu unterstützen und im Falle des Wahlsieges der ÖVP bei den bevorstehenden Parlamentswahlen für die Abschaffung der Alkoholsondersteuer einzutreten. Nichts anderes als die Profite der Handelskapitalisten sind mit dieser Sorte „Exportförderung" gemeint. Sie umfaßt sowohl staatliche Subventionen des Weinexports wie auch das weitere Abdrücken der Erzeugerpreise.

Rumänien: Hebung der Qualität in der Selbstversorgung

z.anb. Im Süden und Südwesten Rumäniens, wo das Klima am mildesten ist, wird z.Z. die Getreide- und Gemüseaussaat organisiert. Im Gebiet der Moldau-Au werden 5000 ha überschwemmten Bodens zusätzlich durch Drainage nutzbar gemacht. Sie sind ein Teil von insgesamt 30000 ha, die vorrangig für die Produktion von Frischgemüse geplant sind, um, nachdem die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gesichert ist, die Qualität dieser Versorgung zu heben. Durch umfangreiche Maßnahmen der Bewässerung, Melioration, Düngung, durch Errichtung von Folienzelten, unter denen die Erträge der Gemüsepflanzungen beträchtlich gesteigert werden, soll ein durchschnittlicher Gemüseverbrauch von 145 kg pro Jahr und Kopf der Bevölkerung gesichert werden. Anfang März berieten in Bukarest hunderte Delegierte der agro-industriellen Räte, der Vertretungsorgane der genossenschaftlichen Kollektivwirtschaften, die Umsetzung des 5-Jahres-Plans 1976 – 1980. Dieser mißt der Landwirtschaft

1980. Dieser mißt der Landwirtschaft

entscheidende Bedeutung für die Hebung des Lebensniveaus der rumänischen Arbeiter und Bauern bei. Im diesbezüglichen Beschluß des XI. Parteitages der rumänischen Kommunistischen Partei wird „die Notwendigkeit der harmonischen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft" betont, „die sich sowohl auf die moderne Industrie als auch auf eine starke, fortgeschrittene Landwirtschaft gründet – als wesentlichen Faktor für den Fortschritt des gesamten Landes".

Imperialistenkummer: weniger „Düngerdefizitregionen"

Länder der Dritten Welt auf dem Weg zur Selbstversorgung mit Dünger

z.pek. Bitter mußten die imperialistischen Düngemittelkonzerne über das abgelaufene Geschäftsjahr 1977/78 melden, daß sich ihre Profitproduktion nach wie vor in einer Phase anhaltender Stockung befindet. Die Ruhrstickstoff AG beklagte eine Exporteinbuße bei Stickstoffdünger um ganze 25%. Bei den US-Imperialisten betrug der Produktionssteigerung 1976/77 gerade noch 2%. Die Sozialimperialisten, die für den laufenden 5-Jahr-Plan großspurig die Steigerung der Düngemittelproduktion um über 50% festgesetzt hatten, müssen ebenso völlige Stagnation, bei Stickstoffdünger für das Jahr 76/77 sogar einen Rückgang der Produktion um 1% zur Kenntnis nehmen.

Anders stellt sich die Lage für die Länder der Dritten Welt. Sie haben ihre Düngemittelproduktion im Wirtschaftsjahr 76/77 um 16,3% steigern können. Indien, das bislang von den Imperialisten als profitträchtige „Stickstoffdefizitregion" behandelt wurde, konnte seine Produktion von Stickstoffdüngemitteln im Jahre 1976/77 um 23% steigern. 1966/67 mußten die Länder der Dritten Welt noch 71% ihres Düngemittelverbrauchs importieren. Heute beträgt ihr Importanteil nur noch 50% (Tab. 1). Nach den Untersuchungen der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) können die Länder der Dritten Welt bis 1982 bei Phosphordünger ihre Selbstversorgung sichern, um ihre landwirtschaftliche Produktion zu entfalten und die Grundlage für die unabhängige Nahrungsmittelversorgung zu stärken.

Die überwiegende Abhängigkeit von ihren Düngemittellieferungen hatten die Imperialisten zu schamloser Erpressung und Plünderung genutzt. Als die Länder der Dritten Welt Anfang der 70er Jahre zur Sicherung ihrer Ernährungsgrundlage auf die verstärkte Anwendung von Düngemitteln angewiesen waren, nutzten das die Imperialisten, um die Düngemittelpreise um ein vielfaches in die Höhe zu treiben, bei Harnstoffdünger beispielsweise von 50 auf nahezu 400 $ pro Tonne (Tab.2).

Die Völker sollten vor die Wahl gestellt werden, entweder zu verhungern oder sich der Schuldenabhängigkeit von den Imperialisten zu unterwerfen. Für die OPEC-Länder war das ein Grund mehr, den Imperialisten die Verfügung über ihre Erdöl- und Erdgasvorräte zu entreißen, um diese auch für den Aufbau ihrer eigenen Düngemittelproduktion zu nutzen. Das Erdgas, das von den Ölmonopolen abgefackelt wurde, wird jetzt als Rohstoff zur Herstellung von Stickstoffdüngern genutzt. In Kuwait wurde eine Stickstoffabrik mit einer Jahresleistung von

Verbrauch, Produktion und Importe von Düngemitteln in den Ländern der Dritten Welt (in Mio. t)

	1971 /72	1974 /75	1975 /76	1976 /77
Verbrauch	8,86	12,16	13,23	15,39
Produktion	5,20	7,15	7,84	8,95
Importe	– *)	8,60	7,13	7,69

Quelle: FAO Commission on Fertilizer
* keine Angaben

Düngemittelpreise auf dem Weltmarkt (in $ pro t)

	1970	1974	Januar 1978	Oktob. 1978
Harnstoff	50	390	140	155
Phosphat	45	380	98	106
Pottasche	35	80	55	65

(Quelle: FAO Commission on Fertilizer)

500000 t für den Export in die anderen arabischen Länder errichtet. Mit der Industriezone „ARZEW" wurde in Algerien 1978 eine Anlage mit einer Jahresproduktion von über 600000 t Ammonium- und Harnstoffdünger in Betrieb genommen. Gleichzeitig unterstützen die OPEC-Länder den Aufbau von Düngemittelanlagen in den anderen Ländern der Dritten Welt. Der OPEC-Sonderfonds hat 1977 11 Mio. $ als zinslosen Kredit für die Errichtung einer Düngemittelfabrik in Pakistan bereitgestellt. Aus dem Kreditfonds der einzelnen OPEC-Länder wurden seit 1974 zehn Düngemittelprojekte in Ägypten, Jordanien, Sri Lanka und Indonesien mit Krediten zu niedrigen Zinssätzen von 4% und Laufzeiten von 20 Jahren unterstützt.

Im vergangenen Jahr haben die US-Imperialisten Anlagen für 3 Mio. t Ammoniumdünger außer Betrieb gesetzt, um das Angebot auf dem Weltmarkt zu verknappen und so die Preise neuerlich in die Höhe zu treiben. Gegen solche Spekulationsmanöver haben die Länder der Dritten Welt in der Düngemittelkommission der FAO eine verbindliche Preisstabilisierung durch ein internationales Abkommen gefordert.

Im Februar haben sich einige imperialistische Düngemittelkonzerne gegenüber der FAO „freiwillig" zu „Maßnahmen zur Beschränkung der Düngemittelpreise" bereiterklärt. Danach soll eine Quote von 500000 t pro Jahr an einige Länder der Dritten Welt „nicht höher als zu Binnenhandelspreisen" angeboten werden. Mit dieser chauvinistischen Propaganda, die die Ausplünderung der Bauern in den imperialistischen Metropolen zum Maßstab der Räuberei an der Dritten Welt machen soll, wollen sie die Forderung nach verbindlicher Preisbegrenzung vom Tisch bringen.


Syrien: Bauern werden über Düngung von Baumwollpflanzen unterrichtet.

Landwirtschaftsminister Deneke: „Durststrecke für Landwirte"

r.roh. „Eine Durststrecke für Landwirte" kündigte der Landwirtschaftsminister von NRW Deneke auf dem Verbandstag der Landwirte des Kreises Paderborn an. Nach seinen Angaben sind die Erzeugerpreise für Schweine um 20% bereits im letzten Jahr gefallen. Im Jahr davor waren es circa 16%. Da ist es ein blanker Hohn, gleichzeitig festzustellen, die Landwirte könnten eine „Einkommenszuwachsrate von allenfalls drei Prozent" erwarten. Tatsächlich werden viele der kleineren Züchter den sicheren und schnelleren Ruin erwarten können. Haben die Schweinezüchter im Bereich der Landwirtschaftskammer Ostwestfalen 1974, selbst wenn sie die Ferkel und das gesamte Futter gekauft haben, für ein 80 kg-Schwein Produktionskosten von 281,87 DM im Schnitt gehabt, so konnten sie dafür einen Marktpreis von 309,55 erzielen. 1978 betrugen unter gleichen Bedingungen die Produktionskosten 286,28 DM. Gezahlt wurden den Bauern jedoch nur 266,40 DM. Anders sieht die Sache bei den Agrarkapitalisten aus. Sie produzieren sowohl Futter wie auch Ferkel selber und kommen so auf einen Produktionspreis von unter 261 DM. Für sie ist diese Entwicklung nur ein Stachel, mehr Schweine zu produzieren und damit den Ruin der kleinen Züchter zu beschleunigen. „Einkommenszuwachsrate der Landwirtschaft".

Hamburger AStA erklärt Verzicht auf das Politische Mandat

r.peb. Der AStA der Universität Hamburg hat zusammen mit dem Wissenschaftssenator Sinn eine Erklärung herausgegeben, in der er sich verpflichtet, ,,. . . durch sein Verhalten keinen Zweifel daran (zu) lassen, daß er die gesetzlichen Bestimmungen strikt beachten und einhalten wird.'' Bezogen ist die Erklärung auf das Politische Mandat und stellt eine formelle Verzichtserklärung dar. Einheitlich hat sich die Bourgeoisie in ihren Blättern einen über den gelungenen Coup von Sinn gefeixt, der seinerseits erklärte, daß der AStA zwar auch weiterhin die Forderung nach einem Politischen Mandat stellen dürfe, ,,. . . er dürfe nur das allgemeinpolitische Mandat nicht in Anspruch nehmen.''

Die Sache war geschickt eingefädelt, Sinn hatte im November gegen zwei ehemalige AStA-Vorsitzende Regressansprüche gestellt, wegen zwei AStA-Flugblättern ,,mit allgemeinpolitischem Inhalt''. Im Dezember ist mit den Stimmen von Juso/MSB/SHB-Vertretern im Konzil eine Resolution verabschiedet worden, in der der AStA auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet wurde. Jetzt hat Sinn ,,angeboten'' alle Prozesse fallen zu lassen, wenn der AStA den Verzicht auf das Politische Mandat erklärt.

Der Bourgeoisie kommt es jetzt wesentlich auf diese formelle Verzichtserklärung an, nicht auf die Behinderung der Arbeit des Juso/MSB/SHB-AStAs, denn der hat die Regierungspolitik glänzend unterstützt. So haben sie für Kloses Radikalenerlaßmanöver in der Universität Unterschriften gesammelt, anstatt es als Spaltungsmanöver zu bekämpfen.

Die Studenten der Universität haben schon immer für die Erhaltung des Politischen Mandats gekämpft. Als im WS 75/76 der AStA vor Gericht erklärte, er würde sich jetzt an ,,Gesetz, Recht und Rechtsprechung'' halten, ist er auf der Uni-VV dafür mit 1300 gegen 50 Stimmen verurteilt worden.

Französische Lehrerstudenten: 51 Wochenstunden Studium plus Arbeit zum Lebensunterhalt

z.sie.Paris. Die Universität Paris III (Université de la Sorbonne nouvelle) ist eine von mehreren ,,Reformhochschulen'', die Anfang der 70er Jahre gegründet wurden. Hier studieren 15000 Studenten zumeist sozialwissenschaftliche Fächer: Belegt wird ein Fach, hinzu kommen Wahlfächer. Mittels scharfer Prüfungsunterdrückung und Erpressung der Studenten mit materieller Not hat die französische Bourgeoisie die Auslese verfeinert. Nach jedem Studienjahr stehen ihr unterschiedlich qualifizierte Studenten bereit. Wir waren in einem Kurs für Englischstudenten und haben mit einer Gruppe von Studenten gesprochen:

Ihr macht das Lehrerstudium, könnt Ihr uns den Aufbau erklären?

Wir studieren drei Jahre, um den universitären Abschluß, die ,,licence'', zu machen. Nur etwa 30% schaffen dies. Willst du beamteter Lehrer werden, dann muß du ein weiteres Jahr studieren, um dich zur Lehrerprüfung (concours) zu melden. Von den wenigen, die bis dahin kommen, bestehen nur soviele, wie Planstellen vorhanden sind.

Ihr seit jetzt im zweiten Studienjahr, wie sind die Arbeitsanforderungen?

Sie sind sehr hoch. In jedem Studienjahr müssen wir acht Seminare machen: fünf in Englisch, z.B. Grammatik, Übersetzung. Drei Kurse sind ,,frei'', ich mache Deutsch, Französisch und Theater. Wir kommen dann auf 17 Wochenstunden plus dem Doppelten an Vorbereitung. In jedem Kurs muß eine Prüfung geschrieben werden. Mit fünf bestandenen kommst du ins

dienjahr müssen wir acht Seminare machen: fünf in Englisch, z.B. Grammatik, Übersetzung. Drei Kurse sind ,,frei'', ich mache Deutsch, Französisch und Theater. Wir kommen dann auf 17 Wochenstunden plus dem Doppelten an Vorbereitung. In jedem Kurs muß eine Prüfung geschrieben werden. Mit fünf bestandenen kommst du ins

nächste Studienjahr. Bei einer Jahresprüfung, die von 300 – 400 Studenten in einem Hörsaal geschrieben wird, ist die Auslese besonders groß, nur 20 % bestehen sie. Stattdessen kannst du die fortlaufenden Prüfungen wählen, die jeden Monat in jedem Seminar durchgeführt werden. Dafür erhalten wir Punkte. Wir sind besonders von den Professoren abhängig: ¼ der Punkte werden für Mitarbeit und Teilnahme vergeben. In diesem Jahr ist die Literaturprüfung die entscheidende Hürde. Die Studenten sollen dadurch von vorneherein entmutigt werden.

Die Studentengewerkschaft UNEF hat veröffentlicht, daß 1979 12 % der Studenten (1971 ca. 22 %) eine ,,bourse'', eine staatliche Studienbeihilfe bekommen. Wir verhält es sich bei Euch?

Von uns sechs erhält nur eine die ,,bourse'', das sind 4200 Franc (1883 DM) im Jahr, weil ihr Vater nur 2100 F (940 DM) im Monat verdient. Ein großes Problem besteht darin, daß fast alle Studenten, wenn sie keine wohlhabenden Eltern haben, das ganze Jahr über arbeiten müssen. Viele brechen deshalb nach dem ersten Jahr ab, weil sie keine Zeit fürs Studium haben. Ich arbeite z.B. von Montag bis Freitag nachmittags als Nachhilfelehrer, am Samstag als Vertretung in einem Lebensmittelgeschäft. Ich habe etwa 1200 F (538 DM) im Monat, in den Ferien mehr. Drei von uns wohnen bei den Eltern, meistens bezahlen diese auch die Kleidung. Seit langem fordern wir mehr Studienhilfe von der Regierung. Ich meine, diese Frage ist ziemlich entscheidend für uns.

Samstag als Vertretung in einem Lebensmittelgeschäft. Ich habe etwa 1200 F (538 DM) im Monat, in den Ferien mehr. Drei von uns wohnen bei den Eltern, meistens bezahlen diese auch die Kleidung. Seit langem fordern wir mehr Studienhilfe von der Regierung. Ich meine, diese Frage ist ziemlich entscheidend für uns.

,,Das Ostland ist deutsch'' Albrecht der Bär im Heimatkundeunterricht

r.kla. Am 10. März wurde, begleitet von den acht Salutschüssen der US-Besatzermacht, das Denkmal von ,,Albrecht dem Bären'' in der Spandauer Zitadelle aufgestellt. Aus diesem Anlaß wurde u.a. in der Földerich-Grundschule in Spandau im Rahmen des Heimatkundeunterrichts dieses Thema behandelt. Vorgesetzt bekommen dafür die Schüler ein ,,Informationsblatt'' aus der vom Bezirksamt Spandau für diese Altersstufe herausgegebenen Arbeitsmappe ,,Die Geschichte unseres Heimatbezirkes''. Dort erfahren die Schüler: ,,Unter Albrecht dem Bären wurde die Landschaft, in der wir heute leben, vor 800 Jahren erstmals besiedelt. . . zur Sicherung des Handelsortes Spandau, das 1197 erstmals erwähnt wurde, wurde hier eine Burg errichtet, die von allen Seiten durch das Wasser geschützt war. 400 Jahre später wurde diese Burg dann zu der uns heute bekannten Größe, der Zitadelle, ausgebaut.'' Und in einem in der vierten Klasse verwandten Geschichtsbuch ,,Lebendige Geschichte, Teil 1'' erfahren die Schüler dann als ,,Zusatzinformation'' unter der Überschrift ,,Das Ostland ist deutsch'': ,,1134 erhält Albrecht der Bär die Altmark als Lehen. Die damit begonnene Wiederbesiedlung der Ostgebiete ist die große Gemeinschaftstat des deutschen Volkes im Mittelalter.''

In der Hoffnung, die jungen Schüler wissen das sowieso nicht besser, sollen hier neue ,,Großtaten des deutschen Volkes'' mittels dreister Geschichtsfälschung vorbereitet werden, denn Tatsache ist: An der Stelle, wo der Ostkolonisator Albrecht der Bär die Burg errichten ließ, befand sich im 11. und 12. Jahrhundert eine slawische Siedlung. Die Slawen wurden nach blutigen Auseinandersetzungen zu leibeigenen Bauern gemacht. Vornehm wird dies in einem Buch ,,Zitadelle Spandau'', vom Landeskonservator herausgegeben, umschrieben: ,,Es ist anzunehmen, daß die Slawen fortan Dienste für die askanischen Markgrafen erledigten.'' Wahrheitsgetreuer als die heutige bürgerliche Geschichtsschreibung war da schon der Pfarrer Helmold von Bossau



,,Die Besiedelung durch die Deutschen'' (aus: Lebendige Geschichte, Teil I)

in seiner ,,Slawenchronik'': ,,Zu jener Zeit hielt Markgraf Albrecht, zubenannt ,der Bär', das Slawenland in Händen. Das ganze Land zwischen Havel und Elbe unterjochte er und zügelte die Aufsässigen unter ihnen.''

Prozeß gegen Medizinfachschaftsvertreterin

Gericht muß Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ anerkennen

z.dow. ,,Die der Angeschuldigten vorgeworfenen Taten dürften in Befolgung eines Anfang des Sommersemesters 1977 von einem Teil der Medizinstudenten gefaßten Streikbeschlusses begangen worden sein. Mit dem Streik sollte gegen Mißstände in dem von den Medizinstudenten abzuleistenden Praktischen Jahr protestiert werden.'', heißt es in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen die Fachschaftsvertreterin Doris Werfl, die insgesamt 9 Anklagepunkte umfaßt. ,,Hausfriedensbruch'' und ,,Nötigung'' seien es, ,,in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit zahlreichen nicht ermittelten Personen'' Räume aufgesucht zu haben, ,,um dort einen zuvor beschlossenen aktiven Streik durchzusetzen'' und Lehrveranstaltungen ,,zu verhindern''.

Bereits in zwei Prozessen gegen Fachschaftsvertreter und Semestergruppenmitglieder hat der bürgerliche Staat versucht, den Medizinstudenten und ihren Vertretungsorganen das Recht zum Streikaufruf, das Recht zum Streik und zu Streikposten abzusprechen durch Verurteilung von Teilnehmern des Streiks. Das ist fehlgeschlagen. In keinem der Prozesse ist das Gericht umhingekommen anzuerkennen, daß es die Bedingungen im Praktischen Jahr sind, die unbezahlte und rechtlose Arbeit an den Kliniken, zu denen die Studenten gezwungen werden, die schließlich zum bundesweiten Streik der Medizinstudenten geführt haben. Die Verurteilungen in den bisherigen Prozessen sind gescheitert an dem Druck, den die Zeugenaussagen von zahlreichen Studenten auf das Gericht ausgeübt haben, die allesamt bekundeten, daß der Streik notwendig war und sie sich daran beteiligt haben, wie das die große Mehrheit der Medizinstudenten gemacht hat.

Das veranlaßte den Richter Eisele dazu, die ehemalige Fachschaftsvertreterin Frauke Postneek, angeklagt wegen 3-facher Nötigung und Hausfriedensbruch, freizusprechen. Gegen 3 Semestergruppenmitglieder, die vor der Histologie Streikketten gebildet hatten und von der Polizei festgenommen wurden, mußte der Prozeß nach einem Verhandlungstag eingestellt werden. Es konnte von der Staatsanwaltschaft kein Genötigter präsentiert werden, die Verteidigung hatte die Unterschrift von sämtlichen Praktikumsteilnehmern, daß sie nicht vorhatten, in das Praktikum zu gehen, weil sie sich am Streik beteiligt haben.

Den dritten Anlauf, zu Verurteilungen aufgrund des bundesweiten Streiks der Medizinstudenten zu kommen, hat die Staatsanwaltschaft jetzt mit dem Prozeß gegen D. Werfl unternommen, aber auch hier gerät sie zusehends in Schwierigkeiten. Jetzt mußte der Richter als wahr unterstellen, daß aufgrund der Verhältnisse im Praktischen Jahr die Medizinstudenten zum bundesweiten Streik gezwungen worden sind und daß dieser Streik ordnungsgemäß nach erfolgter Urabstimmung bundesweit geführt wurde. Die Tatsache, daß die PJ-Studenten in Heidelberg in der Chirurgie oft bis zu 60 Stunden in der Woche unbezahlt arbeiten müssen, daß nur 3 von 18 PJ-Studenten den Höchstsatz an BAFöG bekommen und die meisten gezwungen sind, ihre Arbeitskraft doppelt vernutzen zu lassen, um leben zu können, mußte das Gericht zugestehen und von daher die Forderung der Medizinstudenten als berechtigt gelten lassen. Das ist ein erster Erfolg in diesem Prozeß. Auch der Versuch des Gerichts, die Ziele für berechtigt, aber die Mittel, sie zu erreichen, als verwerflich hinzustellen, kann in diesem Prozeß nicht mehr so richtig greifen.

Bei der Vernehmung der Professorin Blohmke wurde deutlich, welcher Mittel sich die Professoren bedienen, um ihre reaktionäre Wissenschaft vor den Angriffen der Studenten zu retten. Als dieser Zeugin in Gänze Zitate aus ihrem Buch ,,Arbeits- und Sozialmedizin'' vorgehalten wurden, in dem sie schreibt ,,Raucher und übergewichtige Bürger sind Schädlinge an der Gesellschaft'' und daraus ableitet, daß sie auch mehr zur Kasse gebeten werden müssen; in dem sie schreibt, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit seien nicht gesundheitsschädlich, um so unter dem Anschein der Wissenschaftlichkeit gegen die Forderung der Arbeiterklasse nach Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit vorzugehen, in dem sie schreibt, die Arbeiter hätten keinen Grund und auch kein Lebensbedürfnis, in Urlaub zu fahren und ähnliches mehr, um die Streichung von Kuren und eine Verkürzung des Jahresurlaubs vorzubereiten, da mußte der Staatsanwalt der Frage entgegentreten, ob Blohmke dies geschrieben und auch vertreten habe, mit der Begründung: ,,Diese Frage ist nur dazu geeignet, die Zeugin zu diffamieren und diskreditieren''.

In der Tat wurde den Schöffen, die selbst Arbeiter sind oder waren, klar, auf welcher Seite diese Professorin steht, so daß sie sich im Anschluß an den Prozeß bei der Verteidigung erkundigten, ob man das Buch dieser Professorin kaufen könne, weil sie etwas unternehmen wollten gegen die Schweinereien, die daraus zitiert worden sind. ,,Wenn diese Professorin die Polizei rufen läßt, um einen Betriebsrat vom Betreten ihrer Vorlesung abzuhalten, der dort Stellung nehmen wollte zu ihren Angriffen auf die Arbeiterklasse, so sagt das genug über die Mittel der Professorenreaktion aus. Wenn die Studenten diese reaktionäre Wissenschaft mit den Mitteln, die sie haben, mit Flugblättern und Beiträgen in den Lehrveranstaltungen angreifen und sich für ihre Interessen und die des Volkes einsetzen, so ist das vollständig gerechtfertig.''Diese Erklärung von D. Werfl fand Unterstützung im Gerichtssaal und auch bei den Schöffen.

Jetzt will das Gericht den Prozeß schnell beenden, weil schon zu viel über die Verhältnisse an der Universität enthüllt wurde. Der Richter redet davon, der Prozeß würde platzen und ist soweit, einen Teil der Anklagepunkte einzustellen oder freizusprechen, um dann noch mit wenigen verbleibenden Punkten ein hohes Urteil fällen zu können. Er hat den Auftrag, mit diesem Prozeß auch die 3. Novelle der Approbationsordnung vorzubereiten, die die Verlängerung der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft der Medizinstudenten und weitere Prüfungsverschärfungen vorsieht. Im Kampf gegen diese Novelle und für einen Ausbildungs-und Tarifvertrag bekämpfen die Medizinstudenten in Heidelberg diesen Prozeß und fordern seine sofortige Einstellung. Die Studenten des Praktischen Jahrs haben ein Flugblatt mit dieser Forderung bei den zentralen Prüfungen verteilt. Es ist gut, wenn dies von den Medizinerfachschaften in der ganzen BRD unterstützt wird im Angriff auf die Pläne der Regierung mit der 3. AO-Novelle sowie die Verhältnisse im Praktischen Jahr.

Die zentralen Prüfungen in der Medizin und ein Vorschlag, wie man sie bekämpfen kann

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung

blems der fehlenden klinischen Studienplätze führen soll – schon jetzt hat die Zahl der Anmeldungen zum

Die zentralen Prüfungen in der Medizin und ein Vorschlag, wie man sie bekämpfen kann

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Bezirk Düsseldorf/ Rhein. V.i.S.d.P.: Th. Mehlen, Reichsstr. 21, 4000 Düsseldorf, Verbreitung: Universität Düsseldorf / Fachhochschule Düsseldorf
12. März 1979 Jg. 2, Nr. 9 Auflage 1000

Wie nach jedem Semester stehen jetzt für die Medizinstudenten die zentralen Prüfungen an. Das zweite Staatsexamen findet statt vom 12.3 bis zum 15.3., das Physikum am 19. und 20.3., das erste Staatsexamen am 21. und 22.3. Der schriftliche Teil des dritten Staatsexamens findet am 18. und 19. April statt. Zum dritten Staatsexamen gehört auch eine anschließende mündliche Prüfung.

Physikum und die drei Teile des Staatsexamens sind mit der Approbationsordnung vom 28. Oktober 1970 aus der Zuständigkeit der Universitäten herausgenommen worden, werden von den Landesprüfungsämtern durchgeführt und vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) erstellt und ausgewertet. Die Prüfungen erfolgen bundeseinheitlich und schriftlich nach dem Antwortauswahlverfahren. Mit diesen Prüfungen hat sich der Staat ein Mittel geschaffen, das es ihm ermöglicht, eine beliebige Zahl von Studenten in jeder Phase des Studiums herausprüfen zu können. Mit welchen Methoden das geht, haben wir bereits früher dargestellt (KVZ Hochschulausgabe 5/79): Durch Manipulation bei der Auswahl der Prüfungsfragen sowie durch Veränderung der Bestehensregelung können die Durchfallquoten willkürlich und aufs Prozent genau vorher festgelegt werden. Nachdem das IMPP die Prüfung bis jetzt neun Mal durchgeführt hat und aus dem Experimentierstadium längst heraus ist, bekommen die Medizinstudenten in immer stärkerem Maße zu spüren, daß es diese Mittel auch einzusetzen gewillt ist. Während schon bisher die Durchfallquoten steigende Tendenz erkennen ließen, werden sie im Herbst dieses Jahres aufgrund der Verschärfung der Bestehensregelung von 50% auf 60% bei Fortschreibung der bisher erzielten Ergebnisse auf das Doppelte und Dreifache emporschnellen. Beim Physikum März 1976 wären z.B. statt 12% 32% durchgefallen, beim Physikum August 75 statt 15% 32% (Berechnungen des IMPP).

Es ist klar, daß die zentralen Prüfungen als ein Mittel zur Aussiebung und Disziplinierung abgeschafft werden müssen. Klar ist auch, daß dies nur durch einen Boykott möglich ist. Gewiß sind die Voraussetzungen für einen Boykott im Moment nicht gegeben und gewiß können die Düsseldorfer Medizinstudenten eine Abschaffung der zentralen Prüfungen nicht allein erreichen. Für ein erfolgreiches Vorgehen gegen die Prüfungsunterdrückungen muß man auch über die Forderung nach Abschaffung der zentralen Prüfung hinausgehen. Denn nicht nur die Düsseldorfer Medizinstudenten erfahren in den letzten Semestern und ganz besonders im vergangenen Semester ein energisches Andrehen der Prüfungsschraube durch die Professoren. Die Abschaffung der 18%-Gleitklausel und die Verdreifachung der Durchfallquoten sind nur die herausragenden Beispiele. Ganz sicher werden die Professoren versuchen, spätestens zum nächsten Wintersemester die 60%-Regelung auch am Fachbereich durchzudrücken, was zu einem nochmaligen erheblichen Anstieg der Durchfallziffern und zur ,,Endlösung'' des Problems der fehlenden klinischen Studienplätze führen soll – schon jetzt hat die Zahl der Anmeldungen zum Physikum aufgrund der Anatomie- und Physiologieklausur um schätzungsweise mehr als 100 abgenommen im Vergleich zum Herbst 78.

Weil sich die Professoren in ihrer übergroßen Mehrzahl als Gegner der Medizinstudenten erwiesen haben, halten wir es für entscheidend, die Forderung nach Aufhebung der zentralen Prüfungen mit der Forderung nach Einspruchsrecht der Studentenvertreter bei den Prüfungen am Fachbereich zu verbinden.

Es ist klar, daß die Durchsetzung dieser Forderungen einen bundeseinheitlichen Kampf erfordert. Die VDS-Fachtagung Medizin, das Vertretungsorgan aller Medizinfachschaften in der BRD, hat diese Forderungen im Wintersemester verabschiedet. Um auch in Düsseldorf in deren Verwirklichung einen Schritt voranzukommen, haben wir einen Brief an den Sozialminister von NRW verfaßt, in dem die Forderung nach Aufhebung der zentralen Prüfungen erhoben und erklärt wird. Für diesen Brief werden Unterschriften gesammelt. Für die Düsseldorfer Medizinstudenten steht des weiteren an, bei den Fachschaftswahlen im Sommersemester eine Fachschaft zu wählen, die auf Grundlage dieser Forderung arbeitet.

Düsseldorf, 21.2.79. Während die Durchfallquoten in der Anatomie und Physiologie bisher zumeist unter 10% lagen, betragen sie diesmal 25% bzw. 28,9%. In der Physiologie bedeutet das, daß von den 280 Teilnehmern 80 durchgefallen sind. Die Voraussetzungen für diese Verschärfung haben die Professoren durch die Abschaffung der 18%-Gleitklausel geschaffen.

Verkehrsplan der Bundesregierung für das „Zonenrandgebiet" – Der Name sagt alles

z.arh. Am 6.3.1979 vermeldeten die ZDF-Nachrichten, daß Westberlin einen großen und zentralen Güterbahnhof bekommt. Am 29.1.1979 erschien die Bundestagsdrucksache „erweiterter Verkehrswegeplan für das Zonenrandgebiet – Bericht". Man sieht, verkehrspolitisch tut sich was. Was das für die Arbeiterklasse und das Volk im „Zonenrandgebiet" bedeutet, läßt sich mit wenigen Zahlen nachweisen: Enorme Arbeitsintensität, Zunahme des Bruttoinlandprodukts pro Person 1970–76: 79,3% (Bund 63,2%), niedriges Lohnniveau: 30% unter Bundesdurchschnitt, höchste Arbeitslosenquote (ca. 10%), und die wird eifrig hochgetrieben – je nach Bedarf – durch Vernichtung von bäuerlicher Existenz, die so in Lohnabhängigkeit oder in die industrielle Reservearmee gezwungen wird. Gleichzeitig riesige Extraprofite für die Kapitalisten über das „Zonenrandförderungsgesetz". Wer da kassiert, läßt sich an Ortsnamen ablesen wie: Wolfsburg, Braunschweig, Schweinfurt usw. Das Ziel dieser imperialistischen Verkehrspolitik: Rollbahnen nach Osten, um verlorengegangene und neue Märkte zu erobern. Aussichtslos für die BRD-Imperialisten, diesen Zug selbständig führen zu wollen. Solange sie nicht ihren Traum von Vorherrschaft über Europa verwirklichen, solange segelt sich's für sie am günstigsten im Windschatten der US-Imperialisten. Hand in Hand gehen die westlichen Imperialisten beim Ausbau ihres Brückenkopfes Westberlin vor.

Unter dem Deckmantel „Menschenrechte" wird die strategische Position Westberlins verbessert. Ausbau der bestehenden Straßenverbindungen, Neubau einer Autobahnverbindung Hamburg-Westberlin und nun noch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnverbindung. Die zukünftigen Gebührenerhöhungen allein werden nicht ausgereicht haben, die DDR-Imperialisten zu überzeugen; Erfolge der BRD-Imperialisten bei der Eroberung des östlichen Kapital- und Warenmarktes sowie die Verschuldung der DDR sind ausschlaggebend.

Gleiches wird unter dem Deckmantel der „Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes" getrieben, im Zuge der Kriegsvorbereitung muß eine entsprechende verkehrs- und nachrichtentechnische Logistik aufgebaut werden. Im neuesten Kartenwerk zum „Bericht", läßt sich deutlich die Planungsrichtung ablesen – gen Osten! Es besteht eine voll ausgebaute Nord-Süd-Autobahn, östlich – in der norddeutschen Tiefebene, dem idealen Platz für ein Panzergefecht – der Elbe-Seitenkanal, parallel dazu ist eine weitere Autobahn als „möglicher weiterer Bedarf" geplant, der Bedarf wird dringend werden. Ebenfalls in Nord-Süd-Richtung besteht eine durchgehende Eisenbahntrasse, teils wird sie als Schnellbahntrasse ausgebaut, teils ist sie als parallele Trassenführung neu geplant. Dieses Verkehrsbild gibt schon einen guten Überblick, parallel zur wahrscheinlichen Front schnelle Transportwege mit einem weitverzweigten und gut ausgebauten Netz von Querverbindungen ins Hinterland für den Nachschub. Für das Konzept der westlichen Imperialisten und ihrer Generalstäbler reicht das aber nicht aus, denn ihre Strategie heißt „Vorwärtsverteidigung"! So sieht die Planung aus, und die ist im „Bericht" keineswegs vollständig erfaßt bzw. über zwischenzeitliche „Prioritätsänderungen" verschleiert. Unmöglich die Planungsprojekte einzeln aufzuzählen, die der vorgenannten Richtung folgen.

Generell läßt sich sagen, Schaffung neuer Querverbindungen, Nord- und Ostseeküste, Konzentration der Planungsvorhaben in der norddeutschen Tiefebene. Weiter südlich im Bereich der Mittelgebirge ist die Situation strategisch ungünstig, dort sind in der Planung im wesentlichen Nachschublinien projektiert bzw. Anschlußmöglichkeiten, denn: „Das Zonenrandgebiet ist so zu gestalten, daß eine mögliche Zusammenarbeit über die Grenze und eine planerische Verflechtung nicht ausgeschlossen wird." Natürlich gehen die Imperialisten davon aus, daß die Nachschublinien nach vorn verlegt werden müssen. Das Gelände ist günstig. Weiter südlich wird der Ausbau der A 70 bis an die Grenze zur CSSR bei Schirnding und der A 6 bis zur Grenze bei Waidhaus vorangetrieben, der Ausbau soll möglichst „auf dem Verhandlungswege" auch auf dem Boden der CSSR fortgesetzt werden. Das Gelände ist hier ebenfalls gut für ihre Strategie geeignet. Stör- und Entlastungsangriffe für den Kriegsschauplatz in Norddeutschland können hier mit relativ geringem Aufwand durchgeführt werden; zeigt der Gegner Schwächen, ist auch eine massive Zangenbewegung über die Südflanke für diese Militärstrategen nicht ohne Reize.

Den Schutz dieser Auf- und Vormarschlinien stellen sie sich einfach vor. Durch Industrieansiedlung längs dieser Verkehrswege wird das Volk an diese Linien gekettet und soll so einen lebendigen Schutzwall bilden. Im „Zonenrandgebiet" wird das über die Grenzlandideologie und den notwendigen Zusammenschluß gegen die Bedrohung aus dem Osten verkauft. In Westberlin über „Frontstadt"-Gerede.

Polizisten in Gorleben protestieren gegen Einsatz und Elendsquartiere

r.thr. Die Bundes- und Landesregierung haben die Kreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen in ein Polizei- und BGS-Heerlager verwandelt, um mit den Flachbohrungen und den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu beginnen. Neben den Kampfaktionen insbesondere der Bauern haben sie sich ein neues Problem eingefangen: Die einfachen Polizei- und BGS-Truppen marschieren nicht wie beabsichtigt. Schon beim ersten Polizei- und BGS-Einsatz zur Durchsetzung der Bohrungen stellten Mitglieder der Bürgerinitiative fest, daß nur die Polizei- und BGS-Offiziere zu hartem Einsatz entschlossen waren, während sich die Mannschaften merklich zurückhielten. Selbst ohne Interesse an der Durchsetzung des Baus der Wiederaufbereitungsanlage sind sie scharfer Kasernenunterdrückung unter unwürdigsten Bedingungen unterworfen. Personalratsvertreter der Polizei haben jetzt dagegen protestiert, daß in der Landespolizeischule in Uelzen (zwei Hundertschaften Polizei aus Oldenburg), im alten Amtsgericht in Lüchow, in der Überseefunkempfangsstelle in Woltersdorf und bei den zusätzlichen Polizeieinquartierungen beim BGS in Uelzen-Hainberg völlig unzumutbare sanitäre Einrichtungen bestehen, daß in Vier-Bettzimmer sechs und mehr Polizisten reingepfercht sind und manche auf den Fluren schlafen. In Hamburg hat sich die „Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund" gegen einen Einsatz insbesondere junger Polizisten in Gorleben ausgesprochen: „Gorleben ohne uns". Um die Truppe reibungslos in Bewegung setzen zu können, hatte die BGS-Führung eine Umfrage gemacht und nur diejenigen, die sich nicht als Kernkraftwerksgegner bezeichneten, in den Einsatz geschickt. In Uelzen werden die Bereitschaftspolizisten bearbeitet. Dennoch mußten die BGS-Offiziere androhen: Wer nicht richtig prügelt, hat mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen.

Der Protest der Polizei- und BGS-Mannschaftsdienstgrade hat zur Ursache, daß sie kein Interesse an der Unterdrückung der Arbeiter, Bauern und des ganzen Volkes haben. Die Funktionäre des Beamtenbundes versuchen dies zu verwischen. „Unsere Beamten sind dafür zu schlecht ausgebildet" (HA 15.3.). Hans Lohmann, Mitglied des Bundesvorstandes der GdP fordert: Die Politiker sollten „sich nicht hinter, sondern vor die Polizei stellen." So wird der Protest der einfachen Polizisten und BGSler benutzt, um Verfeinerung und Ausbau der Unterdrückung zu fordern. Ebenso entspricht es weder den Interessen der Arbeiter und Bauern noch denen der Polizei und BGS-Mannschaften, wenn an den „neuen" Polizeikasernen durch neue Baracken, Toiletten oder Waschbecken Kosmetikoperationen durchgeführt werden. Die Hundertschaften müssen wieder abgezogen werden. Der Zweck ihres Einsatzes ist an der Front der Kaserne in Woltersdorf dokumentiert. „Brücke zur Welt" steht dort groß. Mit der Wiederaufbereitungsanlage will das westdeutsche Finanzkapital sich größere Beuteanteile sichern. Die Proteste der Polizisten und Grenzschützer in Uelzen, Lüchow und Woltersdorf sowie die kürzliche Demonstration von 2000 Polizisten in Hamburg zeigt die wachsende Kampfbereitschaft der Mannschaften. Um sich erfolgreich gegen den Zweck ihres Einsatzes zu wehren, müssen sie sich das Verweigerungs- und Kündigungsrecht erkämpfen. Es ist gut, wenn sie den Kampf der Bauern in Gorleben unterstützen.

Gegen Arbeitsdienst und Kasernierung entwickeln die Zivildienstpflichtigen ihre Kampfmaßnahmen

z.eve. Am 3.3.79 haben in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Aktionen der Zivildienstleistenden stattgefunden. Die letzte Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der ZDL hatte zu diesen Aktionen aufgerufen, um gegen die Pläne der Bundesregierung zu protestieren.

Ende Februar hat eine Sitzung eines interfraktionellen Arbeitskreises des Bundestages stattgefunden. Dieser Arbeitskreis hat sich auf die Grundzüge eines neuen Gesetzes für den Zivildienst geeinigt. Die Bourgeoisie will noch in diesem Frühjahr die Angelegenheit unter Dach und Fach haben.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Wehrdienstnovelle im letzten Jahr für verfassungswidrig erklärt hatte, brennt es der Bundesregierung unter den Nägeln, ihre Kriegsvorbereitung in dieser Beziehung endlich auch gesetzlich abzusichern. Praktizieren läßt sie schon einiges, wie den Einsatz von Zivildienstpflichtigen bei der Feuerwehr in Bergisch-Gladbach seit dem Dezember 1977; dafür haben Ehrenberg und der Zivildienstbeauftragte Iven schon gesorgt.

Geplant ist jetzt, den Zivildienst von 40000 auf 60000 Plätze auszuweiten, die Verteilung der Zivildienstpflichtigen gesetzlich zu regeln. Die „Frankfurter Rundschau" meldete am 1. März, die Verteilung auf die Dienststellen solle nach einem „Überlaufbecken-System" funktionieren: Sind keine Plätze als „mobile Altenhilfe" (ZDL'er versorgen alte Leute, die zu Hause bettlägerig sind) oder als Lohn- und Streikbrecher in den öffentlichen Diensten, so müssen die Zivildienstpflichtigen ihren Arbeitsdienst im Bereich des „Umweltschutzes" ableisten, zum Beispiel im Wald- und Forstdienst, Straßen bauen und Gräben anlegen.

Weiter hat sich der interfraktionelle Arbeitskreis darauf geeinigt, das Verfahren für die Kriegsdienstverweigerung zu verschärfen. Zukünftig soll die zuständige Kommission des Kreiswehrersatzamtes nach einem schriftlichen Antrag und einem – wahrscheinlich handgeschriebenen – Lebenslauf des Kriegsdienstverweigerers entscheiden. Tauchen Zweifel an der „Aufrichtigkeit des Verweigerers" (Süddeutsche Zeitung, 3./4.3.79) auf, soll eine Anhörung folgen. Man kann davon ausgehen, daß der neue Gesetzentwurf enthalten wird, daß die Zivildienstpflichtigen vollständig kaserniert werden. Schon das Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer von 1974 sieht in §19, Absatz 4 vor: „Der Dienstpflichtige kann nicht verlangen, zum Dienst an seinem Wohnort oder in dessen Nähe herangezogen zu werden." Ehrenberg will es eindeutiger, vor einiger Zeit kündigte er an, daß die Zivildienstpflichtigen „künftig damit rechnen (müssen), ... im gleichen Umfang außerhalb ihres Wohnortes untergebracht zu werden wie Soldaten."

Die Bourgeoisie kann eine mobile Einsatztruppe, Zwangsarbeiter unter Militärrecht, gut gebrauchen, die, je nach Bedarf, das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz gegen die Volksmassen durchsetzen oder die Schützengräben ziehen soll. Schon jetzt legt das Gesetz über den Zivildienst fest: „Mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren wird bestraft, ... wer die Befolgung einer dienstlichen Anordnung dadurch verweigert, daß er sich mit Wort oder Tat dagegen auflehnt ..." (§54).

Gegen die Pläne der Bundesregierung wird die Bundesdelegiertenkonferenz der Zivildienstpflichtigen, die am 21./22.4. stattfindet, ihre Forderungen zum 1. Mai aufstellen.

Royal Navy – Stoßtruppe des britischen Imperialismus

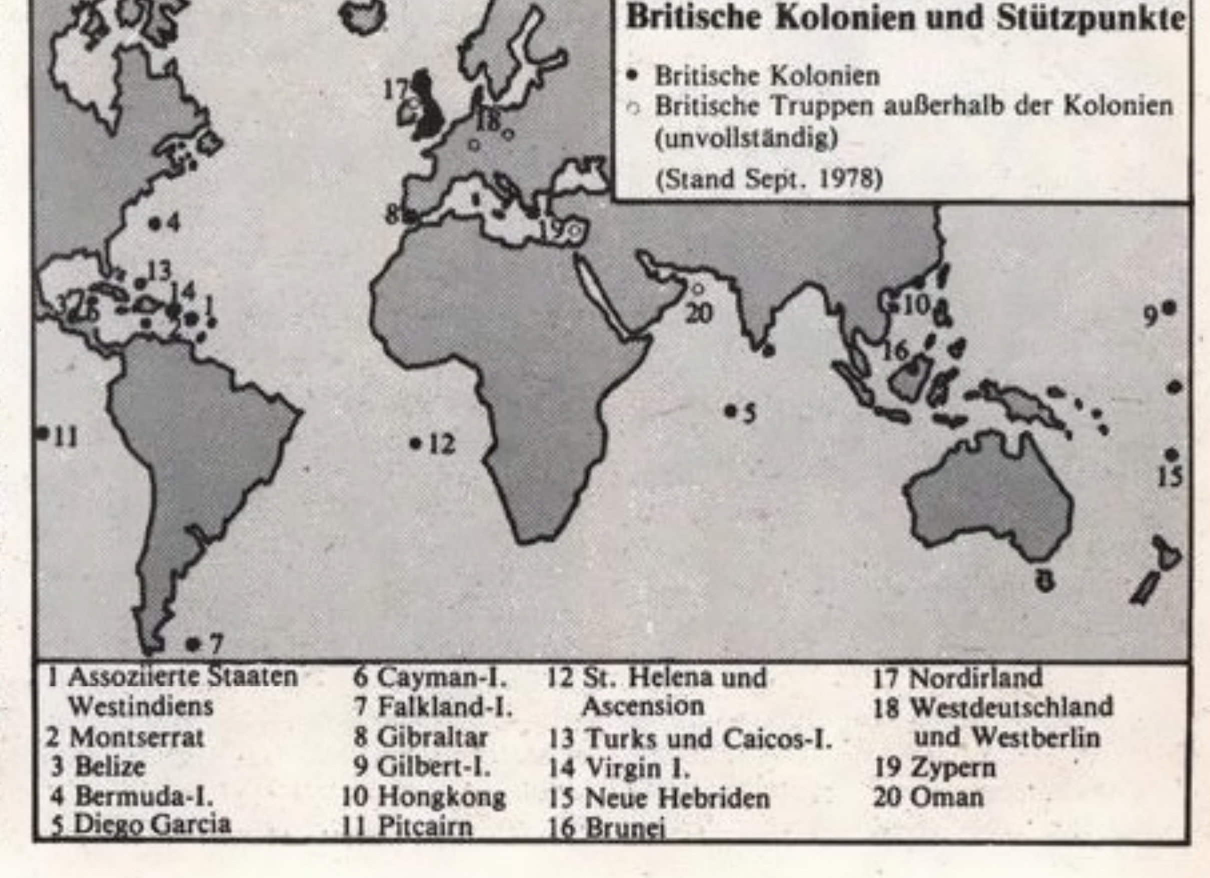
Noch immer drittgrößte Kriegsmarine / Weltweites Netz von Stützpunkten

z.bew. „Rule, Britannia, Britannia rule the waves" (Herrsche Britannien, Britannien beherrsche die Wellen), mit dem Abspielen dieses alten Liedes des britischen Kolonialismus stellte der britische Militärsender in Singapur im Januar 1976 sein Programm ein. 1976 war mit dem Abzug der britischen Kolonialtruppen aus Singapur, Malaysia, Mauritius und Gan (Malediven) die Truppenreduzierung der britischen Imperialisten im Indischen Ozean, den sie früher arrogant als britisches Binnenmeer bezeichneten, und in Asien weitgehend abgeschlossen. Mit dem Truppenabzug aus Saudiarabien 1977 und 1978 von Malta ist für den britischen Imperialismus das erzwungene „Neuüberdenken der Aufgaben der Royal Navy ... nach dem unglückseligen Ausgang der Suez-Unternehmung im Jahre 1956 und dem ständigen Abzug britischer Truppen aus den überseeischen Stützpunkten", so der britische Colonel N. Dodd in der „Europäischen Wehrkunde" (10/77), weitgehend abgeschlossen. Das britische Kolonialreich, das einstmals etwa ein Zehntel der Erde umfaßte, ist durch den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und durch die imperialistische Konkurrenz weitgehend auf die Ausmaße des britischen Inselreiches zurechtgestutzt worden.

Nach dem Zusammenbruch des britischen Empire bleibt Großbritannien weiterhin eine Kolonialmacht mit 16 überseeischen Gebieten, die einen gewissen Grad an innerer Selbständigkeit haben und deren Verteidigungs- und Außenpolitik von den britischen Imperialisten wahrgenommen wird. Diese weiterhin zu Großbritannien gehörenden Dominos, Kronkolonien und assoziierte Staaten sind flächenmäßig nicht sehr groß, doch sind sie allesamt von besonderer strategischer Bedeutung für die Handelswege und die militärischen Aufmarschgebiete auf See. In den strategisch wichtigen Gebieten außerhalb des Einflußbereichs ihrer Kolonien haben die britischen Imperialisten Besatzungstruppen und Militärstützpunkte.

So in *Europa*, wo der Kern der britischen Landstreitkräfte mit drei Divisionen in Westdeutschland (55000 Soldaten) und in Westberlin (6000) steht und sie mit ihrem Militärstützpunkt auf Zypern und dem Dominion Gibraltar über Schlüsselpositionen für das Mittelmeer, Südeuropa und den *Nahen Osten* verfügen. Von ihrem Stützpunkt auf der Insel Masirah (Oman) sichern sie sich Einflußmöglichkeiten über den *Mittleren Osten* und die großen Ölrouten. Im *Indischen Ozean* haben sie sich mit dem Chagos Archipel mit der Hauptinsel Diego Garcia (Truppenstützpunkt der US-Imperialisten) eine der strategisch wichtigsten Positionen gesichert. Diego Garcia liegt 2000 km südlich von Indien, etwa gleich weit entfernt von Afrika und Indonesien. Von diesem Stützpunkt aus kann der gesamte Schiffverkehr zwischen Afrika, Asien und Australien überwacht werden und die dort stationierten US-amerikanischen Polaris-Atomraketen (4625 km Reichweite) reichen bis in den europäischen Teil der Sowjetunion und ins Innere der VR China. Im *Fernen Osten* verfügen die britischen Imperialisten mit der Kronkolonie Hongkong, dem Protektorat Brunei, den Gilbert Inseln und den Neuen Hebriden über jederzeit verfügbare Stützpunkte für ihre Marine, wo jetzt z.T. noch kleinere Kontingente britischer Land- und Seestreitkräfte stehen. Von den Inseln St. Helena und Ascension an der *Westküste Afrikas* können sie den Seeverkehr um Afrika kontrollieren, von der Kronkolonie Falkland die Route um *Südamerika*, wie über eine Anzahl von Inseln vor *Mittelamerika* und Belize den Zugang zum Panamakanal.

Die Royal Navy, von jeher das Kernstück des britischen Imperialismus, ist weiterhin die drittstärkste Kriegsmarine der Welt. Trotz sinkender Verteidigungsausgaben in den 60er und 70er Jahren (in den Haushaltsjahren 1979/80 und 80/81 werden sie wieder um jeweils 3% erhöht) ist die Stärke der Royal Navy nahezu gleichgeblieben. Der Rückgang bei den taktischen Flotteneinheiten – Flugzeugträger, Kreuzer, Lenkwaffenzerstörer – wird wettgemacht durch die neuen Flugdeckträger der Invincibleklasse (eine Mischung von traditionellen Flugzeugträgern und Kreuzern mit 6 senkrechtstartenden Sea Harriors und 9 U-Jagd Hubschraubern) und den neuen Fregatten der Amazonaklasse, die alle mit Jagdhubschraubern ausgestattet sind und zu den schnellsten und seetüchtigsten Fregatten gehören. „Die britischen Schiffe müssen in jedem Ozean der Welt seetüchtig sein", schreibt der oben zitierte britische Colonel, „wenn Großbritannien überleben will, muß es sich auf die Bewegungsfreiheit der Handelsschiffe auf den Weltmeeren verlassen können ... aber es gibt auch andere Gründe: Angesichts seiner Seefahrertradition und der engen Familienbande zu Australien, Neuseeland, Kanada und anderen Mitgliedern des Commonwealth ist es völlig undenkbar, daß Großbritannien ihnen nicht zu Hilfe kommen würde, sollten sie in ihren eigenen Gewässern bedroht oder angegriffen werden". Sich auf jahrhundertelange Räubereien des britischen Kolonialismus berufend, putzen die britischen Imperialisten heute ihren Anspruch auf die Weltmeere wieder verstärkt heraus.



EG-Imperialisten zwingen Spanien Mehrwertsteuer und Beseitigung von Schutzzöllen ab

z.elb. Um „ungerechtfertigte Wettbewerbsverzerrungen“ zu verhindern, haben die EG-Imperialisten die spanische Regierung darauf verpflichtet, bis zum Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft die höhere Besteuerung auf Importe und die Erstattung der Inlandsabgaben bei Exporten abzuschaffen. Die spanische Regierung versucht mit diesen Maßnahmen, die Industrie gegen den imperialistischen Warenexport zu schützen und ihrerseits den eigenen Export zu erleichtern.

Spanien hat z.B. eine relativ eigenständige Automobilindustrie aufgebaut mit den Seat-Werken, die auf Lizenzbasis (Fiat) produzieren, und vor allem mit den Enasa-Fabriken, die Busse und Lastkraftwagen herstellen und die in staatlichem Besitz sind. Den EG-Imperialisten ist der Anteil der Produktion dieser Werke an der gesamten Automobilproduktion in Spanien mit 49,4 % 1977 entschieden zu hoch. Die spanische Automobilindustrie konnte sowohl die Produktion als auch den Export von 1976 auf 1977 erheblich steigern. Bei den Personenwagen erhöhte sich die Produktion in dieser Zeit um 31,3 %, bei den Nutzfahrzeugen um 24,4 %. Der Export von Personenkraftwagen stieg von 165985 auf 314182 Einheiten, also um 89,3 %, der von Nutzfahrzeugen von 10423 Stück auf 29229, also um 180,4 %. Der Anteil des Exports von Maschinen und Transportmitteln am gesamten spanischen Export in die EG-Staaten erhöhte sich in der Zeit von 1973 bis 1976 von 16,6 auf 21,7 %. Den EG-Imperialisten erwächst hier sowohl auf dem spanischen wie auch auf dem EG-Markt eine Konkurrenz, die sie nicht dulden können; daher die erzwungenen Maßnahmen zum Niederreißen der spanischen Importschranken. Dem Warenexport soll verstärkter Kapitalexport auf dem Fuß folgen. Von 1976 auf 1977 steigerten z.B. die Ford-Kapitalisten in Spanien ihre Produktion um ca. das Zwölffache. Jetzt wollen sie eine neue Fabrik bauen, wogegen sich die spanische Regierung wehrt.

Als weitere Maßnahme haben die EG-Imperialisten der spanischen Regierung die Einführung der Mehrwertsteuer bis zum Beitritt diktiert unter dem Schlagwort „Harmonisierung der Steuern“. Auch den britischen und irischen Volksmassen war anläßlich des EG-Beitritts Großbritanniens und Irlands 1973 die Mehrwertsteuer aufgezwungen worden; trotz des vergleichsweise niedrigsten Mehrwertsteuersatzes mußte 1977 jeder britische Lohnabhängige 304 DM Mehrwertsteuer zahlen. Auf diese Weise „harmonisiert“ wird nun auch die Plünderung der spanischen Volksmassen, und einen Teil der kleinen Gewerbetreibenden wird das in den Ruin treiben.

Großbritannien: Proteste gegen Erhöhung der Grundsteuern bis 40%

z.rül.London. Mehrere hundert Arbeiter, Angestellte und kleine Händler demonstrierten am letzten Donnerstag vor dem Rathaus des Londoner Stadtbezirks Islington gegen eine Erhöhung der Grundsteuern zum 1.4. um 40%. Sie zwangen die Stadtverwaltung, die bereits beschlossene Erhöhung um 8% auf 32% zu verringern. Die Grundsteuern werden von den Gemeinden auf Gebäude und Grundstücke erhoben. Auf einen alle fünf bis zehn Jahre staatlich geschätzten Steuerwert legen sie jedes Jahr neue Steuersätze fest.

Ausgenommen sind landwirtschaftlich genutzte Flächen, Gebäude und Grundstücke von „religiösen Einrichtungen“ sowie – in unterschiedlichem Ausmaß – von „nichtkommerziellen Organisationen.“ Die Kapitalisten verrechnen die Grundsteuer mit ihren zu versteuernden Gewinnen, die Mietshausbesitzer legen sie auf die Mieter um: Im Ergebnis verfügt der britische Staatsapparat über eine sehr flexible und einträgliche Steuer zwecks Plünderung der Lohnabhängigen und kleinen Kapitalisten. Im Londoner Stadtbezirk Waltham Forest z.B. zahlt ein Arbeiter für ein 4-Zimmer-Haus im Jahr 100 Pfund Grundsteuer (32 Mark monatlich), zusätzlich zu Hypothek oder Miete. 20% aller Steuereinnahmen decken die britischen Gemeinden im Durchschnitt aus der Grundsteuer. 1976 waren es 4,15 Milliarden Pfund.

Die Stadtverwaltung von Islington hatte im Januar mit Hinweis auf die steigenden Löhne der Gemeindearbeiter die Grundsteuern für kommerzielle Gebäude und Grundstücke um 24,8% auf 102,2 Pence je Pfund Steuerwert erhöht, die Grundsteuer für Wohngebäude sogar um 39,7% auf 88,6 Pence. Im Stadtbezirk Westminster, im wesentlichen Geschäftsviertel und Wohnsitz von „feineren“ Kreisen, erhöhte die Stadtverwaltung die Grundsteuern für kommerzielle Gebäude und Grundstücke um 3,98% auf 78,3 Pence, für Wohngebäude um 2,46% auf 54,2 Pence. Die Regierung hat jetzt erklärt, sie rechne in diesem Jahr mit einer Erhöhung der Grundsteuern um durchschnittlich 17,5%. Gleichzeitig hat sie ein neues Gesetz über Gemeindefinanzen im Unterhaus eingebracht, um die Plünderung weiter zu beschleunigen: in Zukunft sollen die Gemeinden jede Wertsteigerung eines Gebäudes, etwa durch Einbau einer Zentralheizung, sofort in einem steigenden Steuerwert zur Erhöhung der Grundsteuer nutzen können und nicht auf die nächste Steuerschätzung – die letzte hat 1973 stattgefunden – warten müssen.

Irland: Massendemonstrationen und Streiks gegen die Steuerausplünderung

z.rül.London. Der Versuch der irischen Regierung, die Steuern für die Bauern mit dem Hinweis auf die hohe Steuerlast der 900000 Lohnabhängigen zu erhöhen, ist nach hinten losgegangen. 60000 demonstrierten am 12. März in zehn Städten gegen die Steuerausplünderung, insbesondere gegen die Lohnsteuern. Aufgerufen hatte die TGWU, die Transportarbeiter- und allgemeine Arbeitergewerkschaft. Die TGWU, mit 150000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft, fordert eine deutliche Erhöhung der Freibeträge,



Mit 50000 Teilnehmern war die Demonstration in Dublin am 12.3. gegen die Steuerausplünderung eine der größten überhaupt in der Geschichte des Landes.

eine Steuersenkung von insgesamt 100 Mio. Punt (ca. 385 Mio. DM) für die Lohnabhängigen und Steuererhöhungen für die Kapitalisten. 593,5 Mio. Punt Lohnsteuer kassierte 1978 der irische Staat gegenüber 221,6 Mio. 1974. Nach einem Freibetrag von 93 Punt monatlich (Verheiratete das doppelte) beginnt die Progression für die Lohnabhängigen sofort mit 25% (für die ersten 92 Punt versteuertes Einkommen), steigt auf 35% (für die nächsten 250 Punt) und 45% (für die folgenden 125 Punt). Ein lediger Postbote, der bei dem Überstunden die Woche monatlich 300 Punt (ca. 1155 DM) verdient, zahlt so bereits über 21% seines Lohns an Lohnsteuer. Gleichzeitig kassiert der Staat über die indirekten Steuern noch einmal 857,7 Mio. Punt (1978), das sind je Lohnabhängigen fast 950 Punt.

„Gegen die geringen Steuern der Bauern“ wäre demonstriert worden, berichteten am Sonntag die englischen Fernsehnachrichten. Tatsächlich fordert die Gewerkschaftsführung einen „gerechten Anteil der Bauern am Steueraufkommen“. Gleichzeitig erklärte sie: „... wir ... sind nicht unempfindlich gegenüber dem Schicksal der kleinen, unterprivilegierten Bauern ..., aber wir sagen, daß die großen Farmer nicht für die Interessen der gesamten ländlichen Bevölkerung sprechen ...“. Die Regierung hat letzte Woche den Beitritt Irlands in das EWS vollzogen und damit das Land der weiteren Plünderung durch die Imperialisten geöffnet. Für Dienstag rufen 41 Gewerkschaften in Dublin zum Generalstreik gegen die Steuerausplünderung auf. Sie rechnen mit 160000 Teilnehmern.

Volksmassen Puerto Ricos gegen US-Kolonialregime

Freiheit für die vier Patrioten gefordert / Fischer von Vieques gegen US-Militärstützpunkt

z.mif. Der Kampf des Volkes von Puerto Rico gegen die Kolonialherrschaft der US-Imperialisten zwingt die US-Supermacht zu immer neuen Manövern. Derzeit erklärt Carter, ihm sei jede Lösung recht, die das Volk von Puerto Rico wünsche; gleichzeitig läßt er den Gouverneur von Puerto Rico, die US-Marionette Barcelo, eine heftige Kampagne für die „Staatenlösung“ betreiben. Puerto Rico als 51. US-Staat, endgültig einverleibt in das US-imperialistische Völkergefängnis – wenn es sich durchsetzen ließe, wäre dies den US-Imperialisten unbedingt die liebste Lösung. Ihr Problem ist, daß die Kolonie Puerto Rico die letzte verbliebene größere karibische Kolonie ist, – am 22. Februar wurde St. Lucia unabhängig von Britannien – und das Volk von Puerto Rico seinen Kampf um Unabhängigkeit verstärkt. Die strategische Bedeutung dieser Kolonie mit 4000 Besatzungssoldaten an der Südostflanke der USA ist groß im Kampf mit der anderen Supermacht. Der dem US-Kapital thieumäßig ergebene Gouverneur Barcelo hat am 28. August letzten Jahres vor dem Dekolonialisierungsausschuß der UNO erklärt: „Viel von unserem Fortschritt in den letzten Jahren wäre sehr schwierig, wenn nicht unmöglich zu erreichen gewesen ohne die Freundschaft und Zusammenarbeit amerikanischer Mitbürger aus anderen Teilen der Nation“. Er erklärt also die puertoricanische Nation als nicht vorhanden, als Teil der USA.

Die US-Imperialisten haben die spanische Kolonie Puerto Rico 1899 im Krieg gegen Spanien erobert und sie im „Frieden von Paris“ abtreten lassen. Das Volk von Puerto Rico, das die spanische Kolonialmacht bekämpft und ihr die entscheidenden Schläge versetzt hatte, war nicht vertreten. Der Sekretär der Nationalistischen Partei, Pedro Albizu Campos, erklärte später dazu: „Der Friede wurde nicht von puertoricanischen Bevollmächtigten ausgehandelt und niemals unserem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Er ist, was Puerto Rico betrifft, null und nichtig“. Die US-Imperialisten stellten das Land unter Militärherrschaft, später ließen sie einen Gouverneur wählen; alle entscheidenden Rechte liegen beim US-Kongreß.

Bis zu achtzehn Jahren Steuerfreiheit haben die US-Kapitalisten auf Puerto Rico; störend finden sie nur, daß dort mit den US-Gesetzen auch das Mindestlohngesetz der USA gilt. Im Durchschnitt zahlen sie ein Drittel weniger Lohn als in den USA, während die Lebenshaltungskosten höher sind. Die hohen Preise für Nahrungsmittel können sie den Volksmassen Puerto Ricos deshalb abzwingen, weil sie die selbstwirtschaftenden Bauern gleich nach Besetzung der Insel gelegt haben. Der Leitartikler William F.



Links: Pedro Albizu Campos, Führer der Nationalistischen Partei Puerto Ricos, spricht zu 6000 Arbeitern der Zuckerrohrplantagen während des zweiwöchigen Generalstreiks 1934. Die Arbeiter setzten ihre Forderungen durch: ein Dollar mehr pro Tag und Achtstundentag. – Unten: Die vier Patrioten Puerto Ricos, die 1954 das US-House of Representatives angriffen. Drei von ihnen hält Carter immer noch in Haft. – Oben: Die Machete ist das traditionelle Arbeitsmittel der Landarbeiter Puerto Ricos, das sie auch im Guerillakrieg mit Erfolg verwendet haben.

haben.

Buckley jr. schildert zynisch die Lage so: „Obwohl die Agronomen einem erklären, daß es auf Puerto Rico trotz der Bevölkerungsdichte (größer als in Indien) Land genug gibt, um fünfmal so viele Menschen wie die 3 Millionen zu ernähren, importieren sie tatsächlich 80% dessen, was sie essen (ich habe dort Reis aus Californien gegessen). Es gibt eine intensive Abneigung gegen die Farmarbeit ...“ (National Review, Oktober 1978).

Die Arbeiter und landlosen Bauern Puerto Ricos besinnen sich zunehmend auf ihre revolutionäre Tradition des Kampfes gegen die frühere spanische Kolonialmacht und gegen den US-Imperialismus. Immer nachdrücklicher erheben sie die Forderung nach Freilassung der vier vom US-Imperialismus gefangengehaltenen Patrioten.

Die puertoricanischen Arbeiter Oscar Collazo und Griselio Torresola unternahmen am 1. November 1950 den Versuch, mit zwei Pistolen den US-Präsidenten Truman zu erschießen. Das Vorhaben schlug fehl, Torresola wurde erschossen, Collazo verletzt. Der Versuch erfolgte gleichzeitig mit einem bewaffneten Aufstand in Puerto Rico unter Führung der Nationalistischen Partei. Es gelang in mehreren Orten, für mehrere Tage die Macht zu übernehmen, ehe die Aufständischen von der US-Armee niedergemacht und gefangengenommen wurden.

Am 1. März 1954 schwenkten vier Puertoricaner auf einer Besuchergalerie des US-House of Representatives die Fahne ihres Landes, riefen „Viva Puerto Rico Libre“ und feuerten in den Saal. Bei der demonstrativen Aktion wurden fünf US-Abgeordnete leicht verletzt. Die Patrioten sind Lolita Lebron, die die Führung des Kommandos hatte, Rafael Cancel Miranda, Andres Figueroa Cordero und Irving Flores Rodriguez. Sie hatten den Termin 1. März gewählt, weil am gleichen Tag die 10. Interamerikanische Konferenz in Caracas eröffnet wurde, an der Delegierte aus 20 Staaten teilnahmen. Auf dieser Konferenz griff der Außenminister von Guatemala, Toriello, die Einmischung des US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten anderer amerikanischer Staaten scharf an.

Seither ist der Kampf des Volkes von Puerto Rico um Unabhängigkeit eng verbunden mit dem Kampf um die Freilassung der fünf gefangenen Patrioten. Einen von ihnen, Figueroa Cordero, mußte Carter letztes Jahr freilassen. Er war schwer krebskrank. Bei seiner Heimkehr nach Puerto Rico wurde er von 3000 Menschen begeistert begrüßt und setzte sich seither unermüdlich für die Freiheit seines Landes ein. „Ich würde es immer wieder tun, fünfhunderttausendmal, wenn nötig“, erklärte er. Er ist jetzt am 8. März gestorben.

Die Speerspitze des Kampfes gegen die US-Kolonialmacht bilden seit mehreren Jahren die Fischer von Vieques. Die kleine Insel östlich vor Puerto Rico war ein gutes Fischfanggebiet, aber die US-Marine hat die Inseln Culebra und Vieques als Zielgebiet für Schießübungen ausgewählt. Die ständigen Bombardierungen haben einige der besten Fischfanggründe zerstört; 1977 gingen allein 100 Fischreusen durch die Angriffe verloren. 1975 mußte die Navy die Insel Culebra räumen und Kissinger mußte unterschreiben, ein neues Zielgebiet in Puerto Rico würde nur mit Zustimmung der Regierung benutzt. Stattdessen haben die US-Imperialisten den Beschuß von Vieques einfach erweitert und dort neue Ziele installiert. Mehrfach konnten die Fischer die Marine zum Abbruch der Beschießungen zwingen.

Der Gouverneur Romero hat Carter einen flehentlichen Brief geschrieben, die gefangenen Partioten nur ja nicht freizulassen, er könne sonst für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht garantieren.

Kossygin in Indien

z.lik. Angesichts der Verschärfung der Widersprüche in Asien und der revolutionären Politik der VR China, die den Spielraum der Supermächte empfindlich einschränkt, haben die Sozialimperialisten Kossygin nach Indien geschickt. Für die Entscheidungsschlacht um Europa müssen sie den Rücken in Asien freihaben und das geht nur, wenn sie Spaltung in die Front der Länder der Dritten Welt tragen. Ein fettes Geschäft im Sinn, boten sie Indien ein „langfristiges Programm der Zusammenarbeit“ an. Die Tatsache, daß Indien seine Energiequellen gegen imperialistische Plünderung absichert, durch Verstaatlichung z.B. des Kohlebergbaus und den Ausbau von Kraftwerken, und daß es die nationale Industrie fördert, hat die Sozialimperialisten aufhorchen lassen. Im Rahmen eines Wirtschaftsabkommens wurde für 1979 die Lieferung von zusätzlichen 600000 t Rohöl vereinbart sowie die Unterstützung eines Landwirtschaftsprojektes. Indien zahlt durch Reisexporte und nicht mit Weizen, was die UdSSR weitaus lieber gesehen hätte. Kossygin hat hartnäckig versucht, Indien eine Verurteilung der VR China abzupressen, um die Verständigung zwischen den beiden Ländern zu durchkreuzen. Es ist ihm nicht gelungen, im Gegenteil, er ist bloßgestellt worden: Auf seine Behauptung, zwischen ihm und dem indischen Ministerpräsidenten gäbe es in allen Punkten Übereinstimmung, erwiderte Desai: „Es gab Übereinstimmung darüber, wo wir verschiedener Meinung sind.“

15000 demonstrieren in Rom gegen Zwangsräumungen

z.ulg.Rom. Etwa 15000 haben am 11. März in Rom gegen das von der Regierung Andreotti hinterlassene Dekret zur Zwangsräumung von Mietwohnungen demonstriert. Nach dem Dekret sollten bis Ende April 80% der bislang blockierten etwa 200000 Zwangsräumungen durchgeführt werden, bis Mitte 1980 der Rest. Aber die Räumkommandos kommen nicht voran. Zum ersten in Rom angesetzten Räumtermin versammelten sich Hunderte vor dem Haus; die Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abrücken. Mit Parlamentsmanövern bei der Umwandlung des Dekrets in ein Gesetz versuchen die bürgerlichen Parteien jetzt, die Massenbewegung zu spalten. Auch die schon vor dem 1.1.76 verfügten Räumungen sollen nun bis zum Jahresende aufgeschoben werden. Einige revisionistische Stadtverwaltungen haben begonnen, unvermietete Wohnungen zu beschlagnahmen und zu der gesetzlichen „gerechten Miete“ zu vermieten. Für Mailand hat der Mieterverband Sunia jetzt Zahlen über diese überschäumende Gerechtigkeit veröffentlicht: 1976 machten die Mieten im Schnitt 17,6 % eines Arbeiterlohnes aus. Durch das neue Mietgesetz sind nun für 62,7 % der Wohnungen die Mieten um durchschnittlich 105,4 % erhöht worden, bei den anderen, schon vorher sündhaft teuren, haben die Hausbesitzer zu 70 – 80 % gekündigt.

Ausrichtung der schwedischen Textilindustrie

z.coi.Stockholm. Anfang März hat der schwedische Handelsminister Cars im traditionellen Textilindustriezentrum Boras die neue „Textilvorlage“ der Regierung erläutert. Gemäß dieser sollen die Textilkapitalisten 1979→80 375 Mio. SKr. als direkte Subvention erhalten, davon ca. 250 Mio. SKr. für

Zwei verschiedene Wege bei der Entwicklung der Landwirtschaft Nigerias

z.hef. Mit 70 Mio. Naira, das sind 210 Mio. DM, wird Nigerias Regierung in diesem Jahr den Ankauf von Kunstdünger bezuschussen, gab der Landwirtschaftsminister vor zwei Wochen bekannt. Der Kunstdünger wird für 25% des Einkaufspreises an Bauern verkauft. Urspünglich sollten nur 40 Mio. Naira dafür ausgegeben werden. Die Erhöhung der Summe ist eine der Dringlichkeitsmaßnahmen, mit denen die Regierung eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem im Lebensmittelbereich, und eine entsprechende Senkung der benötigten Lebensmittelimporte erreichen will.

1977 mußte Nigeria für 790 Mio. Naira Lebensmittel einführen, eine Summe, viermal so hoch wie vor drei Jahren. Die Lebensmittelimporte machen inzwischen 10% aller Importe aus. Die Produktion im Land stagniert oder sinkt. Die Wurzel- und Knollengemüseproduktion liegt seit 1975 bei – geschätzt – 27,5 Mio. Tonnen, ebenso stagnieren die Produktion von Yams (10,5 Mio. Tonnen), Hirse (10,5 Mio. Tonnen) und Getreide (8,4 Mio. Tonnen). Feldfrüchte machen aber über 80% der verzehrten Lebensmittel aus, vor allem Yams, Hirse, Mais und verschiedene Wurzelgemüse.

Staatsoberhaupt Generalleutnant Olusegun Obasanjo sagte im letzten Jahr, daß die Regierung „der Landwirtschaft wegen ihrer entscheidenden Rolle in der nationalen Wirtschaft, insbesondere der Lebensmittelproduktion, die höchste Priorität zukommen lassen wird." Nigerias Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, die Krise der landwirtschaftlichen Produktion zu überwinden und so die Gefahr er-
der landwirtschaftlichen Produktion zu überwinden und so die Gefahr er-
neuter Abhängigkeit und Ausplünderung durch die Imperialisten, z.B. bei Lebensmittelimporten zu verhindern.

Nigerias Arbeiter und Bauern waren die entscheidenden Kräfte im Kampf für die Erreichung der Unabhängigkeit. Sie kämpfen entschieden gegen die imperialistische Ausbeutung Nigerias. Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit sind ihre ureigensten Klasseninteressen. Das dient der Entfaltung der Produktivkräfte und dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse. Der nächste Schritt in der Entfaltung der Produktivkraft der 65 Millionen Nigerianer, die den Bauernfamilien angehören, ist die Entfaltung der kollektiven Produktion. Das entspricht direkt dem Interesse der Bauern und knüpft an bisherigen Produktionsweisen an.

Eine staatliche Untersuchung aus dem Jahr 1970/71 zeigt folgende Eigentumsverhältnisse an Land: 7,2% des Landes waren im *Dorfbesitz*, der in weiten Teilen Nigerias vor der Kolonialbeherrschung üblichen Besitzform; 55,5% das Eigentum von *größeren Familienverbänden*, und nur 8,7% im eigentlichen Privatbesitz. Der Rest verteilt sich auf verpachtetes, kostenlos verpachtetes, im Besitz von mehreren Erben befindliches und der Regierung gehörendes Land. Der größte Teil des Landbesitzes war und ist in einer Form von Gemeinschaftseigentum.

Die Verhältnisse in verschiedenen Landesteilen unterscheiden sich sehr, aber als Durchschnittsgröße einer Farm wird in der Statistik 1,1 Acre angegeben, das sind 0,44 Hektar. Jeder Haushalt bewirtschaftet im Durchschnitt zwei Farmen, also unter einem Hektar. Dabei liegt der größte Teil der Bauern natürlich *unter* dem Durchschnitt. Auf diesem Land wurden, fast ausschließlich in Handarbeit, bis zu sieben Feldfrüchte im Mischbau angebaut. Eine ausreichende Versorgung der Bauern und die Produktion von Überschuß war damit möglich, solange vor allem Lebensmittel angebaut und die Arbeitskraft der ganzen Bauernfamilie dafür eingesetzt wurde.
die Arbeitskraft der ganzen Bauernfamilie dafür eingesetzt wurde.

Die koloniale Beherrschung und Ausplünderung Nigerias zerstörten die Grundlagen dieser Produktion. Die britischen Imperialisten legten während ihrer Kolonialherrschaft große Plantagen an, vor allem zur Produktion von Kakao, Gummi, Erdnüssen und Palmöl. Die dafür benötigte Arbeitskraft wurde mit den üblichen Methoden – Landvertreibung, Auferlegung von Geldsteuern und direktem Zwang – auf die Plantagen gepreßt. Mit den gleichen Mitteln wurden die Bauern dazu gebracht, einen größeren Teil ihres Landes für den Anbau von „Cash Crops" zu verwenden, Feldfrüchten für den Export, bei dem die britischen und deutschen Kolonialhandelsgesellschaften Riesenprofite aus den Bauern holten.

1962, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit, machten landwirtschaftliche Produkte 82% der Preissumme aller Exporte aus. Inzwischen bestehen 94% der Exporte aus Rohöl. Nigeria hat innerhalb der OPEC für die Ölpreiserhöhung von 1973 gekämpft. Die zusätzlichen Einnahmen durch das Öl sind von der Bourgeoisie für die Entwicklung der Wirtschaft Nigerias verwendet worden. Aber es gelang den Imperialisten mit ihren großen Kapitalanlagen im Land, der Bourgeoisie eine Industrialisierungspolitik aufzuzwingen, die nicht auf der Entwicklung der Landwirtschaft beruhte. Inzwischen hat Nigeria z.B. große Automontagefabriken (VW, Datsun, Leyland), deren Produktion zu einem hohen Prozentsatz wieder exportiert wird, und muß landwirtschaftliche Maschinen in großem Umfang einführen. Die Zulieferindustrie für diese Betriebe und die städtische Infrastruktur wurden entsprechend einseitig ausgebaut.

Zusammen mit den Nachwirkungen des Bürgerkriegs 1965/66 und den Auswirkungen der Preissenkungen für die wichtigsten Cash Crops, die den Imperialisten auf dem Weltmarkt gelungen sind, war das Ergebnis dieser Fehler die jetzige Krise in der Landwirtschaft. Die Preissenkung für Kakao, Palmölprodukte und Erdnüsse in
wirtschaft. Die Preissenkung für Kakao, Palmölprodukte und Erdnüsse in
den letzten Jahren senkte unmittelbar das Geldeinkommen der Bauern. Zur selben Zeit wurden mehr und mehr Bauern, vor allem die jungen, zu Arbeitern. Für 1965 wird die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen auf 80% der „wirtschaftlich aktiven" geschätzt, für 1975 geben die Statistiken der Regierung *64%* an. Die Lebensmittelproduktion kann bei bestehenden Produktionsmethoden und bei Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte in der Familie nicht gesteigert werden, sondern sinkt. Die Lösung des Widerspruchs liegt in der Entwicklung der Industrie auf Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft und in der Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit der Bauern durch Kollektivierung, die den Einsatz von Ochsen und Pflug, Maschinerie, Kunstdünger usw. für die meisten Bauern erst möglich macht.

Die wichtigsten Maßnahmen der Regierung laufen auf das gerade Gegenteil hinaus: auf die Förderung der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft und die Vertreibung weiterer Bauernmassen in die Städte.

1) Die Regierung selbst projektiert große Staatsfarmen mit mehr als 4000 Hektar. Die Beteiligung von ausländischen Kapitalisten an diesen Unternehmen wird zugelassen. Die Nationalisierungsvorschriften, nach denen 60% des Kapitals jedes Unternehmens in nigerianischer Hand sein müssen, wurden ausdrücklich aufgehoben.

2) Für Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft werden 10% Staatsbeihilfe, fünf Jahre Steuerfreiheit, Abschaffung der Importsteuern (für Maschinen z.B.) und staatliche Kredite gewährt, diese Maßnahmen kommen fast ausschließlich Kapitalisten zugute.

3) Die langfristig einschneidendste Maßnahme ist ein neues Bodengesetz, das am 29.3.1978 dekretiert wurde. Das Gesetz sieht die Nationalisierung *allen* Bodenbesitzes vor. Der Staat stellt Zertifikate für Land an diejenigen aus, die einen Besitztitel nachweisen können (was für die Bauern oft sehr schwer ist). Der Staat setzt eine an ihn zu zahlende Pacht fest. Der Staat hat das Recht, für jedes Unternehmen mit Regierungsanteilen und jedes öffentliche Projekt Land zu enteignen. Die angebotene Zahlung muß angenommen werden, geklagt werden kann gegen die Entscheidung nicht. *Land darf nur noch auf einen Besitzer eingetragen werden, die Eintragung als Gemeinschaftsbesitz ist nicht zulässig.* Bodenbesitz für Ackerbau wird auf höchstens 500 Hektar „begrenzt", für Viehweide auf 5000 Hektar.

In einem Bericht der US-Botschaft in Lagos wird im letzten Jahr die Hoffnung ausgedrückt, die Landwirtschaft mit Waren- und Kapitalexport unter Kontrolle zu bekommen. „Es ist also wahrscheinlich, daß zusätzlich zum Verkauf von Landwirtschaftsmaschinen nach Nigeria die USA viel von den Investitionen beisteuern wird und Amerikaner Mehrheitsbesitzer von Ackerbaugebieten werden".





Sortierung von Kakaobohnen (links); Anbau von Palmen (rechts). Durch Preissenkungen auf dem Weltmarkt konnten die Imperialisten große Teile der Palmöl- und Kakaoproduktion ruinieren. Palmöl muß inzwischen importiert werden, die Kakaoproduktion ist in acht Jahren um 14% gesunken.

Arbeiter der Holz- und Papierindustrie in USA streiken um Lohn

z.doj. In Eastabuchie, Mississippi, organisieren seit dem 27. Februar die Holzfäller und Forstarbeiter über ihre Gewerkschaft GPA den Streik gegen einen Holzkapitalisten, der die Bezahlung des geschlagen gelieferten Holzes noch weiter drücken wollte. In den letzten Jahren haben die Holzkapitalisten im Süden der USA die Kontraktarbeiter zur Lieferung von 3 statt 2
sten im Süden der USA die Kontraktarbeiter zur Lieferung von 3 statt 2
Klaftern Holz zu demselben Preis zwingen können. Der vom Gewerkschaftsbezirk 38, in dem vorwiegend Weiße arbeiten, organisierte Streik wird unterstützt vom Bezirk 28, in dem vor allem Afro-Amerikaner organisiert sind. Der Streik ist für die Holzarbeiter von großer Bedeutung: gelingt es, den Angriff des Kapitalisten zurückzuschlagen, dann kann mit diesem Streik der Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen eingeleitet werden: höhere Bezahlung der gelieferten Klafter Holz; Unfallschutz und Gesundheitsversorgung und Anerkennung der GPA als Vertretungsorgan gegen die Kapitalisten. 1971 wurde die GPA gegründet von schwarzen und weißen Forstarbeitern. Von den Kapitalisten bisher als „Selbständige" behandelt – weil sie ihre auf Kredit gekauften Werkzeuge „besitzen" – und so in absolute Armut und Schuldknechtschaft gedrückt, haben sie sich als Lohnarbeiter zusammengeschlossen und bereiten den Streik der ganzen Bränche vor.

„Wir werden die Papierkonzerne bekämpfen, die gegen uns vorgehen wollen. Wir werden die Gerichte bekämpfen, wenn sie versuchen werden, uns anzuklagen, so wie die Streikbrecher, die sie einschleusen wollen. Wir werden die Regierung bekämpfen, die uns Essen und Gesundheitsversorgung verweigert. ... Das Einfrieren der Löhne muß bekämpft werden ... wir wollen uns gut auf den Streik vorbereiten" (Fred Walters, Vorsitzender der GPA).

Im Nordwesten der USA stehen 17000 Arbeiter im Streik gegen die 12 größten Holz- und Papierkapitalisten und Carters staatlich verordneten Lohnstopp. Seit 7 Monaten gelingt den Konzernen die Niederschlagung des Streiks für 10,75% Lohnerhöhung mit



1 Jahr Laufzeit nicht. Zwei Kapitalisten – durch die Konkurrenz zum Angebot gezwungen – boten 27% auf 3 Jahre. Das hieße für die Arbeiter höchstens 9% im Jahr, schon im 2. Jahr ist die Wirkung eines solchen Abschlusses lohnsenkend. Vorübergehend gelang den Konzernen das Einschleusen von Streikbrechern und einen Gewerkschaftsbezirk auf dies Angebot festzulegen. Die Mehrheit der Arbeiter lehnte jedoch ab, weitete den Streik auf zwei weitere Betriebe aus und führt ihn weiter.

den Lohn der Arbeiter, die sie über deren 50. Lebensjahr hinaus ausbeuten. Als wesentlichen Punkt der Regierungsvorlage gab der Minister die erstmalige staatliche Festlegung von Mindestproduktionsquoten für die verschiedenen Zweige der Textilindustrie bekannt. Damit solle angesichts der unter dem Druck der Konkurrenz ständig sinkenden Textilproduktion die „Versorgungsbereitschaft" gewährleistet werden. Die Mindestquoten, die unter den gegenwärtigen Produktionsziffern liegen – z.B. 201 Mio. qm Gewebe gegenüber gegenwärtig produzierten 230 Mio. qm –, sind zugleich Zielgrößen, so daß die Regierung denjenigen Kapitalisten, die ihre Produktion zu senken bereit sind, einen zusätzlichen „Versorgungsbereitschaftskredit" anbietet. Im Fall der Produktionseinschränkung wird ihnen die Rückzahlung erlassen. Die Regierung rechnet mit der Beseitigung von 5500 Arbeitsplätzen. Ende 1978 war die Zahl der Beschäftigten mit 38000 bereits um 10000 geringer als 1976. Ob die Regierung mit diesem Programm der Kapitalvernichtung und -konzentration durchkommt, ist überhaupt nicht sicher. Die Näherinnen von Algot Nord in Norrland z. B. hatten Ende letzten Jahres durch wochenlange Streiks und Demonstrationen mit der Unterstützung einer Solidaritätsbewegung im ganzen Land die Schließung ihres Betriebes verhindert.

Nationalunion für Wiedervereinigung in Südkorea gegründet

z.elb. Das südkoreanische Pak-Regime isoliert sich zunehmend mit seiner Sabotage der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Koreas. Durch den Kampf des südkoreanischen Volkes und die korrekte Politik der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) wird es jedoch zu den Verhandlungen gezwungen. Die KVDR hatte vorgeschlagen, zum 1. März alle militärischen Aktionen und Bedrohungen einzustellen. Angestachelt durch die US-Imperialisten, versuchte das Pak-Regime vergeblich, die KVDR zum Abbruch der Verhandlungen zu provozieren. Just zum 1. März führten 140000 US-amerikanische und südkoreanische Soldaten ein Manöver durch. Die Antwort des südkoreanischen Volkes auf die Kriegsübung ist die Bildung einer breiten Einheitsfront zum Kampf gegen das Pak-Regime und die US-Besatzer. 14 Organisationen gründeten die „Nationalunion für Demokratie und nationale Wiedervereinigung", wie am 4. März auf einer Pressekonferenz in Seoul bekanntgegeben wurde. Die Nationalunion tritt für den Sturz des Pak-Regimes ein und ruft die Volksmassen in Südkorea auf, ihren Kampf für soziale Demokratie, für Unabhängigkeit und die friedliche Wiedervereinigung zu verstärken.

Kenia stärkt Unabhängigkeit und afrikanische Einheit

z.pel. Am 4. März hat Kenias Minister für wirtschaftliche Planung, Robert Ouko, zu Beginn der OAU-Ministerkonferenz über Seerechtsfragen die förmliche Errichtung einer 200-Meilen-Wirtschaftszone vor der keniatischen Küste bekanntgemacht. Die Errichtung der 200-Meilenzone soll die vermuteten Ölvorkommen vor dem Zugriff der Imperialisten bewahren und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft beschleunigen helfen. Nach dem – der kolonialen Hinterlassenschaft, z.B. der einseitigen Entwicklung der Landwirtschaft geschuldeten – Scheitern der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Uganda und Tansania versuchen vor allem die britischen Imperialisten über die Zinsschuld Kenia wieder zum Lieferanten von Kaffee und Tee zu degradieren. Die keniatische Regierung unternimmt große Anstrengungen, die Selbstversorgung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln zu sichern und hat strikte Importkontrollen eingeführt. Bei Zucker sind jetzt erste Ausfuhrüberschüsse erreicht worden. Gegen die fortwährende imperialistische Einmischung richtet sich die Warnung des Präsidenten Arap Moi an die in Nairobi versammelte Imperialistenjournaille, „keine spekulativen Nachrichten" über die Streitigkeiten zwischen Uganda und Tansania zu verbreiten. Die westdeutsche Bourgeoisie fürchtet nun um „Kenias guten Ruf."

Romani Union in UN-Gremium aufgenommen

z.krk. Die Romani Union/RIJ, die die Interessen der Zigeuner in 30 Ländern der Welt vertritt, ist als konsultatives Mitglied in den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) aufgenommen worden. Die Romani Union/RIJ ist im April 1978 während des 2. Weltkongresses der Zigeuner in Genf gegründet worden. Jan Cibula, der Vorsitzende der Union, erklärte: „Für die Roma, wie sich die 10 Millionen Zigeuner in aller Welt nennen, bedeutet die Aufnahme in die UNO das bisher größte Ereignis ihrer langen und leidvollen Geschichte." – Es handelt sich um einen entscheidenden Schritt im Kampf der Zigeuner um Anerkennung als *Volk*, für politische und wirtschaftliche Forderungen. Heute sind die meisten Zigeuner arbeitslos, oder billige Hilfsarbeiter, 92% sind Analphabeten, weil sie sich weigern, ihre Nationalsprachen aufzugeben. Unterricht in ihren eigenen Sprachen gibt es kaum. – Die in der BRD lebenden 40000 Zigeuner, ebenfalls zum größten Teil arbeitslos, werden als Inhaber von Fremdenpässen und Sozialhilfeempfänger vom Staat unentwegt bespitzelt und schikaniert. Dagegen haben sich 1977 die 200 Mitglieder der Romanow-Sippe zu wehren verstanden: nach einem nächtlichen Polizeiüberfall auf ihr Lager verweigerten sie die Annahme von Sozialhilfe und sonstiger Almosen. Sie forderten ordentliche Papiere und von Polizei und Ausländeramt in Ruhe gelassen zu werden. Die Romanow-Sippe hat die westdeutsche Bourgeoisie nach Holland abschieben lassen.

Die SU will das Selbstbestimmungsrecht Eritreas unter den Stiefel treten

z.lup. 1950 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Unterwerfung Eritreas, das damals unter britischer Kolonialherrschaft stand, unter eine Föderation mit Äthiopien beschlossen. Das geschah auf Druck des US-Imperialismus. Unbedingt wollten die US-Imperialisten im Zuge der Errichtung ihrer Weltherrschaft die Kontrolle über das Rote Meer, den Nahen Osten und Afrika sichern. Die Beherrschung Eritreas über Äthiopien und die Errichtung eines amerikanischen Militärstützpunktes in Eritreas Hauptstadt Asmara war dazu ein Eckstein.

Die Sowjetunion und alle sozialistischen Staaten, die damals UNO-Mitglieder waren, haben in der UNO den Kampf des Volkes von Eritrea für sein Selbstbestimmungsrecht unterstützt und das US-imperialistische Vorhaben als Mißachtung des Willens und des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Eritrea und als Mittel der Neuverteilung des kolonial unterdrückten Afrika im Sinne des US-Imperialismus bekämpft.

1962 hat Haile Selassi auf Druck des US-Imperialismus Eritrea militärisch annektiert und in die ,,14. Provinz'' Äthiopiens verwandelt. Nach dem Sturz Haile Selassis und der Vertreibung des US-Imperialismus aus Äthiopien hat die Sowjetunion sofort alles unternommen, um sich Äthiopien zu unterwerfen und die Nachfolge des US-Imperialismus am Horn von Afrika anzutreten. Einerseits hat sie Widersprüche zwischen Somalia und Äthiopien geschürt und genutzt, ein gewaltiges Militäraufgebot aus kubanischen Söldnern in den Ogaden zu entsenden. Gleichzeitig hat sie die äthiopische Regierung dazu getrieben, sich immer tiefer in einen ungerechten Krieg gegen das eritreische Volk und seinen bewaffneten Befreiungskampf zu verstricken und in die Fußstapfen Haile Selassis zu treten. Nachdem Somalia seine Truppen aus dem Ogaden abgezogen hatte, haben die Sozialimperialisten nicht etwa ihre Söldnertruppen abberufen, sondern dieselben zielstrebig an die eritreische Front verlegt. Mehrere Offensiven hat das Mengistu-Regime im vergangenen Jahr unternommen, um die von den Befreiungsstreitkräften befreiten Gebiete zurückzuerobern und den Befreiungskampf zu zerschlagen. All diese Offensiven sind unter Beteiligung kubanischer und südjemenitischer Söldner – bei gleichzeitiger Unterstützung durch die Zionisten – und mit sowjetischen Waffenlieferungen durchgeführt worden. In der jüngsten Offensive Ende letzten Jahres haben die sowjetischen Offiziere und Generäle direkt das Kommando übernommen, nachdem die vorhergegangenen durch die Befreiungsstreitkräfte zerschlagen worden waren. Über die jüngste Offensive schrieb die eritreische Befreiungsfront EPLF in einer Stellungnahme:

,,Die sowjetischen Offiziere, die in ihren zerstörten und verbrannten Panzern tot aufgefunden wurden, der sowjetische General und sein Mitarbeiter, die bei Spionagetätigkeit in einem abgeschossenen Helikopter tot aufgefunden worden sind, sind der lebendige Beweis für ihre schmutzige Aggression gegen den gerechten nationalen Befreiungskampf des eritreischen Volkes.''

In der ,,Neuen Zeit'', einem von der SU herausgegebenen Magazin, erklärt ein G. Tanow: ,,Zudem zeigen die letzten Vorgänge deutlich den totalen Bankrott des eritreischen Separatismus. ... Zugleich gibt es jetzt mehr Möglichkeiten für eine realistische, friedliche und demokratische Lösung der Eritrea-Frage.'' In der Logik der Aggressoren wird die Aggression gegen Eritrea durch einige zeitweilige militärische Erfolge, die sie durch ihre Militärübermacht errungen haben, gerechtfertigt. Die ,,realistische Lösung der Eritrea-Frage'', die sie anstreben, würde darin bestehen, daß Eritrea auf immer von den Aggressionstruppen besatzt und unterworfen wird, während gleichzeitig Äthiopien auf diesem Weg immer und unterworfen wird, während gleichzeitig Äthiopien auf diesem Weg immer tiefer unter die Kontrolle der Sowjetunion gerät. Die eritreischen Befreiungskämpfer sind in der Logik der Sozialimperialisten, die heute die SU beherrschen, ,,Separatisten'', die die ,,14. äthiopische Provinz abspalten'' und auf Geheiß imperialistischer Verschwörer ,,Äthiopien schwächen'' und ihm ,,den Zugang zum Meer versperren'' wollen. Dabei hat die EPLF längst erklärt, daß die Frage des Zugangs Äthiopiens zum Meer – wie bei vielen anderen Staaten – eine Sache ist, die zwischen selbständigen und unabhängigen Staaten leicht gelöst werden kann. Wer will hier was für einen ,,Zugang zum Meer''? Und was liegt der Änderung der Position der SU zu Eritrea zugrunde?

Nachdem die Revisionisten die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zerschlagen und die SU in eine Supermacht verwandelt haben, die nach Weltherrschaft strebt, entdeckten sie, daß sie gewichtige *Interessen* am Horn von Afrika haben. Diese Interessen sind imperialistisch.

W. Sofinski, Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium, sagte am 3.2.1978: ,,Das Horn von Afrika ist vor allem von militärischer, politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Seine Bedeutung bestimmt sich von daher, daß es an der Nahtstelle zwischen den Kontinenten Asien und Afrika liegt. Im Persischen Golf und Indischen Ozean gibt es viele ausgezeichnete Häfen. Das wichtigste aber ist, daß dieses Gebiet an den Wasserstraßen liegt, die die erdölproduzierenden Länder mit Amerika und Europa verbinden.'' Die Sowjetunion will hier unbedingt einen Militärstützpunkt haben, von dem aus sie die Expansion in Afrika und im Nahen Osten fortsetzen kann und von dem aus sie eine strategische Schiffahrtslinie kontrollieren kann. Dem ist der Kampf des Volkes von Eritrea für sein Selbstbestimmungsrecht im Wege. Die SU ist in Eritrea in die Fußstapfen der USA getreten.

Im Kampf gegen die Kolonialherrschaft haben sich die Völker Eritreas zur Nation gebildet

z.ulg.Rom. Seit über vier Jahrhunderten kämpfen die Völker Eritreas gegen die verschiedenen kolonialen und imperialistischen Mächte, die sich nacheinander im Land festgesetzt haben. Neben der Ausbeutung und Plünderung Eritreas selbst war deren Interesse stets, mit der Beherrschung der Meerenge von Bab-el-Mendeb den Zugang zum Roten Meer – und damit seit der Eröffnung des Suezkanals auch den Seeweg zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean – zu kontrollieren und Eritrea als Sprungbrett zur Unterjochung der Völker Äthiopiens zu benutzen.

Seit 1557 hielten die Türken den wichtigen Hafen Massawa und die Küstengebiete am Roten Meer besetzt. Ihr Versuch, ins Hochland vorzudringen, war von den abessinischen Völkern vereitelt worden. 1872 setzten sich in britischem Auftrag und mit britischer Unterstützung für kurze Zeit Ägypter an die Stelle der Türken und besetzten das Gebiet am Roten Meer, die Küste Somalias und die nördlichen und östlichen Gebiete des abessinischen Reiches. Dieses war seit Jahrzehnten in eine Reihe praktisch unabhängiger Feudalfürstentümer zerfallen, über die der Negus nicht mehr als eine rein formelle Oberherrschaft ausübte. Als die Ägypter 1875 ins Hochland vorzudringen versuchten, wurden sie bei Gemdet und Gura vernichtend geschlagen.

Bereits seit 1859 hatten Missionare das eritreische Gebiet für die italienischen Kolonialisten ausspioniert. Begeistert schrieb ein Pater Leone nach Rom: ,,Eine Provinz an der Küste des Roten Meeres und ein Hafen, z.B. der von Andala, sollten erworben werden.'' Die Ambitionen der italienischen Kolonialisten richteten sich auf Nord- und Ostafrika und den Nahen Osten.

1870 schwindelten sie unter Ausnutzung von Widersprüchen zwischen den einheimischen Feudalherren dem Sultan von Raheita, einem Erzfeind des Negus Johannes IV., ,,Rechte'' auf den Hafen von Assab ab. Vermittler des Geschäfts war wieder ein Missionar, Pater Giuseppe Sapeto, der offiziell für die Reederei Rubattino auftrat. Etwa zehn Jahre später ,,erwarb'' die gleiche ,,Reederei'' weitere Gebiete in dieser Region und errichtete schließlich ein ,,Protektorat'' über das Sultanat von Raheita.

1883 hielt der italienische bürgerliche Staat die Zeit für gekommen, die Kolonisierung Eritreas künftig unter eigenem Firmenschild voranzutreiben. Das Parlament wandelt die Besitzungen der ,,Reederei'' offiziell in eine italienische Kolonie um.

Als die Kolonialisten 1885 die Hafenstadt Massawa besetzen und 1887 weiter auf eritreisches und abessinisches Gebiet vorrücken, erheben sich die Völker zu heftigem Widerstand. Bei Dogala reiben sie eine italienische Garnison vollständig auf, 430 Soldaten werden getötet, darunter 23 Offiziere. Der italienische Premierminister Crispi tobt: ,,Wir müssen den Barbaren zeigen, daß wir stark und mächtig sind. Die Schlacht von Beilul, die Massaker an der Expedition Bianchis und Porros können nicht ungerächt bleiben.'' Erst nach mehreren heftigen Gefechten und unter hohen Verlusten gelingt es den Kolonialisten 1888 in Sangeheiti, 100 km von Massawa entfernt, die Widerstandskämpfer zu schlagen. Durch einen Freundschaftsvertrag mit dem amharischen Feudalherrscher von Shoa (der Region um Addis Abeba) Menelik wird die vollständige Besetzung des Landes abgesichert.

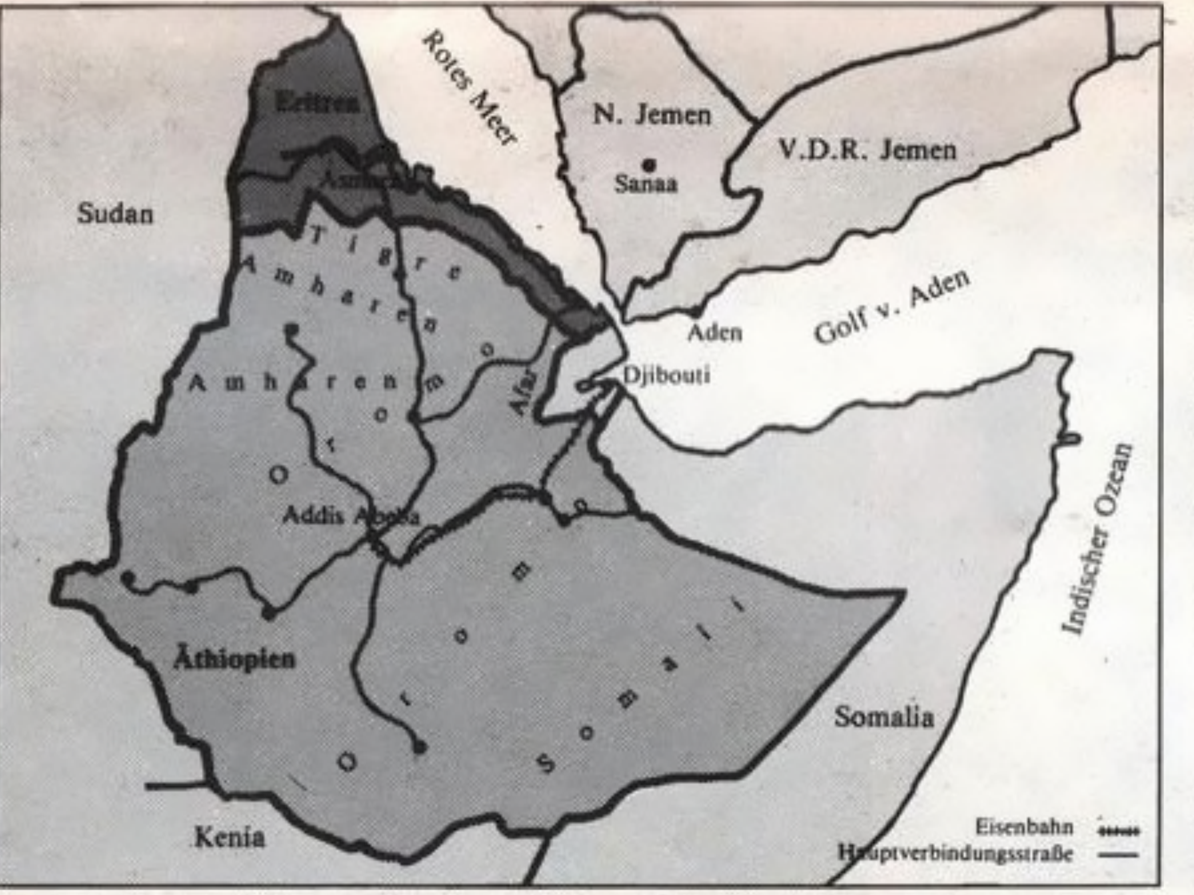
Nach dem Tod Johannes IV. im Kampf gegen den religiös gefärbten Bauernaufstand der Mahdisten verhelfen die Kolonialisten Menelik zur Neguswürde und lassen sich als Bedingung für einen 4-Mio.-Lire-Kredit 1889 das ,,Recht'' auf jederzeitige Erweiterung der besetzten Gebiete und besondere Privilegien zusichern. Mit der Unterwerfung des Ogaden und der Regionen im Süden des heutigen Äthiopien legt Menelik die Grundlage für das Völkergefängnis, das Äthiopien bis heute ist. Noch im gleichen Jahr 1889 besetzen die Kolonialisten Asmara. 1890 taufen sie ihre neue Kolonie nach dem griechischen Wort für das Rote Meer Eritrea, was ihre weitgespannten Pläne verrät. Ebenfalls 1889 haben sie auch einen Teil Somalias unterwerfen können.

Als die italienischen Imperialisten immer offenkundiger ihre Finger nach Äthiopien selbst ausstrecken, sieht sich auch Menelik gezwungen, gegen die Kolonialisten vorzugehen. Als er versucht, die im Vertrag von Ucialli abgepreßten ,,Besetzungsrechte'' rückgängig zu machen, greifen italienische Truppen zunächst die Provinz Tigrei an. Vorher hatten sie vergeblich versucht, die schroffen nationalen Gegensätze in Meneliks Reich zu einem Bündnis mit dem Sohn seines Vorgängers, dem Ras von Tigrei, auszunutzen. Die Völker Äthiopiens und Eritreas vereinigen sich im Kampf gegen die Kolonialisten. Im Januar 1896 werden die Kolonialtruppen bei Makalle geschlagen und vollständig aus Tigrei vertrieben. Als daraufhin Italien ganz Äthiopien besetzen will, versetzt ihm die äthiopische Armee in der Schlacht bei Adua eine vernichtende Niederlage. 10000 Söldner werden getötet. Im Vertrag von Addis Abeba müssen sich die Kolonialisten hinter die Grenze von 1891 zurückziehen, seither die Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea.

Die italienischen Kolonialisten rauben den eritreischen Bauern das fruchtbarste Land und vergeben es an ins Land geholte italienische Siedler, für die es die vom Land vertriebenen Bauern – oft in unverhüllter Zwangsarbeit – bearbeiten müssen. 1909 erläßt die italienische Regierung ein Dekret, nach dem alles Land unter 800 Meter Meereshöhe zu ,,Staatsland'' zwecks Vergabe an italienische Siedler erklärt wird. Durch den Raub des größten Teils des überhaupt bebaubaren oder zur Viehzucht geeigneten Landes sollen die Bauern gezwungen werden, sich als Landarbeiter oder in den Kolonialstädten an die Siedler zu verdingen. In der Provinz Akele Guzai erheben sich die Bauern zum bewaffneten Aufstand gegen das Enteignungsdekret. Erst nach Tagen kann die Kolonialarmee den Aufstand niederschlagen. Doch die vollständige Ent- Kolonialarmee den Aufstand niederschlagen. Doch die vollständige Ent- eignung des Landes haben die Kolonialisten auch in der Folge nicht durchsetzen können.

Um Eritrea vollständig von italienischen Industrieprodukten abhängig zu machen, verhindern die Kolonialisten den Aufbau einer eigenen Industrie. Außer auf den Farmen der Siedler beuten sie die vertriebenen Bauern auf Salzfeldern und in den Asbestminen aus. Die geplünderten Reichtümer werden, sofern sie nicht für den Unterhalt der Siedler draufgehen, nach Italien fortgeschafft. Zum Abtransport der geraubten Produkte lassen die Kolonialisten Eisenbahnen und Straßen zu den Häfen bauen. So entsteht eine, wenn auch zunächst noch kleine, eritreische Arbeiterklasse.

Unter dem Faschismus unternehmen die italienischen Imperialisten einen neuen Anlauf, um vom ,,Sprungbrett'' Eritrea aus Äthiopien zu unterwerfen. Zur Vorbereitung läßt Mussolini 1932 neben der Gesandtschaft in Addis Abeba und dem Konsulat in Diredawa



Eritreas Kampf für nationale Unabhängigkeit stärkt auch den Kampf der unterdrückten Nationalitäten Äthiopiens für ihr Selbstbestimmungsrecht.

UNO 1950: Die sozialistischen Länder unterstützen das Recht Eritreas auf Selbstbestimmung

Der Debatte der UNO-Generalversammlung über Eritrea lagen 3 Anträge vor: Der Antrag der Sowjetunion verlangte die sofortige Unabhängigkeit Eritreas und den sofortigen Abzug der englischen Besatzertruppen; der Antrag Polens, der die Unabhängigkeit Eritreas nach 3 Jahren forderte, und ein von den USA betriebener und vom Politischen Ad-hoc-Komitee der Generalversammlung eingebrachter Antrag, der die Unterwerfung Eritreas unter eine Föderation mit Äthiopien beinhaltete. In der Debatte erklärte der Delegierte der Sowjetunion:

,,Die Sowjetunion hat stets den Vorschlag unterstützt, daß Eritrea die Unabhängigkeit erhalten soll, und hat dies auch in der gegenwärtigen Versammlung getan. Wir stützen unsere Argumente auf die Tatsache, daß alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit haben.

... Von dem Vorhergesagten ist klar, daß die Delegation der UdSSR gegen den Vorschlag einer Föderation Eritreas mit einem anderen Staat ist, denn eine solche Föderation würde das Recht des Volkes von Eritrea auf Selbstbestimmung mißachten, indem es die Eritreer daran hindert, dieses Recht auszuüben. Die Delegation der Sowjetunion stützt ihren Standpunkt auf die Tatsache, daß solch eine Entscheidung dem eritreischen Volk ohne seine Zustimmung auferlegt würde und deshalb eine Verletzung des fundamentalen Selbstbestimmungsrechts der Völker wäre. Einige Sprecher haben die Föderation als Kompromiß behandelt. Die Delegation der UdSSR ist der Meinung, wenn eine Föderation tatsächlich ein Kompromiß sein sollte, dann ist sie ein Kompromiß zwischen den Kolonialmächten. Er wird dem eritreischen Volk auferlegt und auch dem Volk von Äthiopien. Er wird für Äthiopien genauso unbefriedigend sein.

... Uns wurde gesagt, daß ein Teil der Bevölkerung von Eritrea die Föderation wünsche. Selbst wenn das so wäre, sollte diese Frage durch das eritreische Volk selbst entschieden werden, und nicht durch irgendeine internationale Organisation. In jedem Fall kann eine Vereinbarung nicht unter den Kolonialmächten ausgehandelt werden. Die föderative Lösung ist aber in Wirklichkeit von den Kolonialmächten vorgebracht worden, unter der Führung der Vereinigten Staaten.

... Das folgende hat eine amerikanische Zeitung über die kolonialen Interessen der Vereinigten Staaten in Afrika festgestellt. Der ,Sunday Compass' stellt am 19. November 1950 fest: ,Obwohl die Vereinigten Staaten keine Kolonien in Afrika besitzen, sind sie heute die vorherrschende Macht in Afrika. Und sie nutzen ihre Macht, nicht um den Anti-Kolonialismus in Afrika zu fördern und zu unterstützen, sondern um die alten kolonialen Pläne zu stärken und auszudehnen.'

Diejenigen Veränderungen, die stattgefunden haben, sind Änderungen, die die Profite von London oder Paris nach New York verlagern.

... Die Delegation der UdSSR kann deshalb nicht den Vorschlag einer Föderation unterstützen, der das Ergebnis des Kampfes der Kolonialmächte untereinander um eine Neuaufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien ist.

Die Delegation der UdSSR appelliert an alle anderen Delegationen, für die eritreanische Unabhängigkeit zu stimmen, welches die angemessene Lösung für dieses Problem ist. Ein unabhängiges Eritrea würde das Recht haben, alle Fragen zu entscheiden, die seine Beziehungen mit Nachbarstaaten betreffen.''

Der Delegierte der Tschechoslowakei erklärte zu dem von den US-Imperialisten betriebenen Antrag:

,,Die Generalversammlung hat kein Recht, die Unabhängigkeit des Volkes von Eritrea zurückzuweisen, für die soviele eritreische Freiheitskämpfer ihr Leben gegeben haben. Die Föderation mit Äthiopien, die in einem Resolutionsentwurf vorgeschlagen wird, ist eine Verletzung der Charta (der Vereinten Nationen), die keine anderen Lösungen als Unabhängigkeit von der Mandatsverwaltung in Ländern vorsieht, die sich noch nicht selber regieren. Aber ist es wirklich eine Föderation, die im Falle Eritreas als Lösung vorgeschlagen wird? Haben zwei souveräne Staaten diese Form der Regierung frei und ohne Druck angenommen?

Die föderative Form der Regierung, die Eritrea auf diese Weise auferlegt werden soll, beruht nicht auf dem freien ungehinderten und demokratischen Ausdruck des Willens zweier souveräner Staaten. Es ist bloß eine Maske für die Annexion des kleineren Eritrea durch einen größeren, an Bevölkerung reicheren Staat.

Der Resolutionsentwurf, der durch das Politische Ad-hoc-Komitee in die Generalversammlung eingebracht wurde, würde das Volk von Eritrea seiner Freiheit berauben. Im Gegensatz zu den grundlegenden Absichten der Charta würde es dem Volk von Eritrea sein Recht auf Selbstbestimmung bestreiten und ihm eine Föderation mit Äthiopien auferlegen, die von der großen Mehrheit bekämpft wird. Anstatt den Frieden in diesem Teil der Welt zu wahren, würde die Resolution Bürgerkrieg und Zwietracht schüren. Anstatt einem unterdrückten und ausgebeuteten Volk zu helfen, Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen, wäre sie bloß ein Versuch, die Annexion eines kleinen Staates durch einen großen zu bemänteln.

Der Delegierte der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik erklärte:

,,Es ist leicht zu erkennen, daß dieser Resolutionsentwurf (des Politischen

vier weitere Konsulate in allen Landesteilen einrichten. An der Grenze zwischen ihren Kolonien Eritrea und Somalia und Äthiopien provozieren die italienischen Imperialisten Grenzzwischenfälle, besetzen schließlich das Gebiet um Ual Ual und erklären, äthiopische Bürger dürften das Gebiet nur noch mit italienischer Erlaubnis betreten.

1935 marschiert eine 500000 Mann starke Kolonialarmee von Eritrea aus nach Adua und Axum ein. Gegen den mutigen Widerstand der äthiopischen Volksmassen, den die eritreischen Völker nach Kräften unterstützen, gelingt es den Faschisten trotz ihrer erdrückenden Übermacht erst 1936, Äthiopien vollständig zu besetzen. Vergeblich beschwert sich der Negus Haile Selassie beim Völkerbund. Hätten sie Äthiopien auch lieber selbst annektiert, sind die konkurrierenden Imperialisten doch im Grunde froh, daß der einzige unabhängige Staat Afrikas endlich in eine Kolonie verwandelt worden ist.

Als Italien 1940 versucht, auch den britisch besetzten Teil Somalias zu annektieren, nutzen die Völker Äthiopiens und Eritreas die Gelegenheit zum Aufstand. Nach zwei Monaten müssen sich die italienischen Truppen aus beiden Ländern zurückziehen, doch an ihre Stelle setzen sich die britischen Imperialisten. Mit der Besetzung auch Eritreas, der Aden gegenüberliegenden Seite der Meerenge von Bab-el-Mendeb, hoffen sie, einen Stützpfeiler in ihr immer stärker erschüttertes Kolonialimperium einziehen zu können.

Doch die Völker Eritreas, die sich in den Jahren des Kampfes gegen die ita-

Doch die Völker Eritreas, die sich in den Jahren des Kampfes gegen die italienische Kolonialherrschaft zur Nation gebildet haben, lassen sich nicht um die Früchte ihres Kampfes betrügen. Immer heftiger entwickelt sich der Widerstand gegen die britischen Kolonialherren und die von ihnen geschützten italienischen Siedler. In einzelnen Fällen bringen die Bauern die Siedler kurzerhand um und zerstören ihre Plantagen. Für ihre Kriegswirtschaft errichten die britischen Imperialisten in wenigen Jahren mehr als 300 Fabriken, in denen Eritreer zu Löhnen, die kaum ein Viertel des Lohns für europäische Arbeiter betragen, für sie schuften müssen.

Durch Bestechung einheimischer Feudaler und Spaltung zwischen den verschiedenen Volksstämmen und Religionen – je etwa die Hälfte der Bevölkerung sind Moslems und koptische Christen – versuchen die britischen Imperialisten, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. So lassen sie im August 1941 von ihnen kommandierte sudanesische Truppen unter der Verleumdung, ,,Christenbanden'' hätten Sudanesen gesteinigt, nach Asmara einrücken und ein Gemetzel unter der christlichen Bevölkerung anrichten.

Haile Selassie ist nach der Niederlage der italienischen Imperialisten nach Äthiopien zurückgekehrt. Die Briten pressen ihm einen Vertrag ab, in dem sie sich die Rechtmäßigkeit ihrer Herrschaft über Eritrea bestätigen und die Nutzung der Eisenbahnlinie von Addis Abeba nach Djibouti bestätigen lassen. Im Einvernehmen mit dem äthiopischen Kaiser lösen die Imperialisten alle wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Eritrea und Äthiopien, um mit dem Vorwand, ohne sie wäre ein wirtschaftliches Chaos unvermeidbar, die Fortdauer der Kolonialherrschaft zu rechtfertigen.

Auf das Anwachsen der Volksbewegung gegen die britischen Imperialisten versuchen diese mit dem ,,Vorschlag'' zu reagieren, einen Teil Eritreas Äthiopien zuzuschlagen und den anderen (Haupt-) Teil ihrer eigenen Kolonie Sudan. Eine zu diesem Zweck von den Siegermächten 1945 ausgesandte Kommission kann in ihrem Bericht nur in einem Punkt Übereinstimmung erreichen: in der Feststellung des unbeugsamen Willens des eritreischen Volkes nach Selbstbestimmungsrecht und nationaler Unabhängigkeit.

Die US-Imperialisten, die sich schon lange in Eritrea und Äthiopien festsetzen wollten (der Generalstabschef der ägyptischen Expeditionsarmee von 1875 war Amerikaner), können 1950 in der UNO gegen die Stimmen einiger sozialistischer und fortschrittlicher Länder durchsetzen, daß Eritrea im Rahmen einer Föderation an Äthiopien angegliedert wird und Äthiopien Zugang zu den eritreischen Häfen erhält.

Zunächst geht die Rechnung der US-Imperialisten auf. Schon 1953 lassen sie sich von Haile Selassie einen ersten Stützpunkt im eritreischen Hochland zusprechen, von dem sie große Teile Afrikas und des Nahen Ostens ,,luftüberwachen'' können. In den 60er Jahren folgen eine Flottenbasis in Massawa und die Stationierung von Truppen in Decamerre bei Asmara. Auch nach der Schließung des Suezkanals bleibt der eritreische Hafen Massawa ein wichtiger Stützpunkt der US-Flotte im Rücken der arabischen Front gegen ein wichtiger Stützpunkt der US-Flotte im Rücken der arabischen Front gegen Israel. Durch die Kontrolle über Ausrüstung und Ausbildung der äthiopischen Armee verschaffen sich die US-Imperialisten ein zusätzliches Instrument, das äthiopische Völkergefängnis gegen alle ihm unterworfenen Völker einschließlich des amharischen Volkes einsetzen zu können.

Die ,,Föderation'' beginnt im September 1952 mit dem Einrücken einer 6000 Mann starken Besatzerarmee, die die beginnende demokratische Revolution zu ersticken versucht. Unter dem äthiopischen Feudalregime werden in Eritrea alle politischen Parteien verboten und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft u.a. durch eine Ausfuhrsperre gelähmt. In friedlichen Massendemonstrationen treten die Volksmassen für das Selbstbestimmungsrecht ein. 1958 organisieren die Arbeiter von Massawa und Asmara den längsten und größten Streik in der Geschichte Eritreas. Die Arbeiter fordern neben Lohnerhöhung, Gesundheitsversorgung und Legalisierung der Gewerkschaften die Aufhebung der äthiopischen Wirtschaftssanktionen und nationale Unabhängigkeit. Der Streik wird von der äthiopischen Regierung gewaltsam niedergeworfen: 88 Arbeiter werden getötet, 450 verwundet.

Nachdem die ,,Föderation'' längst zu einer Farce geworden ist, schreitet Äthiopien 1962 zur unverhüllten Annexion. Am 14. November verkündet der Rundfunk in amharischer Sprache die 'Vereinigung Eritreas mit Äthiopien''. Doch bereits 1961 haben die eritreischen Arbeiter und Bauern den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts aufgenommen.

Die eritreischen Bauern sind die Hauptkraft im Kampf um die nationale Unabhängigkeit

z.bil. 1890 unterjochten die italienischen Kolonialisten das Land Eritrea. Vor der Kolonisierung siedelten im zentralen Hochland seßhafte Stämme und betrieben Ackerbau. Das Land der einzelnen Dörfer war in Lose unterteilt. Jede alteingesessene Familie hatte Anspruch auf ein Los, die Lose wurden jeweils nach einigen Jahren neu aufgeteilt.

Die Kolonialisten haben das Land geraubt. Auf den fruchtbarsten landwirtschaftlichen Flächen wurden Monokulturplantagen errichtet, die hauptsächlich Baumwolle und Kaffee für die Bedürfnisse der ausländischen Kolonialmächte produzierten. Vernichtung der Lebensbedingungen der eritreischen Massen war die Folge. Fruchtbare Weideflächen lagen brach, die Wasserstellen wurden ausgetrocknet. Die Ausrottungsfeldzüge der Imperialisten machten die Bauern landlos, massenhaft wurden sie in die Plantagen der Imperialisten als Lohnarbeiter getrieben oder in die Städte. Aus einem Land, dessen Selbstversorgung gesichert war, wurde als gesetzmäßige Folge der imperialistischen Besetzung ein abhängiges Land, in dem der Hunger regierte.

1961 nahmen die eritreischen Volksmassen den bewaffneten Kampf gegen die äthiopischen und imperialistischen Besatzer auf. Von den 3 Millionen Eritreern sind 78% Bauern und Nomaden. Sie sind die Hauptkraft der eritreischen Revolution. Vor fast 30 Jahren haben die eritreischen Volkmassen vor der UNO erklärt, daß sie für die Unabhängigkeit kämpfen werden und jede Form der Annexion und Besetzung durch Kolonialismus und Imperialismus zurückweisen. 11 Jahre später haben sie den bewaffneten Kampf aufgenommen.

Die EPLF hat in ihrem Programm festgelegt: ,,Abschaffung feudaler Strukturen auf dem Land, Durchführung einer gerechten Verteilung von Land. Förderung von Genossenschaften durch Schaffung der Bedingungen für Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe mit der Absicht, eine moderne und entwickelte Landwirtschaft und Viehzucht aufzubauen, ... Förderung des Zusammenschlusses, wo die Bauern organisiert, agitiert und mit einer klaren revolutionären Perspektive ausgerüstet werden, um am antikolonialen, antifeudalen Kampf teilzunehmen, die Ziele der Revolution zu verteidigen, sich selbst von Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung zu befreien und ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln.'' In den befreiten Gebieten sind diese Forderungen verwirklicht. Das Pachtland wurde enteignet und an die landlosen Bauern verteilt. Gleichzeitig werden einfache Genossenschaften gegründet, gemeinschaftlich bewirtschaftete Felder, deren Überschüsse als Vorrat dienen oder gegen landwirtschaftliche Geräte, Stoffe und andere Gebrauchsgüter getauscht werden. Auf den Feldern erproben die Bauern neue Bebauungsmethoden, neues Land wird erschlossen, Brunnen gebohrt. Ganze Stämme haben sich wieder angesiedelt. Die Befreiungsarmee arbeitet mit auf den Feldern, die Bauern haben sich bewaffnet und Milizen gegründet, um in ihrem Bereich Überfälle der Besatzungstruppen zurückzuschlagen.



Eine Werkstatt in den befreiten Gebieten Eritreas.

Die Arbeiterklasse: führende Kraft

Die Arbeiterklasse: führende Kraft im nationalen Befreiungskampf

z.bil. Eritrea ist reich an Bodenschätzen: Erdgas, hochwertiges Eisenerz, Gold, Nickel, Kupfer, Magnesium, Chrom und Asbest. Zuerst die italienischen, sodann die britischen und US-Imperialisten und jetzt die andere Supermacht wollen diese Reichtümer ausbeuten. Frühzeitig schon haben sich Mobil Oil und Golf Oil die Konzessionen zur Ausbeutung der gesamten Küstenzone gesichert. 1967 waren 200 US-imperialistische Konzerne an der Aneignung dieser Reichtümer und der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft, die sie in den Fabriken und Plantagen vernutzen, beteiligt.

Die Arbeiterbewegung hat stets um die Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen zur Durchsetzung von mehr Lohn und für Arbeiterrechte, den Kampf geführt.

1946 erklärten die britischen Imperialisten die Gründung der ersten Gewerkschaft der eritreanischen Arbeiter bei dem Bier- und Alkohol-Kapitalisten ,,Melotti Brewery'' für illegal.

Im Dezember 1953 wurde in Asmara die Union der Arbeitergewerkschaften gegründet. Die äthiopische Besatzermacht suchte sie sofort zu verbieten, Rede- und Versammlungsfreiheit wurden aufgehoben.

1953 traten die Hafenarbeiter in Massawa und Assab gegen das Verbot des Gewerkschaftsbundes in den Streik.

1958 beschloß die äthiopische Besatzermacht ein neues Arbeitsgesetz. Die Arbeiter von Massawa und Asmara streikten und forderten die Einführung eines Mindeststandards von Arbeitsplatzsicherung, Sozialversicherungen, bezahlten Urlaub und Mindestlöhne, sowie die Legalisierung der Gewerkschaften. Der Besatzermacht ist es nie gelungen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Trotz der schwierigen Bedingungen haben sich die Gewerkschaften in der Illegalität neu formiert.

Im April 1974 kämpften die Arbeiter der großen Bananenplantagen von Tekre Rai gegen Entlassungen. Mitte Juni 1974 streikten die Fahrer der Traktoren und Lastwagen auf der Gallodi Plantage, und im Oktober 1974 forderten die Arbeiter des Konzerns ,,Brattillo'' ein festes Lohnsystem, Sozialversicherungen und bezahlten Urlaub.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung für ihre Rechte und die nationale Unabhängigkeit haben es erlaubt, daß die eritreischen Städte bis auf Asmara, vor der jüngst erfolgten sozialimperialistischen Offensive befreit werden konnten. In den befreiten Städten wur- listischen Offensive befreit werden konnten. In den befreiten Städten wurde das Programm der EPLF verwirklicht: ,,Verstaatlichung aller Industrie, die sich in den Händen der Imperialisten, Zionisten, äthiopischen Kolonialisten, ihrer eritreischen Lakaien sowie der Ausländer, die die Unabhängigkeit Eritreas bekämpft haben, befinden. Verstaatlichung der Großindustrie, Häfen, Bergwerke...'' Die Forderungen der Arbeiterbewegung, Abschaffung der Arbeitsgesetze und Scheingewerkschaften, Durchsetzung des 8-Stunden-Arbeitsvertrages, 25 Tage Urlaub im Jahr, Sozialversicherungen, sind in den befreiten Städten verwirklicht worden. In den befreiten Städten und Gebieten haben die Arbeiter nationale Industrien, insbesondere den Bau und die Reparatur von Maschinen, Uhrenreparaturen, Autowerkstätten, Tischlereien, Straßenbau und Fernmeldeanlagen nach dem Prinzip des Vertrauens in die eigene Kraft aufgebaut. Die Zerschlagung der kolonialen Herrschaft ist der nächste Schritt, mit dem sich die eritreische Nation von jeglicher Ausbeutung unter Führung der Arbeiterklasse befreien wird.



Ad-hoc-Komitees) nichts gemein hat mit den Interessen des eritreischen Volkes. Er dient bloß den Absichten derjenigen, die fürchten, daß die Errichtung eines unabhängigen Eritrea einen Präzendenzfall für andere Kolonialvölker schaffen würde, derjenigen, die bestimmte ökonomische, militärische und strategische Ziele auf dem afrikanischen Kontinent verfolgen. Das Volk von Eritrea, das für Jahrzehnte unter dem Joch kolonialer Unterdrückung gelitten hat, erwartet eine ganz andere Entscheidung von den Vereinten Nationen. Es hofft auf eine gerechte Entscheidung über sein Schicksal. Es weiß, daß viele Völker, die genauso klein oder sogar noch kleiner sind, ihre nationale Unabhängigkeit und ihren Staat haben und ihr eigenes Schicksal selbst entscheiden. Es ist die Pflicht der Vereinten Nationen, ihm zu helfen, die Unabhängigkeit zu erlangen, und jede Entscheidung, die im Gegensatz zum Interesse dieses Volkes steht, könnte eine Quelle ernsthafter Gefahren für Frieden und Sicherheit in Afrika schaffen.

... Eine Lösung des eritreanischen Problems (sofortige Unabhängigkeit) würde jede Möglichkeit innerer Unruhe in Eritrea ausschließen, denn wenn das Volk seine Unabhängigkeit erreicht hat, hat es die Möglichkeit, über seine Zukunft so zu entscheiden, wie es selbst dies für richtig hält. Jede Rechtfertigung und jeder Vorwand für die Intervention in die inneren Angelegenheiten Eritreas durch andere Staaten würde dadurch ausgeschaltet, und der Friede und die Sicherheit der Nationen würde dadurch gestärkt. Die Delegation der Belorussischen SSR wird deshalb mit Vergnügen für den Resolutionsentwurf der UdSSR stimmen.''

Der Delegierte der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik erklärte:

,,Die Delegation der Ukrainischen SSR ist der Überzeugung, daß das Volk von Eritrea sein Recht auf Selbstbestimmung auf der gleichen Basis ausüben soll wie das Volk von Libyen, welches in Kürze seinen unabhängigen Staat errichten wird. Diese Forderung beruht vor allem auf der Tatsache, daß das Volk ohne Zweifel eine Nation bildet mit allen Charakteristika einer Nation. Es bildet eine gutorganisierte, stabile Gesellschaft, die auf einer gleichen Sprache, Kultur, Ökonomie und Anschauung beruht, was sich in einer gemeinsamen Kultur zeigt.''

Die Studenten unterstützen den Befreiungskrieg

z.sus. Unter dem Thema ,,Kämpfen, um eine demokratische Assoziation Eritreischer Studenten zu bilden'', wurde der 1. Kongreß der Assoziation Eritreischer Studenten (AES) erfolgreich vom 8.-11. Mai 1978 durchgeführt. Dieser 1. Kongreß wurde zum ersten Mal im befreiten Gebiet, der Stadt Keren, abgehalten. Delegierte von Zweigen des AES innerhalb Eritreas, des Mittleren Ostens, Europas und Nordamerikas nahmen teil. Ebenso Beobachter von Versammlungen aus verschiedenen Städten und den Massenorganisationen der EPLF. Der Generalsekretär der EPLF begrüßte den Kongreß, ,,den die eritreischen Massen ungeduldig erwartet und für den die eritreischen Studenten mit großer Entschlossenheit gekämpft haben''. Die Rolle der Studentenbewegung, als Reserve im eritreischen Befreiungskampf für nationale Unabhängigkeit wurde hervorgehoben. Da die Studenten aus verschiedenen Klassen kommen und unterschiedliche Weltanschauungen haben, ist es unvermeidlich, daß sie ihre Rolle in der Revolution ändern. Früher wurden in den vom Feind besetzten Städten Zellen der Studenten gebildet.

Die Zellen hatten die wichtige Aufgabe, dem Feind die Möglichkeit zu nehmen, die Städte zu kontrollieren. Studentenzellen haben Anlagen des Feindes zerstört, Reichtümer der Kolonialisten beschlagnahmt und sie in die befreiten Gebiete gebracht.

Die eritreischen Studenten im Ausland unterstützen ebenfalls den Kampf ihres Volkes für nationale Unabhängigkeit von jeglichem Imperialismus. 1977 gründete sich die Assoziation der eritreischen Studenten im Mittleren Osten (AESME). In Europa wurde 1970 die ,,Eritreer für die Befreiung in Europa'' gegründet. 1977 reorganisierte sich die EFLE und gründete die Assoziation Eritreischer Studenten in Europa (AESE). Auf dem Kongreß im Mai 78 hat der AES folgendes Programm verabschiedet:

,,Der Kongreß drückt der EPLF seine volle Unterstützung aus, die durch ihren revolutionären Kampf grundlegend die eritreische Gesellschaft umwälzt und dadurch bewiesen hat, daß sie die wahre Avantgarde der eritreischen Revolution ist.

... Anerkennt das Programm, die Verfassung und die Resolutionen, die auf dem ersten organisatorischen Kongreß der EPLF angenommen worden sind, und die Kämpfe, um sie auszuführen.

...Verurteilt die Aktivitäten und Versuche der Imperialisten, Zionisten und aller reaktionären Kräfte, die nationale Befreiungsbewegung im Mittleren Osten, am Horn von Afrika und im südlichen Afrika zu zerschlagen.

Drückt den unterdrückten Völkern Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas seine Unterstützung aus, insbesondere dem Volk von Palästina, Oman, Azania, Zimbabwe, Namibia, Westsahara, Osttimor, Puerto Rico etc. in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Zionismus.

Drückt dem Kampf der revolutionären und demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern und allen revolutionären Kräften in der Welt seine Unterstützung aus.

Dankt allen Ländern und Organisationen, die die eritreische Revolution unterstützen und ruft sie auf, ihre Unterstützung fortzusetzen''.

490 Millionen für Industrie- und Agrarkapitalisten

Beschlüsse der Niedersächsischen Landesregierung zur ,,Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

r.kea. Die Niedersächsische Landesregierung hat im Februar des Jahres die Plananmeldung 1979 für das Bund-Länder-Programm ,,Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" beschlossen. Der jetzige 7. Rahmenplan sieht für das Land Niedersachsen im laufenden Haushaltsjahr 490,46 Mio. DM an Ausgaben vor, davon 186,804 Mio. DM Landesanteil. Weiter sind an Verpflichtungsermächtigungen, d.h. Folgekosten, die sich auf spätere Haushaltsjahre erstrecken, 366,235 Mio. DM (Landesanteil: 138,494 Mio. DM) vorgesehen.

Bereits im Grundgesetz (Art. 91a) werden ,,die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und ,,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als *Gemeinschaftsaufgaben* für Bund und Länder festgelegt. Das 1969 erlassene ,,Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" besagt unter § 2 Allgemeine Grundsätze: ,,Die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und deren Eingliederung in den Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaften zu erleichtern sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumplanung zu beachten".

Hinter diesen Formulierungen steht das lang schon gehegte und verfolgte Ziel der BRD-Imperialisten, ihre Vormachtstellung in der Europäischen Gemeinschaft auszubauen und auch auf den Agrarsektor zu erstrecken.

Die finanziellen Schwerpunkte beim 7. Rahmenplan der niedersächsischen Landesregierung liegen beim *einzelbetrieblichen Förderungsprogramm*, bei

geförderte Maßnahmen, bzw. Projekte	Ausgaben 1979 (Verpflichtungsermächtigung)
Einzelbetriebl. Förderungsprogramm, Zuschüsse nach dem Marktstrukturgesetz u.ä.	160,70 (119,49)
Maßnahmen der ,,Flurbereinigung" u. dergl.	70,58 (56,88)
Infrastrukturmaßnahmen, Hochwasser- und Küstenschutz	258,88 (188,71)

Maßnahmen der *,,Flurbereinigung"* und, was die Hauptsäche des Programms ist, bei einer Fülle von Maßnahmen zur *Entwicklung der Infrastruktur* im Interesse der kapitalistischen Produktionsweise. Der Staat funktioniert hier gut als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, indem er mit Geldmitteln, die dem Volk abgepreßt wurden, allgemeine Voraussetzungen für die kapitalistische Produktion und Expansion schafft. Ohne Ausbau eines passenden Straßen- und Verkehrswegenetzes z.B. kann das Geschäft nicht florieren, haben die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern gegenüber der Landesregierung immer wieder betont. Die geförderten Projekte sind keineswegs auf die Landwirtschaft beschränkt, sie reichen von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen über bodentechnische Projekte, Wegebau, Dorferneuerungsprojekte, Kanalisations- und sonstige Tiefbauarbeiten, Hochwasser- und Küstenschutzprojekte, bis zu energiewirtschaftlichen und fernmeldetechnischen Anlagen. Mit Mitteln der ,,Gemeinschaftsaufgabe" erstellen die niedersächsischen Ämter für Agrarstruktur auch ,,fachbehördliche Stellungnahmen" für Straßenbauvorhaben, Stromversorgungsanlagen und sogar für militärische Projekte.

An Maßnahmen der Flurbereinigung sind 380 Verfahren vorgesehen, wobei eine Fläche von 392500 ha einbezogen ist. In den Zahlen sind auch Verfahren der ,,beschleunigten Zusammenlegung" und des sogenannten ,,freiwilligen Landtausches" eingeschlossen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup nennt die Flurbereinigung ein ,,epochales Ereignis". Inhaltlich legt das niedersächsische Flurbereinigungsprogramm fest: ,,Die Flurbereinigung ist eine der umfassendsten Neuordnungsmaßnahmen im ländlichen Raum" und ,,... ist in weiten Bereichen Voraussetzung für die sinnvolle Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen; sie leistet gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur ländlicher Gemeinden". Immer wichtiger wird, ,,daß die Flurbereinigung zunehmend eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung von landbeanspruchenden Großbaumaßnahmen der öffentlichen Hand zu sehen hat," heißt es im Niedersächsischen Flurbereinigungsprogramm. Gemeint sind die Zwangsenteignungen der Bauern für Großprojekte wie Gorleben, Emsland-Küstenautobahn oder Bundesbahnschnellstrecke Hannover-Kassel.

Der dritte Schwerpunkt ist das einzelbetriebliche Förderungsprogramm. Hier greift der Staat unmittelbar in die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ein. Das Ziel, die Errichtung großer kapitalistisch produzierender Produktionseinheiten und die Vernichtung der kleinbäuerlichen Betriebe soll mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- Zuschüsse und Darlehen zur Rationalisierung von Betrieben ab bestimmter Größenordnung.
- Förderung der ländlichen Siedlung durch Zuschüsse und Darlehen.
- Selektion durch ,,Leistungsprüfungen" durch die Landwirtschaftsbehörden.
- Einführung der Buchführungspflicht für die kleinen Bauern.
- Förderung von Landarbeiterwohnungen zur Bereitstellung von Facharbeitskräften für die Agrarkapitalisten.
- Förderung der kapitalistischen Vermarktungseinrichtungen und Zerschlagung der Möglichkeiten der selbständigen Vermarktung durch die Produzenten.

Zusammengenommen gibt der 7. Rahmenplan zur ,,Gemeinschaftsaufgabe" die Linie der Kapitalistenklasse für einen weiteren Abschnitt ihres Feldzuges gegen die produzierenden Klassen der Gesellschaft an. Die seit Jahren betriebene tiefgreifende und gewaltsame Umwälzung der gesamten, vor allem der ländlichen Wirtschaftsstruktur wird jetzt in einem Maßstab weitergeführt, der durch die Weltmachtpläne der BRD-Imperialisten gesetzt ist. Dafür entwickelt die Niedersächsische Landesregierung viel Gespür. Wie sie die Lage für die Durchsetzung auch dieses Programms einschätzt, zeigt der rundum vorangetriebene Polizeiausbau.

Britische Manöver verursachen Überschwemmungen – Bauern protestieren

Northeim. Nachdem im Herbst eine britische Pioniereinheit die Wiesen der Hollenstedter Bauern bei einer fünfwöchigen Übung verwüstet hatte, wird jetzt die Aussaat durch Hochwasser bedroht. Die schweren britischen Panzer haben die Ufer der Ruhme und Leine beschädigt und dadurch das Ausmaß des Hochwassers bei der Schneeschmelze noch gesteigert. Der Landvolkverband rechnet bei Andauern der Überflutung mit Einkommensverlusten der Bauern. Nach seinen Protesten im letzten Jahr mußten bereits weitere Übungen der Besatzer abgesetzt werden.

Einzelhandel fordert 120 DM

r.roh. Die Fachgruppe Einzelhandel Bielefeld der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen unterstützte auf ihrer letzten Sitzung die Forderungen der Großen Tarifkommission. Diese wurden dem Einzelhandelsverband Nordrhein e.V. und dem Landesverband des Einzelhandels für Westfalen und Lippe e.V. im vergangenen Monat schriftlich mitgeteilt. – Das Endgehalt in der Gruppe I soll um 120 DM angehoben werden. – Alle anderen Gehaltsgruppen sollen analog dazu angehoben werden. – Die Mindestanhebung darf jedoch 100 DM nicht unterschreiten. (Welche Bedeutung die Mindestforderung gerade im Einzelhandel hat, wird aus dem Schaubild im Artikel Seite 4, Ausgabe Nord deutlich) – alle Kassierertätigkeiten sollen in Zukunft in der Gruppe 2 eingruppiert werden. – Die Ortsklasse 2 soll stufenweise abgebaut werden. – Die Ausbildungsvergütungen sollen im 1. Ausbildungsjahr 500 DM, im 2. Ausbildungsjahr 560 DM und im 3. Ausbildungsjahr 620 DM betragen. – 6 Wochen Urlaub für alle. – Zusätzliche bezahlte Freizeit für ältere Arbeiter. Außerdem erklärt die Fachgruppe der HBV ausdrücklich, daß die Kapitalisten in den letzten Jahren enorme Profite gemacht haben. Zurückzuführen ist das auf umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen, vor allem in den neu erbauten Kaufhäusern von Horten und Quelle.

Gehaltstarifvertragsabschluß für die Druckindustrie in Niedersachsen

r.dis. Am 23. Februar wurde der neue Gehaltsstrukturvertrag unterschrieben. Der neue Vertrag enthält acht Lohngruppen (A1 bis A8), wie bereits gehabt, wovon fünf Lohngruppen direkt niedriger sind als die entsprechenden alten Lohngruppen. Die bisherige Altersstaffelung ist weggefallen, dafür gibt es jetzt die Staffelungen nach Beschäftigungsjahren in der entsprechenden Lohngruppe, was für die Kapitalisten bei jeder Änderungskündigung einen zusätzlichen Reiz darstellt. Nach fünfjähriger Tätigkeit in der untersten Gruppe A1 ist der Hungerlohn von 1573 DM im Monat festgelegt, das ist noch 43 DM weniger als in der jetzigen Gruppe K1 ab 30 Jahren. Der Facharbeiterecklohn in der Druckindustrie von 1848 DM wird erst nach dreijähriger Tätigkeit in A3 oder bei Eintritt in die Gruppe A4 mit 1906 DM erreicht. So ist für Sachbearbeiter in der Auftragsbearbeitung, im Verkauf und Einkauf die Gruppe A5 vorgesehen – nach dreijähriger Tätigkeit 2535 DM. Bei der Stalling AG Oldenburg werden diese Kollegen alle in T2 über 30 Jahre eingestuft, was 2986 DM im Monat bringt. Die Rückstufung macht 451 DM aus. Der Wille der Kollegen, diesen Tarifvertrag zurückzuschlagen, läßt sich nicht mit der Klausel, daß ,,aus Anlaß der neu vereinbarten Gehaltsstruktur die jetzigen Tarifgehälter nicht gekürzt werden dürfen" besänftigen, liegen doch Erfahrungen vor, wie durch Änderungskündigungen, Neueinstellungen oder Anrechnung der Lohnerhöhungen die Gehälter gekürzt werden. Dies mußte auch Rodewig, Landesvorsitzender der IG Druck, auf einer Versammlung in Oldenburg am 16.3 erfahren, wo 39 Angestellte den neuen Vertrag einhellig ablehnten und keine Herabgruppierungen forderten.

Um Obst soll gebettelt werden

r.gör. In Kühlhäusern an der Unterelbe befinden sich große Mengen Obst aus dem Alten Land. Das Obst ist da – um vernichtet zu werden. Es kann nicht *profitbringend* abgesetzt werden. Die Volksmassen sollen 3 DM fürs kg Äpfel zahlen, oder eben drauf verzichten. Aber auch wenn sie verzichten, zahlen sie. Der kapitalistische Staat hat es bereits an sich gerissen, um eben solche *marktwirtschaftlichen Prinzipien* durchzusetzen. Scheinbar eine Ausnahme gibt es für den Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die Bückeburger Abteilung dieser Befriedungsorganisation hat von den Äpfeln 150 Zentner bekommen. Umsonst? Nein, sie soll damit die Massen das Betteln lehren; die Äpfel sind nämlich für Sozialhilfeempfänger oder kinderreiche Familien, *die ihre Bedürftigkeit nachweisen*. Also ohne dies soll das Volk lieber zusehen, wie die Äpfel vernichtet werden, kann man sich die Äpfel nicht holen. Aber warum eigentlich nicht? Die Kühlhäuser sind doch zugänglich. Das Volk, die produzierenden Klassen sind allemal als Almosenempfänger zu sehen, daran hat doch überhaupt bloß die Bourgeoisie Gefallen.

Aus den Arbeitern gepreßt: Preussag-Expansion in Ibbenbüren

r.noc.Ibbenbüren. Die Preussag AG mit ihrem Sitz in Hannover gliedert sich auf in die Bereiche Metall, Kesselwagen, Reederei, Tanklager, Erdöl und Chemie, Kohle und Bau. Im Preussag Konzern wurden 1978 17495 Arbeiter und Angestellte angestellt (Stand Sept.), das waren 286 weniger als 1977 (,,Die Schicht", Werkszeitung Preussag, 4/78). Der größte Teil der Belegschaft arbeitet im Kohlebergbau. Auf der Zeche Preussag in Ibbenbüren (Kreis Steinfurt), sind etwa 4500 Arbeiter und Angestellte. Die Preussag ist hier der größte Ankäufer von Arbeitskraft.

Die Preussag-Kapitalisten haben inzwischen eine klare Vormachtstellung im westdeutschen Steinkohlebergbau errungen. Wurden 1977 84,5 Mio Tonnen Steinkohle in der BRD gefördert (-5,3% zum Vorjahr), hatten die Ruhrreviere beispielsweise Verluste in der Förderkapazität von 6,4%, in Ibbenbüren stieg die Förderung um 3,9% (Informationen für die Mitarbeiter, April 78). 1978 wurden 83,5 Mio t Steinkohle abgebaut (-1,9%), Ruhrreviere -1,5%, Aachener Reviere -4,2%, Saar +0,2%, Ibbenbüren +13,7% (Informationen für die Mitarbeiter, Februar 78).

Das Ausmaß der gesteigerten Arbeitsintensität wird deutlich, vergleicht man die Anzahl der Beschäftigten und die Leistung pro Mann und Schicht (kg M/S). 1977 wurden auf der Preussag 1,8% der Belegschaft entlassen, 1978 1,4%; insgesamt in der BRD wurde die Belegschaft 1977 auf 192000 gekürzt, 1978 auf 183000. Die Leistung kg M/S entwickelte sich folgendermaßen: 1977 waren es 2733 kg M/S, 6,1% mehr als 1976, 1978 sind es bereits 3403 kg M/S, 24,5% mehr als 1977. 5 Tonnen M/S ist das Ziel, das die Preussag-Kapitalisten mit ihrer Profitgier erreichen wollen. Dies auch in Konkurrenz zu den britischen Bergwerkskapitalisten, die 1977 eine Leistung von 3583 kg M/S aus den Bergleuten gepreßt haben.

In der Ibbenbürener Schachtanlage wird im Westfeld und im Ostfeld Kohle gefördert. Das Westfeld wird Mitte dieses Jahres endgültig geschlossen, dort sind fast alle Kohlevorräte geraubt. Gerade hier ist die Auspressung von Mehrarbeit unerträglich gesteigert worden: im Januar 78 wurden von 816 Arbeitern unter Tage 5123 kg M/S gefördert; im Januar 79 wurden 4520 kg M/S von 526 Arbeitern geschafft, das ist eine Steigerung um 138%! Die jüngeren und noch nicht so verbrauchten Bergleute vom Westfeld sind teilweise ins Ostfeld übernommen worden, der größte Teil, schon verschlissene, ältere Arbeiter sind frühzeitig in Rente geschickt worden.

Im Ostfeld ist 1977 während der normalen Produktion ein komplett neuer Schacht errichtet worden, modernste Fördermaschinen sind hier rund um die Uhr im Einsatz, neue Förderbänder haben die alten Tonnenwagen abgeschafft, sodaß die Verschiebezeiten und Verladezeiten stark gesenkt werden konnten. Der Abbau ist in einer Tiefe von 1200 m möglich, hier sind Temperaturen von 35° C und mehr. In den Weststrecken 1, 2 und 3 und in den Südstrecken 1 und 2 sind es häufig über 40° C.

Mit dem niedrigen Schichtlohn, 90 - 100 DM pro Schicht sind die Bergleute gezwungen im Gedinge zu schaffen (Akkord), Überschichten sind an der Tagesordnung. Kumpels haben uns berichtet, zur Zeit würden so viele Überschichten wie noch nie gefahren. Alle Bergarbeiter, die mehr als zwei Krankenscheine im Jahr hatten, sollen rausgeschmissen werden.

Am 30.4. werden die Tarife gekündigt. Die Beratung über die richtige Lohnforderung für den Normalarbeitstag muß mit dem Verbot der Nacht- und Schichtarbeit verbunden werden. Dies wird dann auch in der Durchführung des 1. Mai ein richtiger Zusammenschluß sein.

Küstenfischer fordern Ausgleichsfonds von der Jadeindustrie

r.irw.Hooksiel. Die kleinen Küsten- und Hochseefischer in Weser-Ems wenden sich gegen den Bau einer vierten Löschbrücke an der Jade, die zu einer weiteren Zunahme der Ölverschmutzung führen wird. In den letzten sieben Jahren wurden 141 Ölverschmutzungen im Jadebusen festgestellt. 90 mal stammte das Öl aus Tankschiffen. Seit 1974 gab es fünf Großunfälle, bei denen 100 bis 500 Tonnen Öl verloren wurden. Die Profitgier der Kapitalisten läßt sie immer größere Tankereinheiten durch die Jade jagen, die dort weitgehend manövrierunfähig sind. Am Jadeknick, an dem bereits mehrere Supertanker verunglückt sind, soll jetzt diese vierte Löschbrücke für ICI und DFTG, an der auch Flüssiggastanker anlegen sollen, errichtet werden. Für die Bourgeoisie allenfalls Grund, sich lustig zu machen. ,,Nach statistischer Wahrscheinlichkeit sei ein Tankerunglück in der südlichen Nordsee überfällig." So der SPD Landtagsabgeordnete Iserlohne (Wilhelmshavener Zeitung vom 16.3.79). Für die Fischer, vor allem die Muschel- und Krabbenfischer heißt das Ruinierung ihrer Existenz. Das Öl lagert sich in Ölkluten auf dem Wattenboden ab, gerät beim Fang ins Netz, wird mitgekocht und verdirbt so den ganzen Fang. Wollen die Fischer diese Schäden ersetzt bekommen, so liegt die Beweislast über den möglichen Verursacher bei ihnen. Der Landesfischerverband Weser-Ems hat deshalb jetzt die Forderung nach einem Haftpflichtfond, der an der Jadeküste angesiedelten Industrieunternehmen (ICI Mobilöl DFTG) aufgestellt. Aus diesem Fond sollen den Fischern all ihre Schäden ersetzt werden. Den Kapitalisten bliebe es dann ja unbenommen, sich an etwaige andere Schadensverursacher zu wenden.

Neben den kleinen Fischern wenden sich auch die Bauern gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch die Industrieansiedlungen an der Jade. In Hooksiel haben sich 20 Bauern gegen den Ausbau einer Landesstraße zusammengeschlossen, die die ICI-Kapitalisten sich als Autobahnzubringer bauen lassen wollen und die für die Bauern dort die Zerstückelung ihrer Ländereien bedeutet. Ein Bauer dort hat durch seine Weigerung, seinen Hof aufzugeben, den Weiterbau eines bereits fertiggebauten Teilstücks dieser Straße seit rund einem Jahr blockiert. Das ist die Stimmung unter den Bauern.

IG Metall-Funktionärsversammlung zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen und der Mai-Demonstration

b.sul. Letzten Donnerstag fand die Funktionärsversammlung der IG Metall zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen statt. Ungefähr 600 Vertrauensleute und Betriebsräte aus Metallbetrieben waren gekommen. Nach einem einleitenden Beitrag wurde von der IGM Bezirksleitung ein Brief von 12 Arbeiterinnen und Arbeitern von Lumoprint verlesen, der an die Versammlung geschickt worden war. Darin heißt es:

„Die zwei grundlegenden Probleme der Arbeiterinnen in der Industrie sind – der niedrige Lohn und die zu anstrengende Arbeit. Die Forderungen: Streichung der unteren Lohngruppen, Lohnerhöhung in Festgeld, wenigstens Mindestbeträge und Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, sollten in unserem Interesse im Programm für die Vertrauensleutewahlen aufgestellt werden. Wo sich die IG Metall gegen die Steuern – z.B. die letzte Steuerreform – wendet, die uns ganze 7 DM gebracht hat und den oberen 80 bis 100 DM, sind wir dafür. Das gleiche gilt für alles, was die IG Metall gegen die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung unternimmt, die Minister Ehrenberg betreibt. Wo bald die Mai-Demonstration ist, halten wir es für richtig, wenn diese Forderungen von der IG Metall mitgetragen werden."

Im Laufe der Versammlung wurden insbesondere die Forderungen nach dem 7-Stunden-Tag unterstützt. Daß Festgeldforderungen für die Lohnbewegung unabdingbar sind, wurde von verschiedenen Rednern einschließlich Engelmann von der Ortsverwaltung unterstrichen.

Ein Kollege von AEG berichtete vom Kampf der Berufschüler gegen die Verkürzung ihrer Ausbildung, gegen Blockunterricht, Stufenausbildung, Kurssystem und Zeugniserlaß und für eine Ausbildung, in der Theorie und Praxis eng verbunden sind und die wichtigsten Grundlagen der Produktion vermittelt werden. Er erklärte, daß es Teil des Kampfes der Arbeiterklasse ist gegen die Angriffe der Kapitalisten und daß diese Kämpfe der Arbeiterjugend Unterstützung finden müssen. Er erhielt viel Beifall dafür.

Vom Vertrauensleutekörper von Ortmann und Herbst wurde eine von der Ortsverwaltung „überarbeitete" Resolution vorgelegt und verabschiedet.

Darin heißt es: „Wir, die Funktionsträger der IG Metall, Verwaltungsstelle Hamburg, vertreten nach wie vor die Auffassung, daß die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ein unabdingbares tarifpolitisches Ziel der IG Metall bleiben muß... Die tarifliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche darf unter keinen Umständen in der Mitgliedschaft den Eindruck erwecken, die IG Metall habe das bedeutsame Ziel der Wochenarbeitszeitverkürzung aufgegeben... Gleichzeitig fordern wir den DGB, seine Einzelgewerkschaften und die Vertrauenskörper der Metallbetriebe in Hamburg auf: Nutzt alle Möglichkeiten, um auch im Rahmen der DGB-Veranstaltungen am 1.Mai unsere Forderung nach Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu unterstreichen..."

Ausdrücklich sollte der Kampf der Drucker Unterstützung finden, die sich gegen die verschärfte Ausbeutung durch die neue Maschinerie wehren mit dem Kampf für den 7-Stunden-Tag. Auch auf die Lage in den Stahlbetrieben wurde hingewiesen, wo die Arbeiter im Streik die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag erhoben haben, weil sie anders sich nicht gegen den Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch Nacht-, Schicht-und Akkordarbeit wehren können. In dem Maße, wie die Erfahrungen der Metallarbeiter von der Ausbeutung durch die Kapitalisten behandelt wurden, wurde dem sozialdemokratischen Argument von wegen Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitszeitverkürzung der Boden entzogen und fand das Interesse, der Ausbeutung Grenzen zu ziehen, seinen Ausdruck.

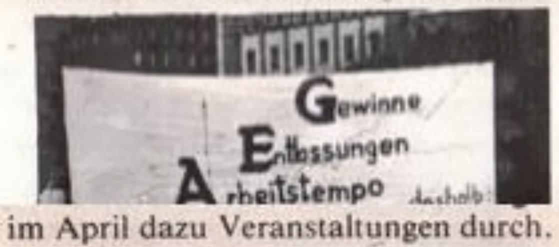
Insgesamt haben sich über 30 Redner zu Wort gemeldet und das Gerede des Vorstandsmitgliedes Diekerhoff, daß es an Aktivität mangele, konnte keinen beeindrucken.

Viel Kritik gab es an der Ortsverwaltung und dem Betriebsrat von HDW, die Klose und die SPD aufs Schild hoben, statt den Kampf der Arbeiter gegen die Entlassungen bei HDW zu organisieren. Vor allem die Tarifpolitik in der letzten Tarifrunde wurde zurückgewiesen, weil die Übernahme des Hessenmodells in keiner Weise den aufgestellten Forderungen entsprochen hat und auch nicht dem Willen der Arbeiter, gegen die ständigen Lohnsenkungen vorzugehen.

Unter Beifall wurde auch kritisiert, daß die „Linken" in der Gewerkschaft verteufelt würden. Alle Kritik gegen die sozialdemokratische Politik der Ortsverwaltung ist ein Zeichen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, ist ein Zeichen dafür, wie es danach drängt, die Belegschaften unter Forderungen zusammenzuschließen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse.

Dazu wurden keine Beschlüsse gefaßt, keine Festlegungen getroffen. So ist der Streit um die Linie in der Gewerkschaft, ob Einheitsgewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes oder Organisation zur Klassenversöhnung an keinem Punkt entschieden worden. Diese Aufgabe steht aber an und in Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen und in Vorbereitung der Demonstration am 1.Mai wird es den Arbeitern in dem einen oder anderen Betrieb oder Abteilung gelingen, sich um die Forderungen gegen die ständigen Lohnsenkungen, gegen die Vernutzung der Arbeitskraft, für den Kampf um die polytechnische Einheitsschule, gegen die Steuerplünderung und gegen die Maßnahmen zur Sozialversicherung zusammenzuschließen.

Der KBW will die Arbeiter dabei unterstützen und führt daher an den vier Sonntagen im April dazu Veranstaltungen durch.



tion vermittelt werden. Er erklärte, daß es Teil des Kampfes der Arbeiter- Grenzen zu ziehen, seinen Ausdruck. im April dazu Veranstaltungen durch.



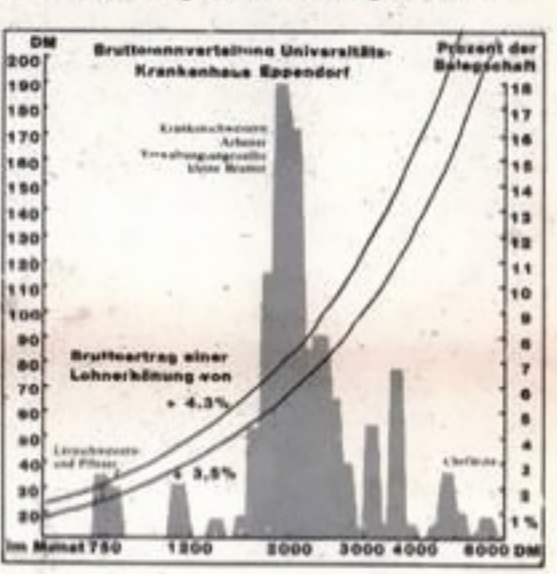
Forderungen der Metallarbeiter auf der 1.Mai-Demonstration 1978.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz schleust die Jugend in Nacht- und Akkordarbeit

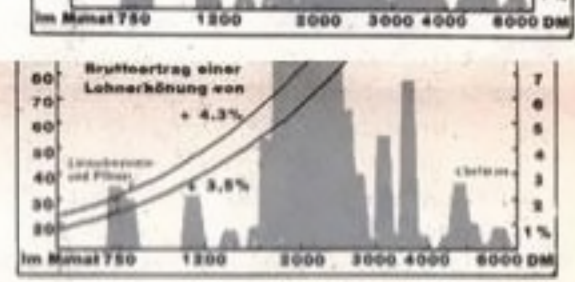
b.rad. 326 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz meldet der Hamburger Senat für das Jahr 1978. 23 mal wurden Kapitalisten – ausschließlich kleine und mittlere – mit Bußgeldern zwischen 100 und 900 Mark belegt. Solchen Profitausfall schafft ihnen eine einzige jugendliche Arbeitskraft in zwei Wochen. In den anderen 93% der Fälle hielten die Behörden „Anmahnungen" für ausreichend. Gleichzeitig lobt der Senat das geschickte Ausnutzen der zahllosen Ausnahmeregelungen im Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 durch die großen Kapitalisten. Dort wachen „eigene Verantwortliche" dafür, daß dieses Gesetz zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft sich voll entfaltet, daß die Jugendlichen in das Akkordsystem gesperrt werden, ihre ohnehin schon schlechte Ausbildung zur Farce gemacht wird und die jugendlichen Arbeitslosen als Manövriermasse der kapitalistischen Ausbeutung freigegeben sind. Die Jugendlichen, die diesem Gesetz unterworfen sind, bekommen ständig zu spüren, wie legaler Raubbau an ihrer Arbeitskraft betrieben wird. Im Zusammenschluß mit den älteren Arbeitern müssen die Jugendlichen den Kampf um Arbeiterrechte führen, vor allem für das Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit eintreten. Ein solcher Kampf ist geeignet, der körperlichen und geistigen Zerrüttung der Arbeiterjugend durch die Lohnarbeit Schranken zu setzen. Darüberhinaus muß den Kapitalisten und ihrem Staat die Kontrolle über die Ausbildung entrissen werden: Ausbildung bis zum 18.Lebensjahr. Einheitsschule!

3,5%: Dienstaufsicht geschmiert – für die Masse der Kollegen 50 bis 70 DM

b.mam. Schnell bei 3,5% und 75 DM Urlaubsgeld mehr abschließen ist die Absicht des Dienstherrn. 3,5% – das reicht dem Innenminister, um die Dienstaufsicht zu schmieren. Zum Beispiel Prof. Thomsen, Chef der Frauenklinik am UKE, bekommt 190 DM mehr. Daß der Dienstherr ihm auch sonst recht gute Verdienstmöglichkeiten beschert, wurde erst kürzlich im Bericht des Rechnungshofes für 1977 deutlich: 20% der Planbetten der Frauenklinik sind von Privatpatienten belegt. Dafür werden reihenweise Kassenpatienten wegen fehlender Betten abgelehnt. („Morgenpost", 24.2.79) Nicht selten kann dieser Herr 100000 DM im Monat von seinen Privatpatienten einstreichen. Behandeln tut er sie kaum selber, das müssen die einfachen Ärzte erledigen. Die Klinikoberin Martha Grun bekommt etwa das, was die Kollegen *für alle* gefordert haben: 112 DM mehr. 100 bis 120 DM mindestens – so lauten viele Beschlüsse aus den Betrieben. Die Oberin gefällt dem Dienstherrn mit solchen Vorschlägen: Das Pflegepersonal im UKE forderte Umkleidezeiten während der Arbeitszeit – gut sagte sie, dann wollen wir die Übergabezeiten bei Schichtwechsel kürzen, was die ohnehin große Arbeitshetze noch weiter steigern würde. Für die Masse der Krankenschwestern, Arbeiter und Verwaltungsangestellten will der Dienstherr das Lohnniveau weiter senken: 50 bis 70 DM brutto würde der Großteil von ihnen erhalten, wie das Schaubild zeigt. Ein Kollege, der BAT VII bekommt, drückte das so aus: 70 DM kriege ich mehr, bei 1600 DM netto im Monat bin ich gezwungen, jede nur mögliche Wochenendschicht und Überstunde anzunehmen, um meine Familie ernähren zu können. Genau das ist auch die Absicht des Dienstherrn – Vermehrung des Zwangs zu Überstunden, Nacht-und Schichtarbeit. Einreißen will er die Barriere, die im öffentlichen Dienst durch Festgeld- und Mindestabschlüsse gesetzt wurde. Mindestens 4,3% muß abgeschlossen werden wie bei Metall, dazu die 250 DM Urlaubsgeld. Das verbessert die Bedingungen, in der nächsten Tarifrunde mit Metall zusammenzugehen und gemeinsam der Lohnsenkung Einhalt zu gebieten.



kürzen, was die ohnehin große Arbeitshetze noch weiter steigern würde. Für die Masse der Krankenschwestern, Arbeiter und Verwaltungsangestellten will der Dienstherr das Lohnniveau weiter senken: 50 bis 70 DM brutto



Der Kampf für Selbstverwaltung des Gustav- Radbruch-Hauses geht weiter

b.loh. Nachdem die „Burse e.V." den Kampf der Bewohner nicht unter Kontrolle bringen konnte, soll die Einheit der besitzlosen Studenten in den Wohnheimen zerschlagen werden und zwar von innen heraus. In Marsch gesetzt sind die Prokuratoren. Das sind im Wohnheim wohnende Dozenten, die die Studenten bespitzeln sollen. Sie fordern Ausweiskontrollen in den Zimmern, um gegen sogenannte illegale Bewohner vorgehen zu können. Es ist ihnen gelungen, sich ein Mitspracherecht am Sperrkonto, auf das die mietstreikenden Bewohner einzahlen, zu erschleichen. Für die besitzlosen Studenten geht es darum, wieder die uneingeschränkte Verfügung über das Sperrkonto durchzusetzen, daß sie den Mietstreik erfolgreich bestehen können. Die Vergabe der Säle und Räume wird jetzt durch den Heimrat vorgenommen.

Richtig ist es, wenn die Studenten diesen Fortschritt nutzen und die vollständige Selbstverwaltung erkämpfen. Die letzte Vollversammlung hat beschlossen, Anfang des nächsten Semesters eine Veranstaltung zum Thema „Selbstverwaltung aller studentischen Wohnheime statt ihrer Bezahlung durch den Staat" durchzuführen.

Veranstaltungskalender

Montag, 19.März
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, am Bahnhof. Harburg, Bahnhof. Wandsbek, vor Karstadt.

Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.

Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.

Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.

Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.

Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 20.März
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbekerstraße.

Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Kannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar.

Donnerstag, 22. März

Hamburg, 18.00 Uhr: SRK-Sporttrupp, Alsterschwimmhalle.

Hamburg, 19.00 Uhr: Probe des Musikzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung. Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6.

Freitag, 23.März
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz.

Samstag, 24.März
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 10.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz.
Uelzen, 10.00 Uhr: in der Fußgängerzone.

Vorführung von Kampuchea-Filmen
1.)Die Befreiung Pnom Penhs (April 1975)
2.)Der wahre Charakter der vietnamesischen Aggression (1977/78)
3.)Demokratische Kampuchea (Anfang 1977)

26. und 27.März Eimsbüttel, 19.30 Uhr

26. und 27.März Stade, 19.30 Uhr

28. und 29.März Lüneburg, 20.00 Uhr

28. und 29.März Uelzen, 20.00 Uhr

30. und 31.März Bergedorf, 20.00 Uhr

30. und 31.März Harburg, 20.00 Uhr

1. und 2.April Wandsbek, 19.30 Uhr

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf der Völker

Altona: 19. bis 23.März, 20.00 Uhr

Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre
Barmbek: 19.März bis 23.März, 19.30 Uhr. Gaststätte Geibelburg, Geibelstr.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien
Harburg: 19. bis 23.März, 20.00 Uhr, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

Reihe deutsche Geschichte
Buxtehude: 26. bis 30.März, 20.00 Uhr.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien
Lüchow: 26. bis 30.März, 19.30 Uhr. Gaststätte „Deutsches Haus", Lange Straße.

Hamburg, 13.3.79. Schülerrat am UKE fordert: Kein Abschluß unter dem Metallabschluß. Am 13.3.79 hat der Schülerrat folgenden Brief an die Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV abgeschickt: ,,Der Schülerrat der Lehranstalt für Krankengymnastik am Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) bestellt Euch seine Grüsse von seiner Sitzung am 8.3.79 und fordert Euch auf, in dieser Lohnrunde keinen Abschluß unter dem der Metallkollegen (4,3%) zuzulassen bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Es wäre äußerst schädlich, wenn die Kollegen des öffentlichen Dienstes von den Kollegen der anderen Branchen durch einen geringeren Abschluß abgespalten würden. Weiterhin fordern wir Euch auf, die Rücknahme der Kürzungen bei den Praktikanten- und Ausbildungsgehältern in dieser Tarifrunde durchzusetzen.

Pinneberg, 13.3.79. Der AjLE der GEW Kreis Pinneberg verabschiedet folgende Forderungen für die 1.Mai-Demonstration in Hamburg:
- Senkung der Pflichtstundenzahl für Lehrer! 40-Stundenwoche auch für Lehrer!
- Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972!
- Entfernung und Vernichtung aller Verfassungsschutzberichte aus den Personalakten!
- Keine Rückstufungen im öffentlichen Dienst!
- Übernahme aller Hochschulabsolventen in die zweite Ausbildungsphase!
- Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst!

b.ulh. **Autofahren gehört zu den Fähigkeiten, die die Massen für den Klassenkampf brauchen wie Lesen und Schreiben.** Es ist auch nichts Kompliziertes oder Schwieriges dabei. ,,Frau starb vor Angst vor der Fahrprüfung'', meldete die ,,Bild''-Zeitung letzte Woche und befand diesen Umstand als absurd. Tatsächlich zeigt dieser Vorfall aber, wie die Bourgeoisie den Vorgang des Autofahrenlernens zu einer Tortur für die Massen gestaltet und wie sie die Notwendigkeit, fahren zu können, in eine Quelle der Plünderung zwecks Sanierung des Staatshaushaltes für sich umwandelt. Dabei *lernen* die meisten das Autofahren bei Freunden und Familienangehörigen. Damit trotzdem die Einnahmen sprudeln, hat die Bourgeoisie mittlerweile 10 Pflichtstunden vorgeschrieben. Eine Fahrstunde kostet heute meistens 30 DM, dazu die Grundgebühr von 90 DM und die staatliche Prüfungsgebühr von 79 DM. Die Schikane der Fahrprüfung beinhaltet das Durchfallen und damit zusätzliche Einnahmen für die Bourgeoisie. Die Durchfallquote in Hamburg von 1960 bis 1972 hat dem bürgerlichen Staat allein 8328180 DM an doppelter Prüfungsgebühr eingebracht.

Schreiben. Es ist auch nichts Kompliziertes oder Schwieriges dabei. ,,Frau starb vor Angst vor der Fahrprüfung'', meldete die ,,Bild''-Zeitung letzte Woche und befand diesen Umstand als absurd. Tatsächlich zeigt dieser Vorfall aber, wie die Bourgeoisie den Vorgang des Autofahrenlernens zu einer Tortur für die Massen gestaltet und wie sie die Notwendigkeit, fahren zu können, in eine Quelle der Plünderung zwecks Sanierung des Staatshaushaltes für sich umwandelt. Dabei *lernen* die meisten das Autofahren bei Freunden und Familienangehörigen. Damit trotzdem die Einnahmen sprudeln, hat die Bourgeoisie mittlerweile 10 Pflichtstunden vorgeschrieben. Eine Fahrstunde kostet heute meistens 30 DM, dazu die Grundgebühr von 90 DM und die staatliche Prüfungsgebühr von 79 DM. Die Schikane der Fahrprüfung beinhaltet das Durchfallen und damit zusätzliche Einnahmen für die Bourgeoisie. Die Durchfallquote in Hamburg von 1960 bis 1972 hat dem bürgerlichen Staat allein 8328180 DM an doppelter Prüfungsgebühr eingebracht.

Prüfungen zur Erteilung der Fahrerlaubnis in Hamburg 1960-72

Jahr	Prüfungen	bestanden	%
1960	51000	37805	74,1
1962	64683	45623	70,5
1964	58666	40438	68,9
1966	51532	34619	67,1
1968	41992	28185	67,1
1970	42166	28226	66,9
1972	36784	26507	72,0

Zweckvoll inszeniert die Bourgeoisie jetzt eine Kampagne: ,,Zweiter Führerschein für Ältere'' und ,,Führerscheinentzug bei Rentnern''. Sie stützt sich dabei auf die Tatsachen, daß die Nerven-, Hirn- und Muskelkraft der Massen durch die kapitalistische Ausbeutung verschlissen wird und will diesen Tatbestand zu weiterer Plünderung und Unterdrückung nutzen.

Hamburg, 15.3.79. Der Bischof der Nordelbischen Kirche, LOHSE, hat sich zum Bau der Atommülldeponie in Gorleben geäußert. Eindeutig könne die Kirche nicht Stellung nehmen, so habe man sich auf einer Sitzung mit den Pastoren aus dem Gebiet um Gorleben geeinigt. Auf jeden Fall vertraue die Kirche auf die Regierung und ihr Versprechen, daß die Sicherheit der Bevölkerung absoluten Vorrang habe.

Gorleben, 14.3.79. Bohrungen in Gorleben begonnen. In der Nacht vom 13.3. zum 14.3. ist mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben begonnen worden. Unter starkem Polizei- und Bundesgrenzschutzaufgebot fuhren sechs Bohrfahrzeuge an der Nord- und Ostseite auf den Bauplatz. Auf einer Veranstaltung mehrerer Bürgerinitiativen in Lüneburg wurde folgendes berichtet: ca. 50 Leute aus den Bürgerinitiativen haben um 5 Uhr morgens eine Demonstration am Bauplatz durchgeführt. Sie haben die Zufahrtswege mit Ästen verbarrikadiert, damit die Baufahrzeuge nicht zur Baustelle kommen. Vier Bundesgrenzschutzsoldaten haben den Dienst verweigert und ihre Kündigung eingereicht. Es wurden folgende Maßnahmen beschlossen:
1. Den Treck der Bauern nach Hannover zu unterstützen.
2. Die Veranstaltung der Bauern am 26.3. in Uelzen zu unterstützen.
3. Am Freitag wird um 16 Uhr eine Demonstation in Lüneburg durchgeführt.

Buxtehude, 15.3.79. In Buxtehude soll ein neuer Stadtteil für 14000 Einwohner entstehen. Die Ratsfraktion hat sich darauf geeinigt, für den ganzen Stadtteil die Öl- und Kohlefeuerung zu verbieten. Wegen der sauberen Luft. Erlaubt sind nur Gas- und Elektroheizungen sowie andere ,,umweltfreundliche Wärmequellen''.

b.syb. **In der letzten Woche wurde in der bürgerlichen Presse die Frage aufgeworfen, ob die Hamburger Erziehungsanstalten verwaisen.** Die Antwort können wir geben. Nicht Verwaisung, sondern stetiger Ausbau der Zwangsanstalten ist das Ziel der Bourgeoisie. Bei sinkender Anzahl von Kindern und Jugendlichen in den Erziehungsanstalten in Hamburg – in den letzten vier Jahren von 3600 auf 2730 – stiegen die Gesamtausgaben des Hamburger Senats von 60895000 DM auf 67294000 DM. Von 1975 bis 1978 wurden für Ausbauten und Neubauten 15525000 DM ausgegeben. So 1975 für Neubau von Werkstattgebäuden und Unterkunftshäuser für geschlossene Gruppen im Jugendheim Wulfsdorf ein Teilbetrag von 1,4 Mio. DM. 1977 1 Mio. DM und 1978 2,5 Mio. DM für Baumaßnahmen im Jugendheim Feuerbergstraße. Weiterhin wurde 1978 ein Teilbetrag für den Neubau einer Erziehungsanstalt für männliche Jugendliche in Altengamme von 3 Mio. DM ausgegeben. Offensichtlich will die Hamburger Bourgeoisie mehr Kinder und Jugendliche in Erziehungsanstalten pressen, was die Zahlen zeigen.

b.ulh. **Die Zahl der ,,Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt'' ist in Hamburg von 1963 25554 auf 1974 35336 gestiegen.** Das sind diejenigen, denen der Lohn so gedrückt oder das Arbeitslosengeld gestrichen wurde, daß sie ihre Familie allein nicht mehr ernähren können. Jetzt schreibt die ,,Welt'', daß es schon im Dezember fast zu einer spontanen Demonstration in der Hamburger Bekleidungsstelle gekommen sei. Stundenlang müßten dort die Sozialhilfebezieher warten, bis ihnen in der Kleiderkammer – nach Vorlage eines Berechtigungsscheins – drei Kleidungsstücke vorgelegt würden. Wenn keins in Frage käme, noch mal drei. Dieses ,,Pulverfaß'' will die Sozialbehörde jetzt entschärfen durch Einrichtung einer Art Warenhaus statt Kleiderkammer. Der Hamburger Senat rechnet damit, daß die Politik der ständigen Lohnsenkungen und der Verweigerung der Zahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeits-

DM ausgegeben. Offensichtlich will die Hamburger Bourgeoisie mehr Kinder und Jugendliche in Erziehungsanstalten pressen, was die Zahlen zeigen.
b.ulh. Die Zahl der ,,Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt'' ist in Hamburg von 1963 25554 auf 1974 35336 gestiegen. Das sind diejenigen, denen der Lohn so gedrückt oder das Arbeitslosengeld gestrichen wurde, daß sie ihre Familie allein nicht mehr ernähren können. Jetzt schreibt die ,,Welt'', daß es schon im Dezember fast zu einer spontanen Demonstration in der Hamburger Bekleidungsstelle gekommen sei. Stundenlang müßten dort die Sozialhilfebezieher warten, bis ihnen in der Kleiderkammer – nach Vorlage eines Berechtigungsscheins – drei Kleidungsstücke vorgelegt würden. Wenn keins in Frage käme, noch mal drei. Dieses ,,Pulverfaß'' will die Sozialbehörde jetzt entschärfen durch Einrichtung einer Art Warenhaus statt Kleiderkammer. Der Hamburger Senat rechnet damit, daß die Politik der ständigen Lohnsenkungen und der Verweigerung der Zahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeits-

losigkeit einen Massenbetrieb erfordert. Er will noch mehr Menschen in seine Fürsorgeunterdrückung zwingen.

b.jüt. **Rechtzeitig vor Beginn der Tarifrunde im öffentlichen Dienst verkündete der Verwaltungsleiter Haase vom AK Bergedorf:** ,,Die Höhe unserer Pflegesätze hängt wesentlich von den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst ab...'' (,,bz-Tip'', herausgegeben von der ,,Bergedorfer Zeitung''). Eingefangen hat er sich dafür eine Stellungnahme von 16 Beschäftigten des Krankenhauses, die jetzt als Leserbrief in ,,bz-Tip'' abgedruckt wurde und an das ÖTV-Magazin geschickt wurde. Darin heißt es: ,,In dem Artikel und durch das Zitat von Herrn Haase soll der Eindruck erweckt werden, die Lohnforderungen der Beschäftigten seien schuld an der Erhöhung der Pflegesätze, wir würden zu hoch bezahlt. Das war noch in jeder Tarifrunde so... Es soll bei der werktätigen Bevölkerung der Eindruck entstehen, unsere ‚Maßlosigkeit' treibe die Beiträge für die Krankenkassen in die Höhe. Unter welchen Bedingungen arbeiten wir und wie hoch sind unsere Löhne? Die Liegezeiten im AK Bergedorf sind seit Jahren verkürzt worden, sie liegen weit unter dem Hamburger Durchschnitt... Für uns führt das praktisch in jeder Abteilung des Krankenhauses, in jedem Arbeitsbereich zu ständig wachsender Intensität der Arbeit... Das sind Löhne, die dem Durchschnitt in den anderen Tarifbereichen entsprechen. Bekannt sind dagegen die Einkommen und Gehälter der Dienstaufsicht...''

Hamburg, 14.3.79. Der Akademische Senat hat einen Nebenfachstudiengang ,,Afrika-Studien'' beschlossen, der an sieben Fachbereichen, u.a. für die Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaft, Geschichte, Politik, mit 29 Veranstaltungen eingerichtet wird. Voraussetzung sind Englisch- und Französischkenntnisse. Es soll den Studenten ,,Einblicke in die besonderen Gegebenheiten und Probleme der afrikanischen Staaten geben, und dies unter vielfältigen Aspekten, die Grundlage für eine spätere berufliche Tätigkeit in Afrika oder bezogen auf Afrika sind. Ein solcher regional auf Afrika ausgerichteter Studiengang erscheint angesichts des generellen Kenntnisdefizits in Bezug auf Afrika bei gleichzeitig wachsender Bedeutung der afrikanischen Staaten als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Partner der Bundesrepublik Deutschland als eine angemessene Reaktion...'' (Beschluß des Akademischen Senats). Die imperialistische Eroberungs- und Unterwerfungspolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt wollen die BRD-Imperialisten mit geeigneten Kader verstärkt fortsetzen.

Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!

Bericht von L.W. Fuller, Lüneburg

b.gog. Die Fuller-Kapitalisten haben die europäische Konkurrenz ausgestochen und liegen auf Platz 1 in der Ausbeutung der Arbeiter. Sie lassen Klebstoffe, Hotmelts, Wachse für Papier- und Verpackungsbeschichtungen und z.B. den roten Wachs für den holländischen Käse produzieren. Erneut soll in diesem Jahr der Umsatz um 10% gesteigert werden, damit die Position der Fuller-Kapitalisten auf dem Weltmarkt weiter ausgebaut werden kann. So haben sie in Schweden und Großbritannien ein zusätzliches Büro eröffnet. ,,In der chemischen Industrie wird gut, zum Teil sogar blendend verdient. Auch deshalb sind unsere Forderungen berechtigt'', schreiben die Sozialdemokraten der Gewerkschaftsführung in ihrem Informationsblatt zur Manteltarifkündigung.

Wenn's den Kapitalisten gut geht und die Produktion Tag und Nacht wie bei Fuller läuft, dann geht's auch den Arbeitern gut. Das ist die Ideologie der Sozialdemokraten. Die Arbeitskraft von fast 300 Lohnabhängigen beuten die Kapitalisten bei Fuller aus. Weniger als die Hälfte davon sind Arbeiter in der Produktion, die vorwiegend im Dreischichtrhythmus angetrieben werden. Die Arbeitskraft der Angestellten in den Labors und der Verwaltung wird vor allem dazu vernutzt, um billigere und bessere Produkte herauszufinden, um den Kapitalisten einen Extraprofit zu sichern. Während dort mit modernstem Gerät und Maschinen gearbeitet wird, funktioniert die Ausbeutung der Arbeiter wesentlich über Knochenarbeit mit altem Maschinengelumpe bei Tag und Nacht.

Die Arbeiter der Bleichstation und an der Deso in Halle 2 müssen sonntags schon um 21 und 22 Uhr anfangen. Die Halle 6 ist am verhaßtesten unter den Arbeitern. Zwei bis drei Arbeiter müssen an sechs Maschinen die 25 kg schweren Säcke abfüllen und bis zu zehn Schichten auf Paletten bringen, wobei in jeder Schicht der Arbeiter weit über 5 Tonnen heben muß. Deshalb vernutzen die Kapitalisten auch immer lieber die junge Arbeitskraft, allein schon um die Antreiberei zu verschärfen. Der Lärm der Maschinen in Halle 6 ist ohrenbetäubend, Pfropfen und Ohrenschützer bringens auch nicht, sie führen nur noch schneller zu Kopfschmerzen. Schnell kommt es im Winter zu Erkältungen, wenn man verschwitzt aus der warmen Halle nach draußen muß, um z.B. neue Paletten reinzuholen.

Vor zehn Jahren hat noch ein Arbeiter eine Pastilliermaschine in Halle 6 bedient und es gab nicht mehr als einen Meister. Heute kommt auf 3 bis 4 Arbeiter schon ein Antreiber, während es an Arbeitswerkzeug wie Hubwagen und Staplern mangelt.

Unter den Arbeitern ist die Nacht- und Schichtarbeit verhaßt. Sie kostet Lebensjahre und führt dazu, daß die Arbeiter um ihre Rente betrogen werden. Die Sozialdemokraten gehen jetzt daran, die Front der Arbeiter für das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit zu durchlöchern. Karlheinz Böker, Industriegruppensekretär von Papier, hat auf einer Gewerkschaftstagung die Einführung des 5-Schichtbetriebes gefordert. ,,Die vollkontinuierliche Nutzung kapitalintensiver Anlagen bringt einem Unternehmen so viel Vorteile, daß höhere Zuschläge für Schichtarbeit kostenmäßig leicht zu tragen sind'', ist seine Begründung. Noch mehr Arbeiter will er der Schinderei in Schicht- und Nachtarbeit unterwerfen.

Die Höhe der Schichtzulagen hängt nicht von den ,,Unternehmervorteilen'' ab, sondern einzig vom Kampf der Arbeiter. Als Fuller vor 3 1/2 Jahren den 4-Schichtbetrieb einführen wollte, haben die Arbeiter eine Erhöhung der Schichtzulage von 6 auf 15% durchgesetzt. 4 Schichten haben die Kapitalisten nicht durchsetzen können, aber die Arbeiter eine Schichtzulagenerhöhung um 4%. Die Gewerkschaftsführung schreibt im ,,Blickpunkt'', daß eine Lohnforderung jetzt noch nicht aufgestellt werden soll. Das paßt genau zu Böker und läuft darauf hinaus, statt Einheit für 100 DM im Lohnkampf Ausweitung der Schichtarbeit zu fordern.

Anklageschrift wegen Streik im Mai 1977 verschickt
Bezahlung der Arbeitskraft / Beschränkung der Arbeitszeit / Streikrecht
b.ana. Den Studenten A.Adrians, H.Schween, M.Gussone und R.Hans ist in der vergangenen Woche von der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift wegen der aktiven Durchführung des Streiks im Mai 1977 zugeschickt worden. Wegen der ,,besonderen Bedeutung'' soll der Prozeß vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg stattfinden. Es geht der Bourgeoisie um die Absicherung des Streikverbots und die Unterdrückung des Koalitionsrechts.
Anklage ist erhoben worden im Auftrag des Universitätspräsidenten Fischer-Appelt, der Professorenreaktion in Gestalt der Juraprofessoren Knütel und Zeuner und des RCDS, der im Prozeß mit acht Zeugen aufwarten will. Fischer-Appelt hatte vor Beginn des Streiks den Studenten gedroht: ,,Einen auch nur vorübergehenden Ar-
Kosten, da sie ihren Bemühungen entgegenstehen, den Studienbetrieb zu intensivieren, entgegenstehen dem Anspruch des staatlichen Ausbildungsherrn, die Arbeitskraft der Studentenmassen umfassend und vollständig zu vernutzen.
1977 lagen die BAFöG-Sätze unter dem Niveau von 1974. 150 Mio. Mark hatte die Bourgeoisie 1977 an BAFöG-Geldern zurückgehalten. Im April/Oktober ,,erhöhte'' die Regierung den BAFöG-Höchstsatz um 30 DM und sogleich begannen die Kapitalisten verstärkt die Verschuldung der Studenten zu propagieren. Durch ,,höhere Eigenbeteiligung'' solle die ,,Motivation'' der Studenten ,,verbessert'' werden. Gleichzeitig ,,öffnete'' die Bourgeoisie die Hochschulen, um den offiziellen ,,Ausfall durch Studienabbruch'' von 13% bezogen auf den Studienjahrgang mehr als zu verdoppeln. Der Druck im
Ausbildungsherrn schmieden. Politische Forderungen mußten erhoben werden und wurden erhoben. Im Mai 1977 standen um die 20000 Medizinstudenten im Streik gegen das Praktische Jahr und forderten Ausbildungs- und Tarifvertrag, 700 DM Ausbildungsvergütung, gewerkschaftliche und politische Rechte, das Streikrecht und die Vertretung durch den Personalrat. Die brennende Frage lautete und lautet, wie ist die Aktionseinheit gegen den bürgerlichen Staat herzustellen. Der Notwendigkeit, die Forderung nach der Bezahlung der Arbeitskraft, der Verkürzung der Arbeitszeit, dem Koalitions- und Streikrecht bundesweit und bundeseinheitlich zu erheben und auch durchzusetzen,sind die VDS nicht nachgekommen. Die von vielen Studenten geforderte a.o. VDS-MV Ende Mai 1977 ließen sie ausfallen, als die ersten Delegierten schon angereist wa-

Anklageschrift wegen Streik im Mai 1977 verschickt

Bezahlung der Arbeitskraft / Beschränkung der Arbeitszeit / Streikrecht

b.ana. Den Studenten A.Adrians, H.Schween, M.Gussone und R.Hans ist in der vergangenen Woche von der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift wegen der aktiven Durchführung des Streiks im Mai 1977 zugeschickt worden. Wegen der ,,besonderen Bedeutung'' soll der Prozeß vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg stattfinden. Es geht der Bourgeoisie um die Absicherung des Streikverbots und die Unterdrückung des Koalitionsrechts.

Anklage ist erhoben worden im Auftrag des Universitätspräsidenten Fischer-Appelt, der Professorenreaktion in Gestalt der Juraprofessoren Knütel und Zeuner und des RCDS, der im Prozeß mit acht Zeugen aufwarten will. Fischer-Appelt hatte vor Beginn des Streiks den Studenten gedroht: ,,Einen auch nur vorübergehenden Arbeitsstillstand kann sich die Universität in keinem ihrer Bereiche leisten''. Jetzt heißt es in der Anklageschrift: ,,Durch Absperrung von Einrichtungen der Universität sowie durch Eingriffe in laufende Lehrveranstaltungen wurden vom Beginn des Boykotts an Lehrveranstaltungen unterbunden oder bis hin zum Abbruch beeinträchtigt''.

Die Bourgeoisie ist nicht bereit, wirksame Kampfmaßnahmen der Studenten zu dulden. Denn die Streiks der Studenten verursachen der Bourgeoisie Kosten, da sie ihren Bemühungen entgegenstehen, den Studienbetrieb zu intensivieren, entgegenstehen dem Anspruch des staatlichen Ausbildungsherrn, die Arbeitskraft der Studentenmassen umfassend und vollständig zu vernutzen.

1977 lagen die BAFöG-Sätze unter dem Niveau von 1974. 150 Mio. Mark hatte die Bourgeoisie 1977 an BAFöG-Geldern zurückgehalten. Im April/Oktober ,,erhöhte'' die Regierung den BAFöG-Höchstsatz um 30 DM und sogleich begannen die Kapitalisten verstärkt die Verschuldung der Studenten zu propagieren. Durch ,,höhere Eigenbeteiligung'' solle die ,,Motivation'' der Studenten ,,verbessert'' werden. Gleichzeitig ,,öffnete'' die Bourgeoisie die Hochschulen, um den offiziellen ,,Ausfall durch Studienabbruch'' von 13% bezogen auf den Studienjahrgang mehr als zu verdoppeln. Der Druck im Studium wurde noch verschärft durch die Tatsache, daß immer weniger Studenten eingestellt wurden und das Arbeitslosenheer wuchs. Diese Maßnahmen begleiteten das Gerede von der HRG-Novellierung.

Die Studenten müssen aus den gleichen Gründen, die die Bourgeoisie zur scharfen Unterdrückung der Kämpfe der Studenten – die der Bourgeoisie bloß als Disziplinlosigkeit angehender Arbeitskräfte erscheinen – veranlassen, eine Waffe gegen den staatlichen Ausbildungsherrn schmieden. Politische Forderungen mußten erhoben werden und wurden erhoben. Im Mai 1977 standen um die 20000 Medizinstudenten im Streik gegen das Praktische Jahr und forderten Ausbildungs- und Tarifvertrag, 700 DM Ausbildungsvergütung, gewerkschaftliche und politische Rechte, das Streikrecht und die Vertretung durch den Personalrat. Die brennende Frage lautete und lautet, wie ist die Aktionseinheit gegen den bürgerlichen Staat herzustellen. Der Notwendigkeit, die Forderung nach der Bezahlung der Arbeitskraft, der Verkürzung der Arbeitszeit, dem Koalitions- und Streikrecht bundesweit und bundeseinheitlich zu erheben und auch durchzusetzen,sind die VDS nicht nachgekommen. Die von vielen Studenten geforderte a.o. VDS-MV Ende Mai 1977 ließen sie ausfallen, als die ersten Delegierten schon angereist waren.

Inzwischen hat der hiesige AStA, also die Jusos und DKP'ler, die in ihm hocken, erklärt, sie würden sich an Gesetz und Ordnung halten. Gesetz und Ordnung sehen ein Koalitions- und Streikrecht nicht vor. Warum verzichtet der AStA freiwillig auf das, was jetzt so dringend nötig wäre: die VDS-MV, die am 3.April beginnt, zu nutzen, eine Taktik zu beschließen für die Durchsetzung des Koalitions- und Streikrechts.

b.mak. **Urlaubsreisen teurer wegen Ölpreiserhöhung? Das Kapital der ,,Reiseveranstalter'' giert nach Höchstprofit.** Eine Reise nach Gran Canaria / Spanien, 14 Tage, Halbpension, Februar, kostete 1976 pro Person 708 DM plus 50 DM Zuschlag ab Hamburg. Für genau denselben Urlaub im selben Hotel mußte 1979 1059 DM plus 60 DM Zuschlag geblecht werden, d.h. 48% teurer in drei Jahren. Den Zwang für die Volksmassen, für eine gründliche Erholung zu sorgen, nutzen die Touristik-Kapitalisten zu ausgeklügelten Plünderungsfeldzügen: schon beim Start von Hamburg aus in den Süden wird ein Aufschlag von 50 bis 70 DM fällig; am Ort wird für Extras, z.B. sportliche Einrichtungen, jedesmal kassiert; die meisten Angebote schließen nur Frühstück oder Halbpension ein, also am Essen sparen oder der Urlaub wird gleich mindestens um 100 DM pro Woche/pro Person teurer. Das Jahr wird in bis zu sechs ,,Saisons'' aufgeteilt und entsprechend draufgeschlagen: eine Reise an die Costa del Sol / Spanien z.B. kostet dieses Jahr im Juli 63% mehr als im April (Tjaereborg-Reisen: ,,Viel Urlaub für wenig Geld''). Familien mit Kindern sind auf die teuersten Reisen in den Sommerferien angewiesen. Selbst in der billigsten Zeit und Hotelklasse kostet ein 3-wöchiger Urlaub auf Mallorca ab Hamburg für eine Familie mit zwei Kindern 1223 DM, in den Sommerferien im selben Hotel 2227 DM. Die Hotelangestellten in Spanien haben 1978 in hartnäckigen Streiks gegen die Hungerlöhne gekämpft. Gerade die westdeutschen Kapitalisten beuten in ihren Hotels überall in Südeuropa die Arbeiter und Angestellten dort schrankenlos aus. Die Urlauber haben sich nicht gegen die streikenden Kollegen aufhetzen lassen, sondern die Hotels zum Urlaub genutzt. Die Touristik-Kapitalisten nehmen jetzt die gerechte Preiserhöhung der ölproduzierenden Länder gegen die Plünderung ihrer Rohstoffe zum Anlaß, um eine 'zigfache Teuerung durchzusetzen. Das ,,Hamburger Abendblatt'' vom 16.3.79 (,,Ferienflug mit Öl-Zuschlag'') will die Arbeiter aufhetzen gegen die Ölländer und ablenken vom Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen.

b.ulh. **Zahlreiche Arbeitsunfälle, oft mit tödlichem Ausgang, sind der Jagd der Kapitalisten nach Höchstprofit geschuldet.** Allein in Hamburg haben die bürgerlichen Zeitungen in der Woche vom 5. bis 9.März vier tödliche Arbeitsunfälle gemeldet. Sie entstehen durch die enorme Arbeitshetze, und weil die Kapitalisten freiwillig keinen Pfennig für Sicherheitsmaßnahmen ausgeben. Am 5.März stürzte ein 27-jähriger 7 m tief in eine Ladeluke und wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebraucht. Am 9.März wurde ein 35-jähriger Hafenarbeiter an einem Van-Carrier zu Tode gedrückt. Des weiteren ein 36-jähriger Arbeiter beim Containertransport auf dem Hamburger Eurokaiterminal. Auf dem Hauptbahnhof wurde am 9.März ein Beamter der Gepäckabfertigung vom Zug überrollt. Der Beamte war 40 Jahre.

Der DGB muß die Forderung nach dem Verbot der Teilzeitarbeit erheben!

b.ulh. 1972 fanden erstmals Beratungen zwischen Bund und Ländern über die Durchsetzung der Teilzeitarbeit in großem Maßstab statt. Als Ergebnis erschienen Ende 1974 „Empfehlungen zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst", die festhielten, daß eine weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit erwünscht sei.

Der Hamburger Senat hat sofort gespurt. Das Senatsamt für Verwaltungsdienst gab im Herbst 1973 ein Gutachten beim HWWA in Auftrag, um die „Möglichkeiten und Probleme der Teilzeitbeschäftigung in den Behörden der Freien und Hansestadt" zu untersuchen. Folgendes waren die Ergebnisse: im öffentlichen Dienst hat sich von 1970 bis 74 ein überproportionales Anwachsen der Teilzeitbeschäftigten zu verzeichnen. Ihr Anteil stieg von 14,3 auf 17,3%. Der einfache Dienst wies die höchste Teilzeitquote auf.

War diese Seite der Ergebnisse, daß die Teilzeitarbeit noch gewaltig auszubauen sei, war die andere Seite die Festlegung der Propagandalinie, um die Massen in die Teilzeitarbeit zu zwingen: „...Erleichterung der Berufstätigkeit für Frauen mit Familienpflichten, Integration leistungsgeminderter Personen, Ermöglichung einer Teilzeitbeschäftigung für ältere Arbeitnehmer, verstärkte Erschließung von Arbeitsmarktreserven und bessere Nutzung von sogenannten human-capital-Investitionen." (Bericht und Dokumente Nr. 481). Der letzte Erwägungsgrund ist der für die Kapitalistenklasse entscheidende, weshalb er auch in ein Fremdwort verkleidet wird: human-capital ist die menschliche Arbeitskraft, und um deren intensivere Auspressung geht es.

Zur Verdeutlichung zitieren wir über längere Strecken aus dem Leitfaden des Unternehmensberaters Dr. Erwin Immler, der den Titel trägt: „Die Umsatz-angepaßte variable Arbeitszeit als Personalkostenbremse im Einzelhandel": „VAZ (variable Arbeitszeit, Red.)... ist ein betriebswirtschaftliches Steuerungsinstrument, das man beherrschen muß, wenn man nicht in den Graben fahren will... Was Sie zuerst untersuchen müssen. Sie brauchen eine Untersuchung der *Kundenfrequenzen*, die Ihnen mit Sicherheit sagt, wie sich der Umsatz auf die verschiedenen Tageszeiten verteilt... Die VAZ-Ordnung muß mit dem Betriebsrat mit der Wirkung einer allgemeinverbindlichen Betriebsvereinbarung nach den Vorschriften des BVG abgeschlossen werden.... Erläutern Sie zusammen mit dem Betriebsrat den Mitarbeitern in kleinen Gruppen (höchstens 10 bis 15 Leute) den Sinn der einzelnen Punkte. Sagen Sie deutlich, daß die Disziplinarvorschriften den anständigen Mitarbeiter vor den Schlampern und Nassauern schützen... Teilzeitkräfte, die, nur vormittags kommen können', weil ihnen das besser in die ‚Familienplanung' hineinpaßt, sind ein betriebswirtschaftlicher *Unfug*, ...Sie können nicht vier Stunden bezahlen, um eineinhalb Stunden effektiver Umsatzleistung zu gewinnen! ...Bauen Sie systematisch die Zahl der Ganzzeitkräfte ab und die Zahl der Teilzeitkräfte auf... Ideal ist zum Beispiel eine Mitarbeiterin, die, je nach Saison, ein paar Wochen voll, ein paar Wochen nur während der Stoßzeiten und den Rest des Jahres vielleicht gar nicht arbeitet... Vorteile für die Firma:

Statt 7% Gehaltserhöhung reduzieren Sie die Arbeitszeit um den entsprechenden Prozentsatz von ca. 7%... Die Mitarbeiterin bekommt nun wirklich die Tariferhöhung ‚netto' und umgeht sogar mit einiger Wahrscheinlichkeit die ärgerlichen ‚Tabellensprünge'. Die Firma spart nicht nur die Tariferhöhung, sondern auch die damit verbundenen Arbeitgeberanteile an den Versicherungen."

Die Teilzeitarbeit ist der berechnete Gegenschlag der Kapitalistenklasse gegen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die aus der enormen Verschärfung der Ausbeutung erwächst. Sie entstellt aber den entscheidenden Teil der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in ihr Gegenteil: statt vollem Lohnausgleich bringt sie rapide Lohnsenkungen. Zudem spaltet sie die Arbeiterklasse durch und durch mit dem Ziel, sie zu Kampfmaßnahmen unfähig zu machen. Vierter Frühling für die Bourgeoisie, so kalkulieren solche Vertreter wie Ehrenberg und Stingl, die sich beide in den letzten Wochen für die Teilzeitarbeit stark gemacht haben.

In dem angenommenen Antrag zur Teilzeitarbeit auf der 9.Bundesfrauenkonferenz des DGB 1977 heißt es im Antrag 15 des DGB-Frauenausschusses Hessen: „Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß allen Frauen bei allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit eine Vollzeitarbeit ermöglicht werden kann und dagegensprechende Passagen im Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Arbeitnehmerinnen geändert werden." Keineswegs ist es so, daß Ehrenberg mit seiner Propagierung der Teilzeitarbeit in den Gewerkschaften auf ungeteilten Beifall träfe. In der Begründung des Antrages werden vielmehr die Erfahrungen der Arbeiterinnen zur Grundlage der Ablehnung der Teilzeit gemacht: größere Leistung, weniger Lohn, kein Lohnfortzahlungsanspruch bei 10 Stunden Arbeit wöchentlich, völlige Rechtlosigkeit, weder entsprechende Schulen, noch Kinderkrippen, noch Erleichterung der Hausarbeit durch öffentliche Einrichtungen wie Kantinen und Wäschereien, deren Nichtvorhandensein objektive Grundlagen für Teilzeitarbeit bei Frauen sind. Die Möglichkeiten, die SPD- und Gewerkschaftsführung in den Gewerkschaften zu schlagen, sind günstig. Vollständiges Verbot der Teilzeitarbeit! Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag!

Die Post ist führend für die Bourgeoisie, was die Auspressung von Teilzeitarbeitern angeht. Nur weil die meisten nicht länger als 3 oder 5 Stunden arbeiten, können sie die Arbeit an den Verteilbändern und den Schütten aushalten.

Was in den Schubladen der Bürgerschaft schlummert

b.mak. Zum Haushaltsplan 79 teilt der Senat mit, daß „auf Wunsch des Hafenbetriebs der Afrika-Linien" (9/611) zu den drei Gleisen des Afrika-Terminals ein neuer 250 m langer Kranbahnbalken für einen Containerkran mit 25,5 m statt bisher 18 Spurweite hergestellt wird. Mit diesem Kran wird die bisherige Reichweite wesentlich erweitert und die Bahnbedienung der anderen Liegeplätze nicht mehr, wie bisher unvermeidbar, behindert – also schnellere Umschlagzeiten und größere Ausbeutung der Arbeiter. Die Kosten von 835000 DM werden aus dem Haushalt gedeckt. Anders bei den Krankenhäusern: die „psychisch" Kranken will die Bourgeoisie vollständig über die staatlichen Krankenhäuser kontrollieren. Zur „Anbindung" einer Psychiatrischen Abteilung ans AK Eilbek teilt der Gesundheitsausschuß mit: „...an eine Erhöhung der Anzahl der psychiatrischen Betten sei nicht gedacht", das Ziel sei „die Reduzierung der Zahl der stationären Behandlungsfälle" und „Verringerung der Verweildauer" (9/616) – also Kosten dämpfen und noch mehr Patienten pro Pflegepersonal.

Zum Punkt „Stufenweiser Abbau der Gewährung von Mehrarbeitsvergütung" im öffentlichen Dienst peilt der Senat bis 1983 an, keinerlei Mehrarbeit über 40 Stunden im Monat hinaus zu bezahlen. Der Dienstherr nennt's „Fürsorgepflicht", um „eine übermäßige Belastung der Beamten mit Mehrarbeit zukünftig zu verhindern" (§/617). In derselben Drucksache lag der Bürgerschaft zur Absegnung vor, daß zukünftig ein Drittel der Bewerber für die Kommissarslaufbahn direkt von der Fachhochschule per „Seiteneinstieg" in den gehobenen Dienst kommen. Die SPD setzt auf Köderung der Fachhochschüler und Spaltung der Beamten im mittleren Dienst: einige sollen über eine 6-monatige Schulung die Fachhochschulreife erlangen und auf Aufstieg hoffen. Die CDU meckert über die „Aufweichung" der Einheitslaufbahn der Polizei, sie fürchtet die fehlende Bewährung in der praktischen Unterdrückungstätigkeit und gibt Zunder.

Der Jugend widmet sich die Bürgerschaft gleich mehrfach. Die Bourgeoisie hat noch an keinem Punkt das Problem gelöst, die Jugend für ihre Ziele zu gewinnen. Die CDU spielt in einer Großen Anfrage (9/626) den Pfaffen, zetert, daß die Schüler den Religionsunterricht abwählen, wo sie können, und droht mit der Lage, daß die Jugend sich den Marxismus-Leninismus aneignet („neue Jugendsekten"). Selbst die Lehrer tun nicht recht mit: „Plant der Senat Maßnahmen, um Lehrer wieder zu motivieren, die zwar in dem Fach ausgebildet sind, es aber nicht mehr unterrichten?" Die SPD markiert den abgeklärten Politiker: „Fragen nach Sinn und Wert des Lebens" seien doch Gegenstand „des Erziehungs- und Bildungsauftrages der ganzen Schule überhaupt". Konsequent schlägt sie dann vor, gleich an den Schulen „Pfarrstellen für Schulpastoren" einzurichten. Unter 9/615 berichten die Senatsvertreter über Fortschritte, beim Bundesarbeitsminister ein „Rehabilitationskrankenhaus für Kinder und Jugendliche" zu beantragen. Der wird nichts dagegen haben, daß ihm jugendliche Arbeitskräfte zuchthausmäßig aufgemöbelt zugetrieben und den Kapitalisten angeboten werden. Sorge muß die „Volksverträter" plagen, ob die Jugend schließlich alle von ihr ausgebrüteten Gemeinheiten hinnimmt. Die Lehrer hat sie dabei im Auge. Die CDU wagt sich vor und beantragt (9/627), das Referendariat ein halbes Jahr zu verlängern. So wie der Antrag wird auch die Hoffnung platzen, die zunehmenden Kämpfe der Jugend für die Einheitsschule und gegen Ausbeutung und Unterdrückung niederzuhalten.

Die Berufsgenossenschaften

Die Berufsgenossenschaften

schieben ihre Zahlungsverpflichtungen ab

b.sug. Seitdem die Kapitalisten in gewissem Umfang gezwungen wurden, über ihre Berufsgenossenschaften (BG) für die Behandlung und Entschädigung von Arbeitsunfällen, Wegeunfällen und Berufskrankheiten aufzukommen, lassen sie nichts unversucht, diese Kosten wieder den Krankenkassen zuzuschieben. Um den kranken Arbeiter umfassend zu kontrollieren, haben sie neben 16 BG-eigenen Krankenhäusern und Sonderstationen ein weitverzweigtes Netz von sogenannten Durchgangsärzten (Chirurgen und Orthopäden) errichtet, die zur Erstbeschnüffelung der Verletzten verpflichtet sind und u.a. solche Fragen zu beantworten haben: Bedenken gegen die Richtigkeit der Angaben des Verletzten? Sprechen Hergang und Befund gegen die Annahme eines Arbeitsunfalls? Zeugen? Alkoholeinfluß? In letzterem Falle nutzen die BG jede Gelegenheit, die Kostenübernahme wegen „Eigenverschulden" abzulehnen. So in einem Brief an das Unfallkrankenhaus HH-Boberg: „Da wir bei der Entscheidung über den Kausalzusammenhang zwischen der versicherten Tätigkeit und dem Unfallereignis die Lösung des Versicherungsschutzes infolge Alkoholeinwirkung zu prüfen haben, bitten wir Sie grundsätzlich darauf zu achten, daß bei Verdacht auf Alkoholeinwirkung eine Blutprobe mit Zustimmung des Verletzten entnommen wird oder der Hinweis erfolgt: ‚Verletzter verweigert die Einwilligung zur Blutentnahme'." Unterwirft man sich nicht bedingungslos den Anweisungen der von der BG bestimmten Ärzte, kann die Kostenübernahme abgelehnt werden: „Die Versicherten haben eine Mitwirkungspflicht bei Heilbehandlung und berufsfördernden Maßnahmen (§§63 und 64 SGB I) und müssen Rechtsnachteile in Kauf nehmen, wenn sie sich ohne triftigen Grund einer zumutbaren Maßnahme der Heilbehandlung oder Berufsförderung entziehen."

Ebenso beliebt ist der Versuch, die Verletzungen auf sogenannte „unfallunabhängige Ursachen" zurückzuführen. So sind Gesundheitsschäden, „die nur anläßlich des Unfallgeschehens auftreten... nicht als Unfallfolge zu entschädigen (in der Regel werden... als unfallunabhängig angesehen: Bandscheibenschäden, Hexenschuß, Ischias, Leistenbrüche, Meniskusschäden, Herzinfarkt)". Wer kann schon nach jahrelanger Fabrikarbeit nachweisen, daß sein Meniskus völlig intakt war, bevor er bei einem Unfall riß? Wer nun glaubt, daß solche Verschleißkrankheiten als Berufskrankheiten anerkannt und entschädigt werden, hat sich getäuscht. Als Berufskrankheit wird z.B. ein Meniskusschaden nur anerkannt, wenn man drei Jahre im Bergwerk unter Tage gearbeitet hat.

Im Zeitraum zwischen 1976 und 77 stiegen die den BG's angezeigten Berufskrankheiten um 12% an, aber nur ein Bruchteil davon wurde entschädigt:

angezeigt:	entschädigt
1975: 38368	5333
1976: 39711	5697
1977: 44477	6844

21% der 1976 angezeigten Fälle betreffen Hauterkrankungen, von allen 1976 entschädigten Berufskrankheiten machen diese jedoch nur ca. 6% aus. Der Grund: die Erkrankung „muß schwer oder wiederholt rückfällig sein und zur Aufgabe des Berufs gezwungen haben". In einem solchen Stadium ist eine Hauterkrankung schon kaum noch heilbar; das nehmen die Kapitalisten bewußt in Kauf, gibt es doch genug frische Arbeitskräfte auf dem Markt. So hat auch die BG Chemie die Gelder für Berufshilfe zur „Wiedereingliederung" zwischen 1976 und 1977 um 57,6% gekürzt, obwohl schon jetzt 23,4% aller „Wiedereingegliederten" weniger Lohn erhalten als vor dem Unfall oder der Berufskrankheit. Wird der Berufshelfer tätig, dann als Spitzel. Über alle Gespräche werden Aktenvermerke angefertigt, zum Beispiel: „Herr x führte ein heftiges und angreifendes Gespräch mit dem Sacharbeiter... Er fühlt sich als sogenannter ‚Unterprivilegierter'."

Bei der gutachterlichen Schätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit (ist man weniger als 20% behindert, kriegt man gar nichts) werden dann nur sogenannte „objektive Befunde" berücksichtigt: „Stehen die Klagen mit dem objektiven Befund nicht in Übereinstimmung, ist anzugeben, ob der Verletzte besonders wehleidig ist, ob er seine Verletzungsfolgen überbewertet oder ob die Beschwerden durch gleichzeitig vorhandene unfallfremde Leiden bedingt oder verstärkt werden." Läßt man sich nicht von seinen Schmerzen abbringen, steht im Gutachten, man sei auf das „Beschwerdebild fixiert" und weise „primär persönlich abnorme Reaktionsweisen" auf.

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen! Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten!

Die Verschärfung des Klassenkampfes verschleißt die Liberalen – Die Kommunisten machen Fortschritte beim Parteiaufbau

b.obj. Der ehemalige zweite Bürgermeister Bialläs hat sich vor seinem Abflug als Entwicklungshelfer nach Tansania noch über die Zukunft der FDP-Chefin Schuchard ausgelassen. Sie wäre 1982 bei der nächsten Bürgerschaftswahl wohl nicht mehr im Amt, und hat ihr vorgeworfen, sie würde überhaupt nicht mehr politisch arbeiten. Frau Schuchard konterte sofort: „Er müßte eigentlich wissen, daß es wesentlich schwerer ist, sich politisch bemerkbar zu machen, wenn man in Hamburg weder im Senat noch in der Bürgerschaft ist." Und das ist die traurige Lage der FDP. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) hat bereits knapp drei Wochen nach der Wahlniederlage der Freien Demokraten in Hamburg und Niedersachsen in einem Kommentar auf der Seite 1 festgestellt, daß in der FDP-Führung derzeit niemand weiß, wie der Kampf zu führen ist, und daß der Versuch, „liberale Positionen" mit allem Guten, Schönen und Wahren gleichzusetzen, zum Scheitern verurteilt sei. In den Jahren des Reformfrühlings taugte die FDP, um die fortschrittlichen Bestrebungen der Intelligenz aber auch der Jugend aufzusaugen und in parlamentarische Bahnen zu lenken. Gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz, gegen die Unterdrückung der Frau, für mehr Umweltschutz usw. Aber die Abspaltung der Intelligenz von der Arbeiterklasse ist nicht gelungen, und die Bindung dieses Teiles der Volksmassen durch die FDP ist vorüber. Durch die verschärfte Gangart des Klassenkampfes wurde die FDP verschlissen. Ihre leeren Kassen sind nur Beweis dafür, daß das Finanzkapital in der Parteienlandschaft nicht auf die FDP setzt. Nach dem Wahlkampf sitzt die Hamburger FDP nun auf etwa 500000 DM Schulden und muß, wie im Geschäftsbericht 78 traurig festgestellt wird, mit einem veralteten Fernschreibersystem arbeiten und einer Addressiermaschine und Mitgliederkartei, wo nicht einmal sichergestellt ist, daß die Addressen zu lesen sind. Man wird unwillkürlich an den Niedergang der Opportunisten des KB-Nord und der Bunten Liste erinnert. Die auch mit einem Sieg in der Wahl gerechnet haben und jetzt trotz dem Sackhüpfen auf's Rathaus darniederliegen. Aber wer für die Bunte Liste ist, ist doch mit der SPD wirklich besser bedient. In den gegenwärtigen Wahlkämpfen sind die Kommunisten die einzigen, die nicht verschleißen. Bei der am vergangenen Wochenende in Holstein zu Ende gegangenen Unterschriftensammlung für die Beteiligung an der Landtagswahl haben wir die Erfahrung gemacht, daß es überall – in allen Wahlkreisen – genügend Arbeiter, Angestellte und andere Teile des Volkes gibt, die unsere Kandidatur unterstützen, und daß das einzige Problem überall darin bestand, mit der Unterschriftenliste vorbeizukommen. So wird es jetzt trotz der vielfältigen Schikanen des bürgerlichen Staates und Unterschriftsfestlegungen möglich, in allen 44 Wahlkreisen zu kandidieren. Die Revolutionäre haben wahrlich keine Probleme, sich bemerkbar zu machen, sondern sie haben das Problem, der Arbeiterklasse und den Volksmassen die von ihnen geforderte Unterstützung zu geben.

H. Diwald: „Geschichte der Deutschen" – großdeutsche Machtphantasien

z.gek. Von den 10 Sachbüchern auf der gegenwärtigen Bestsellerliste befassen sich 5 mit „Vergangenheitsbewältigung": zwei mit dem Dritten Reich, zwei mit Preußen, eins mit der „Geschichte der Deutschen" überhaupt. Mit Preußen befaßt man sich vor allem auf sozialliberaler Seite des Hauses. Im Henri-Nannen-Verlag ist eben der großmächtige Schinken von Haffner „Preußen ohne Legende" erschienen. Was die Sozialliberalen und Verfechter der neuen Ostpolitik an Preußen interessiert (die geplante große Preußen-Ausstellung des Bürgermeisters Stobbe, Berlin, steht ja noch aus), ist, daß es der Regierung Preußens gelang, durch Konzentration auf eine zunächst „*kleindeutsche*" Reichsgründung in kürzester Zeit die Basis zu schaffen, um den Kampf um die Hegemonie in Europa, um die Weltherrschaft aufzunehmen. Und dann: die Politik Preußens war immer hübsch bei den Zaren rückversichert.

Dagegen agitiert das Buch des Professors Diwald „Geschichte der Deutschen", erschienen im Ullstein-Verlag, der zum Axel-Springer-Konzern gehört, ganz ungeniert für eine Neuauflage *großdeutscher Reichspolitik*, in Bezug auf die Ergebnisse des 2. Weltkrieges für *Revision*.

Die Konferenz von Jalta wird eingangs als das neue Versailles vorgestellt. Hier, „am Mittag des 11. Februar (1945), während des letzten gemeinsamen Essens, zwischen Hauptgericht und Dessert, Tellern und Krümeln", sei das deutsche Reich zwischen den Siegern aufgeteilt worden. Die Brandt'sche Ostpolitik habe schließlich die Anerkennung dieses Diktats der Sieger durch die Deutschen selbst gebracht. „Jalta 1945 und Jalta
Diktats der Sieger durch die Deutschen selbst gebracht. „Jalta 1945 und Jalta
1971 gehören zusammen". Immerhin seien allerdings die bestehenden Grenzen *nicht* anerkannt worden mit den Ostverträgen. Jetzt gelte es, der „inneren Umpolung durch die Sieger des Zweiten Weltkrieges", der „Selbstdiskriminierung" der Deutschen entgegenzutreten, die „nationale Impotenz" zu überwinden, pipapo, und zwar durch eines vor allem: die Rückbesinnung auf die Geschichte des „Reiches der Deutschen".

„Unabhängig von den besonderen politischen Wirklichkeiten des letzten Viertels unseres Jahrhunderts assoziieren wir bei dem Wort ‚Deutschland' noch immer ein Territorium Mitteleuropas innerhalb derjenigen Grenzen, an denen vor Jahrzehnten die Souveränität des früheren Deutschen Reiches endete". (S. 15) Diwald legt sich nicht fest, *welche* Grenzen er genau meint, aber die von 1939 dürften ihm da noch etwas zu eng sein. Denn wie bestimmte sich das „Deutsche Reich"?

„Mit der Kaiserkrönung hatte Otto I. die ... Rechtsnachfolge des Imperiums Karls des Großen angetreten. Durch die Kaiserwürde wurde ihm die ... Schutzherrschaft über die Kirche übertragen", genauer gesagt: über Rom und Italien. (744) Aber für den Kaiser Otto war, laut Diwald, „dieses Reich im Süden nichts weiter als ein Vehikel, um das Reich der Deutschen aus einem gebrechlichen lockeren Verband umzugestalten zu einer Staatsschöpfung, die (dem) Einheitswillen (der deutschen Stämme) Rechnung trug". (746) Fragt man sich schon, warum wegen des Einheitswillens der deutschen Stämme der Kaiser in Italien Krieg führen mußte, so stellt sich die Staatsschöpfung, die diesem Einheitswillen Rechnung trug, gleich noch anders dar: „Die Gründung des Deutschen Reiches ... konnte nur von Dauer sein, wenn die Sperre zum Osten hin aufgebrochen wurde". Daher zählte denn „Christianisierung und Kolonisierung ... seit den ersten Sachsenkaisern zu einer Hauptaufgabe des Deutschen Reiches". (735)

Der koloniale Rückhalt im Osten mußte natürlich gerade auch dafür dienen, Krieg in Westeuropa zu führen. Geradezu schrill wird die Begeisterung des Professors für einen wie den Barbarossa, „Sonne der Völker, Hort des Friedens", aber wenn es sein mußte (es mußte dauernd sein) „Hammer der Welt", der es für den höheren Ruhm des Reiches auch darauf ankommen ließ, den Italienern einen Vernichtungskrieg zu liefern, da sie sich nicht unterwarfen.

Wie „die Sperre zum Osten hin aufgebrochen" wurde, darüber drückt sich Diwald mit dankenswerter Offenheit aus: „Herrschaft, aufgerichtet im Kampf, Staatsordnung mit Schwert und Kreuz, setzte ... Opfer und Gewalt voraus". Diwald erhitzt sich für „die Systematik der deutschen Besiedlung, die zu einem buchstäblichen Durchtränken des gesamten Gebietes mit deutschen Burgen, Dörfern und Städten führte. So wurden, wie es in dem Ordensbericht an Kaiser Maximilian von 1512 heißt, ‚diese Lande durch den Orden mit großen Opfern an Leib
lian von 1512 heißt, ‚diese Lande durch den Orden mit großen Opfern an Leib
und Gut und Blutvergießen zu unserem Glauben und in unsere deutsche Sprache gebracht, so daß es in etlichen Historien ‚Nova Germania' genannt wurde, das ist: Neu-Deutschland'." (700)

Diwalds Buch ist unter der Bourgeoisie der BRD lebhaft umstritten, weil er so gar keinen Hehl daraus macht, daß alle Berufung auf „nationale" Titel, auf die Wiederkunft des gelobten „Reichs der Deutschen", mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes einen Furz zu tun hat. Was hat denn schon das Volk zu sagen in dieser Geschichte großer Männer, wie sie Diwald zeichnet? Hier geht es völlig unverblümt um *imperiale* Geltung, um die Frage der größeren oder geringeren Fähigkeit, andere Völker zu unterdrücken und den Anteil an der Weltausbeutung zu steigern. Diese Ungeniertheit steht teilweise im Konflikt mit der vom BRD-Imperialismus offiziell eingeschlagenen Linie. Dennoch ist das Erscheinen des Buchs (eine typisch zusammengehauene Auftragsarbeit) durchaus nicht zufällig, so wenig wie die Kandidatur eines Otto von Habsburg auf der Europawahlliste der CSU. Die westdeutsche Bourgeoisie bereitet sich darauf vor, eine politische Bewegung für die Forderungen nach Abzug der Besatzer und Friedensvertrag auf die Mühlen ihrer imperialistischen „Wiedervereinigungs-", sprich *Reichs*politik, zu lenken.

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt

- US-Automobilarbeiter: vor wichtigen Lohnkämpfen / VW-Kapitalisten steigern Marktanteile in USA / Übernahme von Triumph für verschärfte Rationalisierung in der BRD
- Baum will Arbeitskraft kassieren statt Lohn zahlen
- VEBA AG steigt bei Pritish Petroleum ein / Das westdeutsche Kapital als Triumphator / Größere jährliche Öllieferungen geplant
- Frankreich: Stahlarbeiter gegen Ausbeutung und Erpressung mit der Arbeitslosigkeit
- 24000 DM zahlt der Bauer an Steuern und Abgaben – Nein, soviel braucht er mindestens zum Leben
- Kurzarbeit: „Mittel zur Arbeitsplatzsicherung" / Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung, lehren die Erfahrungen der Arbeiter
- Teilzeitarbeit und „Flexiweek" in den USA
- IG Drupa: Gewerkschaftseinheiten für Festgeld und 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich
- Wasserstoff aus Kohlegas – neue Forschungsprojekte zur Verbesserung der Energieausgangsbasis
- Fachgruppen der HBV begrüßen 100 DM mehr und Demonstration zum 1. Mai
- Eingliederung Behinderter in den Ausbeutungsprozeß / Berufliche Rehabilitation
- Gegen Arbeitsdienst und Kasernierung entwickeln die Zivildienstpflichtigen ihre Kampfmaßnahmen
- Royal Navy – Stoßtruppe des britischen Imperialismus / Noch immer drittgrößte Kriegsmarine
- Volksmassen Puerto Ricos gegen US-Kolonialregime / Freiheit für die vier Patrioten gefordert / Fischer von Vieques gegen US-Militärstützpunkt
- Zwei verschiedene Wege bei der Entwicklung der Landwirtschaft Nigerias
- Im Kampf gegen die Kolonialherrschaft haben sich die Völker Eritreas zur Nation geschmiedet
- Die SU will das Selbstbestimmungsrecht Eritreas unter den Stiefel treten
- 490 Millionen für Industrie- und Agrarkapitalisten

Langer, siegreicher Kampf der slawischen und baltischen Völker gegen die deutschen Kolonisatoren

z.gab. Bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts blieben die Slawenstämme jenseits der Elbe im wesentlichen unabhängig. Allen zahlreichen Versuchen der sächsischen und fränkischen Kaiser, in blutigen Grenzkämpfen die Elbslawen zu „christianisieren" und tributpflichtig zu machen, folgte das, was in unseren Schulbüchern „heidnische Reaktion" genannt wird: die Slawenstämme schüttelten die Tributpflicht ab, schleiften die Burgen, zündeten die Missionsstationen an und machten aus den Missionaren „Märtyrer".

1147 wird die Ära der Slawenkreuzzüge mit dem großen Kreuzzug gegen die Wenden, die Slawenstämme jenseits der Elbe, eröffnet. Der Hauptangriff richtet sich gegen den Obodritenstaat und zielt darauf, für das deutsche Handelskapital einen direkten Zugriff zur Ostsee zu schaffen und die Handelswege, die das Land durchziehen, zu sichern. Was in den Schulbüchern fast romantisch als „Besiedlung des Ostens" beschrieben wird, war in Wirklichkeit die Errichtung großer deutscher Handelskolonien, zu diesem Zweck heuerte das deutsche Handelskapital den „Deutschen Ritterorden" als Söldnertruppe und ließ ihn gegen die Völker des Ostens los.

Über die Höhe der Kultur der slawischen und baltischen Völker und der Städtebildung in Osteuropa geben zeitgenössische Quellen ein anschauliches Bild. Eine ganze Kette von Städten hatte sich im Lauf des 9. oder 10. Jahrhunderts entlang der Ostseeküste gebildet, die größten unter ihnen Wollin (auch Jumne oder Julin genannt) und Stettin, beide an der Mündung der Oder. Über Jumne berichtet Helmold
Oder. Über Jumne berichtet Helmold
1170 in seiner „Slawenchronik": „Unter allen Städten, die Europa umfaßt, war sie gewiß die größte, von Slawen vermischt mit anderen Griechen- und Barbarenvölkern bewohnte. Ja, auch zureisende Sachsen erhielten die gleiche Erlaubnis zum Aufenthalt, wenn sie nur, solange sie blieben, nicht öffentlich als Christen auftraten ... Reich an Waren aller Länder, besaß jene Stadt alle Annehmlichkeiten und Vorzüge."

Über fünfzig Jahre währte der Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug der hanseatischen Handelsbourgeoisie, in dem die Kolonisatoren die slawischen Völker jenseits der Elbe und Oder teils ausrotteten, teils vertrieben oder in strengster Leibeigenschaft ihrer Herrschaft unterwarfen. „Das ganze Gebiet der Slawen, anfangend von der Eider, als der Grenze des dänischen Reiches, und wie es sich zwischen Ostsee und Elbe durch weite Landstriche bis nach Schwerin erstreckt, einst von Hinterhalt starrend und fast ganz verödet, ist nun durch Gottes Gnade vollständig verwandelt worden gleichsam in ein einziges Siedlungsland der Sachsen; ... Weil aber slawische Wegelagerer die Deutschen belästigten, die in Schwerin und dessen Gebiet wohnten, wies der Burggraf Gunzelin ... die Seinen an, alle Slawen, die sie ohne offenbaren Anlaß in abgelegenen Gegenden antrafen, sofort zu ergreifen und aufzuhängen." (Helmolds „Slawenchronik").

Zahllose Kreuzzüge gegen die Pomeranen, Pruzzen, Esten, Litauer folgten. In den Mauern der alten slawischen und baltischen Handelsstädte errichteten die deutschen Handelsherren die in den Geschichtsbüchern so viel
die in den Geschichtsbüchern so viel



gerühmten „alten deutschen Hansestädte". „Nach Novgorod, nach Novgorod!" war jetzt der Schlachtruf der hanseatischen Handelsbourgeoisie. Novgorod, das alte russische Handelszentrum im Norden, war über lange Handelsstraßen mit allen slawischen Handelszentren und mit Byzanz verbunden. Das „von allen Schätzen überfließende Rußland" beflügelte die Profiterwartungen der kreuzfahrenden Kaufherren. Im Visier hatten sie sogar den Orienthandel nach Syrien, Persien, Indien und China.

Die russischen Völker schließen sich gegen die deutschen Kolonialtruppen unter Führung Alexander Newskis zusammen. Auf dem Peipussee kommt es zu einer denkwürdigen Schlacht. Das Heer des Deutschen Ritterordens wird vernichtend geschlagen. Der Sieg auf dem Peipussee leitet eine Kette weiterer schwerer Niederlagen für die deutsche koloniale Macht im Baltikum ein. In Preußen, wo mittlerweile das christliche Kolonialwerk begonnen hat, gibt die Nachricht vom Sieg auf dem Peipussee (1242) das Signal zum ersten allgemeinen Aufstand der Pruzzen. „Die Pruzzen scharten sich zusammen wie ein Mann und derselbe Swantopolk wurde zu ihrem Fürsten und Befehlshaber gemacht. Mit bewaffneter Macht brachen sie in das untere Preußen ein ..., eroberten alle Burgen und zerstörten sie auf die Grundmauern, außer Balga und Elbing. Die Brüder und Christgläubigen brachten sie um." So beschrieben die Ordensherren in der „Chronik des Preußenlandes" die Befreiungskämpfe der baltischen und slawischen Völker, die während der ganzen Zeit des Ordensstaates in dem in der untenstehenden Karte eingetragenen „umkämpften Gebiete" fortdauerten. 168 Jahre später sahen sich die deutschen Handelsherren der vereinigten polnischen, litauischen und pruzzischen Armee gegenüber. In der Schlacht bei Tannenberg (1410) erlitten sie eine vernichtende Niederlage. „Danach zogen diese in das Land hinein. Alle Städte ergaben sich vor ihnen und huldigten dem König von Polen, der da König ist zu Krakau." (Lübecker Detmar-Chronik). Die Lübecker Handelsherren begreifen, daß diese Niederlage des Deutschen Ordensstaates den Anfang vom Ende ihres Handelsimperiums ist.

Etwa zur gleichen Zeit bildete sich in Böhmen die Hussitenbewegung. Mehr als 30 Jahre lang verwandelte die Hussitenbewegung Böhmen und Mähren in ein Bollwerk der europäischen Revolution. Sie zieht ihre Energien aus dem Klassenkampf, dessen erstes Ziel die nationale Befreiung des Landes von der deutschen Beherrschung ist. In den Städten Polens, vor allem Schlesiens sowie Pommerns bis hinauf nach Danzig findet die Hussitenbewegung großen Widerhall. Die Erhebung des tschechischen Volkes nach der Verbrennung von Johannes Hus 1414 als „Ketzer" ist auch in Schlesien das Signal zur bewaffneten Erhebung der „Kmeten", der leibeigenen Bauern und der städtischen Handwerksgesellen. Die „Hussitenarmeen" ziehen durch Schlesien, die Lausitz, durch Pommern und bis zur Ostsee (1433) und lassen auf ihrem Weg die Zwingburgen vor allem der deutschen Feudalherrn in Flammen aufgehen.

Nach: Kommunistische Volkszeitung, Reihe zur deutschen Geschichte 1, „Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens".

Nach: Kommunistische Volkszeitung, Reihe zur deutschen Geschichte 1, „Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens".



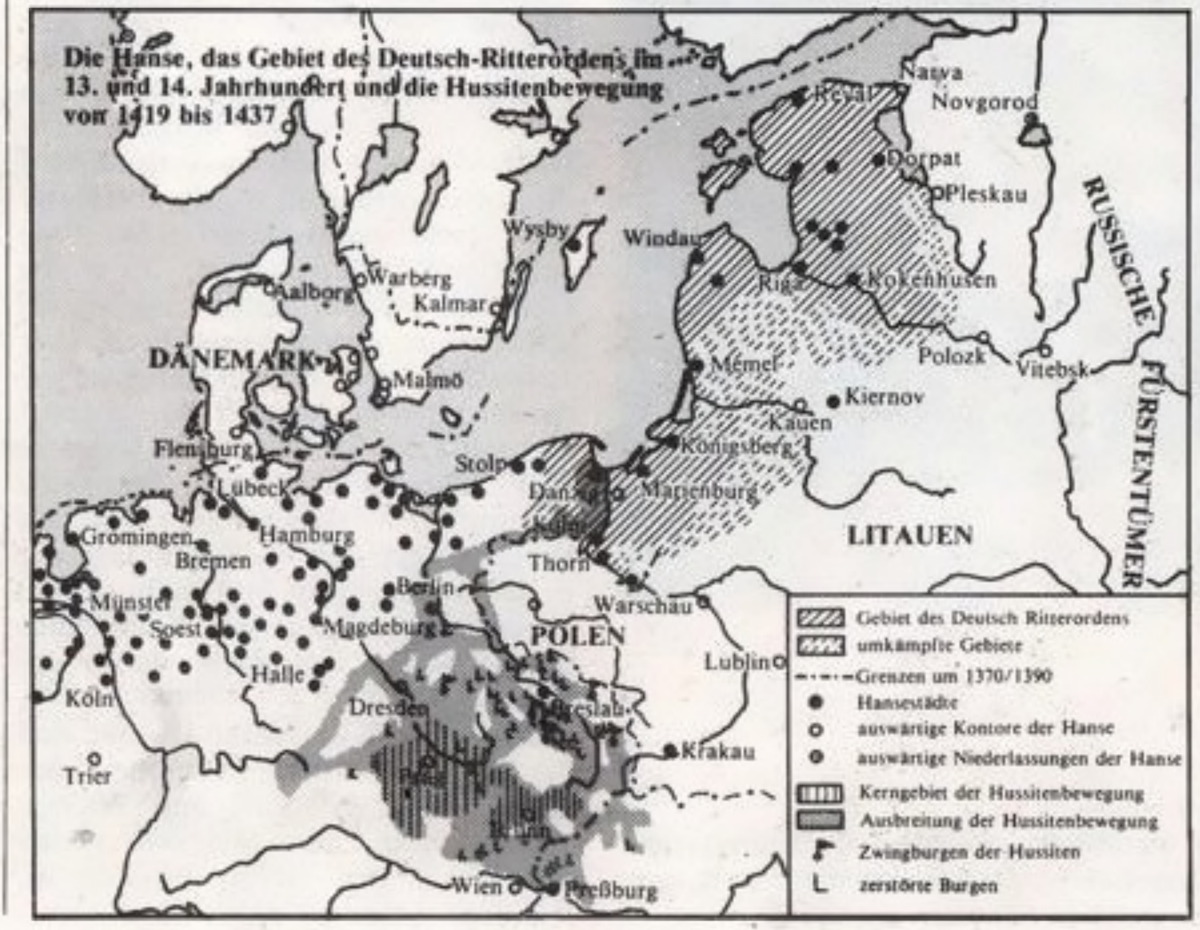
Slawisches Handwerksgerät aus dem 12. Jahrhundert.



Die Hussiten schlagen die Kreuzritter in der Schlacht bei Domazlize (1431)



Schlacht bei Tannenberg (1410)





Stich aus dem 19. Jahrhundert – Heimkehrende Landarbeiter auf einem Gutshof in Pommern, der Exportgetreide produziert – Der „Inspektor" ist der vom Gutsherren eingesetzte Arbeitsaufseher – Monokulturen und Leibeigenschaft.